

Schlappe für die CSU — 30.000 am Bauzaun S. 10

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 287, 19. 10. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

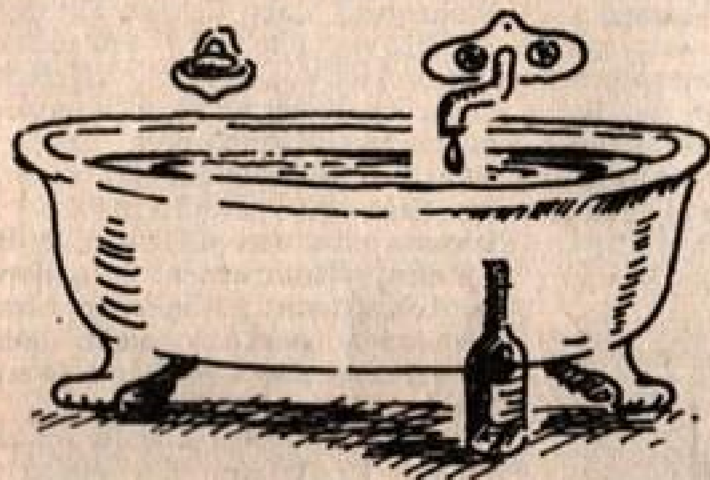
Aus dem Inhalt

Das Spiel ist aus

Wer, wenn nicht Barschel, hat es beendet?

Man kann die Spießigkeit und Phantasielosigkeit auch so weit treiben, daß man seinen Selbstmord exakt nach einer schriftlichen Anleitung ausführt und den Schlips dabei umbehält. Gerade noch rechtzeitig hat der Aussteiger sich daran erinnert, daß er schon als Bub dazu angehalten wurde, nicht mit schmutzigen Schuhen in die Badewanne zu steigen. Trifft dann der zum Spitzenpolitiker hochkatapultierte und gnadenlos abgestürzte Menschenrest mit einem ungezogenen Journalisten zusammen, der einfach fremde Türen aufmacht und Leute fotografiert, ohne sie vorher um Erlaubnis zu fragen, hat die Welt für ein paar Tage viel Gesprächsstoff. Eine Geschichte zum Lachen. Aber muß man deswegen völlig stumpf sein gegen die Trostlosigkeit eines gescheiterten Menschen?

Oder war überhaupt alles ganz anders? Waffengeschäfte, Rauschgifthandel, geheimnisvolle Unbekannte, mysteriöse Anrufe, der anonyme Lockruf zu einer Verabredung mit dem Tod? Aber auch dann finden wir plötzlich statt eines souverän agierenden Berufspolitikers den Bub wieder, der sich wie berauscht einem subjektiv spannenden, objektiv aber äußerst albernen Spiel hingibt, ohne wenigstens primitive Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Das versprochene Foto hätte vielleicht andere belasten, aber sicher nicht Barschel entlasten können. Und warum hätte Barschel nicht seinem Bruder sagen können: Ich fahre jetzt da hin und wenn ich bis dann mich nicht wieder gemeldet habe, mußt du die Polizei alarmieren? —



Bei der Nachricht, Barschel sei tot aufgefunden worden, muß ein kollektives Aufatmen durch die Reihen seiner Freunde und Kollegen gegangen sein. Wen hätte ein politisch zugrunde gerichteter und menschlich fallengelassener, also hemmungslos gemachter Barschel, nicht alles in den Sog seines Untergangs mit hineinreißen können. Was hätte er nicht alles preisgeben können, nicht nur über die dumme und eigentlich uninteressante Pfeiffer-Engholm-Geschichte, sondern beispielsweise über Waffengeschäfte und andere halbkriminelle Praktiken aus der Grauzone christdemokratischer Politik. Ein sehr gelegener Tod also. Und doch auch sehr unangenehm, sofern von den Ermittelnden in Genf nicht das Gütesiegel „natürliche Ursache" zu bekommen war. Schwer zu sagen, ob am Ende die Mordversion oder die Selbstmordversion für Barschels Freunde und Kollegen die peinlichere ist. Ein großer Teil der Bevölkerung, gerade auch ihrer eigenen Anhängerschaft, sieht sie so oder so als Komplizen.

Seite 3

Seite 3

GRÜNE heute: „Der Staat sind wir!" Wer ist schon Jutta?

„Der Staat sind wir alle" Zehn Jahre nach dem wir alle immer noch nicht wissen, wie die Gefangenen in Stammheim gestorben sind, wer Hand an sie gelegt hat, fällt der grünen Bundestagsabgeordneten Antje Vollmer wenig mehr als ein Versöhnungsangebot ein. Und wer, wie die Vorstandssprecherin Jutta Ditfurth, nicht willig ist, sich mit den Repräsentanten der politischen Mehrheit restlos gemein zu machen, wird gnadenlos der öffentlichen Hetze ausgeliefert: wg. fehlendem „positiv entwickelten Staatsverständnis"(Distanzierungserklärung der grünen Bundestagsfraktion). „Mescalero" grüßt von Ferne. Überhaupt hat die von Antje Vollmer und Christa Nickels initiierte grüne Amnestiekampagne einen überaus schalen Beigeschmack. Bei Häppchen und Orangesaft im Presseclub wurde der versam-

Häppchen und Orangesaft im Presseclub wurde der versam-

melten bürgerlichen Presse verklart, worum es bei dem Vorstoß, der zur Zeit selbst die Gedanken der „Zeitgeister" auf Tempo bringt, wirklich geht: um die „politische Lösung des Terorrismusproblems" und die endgültige Etablierung des strikt gewaltfreien grünen Konzepts als einzig wahrem oppositionellen Gedankengut. Daß in diesem Kontext die falsche Strategie der RAF scharf verurteilt, die aktuelle politische Situation aber äußerst schönfärberisch analysiert wird, leuchtet ein, kann aber nicht hingenommen werden. Genausowenig wie akzeptiert werden kann, daß auch in der „Linken" bei vielen das Engagement für die Haftentlassung politischer Gefangener von deren Gesinnung abhängig gemacht wird. Eine Amnestie nur für Aussteiger ist politisch wertlos.

politisch wertlos.

Vor 70 Jahren

Vom Zarensturz zur Sowjetmacht

„Wir hatten Mühe, uns durch die lärmenden Massen hindurchzuzwängen, die den Eingang des großen Sitzungssaal belagerten. In qualvoller Enge saßen hier auf ihren Sitzen, auf allen Fensterbänken, auf dem Rande der Tribüne die Vertreter der Arbeiter und Soldaten ganz Rußlands. Die einen in betretenem Schweigen, die anderen wild erregt, erwarteten sie das Glockenzeichen des Präsidenten. Der Saal war nicht geheizt, aber die ungewaschenen Menschenleiber verbreiteten eine stickige Hitze. Über der Masse hing, schwer und atembeklemmend, stinkiger Zigarettenqualm. Dann und wann stieg jemand auf die Tribüne und forderte die Versammlung auf, das Rauchen einzustellen, worauf alle — die Raucher nicht ausgenommen — in den Ruf einstimmten: ‚Nicht rauchen, nicht rauchen!' und unentwegt weiterqualmten. Ich fand einen Platz neben Petrowski, einem anarchistischen Delegierten aus dem Obuchow-Werk, der, unrasiert und schmutzig, sich vor Müdigkeit kaum aufrecht halten konnte."

So beschreibt der Journalist John Reed die Sowjetsitzung während des Aufstands, jene zehn Tage im Oktober 1917, die die Welt erschütterten. Wir zeichnen die Geschichte der revolutionären Entwicklung in Rußland vom Februar bis Oktober nach und dokumentieren Berichte von Zeitzeugen. Seite 17



Alles Lüge

Atomwaffen werden nicht verschrottet

Wie verschrottet man eigentlich Atomraketen? Eine Frage, die sich angesichts der Doppelnull-Lösungsverhandlungen in ungeahnter Schärfe stellt. Daß es sich dabei höchstens in dritter Linie um ein ökologisches Problem handelt verrät ein dem AK zugespieltes Protokoll des Bundestagsunterausschußes für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die Abrüstungsbeschlüsse, das geht daraus hervor, beziehen zwar Raketen und den Granatmantel ein, die eigentliche Atombombe mit Sprengstoff und Zündmechanismus dürfen die Staaten aber behalten. Das macht die Müllabfuhr glücklich, weil ihre Halden trotz aller Verschrottungsmaßnahmen atomfreie Zonen bleiben. Und die jeweiligen Regierungen haben ebenfalls Anlaß zur Zufriedenheit — denn zum Kriegführen leistet ihnen der Atomsprengstoff sehr viel mehr wichtige Dienste, als die ihn umgebende Metallhülle.

Der Beweis: Bluff mit Abrüstung Seite 26

„Die Wanderung vom Kopf zum Bauch ist die Entmachtung der Linken"

Hermann Gremliza im Interview über linke Politik, Zeitungsmachen und ... Wallraff S. 9

Die Komplizen und ihr Einzeltäter

Der schleswig-holsteinische Finanzminister gab das Stichwort. Am 7. Oktober trat Roger Asmussen vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der „Barschel-Pfeiffer-Affäre" und erklärte das Ehrenwort Barschels, er habe von der durch seinen Medienreferenten Pfeiffer gegen Engholm angezettelten Steueranzeige nichts gewußt, für null und nichtig. Vier Tage später war Barschel tot. 24 Stunden, bevor er seine mit Spannung erwartete Aussage in Kiel machen wollte.

Der ehemalige Ministerpräsident habe sich, so der Kieler Finanzminister, bereits am 26. Januar bei Staatssekretär Schleifer nach dem Verlauf der Ermittlungen gegen Engholm erkundigt. Uwe Barschel hatte dagegen auf seiner spektakulären Ehrenwort-Pressekonferenz am 18.9. behauptet, erst am Tag nach der Wahl (14. September) von der Anzeige gegen den SPD-Spitzenkandidaten erfahren zu haben. Damit war die Glaubwürdigkeit und Integrität des Ex-MPs insgesamt erschüttert. Graf Kerssenbrock, CDU-Obmann im Untersuchungsausschuß, erkannte „deutliche Anzeichen, daß Barschels Darstellungen nicht der Wahrheit entsprechen" (1). Wie Kerssenbrock nannte die gesamte Unionsspitze ihren ehemaligen Chef fortan ohne ehrerbittende Titel beim Namen, selbst auf den Zusatz „Herr" wurde verzichtet. Nachdem die mit den Ermittlungen betraute Lübecker Staatsanwaltschaft die Aufhebung der Immunität Barschels beantragt hatte, weil ein Anfangsverdacht in der Steuersache bestünde, forderte die CDU-Landtagsfraktion von Barschel auch den Verzicht auf sein Landtagsmandat. Ihren Anfangsverdacht gründeten die Staatsanwälte nicht auf die Asmussen-Aussage, sondern auf ein an Barschel adressiertes Einschreiben, das die anonyme Anzeige zum Inhalt gehabt haben soll.

Asmussens Aussage im Untersuchungsausschuß wirft mehrere Fragen auf. Fragen, die seltsamerweise kaum gestellt werden. Vorausgesetzt, die Version des Finanzministers trifft zu, dann war Barschel über die Mitwisserschaft des Finanzministers und dessen Staatssekretär im Bilde, denn er selbst hatte sie ja (spätestens) mit seiner telefonischen Nachfrage im Januar ins Vertrauen gezogen. Barschel hat sich jedoch vor seiner Ehrenwort-Pressekonferenz intensiv um die Stimmigkeit seiner Angaben bemüht. Selbstverständlich wird er die beiden Mitwisser und späteren Untersuchungsausschuß-Zeugen Asmussen und Schleifer kontaktiert haben. Alles andere als eine Zusage der beiden, Bar-



Männer, denen man vertraut: Barschels Freunde Behnke (Pressesprecher der Landesregierung) und Ahrendsen (ehem. Referent)

Mitwisser und späteren Untersuchungsausschuß-Zeugen Asmussen und Schleifer kontaktiert haben. Alles andere als eine Zusage der beiden, Bar-

Männer, denen man vertraut: Barschels Freunde Behnke (Pressesprecher der Landesregierung) und Ahrendsen (ehem. Referent)

schels Version mitzutragen, ist unwahrscheinlich. Angesichts einer drohenden wahrheitsgemäßen Aussage seines Ministers vor dem Untersuchungsausschuß hätte Barschel also keinesfalls so vollmundig gelogen, sondern — wie in anderen Punkten auch — eie vorsichtigere Verteidigungslinie gewählt. Keine Frage, Barschel hat in dem Glauben gehandelt, daß von dieser Seite keine Gefahr drohe.

Ist die Rolle Asmussens bis zum Zeitpunkt der Pressekonferenz mit Barschels Ehrenwort und eidesstattlichen Versicherungen schon merkwürdig genug, wird es danach noch rätselhafter. Spätestens nach dem öffentlichen Ehrenwort hätte Asmussen, wenn er tatsächlich so unschuldig ist, wie er vorgibt, seinen Regierungschef auf die Widersprüche hinweisen müssen. Danach befragt, meinte der Finanzminister, ihm hätten „nicht ständig die eidesstattlichen Versicherungen vorgelegen", und entsprechend spät habe er erst die „unterschiedlichen Erkenntnisse" feststellen können (2). Als ganz Schleswig-Holstein vor Fernsehen und Radio saß, um die historische Pressekonferenz zu verfolgen, will das Regierungsmitglied Asmussen nichts gesehen und gehört haben. Das kann man getrost als glatt gelogen bezeichnen.

Bleiben wir bei Asmussens Darstellung. Er will also irgendwann nach dem 18.9. die Differenz zwischen dem tatsächlichen Hergang und der Geschichte des Ministerpräsidenten bemerkt haben. Daraufhin informierte er weder seinen damals noch amtierenden Regierungschef noch den Fraktions- oder Landesvorsitzenden der CDU, sondern tritt in einen „Entscheidungsfindungsprozeß" (3) ein, der mit dem Barschel-Rücktritt am 25. September beendet wurde. An diesem Tag nun setzte Asmussen die CDU-Fraktion in Kenntnis (4), aber nicht Barschel, der immerhin noch Fraktionsmitglied war.

Soweit die Asmussen-Story, für die es drei mögliche Erklärungen gibt. Erstens, die Absprache zwischen Barschel und Asmussen/Schleifer war nach dem Rücktritt nicht mehr durchhaltbar und politisch auch nicht mehr opportun. Deshalb entschloß man sich, mit der (Teil-)Wahrheit herauszurücken (der späte Zeitpunkt konnte allerdings nur mit einer gänzlich unglaubwürdigen Konstruktion erklärt werden), die Barschel endgültig desavouieren sollte.

Zweite Möglichkeit: Asmussen/Schleifer waren nicht nur Mitwisser, sondern als zuständige Experten (die anonyme Anzeige entspricht nicht nur dem Inhalt nach höchsten Beamtenansprüchen, sie ist auch formvollendet mit den genauen Dienstwegen adressiert) in Finanz- und Steuerangelegenheiten selber aktiv mit der Sache befaßt. Nach dem Rücktritt versuchten sie, die Gesamtverantwortung auf den angeschlagenen Barschel abzuwälzen. Zumal der Schleswig-Holstein-CDU nichts ungelegener käme als weitere personelle Verwicklungen in die Affäre. Dritte Variante: An der Asmussen-Geschichte sind nicht nur die schon jetzt äußerst zweifelhaften Passagen frei erfunden, auch der Rest ist gelogen. Danach hätte die CDU von der Erkenntnis ausgehen müssen, daß ein in seiner Glaubwürdigkeit völlig erschütterter Barschel, mit dem der Untersuchungsausschuß kurzen Prozeß machen würde, allemal besser für die Partei sei als ein monatelanges Befragen durch den Ausschuß mit eventuell nicht steuerbaren Resultaten. So ließ man gleich am ersten Untersuchungstag die (Nebel-)Bombe platzen, hinter der sogar Asmussens Ungereimtheiten kaum bemerkt wurden. Soweit drei denkbare Erklärungen für die sonderbaren Einlassungen des Ministers.

Interessant ist die Reaktion des Urlaubers Barschel auf die Ereignisse in der Heimat. Gegenüber der „Bild"-Zeitung zeigte er sich „betrübt und verbittert, daß meine Parteifreunde so über mich reden. Nicht einer hat vorher mit mir Kontakt aufgenommen". Und direkt auf Asmussen, es sei „schon sehr merkwürdig, daß Herr Asmussen jetzt so redet" (5). Da spricht weder ein unschuldig Verfolgter noch ein ertappter Einzeltäter, eher jemand, der von seinen Komplizen verraten wurde und die neue Lage nicht recht einschätzen kann. Am gleichen Tag schickt Barschel ein Telex an seinen potentiellen Nachfolger und CDU-Fraktionsvorsitzenden Kribben. *„Lieber Herr Kribben, die Berichte über Ihre Äußerungen und über Erklärungen anderer Fraktionsmitglieder, sogar aus dem Untersuchungsausschuß, kommen einer beispiellosen rechtsstaatswidrigen Vorverurteilung gleich. Ich werde am Sonntag nachmittag in Schleswig-Holstein eintreffen und am Montag, dem 12.10.87, wenn gewünscht, allgemein zur Verfügung stehen. Die öffentlichen Ratschläge über Mandatsniederlegung habe ich sehr wohl vernommen. (...) Leider bin ich jetzt in meinem Kampf für die Erhellung der vollen Wahrheit fast auf mich allein gestellt, aber ich werde kämpfen, damit die volle Wahrheit ans Licht kommt."* Anschließend kündigt Barschel in dem Fernschreiben die neue Information an, um die er sich am „Wochenende persönlich" kümmern wolle (6). Ähnlich wie dem „Bild"-Interview ist auch dem Fernschreiben Enttäuschung und Überraschung anzumerken; dazu kommt allerdings noch eine offene Kampfansage an den „lieben Kribben", der sich während Barschels monatelanger politischer Abstinenz nach dem Flugzeugabsturz zum starken Mann in Kiel mauserte. Eine Rolle, die der übersteigert dominante Barschel sonst ausfüllte. Danach war Barschel krankheitshalber völlig aus dem Verkehr gezogen. Die „Pfeiffer-Aktionen" gingen aber auch unter dem neuen starken Mann der CDU ungehindert weiter. Kaum zu glauben, daß Pfeiffer mitten in der höchst zentralistisch geführten Landesregierung unbemerkt und auf eigene Rechnung seine Aktivitäten fortsetzte. Zu diesem Punkt hat sich Pfeiffer bisher nicht geäußert — er wurde allerdings auch nicht danach gefragt.

Sicher ist, daß Barschel spätestens seit seinem Rücktritt, wahrscheinlich aber schon wesentlich früher, vom Informationsfluß innerhalb von Fraktion und Partei abgeschnitten worden ist. Sicher ist ferner, daß die Aussage Asmussens ein Konstrukt ist, wenn auch die Absicht im Dunkeln bleibt. Sicher ist, daß Pfeiffer auch während Barschels langer Krankheit unter anderer Leitung weiterarbeitete. Sicher ist, daß Barschel schon vor dem Fernschreiben der Partei- und Fraktionsführung mißtraute. Als er in Urlaub fuhr, gab er bewußt ein falsches Reiseziel an (ausgerechnet Sizilien), weshalb Fraktion und Regierung ihn tagelang nicht erreichen konnten (7). Sicher ist, daß trotzdem ein Regierungsmitglied, der Chef der Staatskanzlei und „Barschel-Vertraute" Hebbeln seinen tatsächlichen Aufenthalt kannte und daß dieser Hebbeln auch in der Phase, als Kribben und Co. Barschel nicht erreichen konnten, zweimal mit ihm telefoniert hat, dies aber vor der CDU-Fraktion verheimlichte (8).

Diese Telefonate fanden am 8. Oktober statt, also am Tag des Fernschreibens an Kribben. Da der Barschel-Urlaubsort geheimgehalten wurde, konnte die „neue Information", von der sich der Ex-MP Entlastung erhoffte, nur aus dem engsten Barschel-Umfeld gekommen sein. Daß der Informant der Spanien-Anrufer Hebbeln war und die Information damit direkt aus der Staatskanzlei kam, liegt nahe. Auf einen unsicheren Tip hin hätte sich Barschel kaum nach Genf begeben.

Der ehemalige schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident (jetzt Europa-Abgeordneter) von Hassel schreibt in einem Nachruf auf Barschel: *„Er war ein junger, höchst intelligenter, fleißiger und erfolgreicher junger Mann, der genau in das politische Milieu hineinpaßte, welches sich ihm bot"* (9). Damit ist von Hassel sehr nahe an den Kern der Affäre herangekommen. Das CDU-Milieu in Schleswig-Holstein, das schon die Ernennung eines sozialdemokratischen Schulrats als Machtverlust empfindet, mußte einen möglichen Regierungswechsel als widernatürlichen Akt begreifen. Dieses „Milieu" hat fanatische Machtmanager wie Barschel und Kribben hervorgebracht. Leute, die den Höhepunkt ihrer Karriere noch längst nicht erreicht glaubten und ihren bisher unaufhaltsamen Aufstieg von der Engholm-Partei gefährdet sahen. In dieser Atmosphäre einer „hemdsärmelig zupackenden" („Kieler Nachrichten"), aber dennoch besorgten Unions- und Regierungsführung wirkte Barschels Pfeiffer.

Der Mann, der „das Milieu" personifiziert und in den vergangenen 20 Jahren geprägt hat, der bis heute als Landesvorsitzender die Nord-Union straff und autoritär an der Leine hält und ohne dessen O.K. in der Partei und im Land kaum etwas läuft, taucht in den meisten Recherchen und Berichten eher am Rande auf: Gerhard Stoltenberg. Als der „Klare aus dem Norden" 1982 in das Kabinett Kohl wechselte, weigerte er sich strikt, auch den Landesvorsitz in die Hände seines Nachfolgers Barschel zu legen. Nicht nur in der Partei blieb Stoltenberg der Chef, auch in die Regierung installierte er seine Leute, die von Barschel als „Erblast" (10) angesehen wurden und wohl auch so gedacht waren. Neben dem nun geschäftsführenden MP Henning Schwarz gehört auch Staatssekretär Gerd Behnke dazu. Der Stoltenberg-Mann Behnke war es, der Pfeiffer einstellte und er war auch dessen direkter Vorgesetzer. Ausgerechnet Stoltenberg, der selbst in kommunalpolitischen Kleinigkeiten das letzte Wort hat, will rein gar nichts von der Angelegenheit gewußt haben. Das kommt selbst dem CDU-Insider-Blatt „Kieler Nachrichten" schleswig-holsteinisch vor: *„Wußte der Landesvorsitzende wirklich nicht, welche schwerwiegenden Zweifel an Barschels Aussagen bestanden?"* (11)

Dies ist in der Tat eine der zentralen Fragen der Affäre. Was wußte, was veranlaßte der schleswig-holsteinische CDU-Chef? Stoltenbergs Behnke stellte Barschels Pfeiffer ein. Vier Türen neben Behnkes Büro arbeitete Pfeiffer. Und obwohl Barschel nach Bekanntwerden des Skandals sofort auf Distanz zu Behnke ging (so durfte Behnke nicht mehr Barschels Pressekonferenz leiten), hielten Partei, Fraktion und Regierung an dem Staatssekretär fest. Bis heute ist die Union mit der direkten Pfeiffer-Umgebung merkwürdig sanft umngesprungen. Es gab nichts mit den Strafaktionen gegen Barschel Vergleichbares. Öffentliche Distanzierungen, Forderung nach Mandatsrückgabe und selbst der Parteiausschluß wurden gegen Barschel immerhin gefordert (12) — derartiges ist keinem der Pfeiffer-Helfer/Mitwisser/Kontakte widerfahren. Aus gutem Grund, denn alles über die Einzeltäter-

immerhin gefordert (12) — derartiges ist keinem der Pfeiffer-Helfer/Mitwisser/Kontakte widerfahren. Aus gutem Grund, denn alles über die Einzeltäter-

Theorie Hinausgehende würde unmittelbar die CDU treffen. Außerdem könnte jedes „Bauernopfer" eine unkalkulierbare Lawine neuer Vermutungen, Beschuldigungen usw. in Gang setzen. Die schon bekannten Pfeiffer-Kontakte Barschel, Schleifer und Behnke wurden in den Urlaub geschickt. Auskunftssperre aller Ministerien und Dienststellen sollte der neuen Führung in Kiel zusätzliche Luft verschaffen. Wie mit den drei brisanten Urlaubern verfahren werden sollte, war bald klar. Barschel wurde als Einzeltäter „entlarvt", Schleifer spielte über seinen Chef Asmussen den Kronzeugen und Stoltenbergs Behnke wurde völlig aus der Schußlinie genommen. Regierung, Fraktion und Partei wurden auf die offizielle Version eingeschworen. Der einzige, der ein offenkundiges Motiv hatte, dieser Version zu widersprechen, starb in Genf.

Abgesehen von den merkwürdigen Umständen des Todes — es gibt einfach zu viele Menschen und Institutionen, denen die Politikerleiche in der Badewanne auf phantastische Weise nützt, um zumindest Zweifel an der „Natürlichkeit" dieses Todes zu haben.

Ehrenwort.

ra/kiel

Quellen:
(1) Kieler Nachrichten (KN), 9.10.87
(2) Pressekonferenz am 13.10.87
(3) Kribben in den KN vom 13.10.87
(4) ebd.
(5) KN, 10.10.87
(6) Kieler Rundschau Extra, 13.10.87
(7) Schleswig-Holstein-Magazin, 14.10.87
(8) ebd.
(9) KN, 13.10.87
(10) KN, 1.10.87
(11) Ausgabe vom 9.10.87
(12) MdL Olderog, Quick Nr. 43

Roter Oktober in Hamburg

Der KB veranstaltet vom 27.-29.11. im Martin-Luther-King-Haus in Hamburg ein Seminar zur *Geschichte der Oktoberrevolution*. Das Seminar soll in erster Linie die historischen Grundlagen und die konkrete Entwicklung der Revolution vom Februar 1917 bis 1923 vermitteln.

Behandelt werden u.a.:
— Februarrevolution und Doppelherrschaft, Lenins Aprilthesen, Oktoberaufstand.
— Die Auseinandersetzungen um die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.
— Kriegskommunismus, Gewerkschaftsopposition, die Thesen von Bucharin und Trotzki, Arbeiteropposition.
— Wirtschaftspolitik der Bolschewiki, Bauernpolitik, der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik.

Am 1.11. erscheint eine umfangreiche *Vorbereitungsmappe* für das Seminar.

Eröffnet wird das Seminar am 27.11. um 19.30 Uhr mit einem Abend über die *Oktoberrevolution in Literatur, Plakat und Film*. Einer Lesung über die Diskussion zwischen Schriftstellern und Politikern über die Rolle der Literatur in der Revolution folgt ein Diavortrag zur Massenagitation mit dem Mittel der Plakatkunst. Der Abend endet mit Eisensteins Film „Oktober".

Anmeldung über:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 435320

Perestroika und BRD-Linke

Zum Thema *Die sowjetische Umgestaltung und die Linke in der BRD* führen MASCH, KB und GAL am 30.10.in Hamburg eine Podiumsdiskussion durch.

Diskutiert werden soll über einige jener Grundfragen, die für das Politikverständnis und das Sozialismusbild auch der BRD-Linken von Bedeutung sind:
— Werden bei den Wirtschaftsreformen nicht kapitalistische Elemente wieder eingeführt anstatt den Sozialismus zu entfalten?
— Wie konnte es zu den Fehlentwicklungen kommen?
— Inwieweit betrifft die Stagnation der marxistisch-leninistischen Theorie in der Sowjetunion „auf dem Niveau der 30er und 40er Jahre" (Gorbatschow) auch das Marxismus-Verständnis der BRD-Linken?

Die Veranstaltung findet statt am 30.10.87, 19.30 Uhr im HWP-Hörsaal.

Seminar zur aktuellen Entwicklung in der Sowjetunion

Die Bremer Gruppen von KB und VSP beenden ihre dreiteilige Schulung zu

Die Bremer Gruppen von KB und VSP beenden ihre dreiteilige Schulung zu Geschichte und Charakter der UdSSR mit einem Seminar zur *aktuellen Entwicklung in der Sowjetunion*.

Das Seminar wird am Sonntag, 8. November, stattfinden. Interessierte können sich melden bei:
Kommunistischer Bund, St. Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen 1 — Bürozeit Freitag 16-18 Uhr, Tel. 78966
Vereinigte Sozialistische Partei, Postlagerkarte 078053 C, 2800 Bremen 1

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von Seite 1

Barschel: Das Spiel ist aus

Die „Basler Zeitung" schrieb und die „Bild" (16.10.) zitierte: **„Nach sehr zuverlässigen Informationen, welche die ‚Basler Zeitung' bekam, haben die politischen und Justizbehörden von gewichtiger deutscher Seite und über mehrere Kanäle den Wunsch übermittelt bekommen, daß es in aller Interesse wäre, wenn man diesen Fall als Selbstmord einstufen könnte."** — Es gab zu dieser ansonsten in der bundesdeutschen Presse nicht beachteten Tatsachenbehauptung ein laues Schweizer Dementi und ein Schweigen von deutscher Seite. Offensichtlich ist aber, daß sich beteiligte Stellen in beiden Ländern so verhielten, als entspräche die Meldung der „Basler Zeitung" der Wahrheit. Desinformation war die Leitlinie der amtlichen Verlautbarungen.

Da gab es am Sonntagnachmittag, kurz nach Auffinden der Leiche durch einen „Stern"-Journalisten, die Meldung, Barschel habe sich erschossen. Wo ist diese Nachricht zuerst produziert worden, und wie ist sie zustande gekommen? Der „Stern"-Journalist wird sie wohl nicht in die Welt gesetzt haben, und auch nicht die Schweizer Polizei, die im Gegenteil wenig später korrigierte, Barschel habe keine Schußverletzungen und für die Ursache seines Todes sei keine Hypothese auszuschließen. Den Journalisten scheint die Entstehungsgeschichte dieser ersten Falschmeldung zu unwichtig gewesen zu sein, um ihr recherchierend nachzugehen. Die allgemeine Version ist, die erste Meldung von der Selbsterschießung Barschels sei vom Kieler Landeskriminalamt ausgegangen. Warum und wieso, scheint niemand wissen zu wollen. Aus den dpa-Fernschreiben geht hervor, daß die Falschmeldung von „Bild" ausging und daß diese sich dabei *„auf die engste Umgebung Barschels"* berief. (Telex 15.25 Uhr) Kurz darauf wurde präzisiert: *„‚Bild' bezieht sich auf Informationen des Barschel-Anwaltes Prof. Samson."* — Und man kannte auch schon das Motiv: *„Wie ‚Bild' nach eigenen Angaben aus der engsten Umgebung Barschels erfuhr, habe Barschel keinen Ausweg mehr gesehen."* (Telex 15.33 Uhr) — Aus dem weiteren Verlauf der Ereignisse geht hervor, daß mit der „engsten Umgebung" wohl nicht die Barschel-Familie gemeint war. Außer Samson wäre beispielsweise auf den Chef der Kieler Staatskanzlei, Staatssekretär Hebbeln, zu tippen. Beide hatten — nach bisheriger Darstellung als einzige und letzte aus Barschels politischer „Umgebung" — Telefonkontakt mit Barschel auf Gran Canaria gehabt. In diesem Kreis scheint man geradezu erwartet zu haben, daß Barschel durch eine Schußwaffe sterben könnte. Und gleichfalls

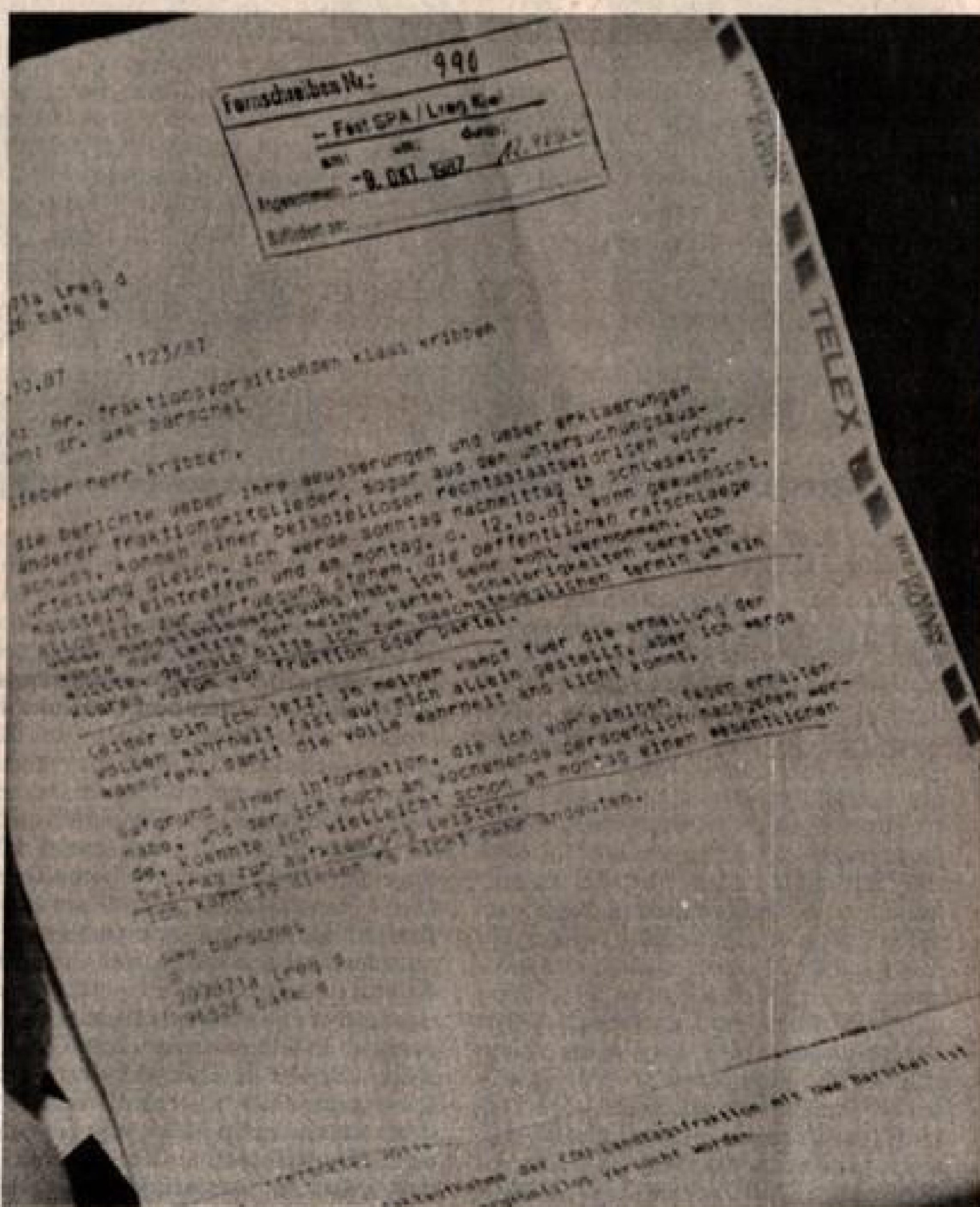
Canaria gehabt. In diesem Kreis scheint man geradezu erwartet zu haben, daß Barschel durch eine Schußwaffe sterben könnte. Und gleichfalls

in diesem Kreis hatte man es extrem eilig, das Verdikt „Selbstmord eines Ausweglosen" in Umlauf zu bringen. Statt sich auf die normale, opportune Position des Berufspolitikers zurückzuziehen, daß man erst einmal die Ergebnisse der Untersuchungen abwarten müsse. Könnte die erstaunliche erste Reaktion der „engsten Umgebung Barschels" etwas mit dem Inhalt der letzten Telefongespräche zu tun haben?

Die Schweizer Ermittlungsbehörden praktizieren eine seltsame Mischung von Nachrichtenzurückhaltung und vorschnellen, leichtfertigen Verlautbarungen. Schon einen Tag nach Barschels Tod wird ein „Zwischenergebnis" auf den gierigen Nachrichtenmarkt geworfen: Barschel habe ein schwaches Herz gehabt, habe bereits einen Infarkt überstanden, Tod also durch „Herzversagen". Im weiteren wird es fast unmöglich, die tatsächlichen Äußerungen der Schweizer Stellen dieses Montags von der Version zu unterscheiden, die Landesregierung und LKA in Kiel — angeblich unter Berufung auf die Schweizer — verbreiten: *„Wir gehen zunächst von einem natürlichen Tod durch Herzversagen aus."* Es sei *festgestellt* worden, daß Barschel weder unter Medikamenten- noch unter Alkoholwirkung gestorben sei. Also das genaue Gegenteil dessen, was zwei Tage später behauptet werden wird. Haben die Schweizer so schlampig ermittelt, oder haben die Kieler so dummfrech gelogen? Die Behauptung, Barschel habe ein schwaches Herz gehabt, wird jedenfalls in Lübeck, wo er nach seinem Flugzeugabsturz behandelt worden war, sofort bestritten.

Am Mittwoch liegt das erste Ergebnis der toxikologischen Untersuchungen vor: Tod durch eine Überdosis mehrerer Medikamente. Keine Anzeichen auf äußere Gewaltanwendungen bei der Einnahme der in der Summe tödlichen Tabletten. Also Selbstmord. Das heißt, genau besehen sagt das Untersuchungsergebnis wohl nur aus, daß man sich mit den festgestellten Substanzen, in dieser Kombination, umbringen *kann, wenn* man die entsprechende Menge davon schluckt. Das mitgeteilte Untersuchungsergebnis enthält aber noch keine genaue Angabe über die Menge der gefundenen Toxine. Dies festzustellen dauere noch einige Zeit, wird dazu gesagt.

Das heißt nur, Barschel hat diese Medikamente eingenommen. Was nicht überrascht, da er seit seinem Unfall offenbar verschiedene Tabletten in großer Zahl geschluckt hat. Ob eine *Überdosis* davon die Todesursache war, bleibt immer noch offen.


Fernschreiben Nr.: 990
— Fest SPA / Lreg Kiel
Angenommen: 9. OKT. 1987
TELEX

Text des Fernschreibens, das Barschel am 8.10. aus Gran Canaria an den Kieler CDU-Fraktionsvorsitzenden Kribben schickte und das dieser erst am 9.10. erhalten haben will. Bemerkenswert ist der Konjunktiv in

Text des Fernschreibens, das Barschel am 8.10. aus Gran Canaria an den Kieler CDU-Fraktionsvorsitzenden Kribben schickte und das dieser erst am 9.10. erhalten haben will. Bemerkenswert ist der Konjunktiv in dem Satz: „Ich wäre der Letzte ..." Dies kann bedeuten, daß Barschel zu verstehen gibt, durchaus dazu in der Lage zu sein, der CDU Schwierigkeiten zu bereiten, wenn man ihn dazu zwingt. Das „Deshalb ..." und der fordernde Ton im folgenden Satz bekommen dann ihren Sinn: Wenn Ihr nicht sofort und „klar" das Gerede von einer Mandatsniederlegung zurücknehmt, kriegt Ihr Schwierigkeiten.

Es könnte Selbstmord gewesen sein

Am 24.9., sechs Tage nach Barschels Ehrenwort-Pressekonferenz, wird der Ministerpräsident vom Chef der Staatskanzlei, Hebbeln, der als Barschels enger Vertrauter gilt, in der ominösen Wanzenangelegenheit indirekt belastet, die Unwahrheit gesagt zu haben. Am folgenden Tag, einem Freitag, tritt Barschel zurück. Am 26.9. soll Barschel zuhause in Mölln zum ersten Mal einen Anruf jenes geheimnisvollen Herrn *Robert Roloff* erhalten haben, der davon gesprochen habe, über Entlastungsmaterial zu verfügen. Konkretes soll weder besprochen noch vereinbart worden sein. Nach diesem Telefonat habe Barschel, so sagt jetzt seine Frau, „zum ersten Mal in seinem Leben Angst gehabt". Er habe sich danach „bedroht gefühlt". Eine seltsame Reaktion. Aber eine logische Reaktion, falls dieser Anruf, für den es keine Zeugen zu geben scheint, nur eine Fiktion oder Wahnvorstellung Barschels war, der erste gedankliche Schritt zum Weg in die Badewanne. Warum soll ihm das nicht Todesangst gemacht haben?

Am 6.10., einem Dienstag, fliegt Ehepaar Barschel nach Gran Canaria. Am selben Tag stellt die Staatsanwaltschaft einen „Anfangsverdacht" gegen Barschel fest. Im Untersuchungsausschuß wird Barschel durch Finanzminister Asmussen erheblich belastet. Am 8.10. wird Barschel auf Gran Canaria angeblich zum zweiten Mal von *Roloff* angerufen. Von Entlastungsmaterial soll wieder die Rede gewesen sein. Insbesondere von einem Foto, das Pfeiffer mit einer anderen Person zeige und dem ganzen Fall eine völlig neue Wendung geben würde. Das Motiv ist indessen nicht neu und könnte auch als Ausdruck der Armseligkeit der barschelschen Phantasie interpretiert werden: Am 23.9. — zwei Tage vor Barschels Rücktritt, drei Tage vor dem ersten angeblichen Anruf *Roloffs* — hatte sich bei Radio Schleswig-Holstein ein Anonymer gemeldet und von einem Foto fabuliert. Es sollte von Anfang dieses Jahres sein und Pfeiffer zusammen mit dem „Spiegel"-Chefredakteur Böhme zeigen. Möglicherweise hat Barschel dieses Motiv einfach kopiert, als er seine Selbstmordreise nach Genf in Szene setzte.

Gleichfalls am 8.10. telefonieren Rechtsanwalt Samson und Staatssekretär Hebbeln zweimal mit Barschel. Ihren eigenen Angaben nach ging es darum, Barschel zur unverzüglichen Rückkehr aus dem Urlaub zu drängen, um ihn im Untersuchungsausschuß präsentieren zu können. Aber könnte es nicht auch sein, daß sie zu Barschel gesagt haben: „Schieß dir doch eine Kugel in den Kopf?" Das würde wenigstens ihre Blitzreaktion am Todessonntag, Barschel habe sich erschossen, absolut plausibel erklären.

Gleichfalls am 8.10. setzt Barschel ein Fernschreiben an die CDU-Fraktion nach Kiel ab. Die Rede ist von einer „Information", die er „vor einigen Tagen" erhalten habe und der er „am Wochenende persönlich nachgehen" wolle. Er werde am Sonntag — seinem Todestag — in Schleswig-Holstein eintreffen und am Montag dem Untersuchungsausschuß zur Verfügung stehen. Mit der auch als Drohung interpretierbaren Aussage, *„ich wäre der letzte, der meiner Partei Schwierigkeiten machen wollte"*, verlangt Barschel *„zum nächstmöglichen Termin"* ein *„klares Votum von Fraktion oder Partei"* über die von einigen CDUlern schon geforderte Niederlegung seines Abgeordnetenmandats.

Am Freitag, 9.10., tut die Fraktion Barschel den Gefallen: Sie fordert ihn klipp und klar zur Aufgabe seines Mandats auf. Sogar vom Ausschluß aus der Partei wird schon geflüstert. Ein Journalist der „Bild" informiert Barschel telefonisch über den neuesten Stand. Heraus kommt eine am 10.10. als Interview publizierte Wehklage Barschels, der sich nun von aller Welt verlassen fühlt und maßlose Verbitterung laut werden läßt.

Gleichfalls am 10.10., Sonnabend, fliegt Barschel zum Rendezvous mit dem Tod nach Genf. Es gibt keine zuverlässige Zeugenaussage, daß Barschel dort irgendwelche geheimnisvollen Personen wirklich getroffen hat. Zeugnis sind lediglich seine eigenen knapp — und wiederum entlarvend phantasie- und lieblos — hingeschmierten Notizen sowie die telefonischen Botschaften, die er noch schnell, und teilweise anscheinend widersprüchlich, an seine allerengsten Verwandten absetzt: Ehefrau, Bruder, Schwester. Das kläglich zusammengeschmolzene, dafür nun aber wirklich treue letzte Publikum eines an sich selbst gescheiterten Spitzenpolitikers. Wie weit sie bereit sind, seinem infantilen Geflunker von gefährlichen Begegnungen mit geheimnisvollen Unbekannten aus Barmherzigkeit Glauben zu schenken, oder wie weit sie wider besseres Wissen und Ahnen zusammenhalten gegen die Welt und gegen die Versicherung, sowie selbstverständlich „im Interesse der Kinder", wissen nur sie selbst.

Daß Barschel seinen Selbstmord als politischen Mord inszeniert habe, ist eigentlich schon übertrieben. Ein schlichteres Arrangement konnte kaum gewählt werden. Keine umgestürzten Möbel, keine Spritzen mit Gift, keine kunstvollen Selbstverletzungen oder -fesselungen; dafür eine exakte Ausführung der Ratschläge einer bekannten Broschüre für Möchtegernselbstmörder. Barschel hat nicht mehr als das Minimum getan, um seinem Ende einen allerletzten Rest von Ungeklärtheit zu geben.

Es könnte Mord gewesen sein

Die Untersuchungen, die in Genf an Barschels Leiche angestellt wurden, haben eine eindeutige Widerlegung der Mordhypothese bisher nicht gebracht. Eher sieht es danach aus, als sollte, gemäß dem von der „Basler Zeitung" erwähnten Auftrag aus Bonn und Kiel, die Selbstmordhypothese auf Biegen und Brechen durchgesetzt werden. Das würde aber bedeuten, daß man sich an maßgeblichen Stellen zumindest unsicher ist, ob es nicht doch Mord war, denn anderenfalls hätte man den Dingen viel gelassener ihren korrekten wissenschaftlichen Lauf lassen können.

cher ist, ob es nicht doch Mord war, denn anderenfalls hätte man den Dingen viel gelassener ihren korrekten wissenschaftlichen Lauf lassen können,

statt massive Desinformation zu betreiben. Es *könnte* sogar sein, daß man an maßgeblicher Stelle definitiv *weiß*, daß Barschel ermordet wurde, und daß man dort deshalb so aktiv in die Untersuchungen eingriff.

Es fällt andererseits auf, daß ausgerechnet die Springerpresse sich sofort wärmstens der Mordthese der Barschel-Familie annahm und Spuren auslegte, die man gerade in diesen Blättern am allerwenigsten erwartet hätte.

Da brachte beispielsweise die „Bild" in der Woche vom 12.10. bis 17.10. Tag für Tag neue Listen von Methoden, einen Menschen ohne Möglichkeit des sicheren Nachweises zu töten. Nach den Stammheimer *Selbstmorden* vor ziemlich genau zehn Jahren hatten die gleichen Blätter vehement bestritten, daß es solche Mordmethoden überhaupt gibt.

Am 15.10. brachte der parlamentarische Pressedienst der SPD, „ppp", unter Berufung auf Norbert Gansel eine wohl nicht allzu pedantisch recherchierte Geschichte, die Barschels Tod mit Waffengeschäften schleswig-holsteinischer Rüstungsfirmen in Verbindung brachte. Barschel habe bei diesen Geschäften keine aktive Rolle gespielt, sondern eher zu bremsen versucht und habe jedenfalls einer Aufklärung der Dinge nicht im Wege gestanden. Hingegen sei der Staatssekretär im Kieler Finanzministerium, Schleifer, eine „graue Eminenz im Waffenhandel, der seine Finger überall drin habe"; zugleich sei Schleifer aber auch derjenige, der das Signal zum Fallenlassen Barschels durch die CDU gegeben habe. Pfeiffer, so „ppp" weiter, sei in Barschels Nähe eingeschleust worden, um ihn durch „primitiv angelegte Aktionen" zu kompromittieren. Angesichts der Tatsache, daß Barschel auf eigene Faust Ermittlungen anstellen wollte, seien seine „vermeintlichen Freunde in Kiel" nervös geworden. Hebbeln, der mit Barschel telefonierte, habe Schwarz und Schleifer informiert, und schließlich habe Stoltenberg grünes Licht gegeben, *„Barschel politisch zu erledigen, bevor dieser noch mehr Staub aufwirbeln konnte."* — Mehr mochte „ppp" wohl aus juristischen Rücksichten nicht sagen; aber immerhin war Barschel am Ende nicht nur politisch erledigt, sondern auch noch mausetot.

Brisanter Stoff! Zu brisant? Gansel jedenfalls dementierte prompt. Das, was der „ppp" offenbar verstanden hatte, habe er selbst so nie gesagt. „Sehr vorsichtig und zurückhaltend" habe er sich gegenüber den Parteifreunden vom „ppp" geäußert. Spekulationen über einen Zusammenhang des Barschel-Tods mit Waffenlieferungen nach Nahost halte er für „abenteuerlich".

Inzwischen hatte auch die englische Tageszeitung „Daily Telegraph" das gleiche Thema bearbeitet: Barschel sei ein „Opfer der Irangate Waffenhändler-Bande" geworden. Barschel habe auf Gran Canaria in einer Villa des Waffengroßhändlers Kashoggi gewohnt — was nach den vorliegenden Informationen ein Irrtum ist, auch wenn dieser seltsamerweise zuerst in Springers „Welt" auftauchte. Überhaupt spielten die Kanarischen Inseln in dem Irangate-Skandal eine noch nicht voll aufgeklärte Rolle. Schleswig-Holstein sei ein „bekanntes Operationszentrum für Waffenhändler", Genf ebenso, und Barschels Hotel „Beau Rivage" werde als „Kontaktstelle für den Waffenhandel" genannt.

Die Springerpresse gab den Gerüchten am 16.10. breiten Raum und schob am 17.10. noch eine sehr interessante eigene Meldung nach: *„Hinweise auf eine mögliche Verstrickung des früheren Ministerpräsidenten Uwe Barschel in internationale Waffengeschäfte werden in Bonn und in Kiel ernstgenommen. In der Kieler CDU-Fraktion heißt es dazu: ‚Die Waffengeschäfte gehören eindeutig nicht mehr in das Reich der Fabeln.'"* — Barschel sei früher mehrfach als praktizierender Anwalt bei der vertraglichen Abwicklung von Geschäften mit Ländern des Nahen Ostens tätig geworden. Außerdem habe er vor seinem Abflug nach Genf mit Kashoggi auf Gran Canaria zu Mittag gegessen. („Hamburger Abendblatt", 17.10.) — Noch genauer: Barschel sei zwischen 1974 und 1976 wiederholt als Notar zur Beglaubigung von Geschäftsverträgen nach Kairo gereist; es sei dabei um Waffen gegangen. Barschels damaliger Sozius Michael Moll (1986 an Krebs gestorben), u.a. Bundesvorsitzender des Reservistenverban-

sei dabei um Waffen gegangen. Barschels damaliger Sozius Michael Moll (1986 an Krebs gestorben), u.a. Bundesvorsitzender des Reservistenverban-

des, habe tief in Waffengeschäften gesteckt. Barschels Bruder habe geschäftliche Verbindungen mit einer Firma, die die Zieloptik für den modernsten BRD-Panzer Leo II produziert. („Bild am Sonntag", 18.10.)

Und eine weitere hochinteressante Geschichte: Ein Hamburger Polizeibeamter soll ausgesagt haben, er sei mit dem mysteriösen „Superdetektiv" (und Geheimdienstagenten) Werner Mauss mehrmals dienstlich nach Genf gefahren. Mauss sei dort stets unter dem Tarnnamen *Roloff* — Barschels großer Unbekannter! — aufgetreten, habe sich mit seinen internationalen Kontaktleuten u.a. im „Beau Rivage" getroffen. Auf Mauss treffe die (sehr karge) Beschreibung in Barschels letzten Notizen zu. Mauss habe seinen Hauptwohnsitz in Hannover, von wo auch *Roloff* bei Barschel angerufen haben soll. Mauss habe auf Gran Canaria viele Auftraggeber und Freunde. Und Mauss habe auch frühzeitig Kontakt zu Pfeiffer gehabt. („Bild am Sonntag", 18.10.)

Mit anderen Worten: Barschel sei Opfer eines Komplotts, dessen Spuren nicht etwa zur SPD und auch nicht zum Stasi führen, sondern zum internationalen Waffenhandel und zur halbkriminellen Grauzone des bundesdeutschen Staatsapparats. Das ausgerechnet bei Springer zu lesen, verblüfft den treuen Beobachter dieser Blätter. Man hat dort sonst ganz andere Interessen und ganz andere Feindbilder. Die Frage drängt sich auf: Von welch noch brisanteren Dingen will man ablenken, indem man so brisante Spuren öffentlich auslegt? Welche Steigerung ist in dieser Affäre überhaupt noch möglich?

Kt., Hamburg

Dienst am Politiker

Der Mann, der die Affaire auffliegen ließ, war als Medienreferent in der Kieler Staatskanzlei tätig. Für den CDU-Wahlkampf im nördlichsten Bundesland sollte er mithilfe verdeckter Operationen Munition gegen die SPD und deren Kandidaten Engholm liefern. Pfeiffer kam vom Bremer Rechtsaußenblatt „Weserreport", wo er sich mit ruppigen Skandalberichten einen einschlägigen Ruf erworben hatte. U.a. war es ihm auf diese Weise einmal gelungen, einen Bremer SPD-Senator zum Rücktritt zu zwingen. Den Tip, Pfeiffers Qualitäten für die CDU zu nutzen, bekam die Staatskanzlei vom Axel-Springer Verlag. Dort arbeitete Pfeiffer vermutlich für das gescheiterte Illustriertenprojekt „Ja". Bei ruhendem Vertrag mit Springer wurde er für die Dauer von einem Jahr für die Landesregierung Schleswig-Holsteins abgestellt. Einen solchen Typen anzuheuern, paßte in die Wahlkampfkonzeption der CDU, die ausdrücklich „Emotionalisierung", Personalisierung und „schmutzige Themen" vorsah.

Die bislang bekanntgewordenen, von Pfeiffer und der Staatskanzlei durchgeführten „Aktionen" begannen im Januar d. J. mit dem Versuch, dem Oppositionsführer Engholm Steuerbetrug nachzuweisen. Dazu veranlaßte der persönliche Referent Barschels, Herwig Ahrendsen, beim Kieler Personalplanungsreferat eine exakte Aufstellung über Engholms Einkünfte, während sich Pfeiffer auf die Suche nach einem geeigneten CDU-Mann begab, der Engholm anzeigen sollte. Man entschied sich aber dann doch dafür, die Anzeige anonym zu erstatten; dies besorgte Pfeiffer, indem er einen entsprechenden Schriftsatz per Einschreibebrief an die Steuerfahndung, an Barschel und an Finanzminister Asmussen sandte. Barschel, dem der Durchschlag auf eigenen Wunsch, wie Pfeiffer behauptet, zuging, erkundigte sich Anfang Februar auch noch telefonisch bei Finanzstaatssekretär Schleifer nach dem Fortgang der Angelegenheit (die dann ergebnislos endete).

Etwa gleichzeitig beauftragte Pfeiffer die Bremer Detektei Harry Piel mit der Ausspähung von Engholms Privatsphäre. Ziel dieser Bespitzelung, die vom 27.1. bis 10.2. durchgeführt wurde und ebenfalls nichts zutage förderte, waren Sensationsmeldungen über Homosexualität, Ausschweifungen, Kindersex o.ä. Abgerechnet wurden die Schnüffler über einen Scheinauftrag des Schwarzkopf-Managers Ballhaus, Hamburger Arbeitgeberchef und enger Barschel-Freund. Die Detektive benahmen sich allerdings so auffällig, daß Engholm Verdacht schöpfte, wie sie auch nach einem Streit über die verabredete Honorarhöhe später im wesentlichen Pfeiffers Darstellung bestätigten.

Realen Erfolg scheint Pfeiffer mit einem Manöver gehabt zu haben, das sich gegen die Wählergemeinschaft UWSH richtete. Deren Vorsitzender hatte sich am 16.2. zu einem Geheimtreffen mit Barschel begeben; anschließend meldete sich Pfeiffer bei UWSH-Leuten mit Informationen über dieses Gespräch, was zu Querelen, gegenseitigen Verdächtigungen etc. innerhalb der kleinen Gruppe führte. Gegen die Grünen gerichtet forschte Pfeiffer beim Landesamt für Verfassungsschutz nach Geheiminformationen über ihre Landtagskandidaten; bestätigt wurden ihm angeblich frühere kommunistische Organisationszugehörigkeiten; er soll sich aber hauptsächlich für rechtsradikale Bestrebungen der Ökopartei interessiert haben. Anfang Mai fälschte Pfeiffer eine Presseerklärung der Grünen gegen Engholm.

In der letzten Woche vor der Landtagswahl bemühte sich Pfeiffer namens der Landesregierung beim Kriminalpolizeiamt Kiel um eine elektronische Wanze — wieder einmal ergebnislos, denn dort konnte man damit nicht dienen. Die Wanze sollte in Barschels Telefon eingebaut und bei einer für den folgenden Tag bestellten Kontrolle der Fernsprecheinrichtung des Ministerpräsidenten wie zufällig gefunden werden. Mithilfe eines solchen Fundes wollte man den politischen Gegnern Barschels genau diejenigen Methoden vorwerfen, derer sich CDU und Landesregierung über Monate hinweg bedienten. Tatsächlich wurde die Telefonkontrolle bei Barschel am 9.9. durchgeführt; nur hatte es Pfeiffer eben nicht geschafft, eine Wanze zu besorgen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der „Spiegel" (7.9.87) erstmals über die Observation Engholms berichtet, ohne freilich bereits den politischen Gegner, die CDU und Barschel, als Auftraggeber zu beschuldigen. Am selben Tag ließ Engholm über seinen Anwalt Schulz, ein früherer Hamburger Bürgermeister der SPD, Anzeige gegen Unbekannt stellen. Am Abend trafen sich Schulz, Pfeiffer und der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Jansen. Der Medienreferent eröffnete sich seinen beiden sozialdemokratischen Gesprächspartnern gegenüber, die davon allerdings ihrem Spitzenkandidaten zunächst nicht berichtet haben wollen. Es ist also ziemlich klar, daß sich Pfeiffer bei der Wanzenaktion seines Regierungschefs in den beiden folgenden Tagen bewußt dämlich anstellte und sie mit Absicht scheitern ließ. Dann ging er zum „Spiegel", um seine Untergrundaktionen, die er allesamt im Auftrag Barschels begangen habe, zu enthüllen. Das Nachrichtenmagazin veröffentlichte den Skandal in seiner am Tag nach der Wahl erscheinenden Ausgabe (14.9.); doch schon am Vorabend der Wahl wurde im Kern bekannt, was der „Spiegel" zwei Tage später bringen würde: daß Barschel mit „dirty tricks" seinen Gegenspieler bekämpf-

der „Spiegel" zwei Tage später bringen würde: daß Barschel mit „dirty tricks" seinen Gegenspieler bekämpf-

te. In der Regel ist es allerdings so, daß solche Informationen 24 Stunden vor der Stimmabgabe keinen Einfluß mehr haben, da die Wähler dann bereits festgelegt sind.

Die vom „Spiegel" in den folgenden Wochen verbreitete Version Pfeiffers, alle seine verdeckten Operationen seien in Kenntnis und unter Anleitung des ehemaligen Ministerpräsidenten durchgeführt worden, war nicht nur plausibel, sondern konnte auch mehr und mehr erhärtet werden. Barschels Versuch hingegen, sich mit pompösen Ehrenworten und eidesstattlichen Versicherungen reinzuwaschen, endete ziemlich kläglich damit, daß mehrere Unionskollegen die These seiner Mitwisserschaft stützten. Anzunehmen, solche direkt aus der Staatskanzlei gestarteten und mit konkreter Hilfestellung des Regierungsapparates unternommenen Operationen könnten an dem Ministerpräsidenten vorbeigelaufen sein, wäre auch wirklich absurd. Wenn geheimdienstähnliche Methoden schon in einer so nebensächlichen Angelegenheit, wie es eine Landtagswahl nun doch irgendwo ist, zum politischen Alltag gehören, ahnt man, welche Rolle sie in Bonn oder in anderen, wichtigeren politischen Fragen spielen müssen.

Eine prickelnde, nicht nur die Rechtspresse elektrisierende Wendung nahm die Affaire, als Jansen mit dem Eingeständnis herausrückte, Pfeiffer schon vor der Wahl getroffen zu haben. Parallel dazu wurde bekannt, daß SPD-Sprecher Nilius mit dem Mann von der Gegenseite schon im Juli und August fünfmal zusammengetroffen war. Zu recht gibt sich die CDU mit den Erklärungen von Pfeiffer und Nilius zu dieser Angelegenheit nicht zufrieden: Etwa daß Pfeiffer einfach menschlichen Rat gesucht habe, oder daß Nilius die Sache nicht allzu ernst genommen habe, dem Medienreferenten aber dazu riet, seine Aktionen „mit gebremstem Schaum" weiterzuführen, weil sich dieser nicht in der Lage gesehen habe, sofort auszusteigen. Die CDU versucht, in die Gegenoffensive zu kommen: Das Ganze sei von Anfang an ein Komplott Pfeiffers mit der SPD resp. dem „Spiegel" gewesen, um Barschel zu kompromittieren. In diesem Sinn werden Kontakte Pfeiffers zum Bremer Staatsschutz (Polizei und VS) — daß er sie gehabt hat, kann als hundertprozentig wahr unterstellt werden — der im Stadtstaat regierenden SPD angelastet. Es wäre freilich eine ziemliche Überschätzung der Sozialdemokraten, wollte man annehmen, daß sie dazu in der Lage wären, der CDU über Kontaktleute in der Chefetage des Springer-Verlags eigene Agenten anzudrehen. Wollen würden sie vielleicht. Aber können tun sie deswegen noch lange nicht. Ein Komplott zu schmie-

Aber können tun sie deswegen noch lange nicht. Ein Komplott zu schmie-

den, das in einem Komplott gegen die eigene Partei besteht, so etwas überfordert einfach die sozialdemokratische Politikfähigkeit. Tatsache bleibt, daß die schleswig-holsteinische SPD-Führung seit geraumer Zeit mitgewußt und mitgespielt hat und gar nicht daran dachte, die Pose vom protestantischen Saubermann, vom ehrlichen Politiker und moralischen Gartenzwerg in Taten umzusetzen — etwa indem man sofort und bedingungslos an die Öffentlichkeit geht. Dann doch lieber dabeisein...

Nein, Pfeiffer hat CDU-Aufträge ausgeführt und nach der Hälfte seiner Dienstzeit die SPD ins Vertrauen gezogen oder sich auf diese Weise ihr gegenüber abgesichert. Daran gibt es wohl wenig zu rütteln. Dennoch haben die Erklärungen des eigenartigen Medienreferenten einen eklatanten Schwachpunkt: in der Begründung, weshalb ihm Skrupel bei seiner Tätigkeit gekommen seien. Pfeiffer behauptet, die „Mitleidstour", die Barschel nach seinem Flugzeugunglück zu Wahlkampfzwecken eingeschlagen habe, sei ihm derart zuwider gewesen, daß er beschlossen habe, sich von seinem Chef abzuwenden. Barschel hatte Ende Mai einen Flugzeugabsturz als einziger von vier Insassen überlebt. Bis August lag er im Krankenhaus. Es gibt nichts, was für eine spezielle Gemeinheit seinerseits im Zusammenhang mit diesem Unfall spräche. D.h. daß Pfeiffer entweder etwas verschweigt, was mit dem Absturz zusammenhängt, oder daß er eine besonders plumpe Lüge präsentiert. Anlässe zu moralischen Bedenken — wenn denn ein Pfeiffer solche kennt — hätte er vor- und nachher genügend und weitaus bessere gehabt.

Damit bleibt Pfeiffers Motivation, auszusteigen und sich der SPD bzw. dem „Spiegel" zu offenbaren, im Dunkeln. In der ganzen Affaire und insbesondere in der Wendung, die sie Mitte d. J. gegen Barschel als einen der Urheber nahm, muß es folglich noch andere, bisher nicht oder wenig bekannte Motive geben. Demnach hätte Pfeiffer neben Barschel noch unbekannte Auftraggeber gehabt, die den ehemaligen Ministerpräsidenten nach seinem Flugzeugunglück fallenließen. Man kann spekulieren, ob es Waffenhändler waren oder sind, die ihre Interessen durch Barschel nicht in ausreichendem Maß wahrgenommen sahen. Eine andere Erklärung hebt auf die lieben Kollegen von der schleswig-holsteinischen CDU-Spitze ab, die auch nicht gerade ein Muster an Selbstlosigkeit sind und vielleicht die einmalige Chance sahen, selber auf den Sessel des Ministerpräsidenten vorzudringen. Für eine Variante dieser Art spricht auch der ausgesprochen magere Effekt, den die Aktionen Pfeiffers für Barschel tatsächlich hatten.

Wie dem auch sei und wer auch immer die Drahtzieher *neben* Barschel gewesen sind: Pfeiffers Aktivitäten und sein bisher kaum begründeter Schwenk gegen seinen ehemaligen Chef tragen die Handschrift der Geheimdienste. Diese Qualifikation — mit Geheimdiensten vertraut zu sein und deren Methoden zu beherrschen — war es ja gerade, die den Mann für die CDU der Nordprovinz so attraktiv machte, daß er mit regierungsamtlichen Vollmachten und entsprechender Autorität ausgestattet wurde. Jemand, der aus der Grauzone der Dienste und der Springerpresse bzw. vergleichbarer Organe kommt, der mit Bullen, Agenten, Privatdetektiven und Werkschützern umgehen kann und vielleicht noch mit einem Waffenhändler und zwei Baulöwen auf Du steht, jemand, der private Geschichten über Mauss erzählt und schon mal bei Heidemann auf der Jacht war, so jemand ist für Barschel und Co. natürlich eine Achtungsperson und Topkraft. So jemand muß dann aber auch mit den Diensten in irgendeiner Verbindung stehen, sonst wäre er ja von allem abgeschnitten und schnell als Hochstapler entlarvt.

Politiker bedienen sich der Geheimdienste und machen sich eben dadurch von ihnen abhängig. Der Fall Pfeiffer-Barschel ist eines der seltenen bekanntgewordenen Beispiele dafür, wie das abläuft. Er erlaubt einen Blick in die Innenausstattung der politischen Macht und enthüllt, daß es dort primitiver zugeht als in einem schlechten Agententhriller. Aber wie soll ein Gewaltmonopol funktionieren ohne die für ein Monopol typischen Fäulniserscheinungen, wenn sogar die Opposition so schlapp ist, wie sie es ist? In all ihrem Kinderglauben an diesen ihren guten Staat sind die Grünen so zahnlos geworden, daß sie in diesen Tagen politisch gar nicht vorkommen. Der beklagenswerte Zustand wird wahrscheinlich genau so lange anhalten, wie ihnen eine Rolle in Dallas und Denver verwehrt wird. Gemeinerweise — wo sie doch so gute Darsteller haben.

de.



Pfeiffer fürs Grobe

Hamburg, den 11. Dezember 1986
7127 - Schw/bau

Sehr geehrter Herr Pfeiffer,

wir bestätigen die mit Ihnen getroffene Vereinbarung, wonach der mit Ihnen gemäß Schreiben vom 30. September 1986 geschlossene Vertrag für das Jahr 1987 ruht. Wir sind uns darüber einig, daß dieser Vertrag ab 1. Januar 1988 wieder gilt.

Bitte reichen Sie uns die Kopie dieses Schreibens zum Zeichen Ihres Einver-

Bitte reichen Sie uns die Kopie dieses Schreibens zum Zeichen Ihres Einver-

ständnisses unterschrieben zurück.

Mit freundlichen Grüßen

AXEL SPRINGER VERLAG AG

(Feldenkirchen) i.V. (Schwarz)

Pfeiffer für Springer



Getreulich einem Klischee der fünfziger Jahre folgend — wer zuviel Sartre oder Camus liest, bringt sich auch selbst um — fand sich in Barschels Hotelzimmer, aufgeschlagen auf dem Bett liegend, ein Band mit Erzählungen und frühen Novellen Sartres, allesamt in den Jahren 1937-39 geschrieben. Vielleicht hat Barschel zuletzt darin gelesen, vielleicht hat es — auch das ist möglich — sein Mörder absichtsvoll dorthin plaziert, um eine Art Selbstmord-Symbol zu setzen. In jedem der beiden Fälle bekommen die Texte einen scheinbaren Informationswert. Der „stern" beispielsweise findet es typisch: Die Erzählung „Die Wand", weise „erschreckende Parallelen zu der ausweglosen Situation des gescheiterten Politikers" auf: „ein Abschiedsbrief aus der Weltliteratur". Aufgeschlagen sei jedoch die Seite 98 gewesen: „Das Zimmer". Darin geht es um einen Mann, der unter Verfolgungswahn leidet; deshalb verläßt er sein Zimmer nicht mehr. Seine Frau hält gegen den Rat ihrer Eltern bis zuletzt zu ihm; als die Symptome der Krankheit aber immer schlimmer werden, beschließt sie, ihn umzubringen.

Äußerst beziehungsreich ist freilich auch „Die Kindheit eines Chefs"; das Werk beschreibt die Karriere eines eher weichlichen Jungen zum starken Mann in der faschistischen Action Francaise. SartreologInnen hingegen meinen, ein Hinweis auf den aktuellen Fall Barschel sei vor allem in der Geschichte „Herostrat" gegeben, weil sie in einem Hotelzimmer endet. Herostrat ist eine antike Figur, die einen Tempel in Ephesus (türkische Ägäisküste) nur deshalb anzündete, um in die Geschichte einzugehen. Sartre schildert einen modernen Menschenhasser, der aus Ekel vor seiner Gattung wahllos Menschen auf der Straße tötet, um sich anschließend in einem Hotel selbst umzubringen. Er hält sich den Revolver in den Mund, doch er bringt es nicht fertig, schmeißt die Waffe weg und öffnet die Tür, um die Polizei, die nach ihm sucht, hereinzulassen.

Anscheinend hatte Sartre mal wieder gründlich vorgedacht, weshalb ihm im Klappentext auch „die Phantasie eines Kriminellen und das Selbstbewußtsein eines Großinquisitors" bescheinigt wird. Das Buch handele von „Tortur, Wahnsinn, Mordlust, Hörigkeit, Machtwahn, Verdrängung". Nahezu jede mögliche Version von Barschels Tod kann da hineininterpretiert werden. „Herostrat" enthält ausgerechnet auch noch die Empfehlung: „Lesen Sie die morgigen Zeitungen..."

Berichtigung

Es war nicht Anke

Im letzten ARBEITERKAMPF hat ein falscher Vorname der SPD-Führung unverdiente Ehre eingebracht. Nicht die SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs war es, die sich im Bundestag couragiert über die Atommachtbestrebungen der Bundesrepublik äußerte, sondern ihre Parteikollegin Katrin Fuchs. Sie gehört zum linken Flügel der SPD und ist Mitglied im Verteidigungsausschuß. Von Anke wär's auch wirklich sehr erstaunlich gewesen ...

10 Jahre Stammheim

Vom Mythos der Stunde Null

Zehn Jahre ,,Stammheim''. Ein Tabu wird diskutiert. Die Fakten sind bekannt: Am Ende der Schleyer-Entführung lagen tote Gefangene in ihren Zellen. Ob Mord oder Selbstmord, ist bis heute ungeklärt. Neues gibt es nicht zu enthüllen, bevor nicht eine/r der Beteiligten plaudert.

Umso mehr Interpretationen werden vorgetragen: ,,Stammheim'', das demokratische Versagen der SPD, die Wende zum Repressions-, oder auch Integrationsstaat, die Installierung eines neuen Faschismus, der Sieg der Demokratie usw. usf.

Sorry! So nicht! Weder so, noch so war ,,Stammheim'' die Stunde Null der neueren westdeutschen Geschichte.

,,Stammheim'' war eine Ausnahmesituation. Mit den Toten von Stammheim und Mogadischu besiegelte die Schmidt-Regierung die relative Stabilisierung der BRD-Demokratie nach der Umbruchsphase seit 68/69. Das war kein Versagen, das war die entscheidende Leistung der SPD.

Als Notstandspraxis ohne Ausrufung des Notstands, einschließlich der Bereitschaft zur Geiseltötung, setzte ,,Stammheim'' Normen für zukünftiges Krisenmanagement. Synonym für den politischen Alltag heute ist es allerdings ebensowenig wie die Vorwegnahme für morgen.

Um das zu verstehen, muß mensch sich die Besonderheiten der damaligen Situation vor Augen führen.

F.



Hanns Martin Schleyer als Gefangener der RAF

Zur Erinnerung:
Am 5. September 1977 wird der Präsident des Arbeitgeberverbandes (BDA), zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hanns Martin Schleyer (SS-Mitgliedsnummer 227014) entführt. Sein Fahrer und der aus drei Polizisten bestehende Begleitschutz werden erschossen. Mit Datum vom 6.9. fordert das ,,Kommando Siegfried Hausner. RAF'' von der Bundesregierung im Austausch gegen Schleyer die Freilassung von elf politischen Gefangenen aus der RAF (darunter sämtlich die späteren Toten bzw. Schwerverletzten aus Stuttgart-Stammheim und Stadelheim).

Am 13.10. wird von der ,,Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus'' die Lufthansamaschine ,,Landshut'' mit insgesamt 87 Insassen, Fluggästen und Besatzung, entführt. Die Flugzeugentführer schließen sich den Forderungen des ,,Kommando Siegfried Hausner. RAF'' an und verlangen zusätzlich u.a. die Freilassung zweier palästinensischer Gefangener, die in Istanbul inhaftiert sind. Am 18.10. wird die inzwischen auf dem Flughafen von Mogadischu (Somalia) gelandete Maschine von der bundesdeutschen GSG 9 gestürmt, alle Geiseln werden befreit und drei der GeiselnehmerInnen getötet. In Stuttgart-Stammheim werden am Morgen desselben Tages Andreas Baader, Gudrun Ensslin tot, Jan Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwerverletzt aufgefunden. Am 19.10. wird die Deutsche Presse-Agentur von der RAF informiert: ,,*Wir haben nach 43 Tagen Hanns Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn (...) in Mülhausen (...) abholen.*''

Die praktische Lösung

Was immer zu ,,Stammheim'' noch gesagt, bzw. auch nicht gesagt werden wird, eins wollen wir festhalten: Am Ende des Austauschversuches waren die Stammheimer Gefangenen tot. Dazu kommen die Toten von Mogadischu, die in Kauf genommenen Opfer unter den Geiseln der Entführer, schließlich noch die Erschießung Schleyers, dessen Tod die Bundesregierung durch ihre ,,harte Lösung'' provozierte. Der Staat hatte seine Entschlossenheit demonstriert, Staatsräson über Schutz und Erhalt individuellen Lebens zu stellen, sowie die Fähigkeit, dies in Praxis umzusetzen.

Mit diesem Ausgang der Dinge war der Versuch der RAF, eine Reihe prominenter RAF-Gefangener durch die Entführung des BDA-Präsidenten M. Schleyer freizupressen, gescheitert.

Mit diesem Ausgang der Dinge war der Versuch der RAF, eine Reihe prominenter RAF-Gefangener durch die Entführung des BDA-Präsidenten M. Schleyer freizupressen, gescheitert.

Es scheiterte damit aber nicht nur die konkrete Aktion. Es scheiterte zugleich die Strategie der RAF, ihre mit der Verhaftung der führenden Kader im Sommer '72 verlorengegangene Aktionsfähigkeit durch eine Strategie der ,,big raushole'' wiederzugewinnen. Seit ihrer Niederlage in der Schleyer-Affäre hat kein RAF-Kommando wieder eine Befreiungsaktion versucht. Versuche, ,,drinnen'' und ,,draußen'' zu verbinden, blieben seitdem auf Hungerstreiks und parallel dazu stattfindende Aktionen draußen beschränkt.

Das konkrete Ergebnis von ,,Stammheim'' war die Liquidierung des Führungskaders der RAF. Einen nachhaltigeren Erfolg konnte sich die Bundesregierung nicht wünschen. Nach dem Tod Ulrike Meinhofs im Mai 76 und seit Ende des Stammheimer Prozesses im April 77 waren A. Baader, G. Ensslin, J.K. Raspe lebende Symbole des RAF-Widerstands. Einem ersten, nur gescheiterten Befreiungsversuch wären mit Sicherheit weitere gefolgt, noch dazu im Klima einer gewissen öffentlichen Sympathie für die Opfer des Justizskandals, wieder Stammheimer Prozeß ja auch von weiten Teilen der linken und demokratischen Öffentlichkeit, vor allem auch des Auslands, erlebt worden war.

Ob am Ende durch eigene oder fremde Hand getötet, die Gefangenen wurden vom ersten Tag der Entführung an durch Praktizierung absoluter Kontaktsperre zu Staatsgeiseln gemacht. Ihr möglicher Tod war von Anfang an Bestandteil der Planung im Krisenstab. Ich kann es mir sparen, die vom ,,Spiegel'' kürzlich dazu dankenswerterweise noch einmal aufgefrischten Fakten hier im einzelnen aufzuzählen. Sie sind im übrigen nicht neu, sondern seit '77 bekannt und seitdem des öfteren auch in der bürgerlichen Presse wiederholt worden, ohne daß sich je irgendjemand bemüßigt gefühlt hätte, sich zu distanzieren. (1) Klar ist, die Bundesregierung wollte die Kontinuität der RAF brechen, eine Eskalation der Konfrontation nach Austausch wie auch eventueller zukünftiger Befreiungsaktion verhindern. Sie wollte eine radikale Lösung ihres Problems. Dafür nahm sie über die ,,Ausschaltung'' der Gefangenen hinaus auch den Tod der Lufthansa-Geiseln wie den von Schleyer in Kauf.

Der Tod der Gefangenen war unter diesen Umständen nur konsequent. Er war zugleich Höhepunkt des Ausrottungsfeldzugs, den die SPD seit Mitte '72 gegen die RAF führen ließ: über zehn Menschen als Terroristen auf der Straße erschossen, Holger Meins, Siegfried Hausner, Katharina Hammerschmidt und Ulrike Meinhof in der Haft ums Leben gekommen, weitere zig Opfer hysterisierter Menschenjagden seitens der Polizei zu beklagen! (2)

Aus der Sicht der Bundesregierung war mit dem Tod der prominenten Stammheimer Gefangenen das Er-

zig Opfer hysterisierter Menschenjagden seitens der Polizei zu beklagen! (2)

Aus der Sicht der Bundesregierung war mit dem Tod der prominenten Stammheimer Gefangenen das Er-

reichbare erreicht, die eskalierte politische Situation praktisch bereinigt. Salopp gesagt: Einmal konnten die Führungskader der RAF nur sterben. Dies ist der materielle Kern der damaligen Situation.

Der Tod der Gefangenen hat das ,,Problem des Terrorismus'' damit nicht gelöst, wie einschlägigen Verlautbarungen seitdem immer wieder zu entnehmen ist, hat aber die RAF ihrer damaligen Köpfe und Identifikationsfiguren beraubt, d.h. sie *politisch* liquidiert, bzw. mindestens bis auf weiteres desorientiert und desorganisiert. Es hat dann ja auch Jahre gedauert, bis die RAF sich wenigstens organisatorisch erholt hatte. Politisch hat sie es bis heute nicht geschafft.

Über die konkrete, in ihrem Sinne erfolgte Bereinigung der Situation hinaus haben die Herrschenden Kräfte der BRD in ,,Stammheim'' demonstriert, wie sie ggflls. mit politischen Gegnern umzuspringen bereit und in der Lage sind. Erstmalig nach '45 gelang es, die Tötung des politischen Gegners wieder als legitim ins öffentliche Bewußtsein einzuführen, ja sogar, wie Bölling es in einem Interview mit M.T. Mehr und Cohn-Bendit heute unwidersprochen propagieren kann, als ,,vox populi'' zu verkaufen, die die SPD unter Druck gesetzt habe. (3)

Offen bleibt, wie die Gefangenen zu Tode kamen. Ich verzichte darauf, die bekannten Tatsachen zum wiederholten Male wiederzukäuen. Den Lesern des AK sind die ,,Wunder von Stammheim'' wenn nicht aus eigener Erfahrung der Zeit, so doch spätestens aus den Auseinandersetzungen um das Medienpaket ,,Stammheim'' des Quadrumvirats Aust, Hauff, Tabori und Flimm aus dem letzten Jahr hinreichend bekannt. Dem ist bisher nichts hinzuzufügen. (4)

Festzuhalten ist: Spätestens in den Gefängnissen der BRD hört Demokratie auf, wird die staatliche Verfügungsgewalt über das Leben und, wie in ,,Stammheim'' demonstriert, den Tod der politischen GegnerInnen dieses Staates unkontrollierbar. Das schließt die für ,,Stammheim'' wie auch spätere Fälle deutlich gewordene Tatsache ein, daß die nach wie vor praktizierte Kontaktsperre zwar die Öffentlichkeit, aber nicht den Zugang der Geheimdienste und besonderer ,,Sicherheitskommandos'' zu den Gefängnissen ausschließt.

Der freiwillige Notstand

Aber ,,Stammheim'' ist nicht nur der 17./18.10.87. ,,Stammheim'', das ist der ,,deutsche Herbst'', die Republik im Ausnahmezustand. Sechs Wochen lang konnte ein Krisenstab in diesem Land Notstand praktizieren, ohne ihn formell entsprechend der seit 1968 gültigen Notstandsgesetze erklären zu müssen. Als Geschäftsgrundlage genügte allein eine Allparteien-Koalition auf der ideologischen Basis einer ,,Solidarität der Demokraten'' zur ,,Verteidigung'' gegen die ,,Herausforderung des Terrorismus''.

Der Krisenstab bestand aus großem und kleinem Beratungskreis. Dem kleinen Kreis gehörten neben Kanzler Schmidt, Innenminister Maihofer, Justizminister Vogel, Außenminister Genscher und Vertretern des BDI und BDA die Chefs aller relevanten ,,Sicherheitsorgane'', BKA, Bundesanwaltschaft, Bundeskanzleramt, Geheimdienste und sogar der damalige Verteidigungsminister Leber an (für angebl. Transportprobleme). Zum großen Kreis kamen die Vorsitzenden der Bundestagsparteien und -Fraktionen, sowie die vier durch die Austauschforderungen betroffenen Länderchefs hinzu. Entscheidungen wurden auf Grundlage von Lageberichten der ,,Sicherheitsorgane'' im kleinen Kreis getroffen, im großen Kreis beraten und legitimiert.

Um den Krisenstab gruppierten sich jene vom ,,Spiegel'' erwähnten interdisziplinären Arbeitsgruppen, in denen ,,Sicherheitsstrategen'' wie MEK-Erfinder A. Stümper, Generalanwalt Rebmann, ungenannte Staatssekretäre und Geheimdienstler zusammen mit Politikern wie Strauß und unter Einschluß von ,,Experten'' in lockerer Runde ihre ,,exotischen Planungen'' zur Beseitigung der Gefangenen durchspielen konnten. Es spricht viel dafür, daß auch Gestalten wie W. Mauss alias Claude alias alias zu solchen Runden

Runde ihre ,,exotischen Planungen'' zur Beseitigung der Gefangenen durchspielen konnten. Es spricht viel dafür, daß auch Gestalten wie W. Mauss alias Claude alias alias zu solchen Runden

gehörten und es gehört wenig Fantasie dazu, von hier Wege bis in die Zellen des 7. Stocks für möglich zu halten.

Unter den Entscheidungen des Krisenstabs veränderte sich die Republik rapide: Schon ab 6.9. verfügte er die Einführung der Kontaktsperre für alle RAF-Gefangenen. Bei 72 Gefangenen wurde für die Zeit der Schleyer-Entführung jede Verbindung untereinander und nach außen unterbrochen. Faktisch war damit im Gefängnis ein rechtsfreier Raum entstanden, in dem die Staatsgewalt mit ihren politischen Geiseln unkontrolliert von jeder Öffentlichkeit nach Willkür verfahren konnte. Erst am 2.10. wurde per Eilverfahren eine gesetzliche Legitimation nachgereicht. Das Gesetz ist bis heute in Kraft, auch wenn die Kontaktsperre für die Mehrheit der Gefangenen nach dem Ende der Entführung aufgehoben wurde.

Am 8.9.77 wandte sich der Chef des Bundespresse- und Informationsamtes, Klaus Bölling, an die Chefredakteure der westdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten und der Presseagenturen: ,,*Ich darf Sie aus Gründen, die ich Ihnen nicht weiter zu erläutern brauche, dringlich darum bitten, in Ihren Berichterstattungen nichts zu tun, was die Anstrengungen der Sicherheitsorgane des Bundes in irgendeiner Weise beeinträchtigen und dazu beitragen könnte, die Gefahrenlage zu verschärfen.*'' Der Deutsche Presserat schloß sich noch am gleichen Tage dieser Aufforderung an. Bundespresseamt wie Presserat verwiesen die Redaktionen darauf, sich in Zweifelsfällen vor einer Veröffentlichung mit dem Pressereferat des Bundesinnenministeriums in Verbindung zu setzen. Die Presse folgte. Das kam einer Gleichschaltung der Presse gleich. Bemerkenswert ist, daß dies weitgehend freiwillig auf der Grundlage des vom Krisenstab formulierten Konsens der Demokraten geschah.

Nun zur Justiz: Nicht nur war die Generalbundesanwaltschaft praktisch als Exekutiv-Behörde in die Fahndung mit eingeschaltet, nicht nur war es gerade Bundesanwalt Rebmann, der die abenteuerlichsten Pläne zur gesetzlichen Regelung der Geiselerschießung anregte, auch das Bundesverfassungsgericht spielte mit: Den Antrag von Eberhart Schleyer, Sohn Martin Schleyers und Rechtsanwalt, die Bundesregierung per einstweilige Verfügung zur Erfüllung des Entführer-Ultimatums zu zwingen, lehnte es mit der Begründung ab, eine Güterabwägung zwischen dem konkret bedrohten Leben Schleyers und der nach einer Freilassung der Gefangenen *möglichen* Bedrohung einer unbestimmten Zahl von Menschen durch denkbare neue Verbrechen andererseits nicht vornehmen zu können. Wörtlich: ,,*Wie die staatlichen Organe ihrer Verpflichtung zu einem effektiven Schutz des Lebens erfüllen, ist von ihnen grundsätzlich in eigener Verantwortung zu entscheiden. (...) Darüberhinaus kann eine solche Festlegung insbesondere deshalb nicht von Verfassungs wegen erfolgen, weil dann die Reaktion des Staates für Terroristen von vornherein kalkulierbar wäre.*''

Ausführende Organe des Krisenstabs waren über den beim BKA seit '72 zentralisierten und jetzt erstmalig in ganzer Pracht ausgefahrenen ,,Sicherheitsapparat'' hinaus vor allem die geheimen Sonderkommandos, die im Zuge der Jagd gegen die RAF in allen Bundesländern und beim BKA seit 71/72 aufgestellt worden waren. Ihr Einsatz entzog sich wie ihr Auftrag jeder öffentlichen Kontrolle. Zu Recht wurden diese Kräfte zuerst von uns, ab 1980 auch von ,,stern'', ,,konkret'' und anderen als Ansatz einer ,,neuen GeStaPo'' kritisiert.

Nach wie vor bleibt fast wahr, was wir damals schrieben: ,,*In der Bundesrepublik kam während der Fahndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP-Koalition als ,Refomprogramm Innere Sicherheit' planmäßig aufgebaut wurde: Der Krisenstab, den es dem Gesetz nach gar nicht geben darf, setzte — unter Berufung auf die Notlage — für zwei Monate die Demokratie außer Kraft. Die parlamentarische, juristische und öffentliche Kontrolle waren für diese Zeit ausgeschaltet. Die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei wurde im Krisenstab definitiv angeordnet. Das Bundeskriminalamt wurde über*

fentliche Kontrolle waren für diese Zeit ausgeschaltet. Die Zusammenarbeit von Geheimdienst und Polizei wurde im Krisenstab definitiv angeordnet. Das Bundeskriminalamt wurde über

Nacht zur Einsatzzentrale der gesamten Polizei — Polizei war nicht mehr Ländersache. Das Bundeskriminalamt setzte in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und dem deutschen Presserat die Pressefreiheit faktisch außer Kraft und instrumentalisierte im Anschluß daran sämtliche Medien zur Fahndung. Polizeiliche Sonderkommandos, per se geheim und unkontrollierbar, standen an der Spitze der Fahndung.

Knapp zwei Monate lang herrschte in der BRD der ,freiwillige Notstand' — ohne daß der Notstand entsprechend dem Grundgesetz ausgerufen worden wäre. In der Folge der Entführung gab es eine wahre Schwemme von Gesetzentwürfen, sogenannten ,Anti-Terror-Paketen'', mit deren Durchführung der ,Notstand' alltäglich zu werden droht.'' (5)

Lediglich der letzte Halbsatz erwies sich als Irrtum. Nicht die Festschreibung des Stammheimer Notstands als Alltag folgte, sondern die Auflösung des Krisenstabs nach erfolgreich beendeter Aktion, nicht die weitere Zubetonierung der Republik durch immer noch neue ,,Anti-Terrorpakete'', sondern Baums ,,Dialog mit dem Terrorismus'', wenn auch zögernd, halbherzig, unter Vorspiegelung falscher Versprechungen. Dem freiwilligen Notstand folgte der ebenso freiwillige Übergang in eine Phase einer relativen Liberalisierung, in der überflüssiger Ballast wie die unpraktikablen §§ 88a, 130 u.ä. abgeworfen werden konnten.

Im Glanz ihres Erfolges konnte sich die Bundesregierung sogar das perverse Vergnügen leisten, den Krisenstab mittels einer Dokumentation nachträglich als demokratisches Modell zur Bewältigung staatspolitischer Krisen zu legitimieren. (6) Sie erweiterte damit die Herrschaftsmechanismen der BRD um ein Krisenbewältigungsinstrumentarium unterhalb der Schwelle des ausgerufenen Notstands. Unter dem Konsens der ,,wehrhaften Demokratie'' zeichnet es sich zum einen durch die Bereitschaft der Mehrheit der FunktionsträgerInnen in Staat und Gesellschaft zu freiwilliger Außerkraftset-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

zung demokratischer Spielregeln für einen bestimmten Zeitraum und für eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe aus. Zum zweiten werden die verfügbaren staatlichen Repressionsmittel über den konkreten Einsatz hinaus optimal als Drohpotential für eine längerfristige Präventionspolitik ins Spiel gebracht, ohne sie immer einsetzen zu müssen. Wenn Kanzler Schmidt davon sprach, daß durch die Politik des Krisenstabes Normen gesetzt worden seien, dann meinte er dies.

Stammheimschock und ,,die Herausforderung der 80er Jahre ...''

Wer von ,,Stammheimschock'' und Wende spricht, muß auch von der ,,Herausforderung der 80er Jahre'' sprechen. So lautete die bekannte polizeiliche Floskel Anfang und Mitte der Siebziger, die in der Erwartung ,,kommender Kämpfe'' seitens der Linken, insbesondere der K-Gruppen, ihre Entsprechung hatte. Ein knappes Szenario mag an einiges erinnern:

— ,,'77'' war der vorläufige Höhepunkt einer seit Ende '74 aufsteigenden Reihe von Massenprotesten à la Wyhl, Brokdorf 1, 2, 3, Grohnde, Malville, Kalkar. Erstmals überstiegen die Zahlen mit 30-, 40-, 100.000 und die Teilnehmerkreise bei Aktionen und Demonstrationen die relativ dazu niedrigen Zahlen und engen Kreise der Nach-APO-Zeit, die sich in der Regel in Größenordnungen von 5-10.000 bewegt hatten. Eine neue Qualität von Massenbewegung zeichnete sich ab.

Mit dem Wachstum der Proteste wurden trotz beachtlicher Erfolge die Grenzen der K-Gruppen deutlich, in diesen Bewegungen als Avantgarde richtungsweisend und organisierend zu wirken. Dies ist summarisch gesagt und bedarf bei Gelegenheit genauerer Untersuchungen. Exemplarisch erinnert sei an den Amoklauf des KBW nach der 3. Brokdorf-Demonstration, nachdem er seinen Führungsanspruch nicht hatte durchsetzen können. Seine geradezu usurpatorischen Methoden, sowie die wilden Haßtiraden gegen andere Gruppen, namentlich den KB, führten zu einem de facto Rauswurf

nachdem er seinen Führungsanspruch nicht hatte durchsetzen können. Seine geradezu usurpatorischen Methoden, sowie die wilden Haßtiraden gegen andere Gruppen, namentlich den KB, führten zu einem de facto Rauswurf

des KBW aus der Anti-AKW-Bewegung.

Mätzchen wie diese trugen nicht unerheblich dazu bei, auch das Ansehen der übrigen Gruppen zu untergraben. Die immense staatliche Hetze gegen die K-Gruppen als Politkriminelle und Terroristen vertiefte diesen Prozeß. Grohnde bezeichnet einen Höhe- und Wendepunkt der damaligen Auseinandersetzung. Dort wurde die Polizeisperre noch organisiert überrannt. Kalkar konnte von der Polizei bereits im Vorfeld desorganisiert werden. Der vielzitierte ,,Kalkarschock'' ist von heute aus gesehen weniger ein Schock der Bewegung, als der ML-Linken, die sich der Grenzen ihrer Aktionsfähigkeit bewußt wurde. Die Bewegung selbst setzte sich nach '77 mit Aktionen gegen die geplante WAA Gorleben (Camp am Bohrloch 1004, Demonstration von 100 000 in Hannover) ungebrochen fort. Der Führungsanspruch der ML-Gruppen für die kommenden Massenbewegungen allerdings war mit Kalkar erledigt.

— ,,'77'' war gekennzeichnet durch eine aufsteigende Linie antifaschistischer Massenproteste. Sie hatten sich an den Roll-back-Versuchen der CDU/CSU '72, der Sonthofener Linie von Strauß '74, der in diesem Schatten wuchernden allgemeinen Nazi-Nostalgie, sowie der Provokationslinie der NPD und der aufkommenden ,,NSDAP''-Gruppen eines Roeder, Kühnen und Co. 75/76 entzündet.



GSG 9-Chef Wegener — Held der Nation

Im Juni 1977 wurde erstmals die Deutschlandfeier der NPD in Frankfurt verhindert. 1978 folgten über 50.000 Menschen trotz Verbot dem Aufruf von ,,Rock gegen Rechts'' zur Verhinderung des NPD-Treffens in Frankfurt. 1978 waren es 100.000, davon 50.000 mit der DKP brav in Frankfurt, 50.000 auf dem Weg zur Verhinderung des NPD-Treffens an ihrem Ausweichort Philippstal. 1980 ging die Bewegung in die dann DKP-dominierte ,,Rock gegen Strauß''-Kampagne über.

— ,,'77'' war weiterhin bestimmt durch die sich anbahnende Konfrontation zwischen der Politik der Inneren Aufrüstung seitens der SPD und einem wachsenden demokratischen Protest dagegen. Anfang '77 wurde von parteilosen Sozialdemokraten zur Durchführung eines ,,Russel-Tribunals über die Repression in der BRD'' und Bildung von Unterstützergruppen aufgerufen. Die radikale Linke beteiligte sich, bis auf den KB, kaum. Trotzdem spielte die Bundesregierung mit dem Verbot des Tribunals wegen Verfassungsfeindlichkeit.

Auch die Russel-Aktivitäten entwickelten sich *vor* ,,Stammheim''. Das Tribunal wurde am 29.3.78 eröffnet.

die Bundesregierung mit dem Verbot des Tribunals wegen Verfassungsfeindlichkeit.

Auch die Russel-Aktivitäten entwickelten sich *vor* ,,Stammheim''. Das Tribunal wurde am 29.3.78 eröffnet.

Der ,,Deutsche Herbst'', speziell die Stammheimer Todesnacht war nicht seine Ursache, leider nicht mal nachträglich sein Thema. Thema waren ,,Berufsverbote'', ,,Gewerkschaftsausschlüsse'', ,,Verteidigerbehinderung'' usw.

— ,,'77'' war auch eine Phase — nach Beendigung des Stammheim Prozesses — neu ansteigender Aktivitäten der RAF: ,,Buback, Ponto, Schleyer'' kennzeichnet die Reihe. Hauptziel war die Befreiung der inhaftierten RAF-Kader. Obwohl gänzlich neben den übrigen Bewegungen und nur der Eigenlogik der RAF folgend, fanden die Aktionen nach den Jahren der Hetze und angesichts der erbarmungslosen tödlichen Menschenjagd der Staatsorgane verdeckte Sympathie. Aber selbst die ,,klammheimliche Freude'' des nach dem Buback-Attentat veröffentlichten ,,Mescalero''-Aufrufs, distanzierte sich gleichzeitig von den politischen Methoden der RAF. Die Solidaritätskampagne gegen die Kriminalisierung des Aufrufs galt der Verteidigung der Meinungsfreiheit, nicht den politischen Zielen der RAF. Politisch war die RAF vor Stammheim isoliert.

Zusammengefaßt: Das Jahr '77 lag im Schnittpunkt einer aufsteigenden Linie von demokratischen Massenprotesten zum einen, der Stagnation, bzw. dem beginnenden Zerfall in der ML-Linken, einschließlich der RAF auf der andern. Dies alles gilt für die Zeit *vor* ,,Stammheim''.

Bezeichnenderweise wurden die Grundlagen für die Baumsche Dialoglinie nach ,,Stammheim'' bereits vor der Schleyer-Entführung gelegt, nämlich mit Verabschiedung des ,,Sofortprogramms im Bereich der Inneren Sicherheit'' vom 18.5.77, das nur eine Woche nach der Schleyer-Entführung am 14.9. durch die Verabschiedung des ,,Aufbauprogramms Innere Sicherheit von 1978 bis '81'' ergänzt wurde. Ein wesentlicher Punkt dieser Aufbau-Programme war die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission für die ,,geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus und Terrorismus''. Die Kommission war im übrigen identisch mit der, die das Verbot des Russel-Tribunals zu erwägen hatte.

Man war sich in den ,,Sicherheitsetagen'' der politischen Situation bewußt. Aufgabe der Arbeitsgruppe war, auf Grundlage von Ursachenforschung, Presseanalysen, durch Aufklärung über die angebliche Bedrohung seitens ,,extremistischer Parteien und terroristischer Gruppen'' *,,breite Bevölkerungsschichten in die Lage (...) zu versetzen, eine aktive Rolle in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus zu übernehmen.''*

Exemplarisch sei daran erinnert, was etwa der Leiter der Abteilung Staatsschutz beim BKA, G. Roemelt dazu im Mai '77 polizeiöffentlich vorgetragen hatte: *,,Reine defensive Einsatzkonzeptionen ähnlich Brokdorf werden auf die Dauer die immer aggressiver und mit Unterstützung größerer Massen anrückenden Störer nicht mehr aufhalten. Das bedeutet, daß neben die Bekämpfung terroristischer Untergrundbanden die Störung und die Auflösung der bewaffneten Kader maoistischer Zusammenschlüsse als neuer polizeilicher Schwerpunkt treten muß. (...) Die materiellen und geistigen Unterstützergruppen müssen aufgelöst werden. (..) Die Polizei wird sich deshalb konzeptionell auf eine vorbeugende Verunsicherung und Störung der Kader einstellen müssen.''* (7)

Die Schleyer-Entführung war bei diesen Voraussetzungen eine historische Chance für den Staat, nicht nur die RAF von der Linken, sondern die Linke zugleich von den neuen Massenbewegungen zu trennen, diese damit politisch zu entschärfen und zu desorientieren. Sicher war die Reaktion der Linken für die Krisenstabsplaner nicht hundertprozentig zu kalkulieren. Sicher war der Einsatz der GSG 9 gegen die vollbesetzte Maschine in Mogadischu ein Vabanquespiel. Aber im wesentlichen ging die Rechnung für die Krisenplaner auf. Die politische Enthauptung der Linken gelang. Zersplitterung, Stagnation und Zerfall der radikalen Linken waren dabei nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung, ohne die sich die Chronik der Ereignisse nach der Stammheimer Todesnacht anders lesen könnte: Statt Schweigen, ein Aufschrei! Statt Distanzierung von der RAF, eine Kampagne gegen den Staatsterrorismus! Statt Verinnerlichung staatlicher Omnipotenz, Vertrauen auf die eigene Kraft! Welch ein Szenario! Man darf ja mal träumen!

,,Stammheim'' überwinden — aber wie?

Wer ,,Stammheim'' zur Stunde Null erklärt, sei es der Repression oder der Integration, was ohnehin nur zwei Seiten einer Medaille sind, zementiert das Schweigen, lenkt ab von der Auseinandersetzung um die Bedingungen, die ,,Stammheim'' möglich machten und der Frage, was ,,Stammheim'' für die aktuelle und zukünftige Entwicklung bedeutet.

,,Stammheim'' ist der Zeigefinger, den Papa Schmidt auch nach seinem Abgang noch über die Nation hält, der von der Drohung ,,Wir können auch anders'' getragene ,,Konsens der Demokraten''.

Aber so wenig ,,Stammheim'' das Ende des Terrorismus brachte, so wenig leitete es eine Phase tatsächlicher demokratischer Entwicklung ein. ,,Stammheim'' hat entgegen anderslautenden Spekulationen das ,,Gewaltproblem'' selbstverständlich nicht gelöst, sondern lediglich als Dauerkrise eingefroren. ,,Stammheim'' befriedete, um es im passenden Herrschaftsbegriff auszudrücken, die Auseinandersetzungen der Umbruchphase seit 68/9, besonders deren Eskalation seit '71/'72. Es eröffnete eine Phase der Stabilisierung, die von der Baumschen Liberalisierung über die Deeskalationslinie der letzten Jahre bis zur gegenwärtigen allseitigen Stagnation der Mitte-Regierung führt. Deren alltägliche Krisenverwaltung ist Erbe und Lehre aus '77.

Aber weder hat ,,Stammheim'' die Ursachen des ,,Gewaltproblems'' beseitigt, noch sind die Herrschenden seit ,,Stammheim'' vernünftig geworden. Im Gegenteil, die sozialen und politischen Spannungen nehmen zu. Auch wenn es bisher gelingt, die Proteste politisch zu binden, muß doch damit gerechnet werden, daß aus der kleinen Krisenverwaltung die große Krise herausspringt, wenn dieser Mechanismus versagt.

Und das ist das Entscheidende: Als Normvorgabe im Sinne Schmidts können die Lehren von ,,Stammheim'' nur solange wirken wie der Konsens, von dem der ,,deutsche Herbst'' getragen war, weiterhin tragfähig bleibt. Hier schließt sich wahrhaftig ein magischer Kreis: Solange der Konsens nicht in Frage gestellt wird, wird ,,Stammheim'' als Drohung weiterhin präventiv befrieden und entpolitisieren. Mensch kann diesen Kreis aber auch öffnen.

Anmerkungen:
1) siehe „Spiegel" 36/87 ff;
2) siehe „Antifaschistische Russel-Reihe", Nr. 4: „Jeder kann der nächste sein" Reents Vlg., Dez. '78;
3) siehe dazu nebenstehenden Artikel;
4) siehe die Broschüre „Stammheim. Das Buch — der Film — die Diskussion. Fakten zur Stammheimer Nacht", Hamburg '86, oder auch AK 267, 268, 269;
5) siehe „Antifaschistische Russel-Reihe", Nr. 5: „Nach Schleyer: ‚Sonderkommandos' in der BRD — zügiger Ausbau der neuen GeSTaPo", Reents Vlg., Nov. 78;
6) „Dokumentation der Bundesregierung zur Entführung von Hans Martin Schleyer", Goldmann, 1977.
7) siehe Russel 5, S. 161ff.

129a-Verhaftung aus autonomer Sicht

129a-Verhaftung aus autonomer Sicht

Der große Fahndungserfolg gegen RAF, Autonome oder RZ der Bundesanwaltschaft ist auch in diesem Herbst bisher ausgeblieben, also begnügt sich Rebmanns Karlsruher Truppe mit den kleinen — stellt die aber ganz groß raus. Ein ,,Doppelschlag'' gegen das RAF-Umfeld sei gelungen freute sich die ,,Welt'', gewöhnlich gut unterrichtetes Blatt, Mitte September, kurz nachdem eine angebliche ,,terroristische Vereinigung'' in Offenbach aufgeflogen und ein Bundeswehrsoldat in Koblenz wegen Verdacht auf ,,Unterstützung'' einer solchen festgenommen worden war.

Der Bundeswehrsoldat, Peter R., ist Mitte Oktober wieder auf freien Fuß gesetzt worden, weil der Haftrichter beim BGH partout nicht einsehen wollte, wieso die Entsorgung von Minenzündern in einem öffentlichen Mülleimer dringenden Tatverdacht bedingen sollte. Allerdings wird weiter gegen ihn ermittelt. Schwieriger sieht die Situation für die in Offenbach verhaftete und seitdem im Preungesheimer Knast in Isolierhaft gehaltene Schülerin Andrea B. und die nicht gefaßte, also illegal lebende D. aus. Die Bundesanwaltschaft stützt sich bei den Ermittlungen gegen sie auf die Aussagen des dritten im angeblich ,,terroristischen'' Bunde, Dirk S., der sich freiwillig der Hamburger Polizei gestellt und ihr eine wahrhaft phantastische Geschichte berichtet hat: wie sich die drei kennenlernten, tags darauf beschlossen eine terroristische Vereinigung zu gründen, sofort ans Werk gingen, Unkraut-Ex für einen Anschlag gegen das Offenbacher Amtsgericht zu klauen, den Anschlag dann aber wegen Terminschwierigkeiten der Frauen kurzfristig verlegen mußten, den Bekennerbrief aber schon geschrieben hatten ... Die Windigkeit dieses wahrscheinlich gezielt als Spitzel eingesetzten Typen hat den Hamburger VS-Chef Lochte dazu bewogen, sich von ihm abzugrenzen und ihn quasi als Spinner, der intellektuell gar nicht in der Lage sei, z.B. RAF-Positionen zu kapieren abzutun. Während die Bundesanwaltschaft weiterhin an Dirk S. Aussagen festhält scheint Lochte zu befürchten, daß S. entlarvt wird bzw. seine Aussagen nicht aufrechterhalten kann und die Sicherheitsbehörden dann dümmer da stehen, als wenn sie ihn von vornherein als nicht ernst zu nehmendes ,,Bürschchen'' (Lochte zur taz) charakterisieren.

Die Verhaftung hat trotzdem für die autonome Szene, der Andrea entstammt, Bedeutung über den Einzelfall hinaus. ,,Neben der möglichen Verurteilung von Andrea steht das zentrale und vor allem langfristige Ziel, in unsere diffusen autonomen Zusammenhänge einzudringen'', heißt es dazu, bezogen auf S. mutmaßliche Spitzelfunktion, in einem seit kurzem kursierenden Einschätzungspapier ,,Autonomer aus der Nordkurve'', ,,sie für Staatsschutzaktionen operabel zu machen, durch erhöhten Fahndungsdruck uns nicht zur Ruhe kommen zu lassen, uns ihren Rythmus aufzuzwingen ... zu isolieren und letztendlich zu illegalisieren.'' Beunruhigt sind die Autonomen vor allem, weil Dirk S., auf den sich die Bundesanwaltschaft mit ihrer Anklagekonstruktion gegen Andrea B. und D. stützt, so schnell und trotz zahlreicher Merkwürdigkeiten in ihre Strukturen hatte eindringen können. S., der im Knast gesessen und sich dort 84/85 dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen angeschlossen hatte, war trotzdem im Mai 1987 auf 2/3 Strafe rausgekommen. Er hatte dann Anschluß an die autonome Szene gesucht, hatte in den Zusammenhängen gelegentlich geklaut (Geld aber auch Adreßbücher), war rausgeschmissen worden, konnte aber mit Empfehlungen in anderen Städten immer für kurze Zeit neue Kontakte knüpfen bis er schließlich in Offenbach landete. ,,Die schwerwiegende Kritik, die wir an unseren eigenen Zusammenhängen haben, ist die, daß Dirk S. Verhaltensweisen an den Tag legen konnte, die deshalb nicht auffielen, weil dieselben Verhaltensweisen auch unter uns allzuoft unkritisiert und folgenlos bleiben ... Dirk S. steht genauso für Verhaltensweisen, die wir auch unter uns allzugut kennen: Der Typ eines Militanten, der überall rummacht und dabei ist, ständig auf Achse, immer ganz wichtig, der Verschwiegenheit beschwört um sich damit zu produzieren, der konspiratives Verhalten dazu benutzt, damit es ja alle mitkriegen, der hinter der Mauer des ‚darüber kann ich mit dir hier, jetzt, nicht reden' all das versteckt, was einem genaueren Nachfragen nicht standhalten würde.'' Trotzdem meinen die AutorInnen des Papiers aber, daß S. ,,Unfähigkeit sich tatsächlich auf konkrete Bedingungen und Zusammenhänge einzulassen'', die sich auch daran zeige ,,daß er es in fast keiner Stadt länger als ein paar Tage aushielt'' verhindert hätten, daß er als ,,Kronzeuge'' fungieren könne: ,,Denn dazu wäre es notwendig, daß er sich innerhalb unserer Strukturen bewegt hätte ... Er hangelte sich, reiste eher durch unsere Zusammenhänge, als daß er darin verwurzelt gewesen wäre. Was er also tatsächlich verraten könnte, sind seine Wahrnehmungen und Vorstellungen von unseren Zusammenhängen und politischen Perspektiven. Als Spitzel reicht das allemal, als Kronzeuge, als Verräter im eigentlichen Sinne, schwamm er zu weit oben.''

In ihrer politischen Analyse kritisieren die Autonomen ausgehend von den Staatsschutzaktionen gegen Andrea, daß ,,wir uns schon als das Gesetz (die Ausweitung des §129a im Herbst 1986, Anm.AK) beraten und verabschiedet wurde, so verhalten (haben), als ginge uns all dies nichts an. Der Zeitpunkt für die Anwendung des §129a fällt nicht zufällig mit dem Zerfall, der politischen Schwäche und Neuorientierung sozialer Bewegungen zusammen. Dem Staat ist es gelungen, die sozialen Bewegungen aus der öffentlichen Auseinandersetzung geradezu herauszuprügeln. Gelang es uns über lange Zeit, unsere Forderungen, unsere Themen und Inhalte dem Staat politisch aufzuzwingen, so sind wir heute in vielen Bereichen auf uns ‚selbst zurückgeworfen.'' Die Anwendung des §129a heißt es in dem fünfseitigen Papier, versucht ,,uns bzw. einzelne in die Illegalität zu treiben, zu ihrem Zeitpunkt und zu ihren Bedingungen (was für D., auf die ebenfalls ein Haftbefehl ausgestellt ist, bereits der Fall ist).'' Es wird an die Staatsaktionen 1981 gegen die Häuserräumungen in Frankfurt und gegen den Schwarzen Block erinnert, wo ,,die Repressionswelle die bereits existierenden inneren Widersprüche ... eskalierte''. Die Strategie des Staatsapparates mit der Anwendung des verschärften und erweiterten §129a wird auch als Ausweichstrategie bewertet: ,,Unsere Formen des Widerstands orientieren sich nicht an ihren Gesetzen ... sondern an dem Ziel, tatsächlich auch das zu verhindern wogegen wir sind. Und gerade weil dieser Staat uns diese ‚Straftaten' nicht nachweisen kann, schafft er eigene Straftatbestände ... die als einzigen Beweis unsere politische Identität benötigen.''

Fassanbass

Amnestie ohne Amnesie

Freiheit für Rudolf Heß war für die CDUler eine selbstverständliche Parole — unabhängig von dessen Haltung zu den nationalsozialistischen Verbrechen und seiner eigenen Verantwortung, selbstverständlich, weil er einer der ihren war, weil es eine Klassen- und Interessensolidarität in diesem Teil der Gesellschaft gibt, eine Solidarität, die es vermochte, daß sich 90% der Naziverbrecher niemals vor Gericht verantworten mußten.

Die gleiche Selbstverständlichkeit der Solidarität mit ihren Weggenossen hat es in der westdeutschen Linken in der Forderung nach Freilassung der RAF-Gefangenen niemals gegeben. Nicht nur, weil sie allein zu schwach gewesen wäre, die Freilassung zu erzwingen, also die Liberalen gebraucht hat und dadurch gezwungen gewesen wäre, das Argument des Rechtsstaats zu bemühen, nein auch deshalb, weil es nicht nur eine Ablehnung des Konzepts des ,,bewaffneten Kampfes'' bzw. des ,,Terrorismus'' aus politischen Gr'inden gegeben hat, sondern weil ebenso stark Elemente der Moral und des Humanismus gewesen sind.

Nun, pünktlich zum zehnten Jahrestag von Stammheim, ein zum Begriff gewordener Ort, konfrontiert uns die grüne Bundestagsfraktion mit einer neuen Amnestiekampagne. Namentlich gezeichnet wird sie von Antje Vollmer und Christa Nickels. Es sei vorweg gesagt, daß beiden uneingeschränkte Hochachtung gilt für ihren Mut, sich auch auf dem Höhepunkt der letzten Terrorismushetze für die Gefangenen aus der RAF eingesetzt zu haben, wie geschehen 1985 nach der Erschießung des Siemensmanagers Zimmermann. Nicht in Frage gestellt werden soll auch ihr heutiges Anliegen, sich für die Gefangenen sowie für eine Amnestie für die ,,Aussteiger'' einzusetzen. Sie haben sich jedoch berechtigterweise gegen die Abwertung ihrer Initiative als rein humanitäre Aktion zur Wehr gesetzt und haben dagegen auf den politischen Zweck ihrer Kampagne insistiert. Deshalb müssen sie sich neben der Frage, was ihre Initiative für die Gefangenen bringt, auch die Frage nach den politischen Auswirkungen gefallen lassen.

Die Bewältigung der Geschichte

unserer Sicht genausowenig stichhaltig, wie damals. Es gibt den offenen und den verdeckten Krieg der imperia-

eins hinterhe, indem er der Linken Klaus Bölling zum Vorbild erklärt — in seiner ,,Nachdenklichkeit''. Auch

sind ein Produkt der Niederlage des ersten Ansturms auf die bürgerlichen Verhältnisse in diesem Land, aber alle heute gelesenen Zeilen in der Rückbe-

Die Bewältigung der Geschichte

Verlangt man die Freilassung von Gefangenen, die die Normen der bestehenden Gesellschaftsverfassung verletzt haben, so tut man dies, weil man
— die Normen nicht anerkennt
— die Taten als richtig oder verständlich ansieht
— nicht die Täter, sondern die Gesellschaft als Verantwortliche sieht
— der Staat die selbst aufgestellten Regeln verletzt
— oder weil man die Täter für geläutert hält.

Die ersten drei Beweggründe sind politische, gesellschaftspolitische oder sozialpolitische, die sich im Widerspruch zur bestehenden Gesellschaftsordnung bewegen, der vierte ist ein rechtsstaatlicher, der letzte kann ein humanitärer sein, in der Regel ist er ein rein rechtsstaatlicher, auf die Regulierung der bestehenden Verhältnisse ausgerichteter.

Sehen wir uns nun einmal die Begründungszusammenhänge der jetzt vorgetragenen Amnestiekampagne an. In einem gemeinsamen Brief von Ernst Käsemann, Antje Vollmer und Martin Walser heißt es dazu:

> ,,Bei uns und in vielen Ländern gab es am Ende der Studentenbewegung militante Gruppen, die meinten, gegen die Verflechtung ihrer Regierungen in kriegerische oder ausbeuterische Maßnahmen gegen die ,Dritte Welt' mit Guerilla-Methoden im eigenen Land arbeiten zu müssen.
>
> ...
>
> Ein wichtiges Motiv der damaligen Militanz war die Solidarisierung mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, leicht begründbar durch die amerikanische Kriegsführung in Vietnam. Regierung, Bundestag und der größte Teil der Presse auf der Seite der kriegsführenden USA, die Jüngeren auf der Seite des Vietkong. Eine nicht enden wollende Polarisierung seitdem. Und viele Tote — auf beiden Seiten.
>
> ...
>
> Wenn beide Seiten die historischen Bedingungen bedächten, die zu dieser speziellen bundesrepublikanischen Verhärtung führten, dann müßten beide Seiten einsehen, daß Anlaß und Form der Konfrontation aus einer vergangenen Zeit stammen. Seitdem haben politische Veränderungen stattgefunden. Die Diktaturen sind auf dem Rückzug. Überall.''

Und die Kriege sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren — möchte man hinzufügen, mag es nur deshalb nicht tun, weil die Opfer der heutigen Kriege diesen Zynismus nicht verdient hätten.

Mit den gleichen Worten leitete Antje Vollmer ihre Rede vor der Bundestagsfraktion der GRÜNEN ein: ,,*Das Terrorismus-Problem in der Bundesrepublik stammt aus einer historisch überholten Phase gesellschaftlicher Auseinandersetzung*'', um dann daraus zu schlußfolgern, nun sei die Zeit für ,,Versöhnung'' und ,,Gnade'' gekommen.

Man fragt sich immer wieder, wie Menschen mit Verstand einen solchen Unsinn zu Papier bringen können. Nicht, daß der Versuch, die Verhältnisse mit einer Stadtguerilla umzustürzen, gescheitert ist, das wußten alle spätestens 1972, sondern die Behauptung, die Verhältnisse hätten sich seitdem grundlegend geändert. Aber die Argumente, die die RAF für ihre Gründung aus der objektiven Lage vorgebracht hat, sind heute genauso stichhaltig, aus unserer Sicht genausowenig stichhaltig, wie damals. Es gibt den offenen und den verdeckten Krieg der imperialistischen Nationen gegen die ,,Dritte Welt'', es gibt die Ausplünderung dieser Länder, es gibt als Anschauungsbeispiel den Golfkrieg, an dem nachweislich alle imperialistischen Staaten ein Interesse haben oder wenigstens an ihm verdienen, es gibt vom Imperialismus gestützte Diktaturen, mal mehr, mal wieder weniger.

Was sich geändert hat, ist die Einstellung der Linken in diesem Land zu diesen Konflikten. Der moralische Rigorismus, der einen verschwindend kleinen Teil der Studentenrevolte stellvertretend für einen sehr viel größeren Teil in den bewaffneten Kampf trieb, ist einer fast lähmenden Gleichgültigkeit gewichen. Wenn die Konfrontation, wie sie in den sechziger Jahren in allen Metropolen zwischen Jugend- und Studentenbewegung und der herrschenden Klasse bestanden hat, *so* heute nicht mehr fortexistiert, so liegt dies nicht darin begründet, daß die Welt *besser* geworden wäre, sondern darin, daß diese Bewegungen nicht die Kraft hatten, die bestehenden Verhältnisse umzustürzen, nicht einmal sie entscheidend zu verändern. Und auch die Verzweiflung, die damals einen kleinen Teil in den ,,bewaffneten Kampf'' trieb, weil anders die Verhältnisse nicht änderbar schienen, hat nicht abgenommen, sondern gerade aufgrund des offensichtlichen Kräfteverhältnisses eher zugenommen.

Aber auch auf einer anderen, sogar viel entscheidenderen Ebene irren sich die Verfasser dieses Briefes. Denn für die Gegenseite, den Staat, gehört das Kapitel ,,Terrorismus'' keinesfalls einer ,,überholten Phase gesellschaftlicher Auseinandersetzung'' an. Wie anders wäre zu erklären, daß gerade jetzt die Paragraphen der ,,Terrorismus-Gesetze'' dahingehend geändert werden, um nun auch noch die Kampfformen *heutiger* politischer Bewegungen darunter zu fassen: Bahnblockaden, Schienenzerstörung, Strommastensägen usw., alles Mittel eines Teils der Anti-AKW-Bewegung, das Atomprogramm militant zu behindern. Der Staat braucht den ,,Terrorismus'' nicht, wie fälschlicherweise oft dahingesagt wird, der Staat definiert, was ,,Terrorismus'' ist und was er dementsprechend mit den ,,Terrorismus-Gesetzen'' zu verfolgen gedenkt. Was könnte schlagender beweisen als diese neuen Gesetze, daß es dem Staat niemals nur um das ,,Problem RAF'' ging, sondern vielmehr um das Problem des Widerstands gegen seine Politik in jeder Form.

Staatstreue und „Antiterrorismus"

Die Linie ,,Amnestie für Aussteiger'' ist heute an die Stelle ,,Freiheit für die politischen Gefangenen'' gerückt. Sie wird sich zu eigen gemacht von dem Aus- und Einsteigerblatt ,,Tempo'' ebenso wie von Dany Cohn-Bendit, Klaus Hartung und dem Hamburger Verfassungsschutzchef Lochte. Krass bringt Cohn-Bendit zur Sprache, was er will: ,,*Ich möchte, daß die bewaffneten Kämpfer, die mittels Bomben und Pistolen in dieser Republik wüten, politisch und moralisch ihren Bankrott erklären.*'' Das ist ehrlich und zeigt zugleich, daß die ,,Aussteiger'' eigentlich nur Mittel zum Zweck sind: ihre Freiheit für die Bankrott-Erklärung der RAF. Gleich setzt Otto Schily noch eins hinterhe, indem er der Linken Klaus Bölling zum Vorbild erklärt — in seiner ,,Nachdenklichkeit''. Auch ein ,,Aussteiger'', wobei dieser in aller Deutlichkeit den ,,Zwang'' beschrieben hat, der die damalige Bundesregierung zu ihrem Tun getrieben habe — und jede nächste Bundesregierung wieder dazu ,,treiben'' wird, und jeden Menschen wie Bölling in der gleichen Funktion wieder zum gleichen Treiben und zu gleichen Entscheidungen führen wird, wie Arthur Köstler es in seinen ,,Spanischen Tagebüchern'' beschreibt: der Gefängniswärter, mit dem er sich gerade angefreundet hat, wird ihn, den zum Tode Verurteilten, vielleicht schon morgen zum Schafott führen, und er wird es tun, weil es seine Funktion ist. Schily hat uns aber noch etwas anderes zu sagen: ,,*Wir müssen uns vor Augen führen, wie schwierig die Entscheidung in einem Krisenstab ist. Dazu gehört die Frage, ob die milde Lösung immer die beste ist.*'' (in der Fraktionssitzung der GRÜNEN im Bundestag). Nicht, daß er die Entscheidungen für richtig gehalten hätte, dazu schweigt er vornehm, aber man müsse doch Verständnis haben. Und wenn schon nicht immer die milde Lösung, warum dann nicht auch einmal ,,exotische Gedankenspiele''? Schily weiß auch, warum er diesen Staat so akzeptieren kann, denn ,,*diese Gesellschaft hat es verstanden, eine neue Parlamentspartei hervorzubringen; das ist der Beweis für ihre Innovationsfähigkeit*''. Womit wir beim Thema wären. Ein Staat, wobei Staat und Gesellschaft auch bei den GRÜNEN schon Synonyme sind (,,der Staat sind wir'', Antje Vollmer in der Bundestagssitzung zur Diskussion um die Erklärung von Jutta Ditfurth), der die GRÜNEN erlaubt, kann nicht schlecht sein. Aus dieser Sicht folgert Trude Unruh originell: ,,*Hätte es zu jener Zeit die Grünen gegeben, wären die jungen Leute nicht so abgedriftet.*'' Und mit der gleichen Bravour erledigt Klaus Hartung seine Aufgabe, wenn er konstatiert, die Studentenrevolte habe ,,außerhalb der Gesellschaft'' gestanden, nun käme es darauf an, innerhalb derselben zu wirken, um daraus kühn den Schluß zu ziehen, gerade deshalb sei die ,,Verweigerung der GAL'', sich an der Regierung und damit am Mitwirken zu beteiligen, so fatal. In jeder Zeile, die wir heute über Stammheim oder die Amnestiedebatte lesen, die gleiche Botschaft: die GRÜNEN als Garant des Rechtsstaats, die GRÜNEN als die eigentliche Kraft, den ,,Terrorismus'' zu bekämpfen, die GRÜNEN als Bewahrer der Regierungsfähigkeit, schlußendlich als einzige Kraft, die bestehenden Verhältnisse zu stabilisieren.

Man fragt sich, woher sie die Überzeugung nehmen, daß dieser Staat und die herrschende Klasse sich wirklich ändern werden. Und man muß sich in Erinnerung rufen, daß es eine absolute Verkürzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in den siebziger Jahren wäre, wollte man diese allein auf den Kampf zwischen Staat und RAF und die Folgen daraus reduzieren. Es hat von diesem Staat zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft gegeben, den Dialog mit der ,,kritischen Jugend'' aufzunehmen. Nicht nur die RAF ist unerbittlich verfolgt worden, auch alle anderen Teile der Oppositionsbewegung. Schon vergessen die Berufsverbote, die Gewerkschaftsausschlüsse, die Verbotskampagnen gegen kommunistische Organisationen, die militaristischen Aufmärsche gegen die Anti-AKW-Bewegung? Dies alles hatte nur ein Ziel: die radikale Opposition niederzuschlagen, mit politischen und militaristischen Mitteln. Die GRÜNEN sind ein Produkt der Niederlage des ersten Ansturms auf die bürgerlichen Verhältnisse in diesem Land, aber alle heute gelesenen Zeilen in der Rückbesinnung deuten darauf hin, daß sie nicht aus den Fehlern lernen wollen, um einen neuen Ansturm vorzubereiten, sondern um die Polarisierung aufzuheben. Und sie sind Produkt der bescheidenen Integrationsfähigkeit dieses Staates. Die Beteiligung am Parlamentsgeschehen, die Hoffnung auf ein bißchen Mitwirken beim Regieren lassen auch die selbstgesteckten Ziele schnell vergessen.



Erste Gespräche über Ausstieg 1979 zwischen Innenminister Baum und Horst Mahler

Freiheit für die Gefangenen

Zunächst hat die Forderung nach Freiheit für die ,,Austeiger aus der RAF'' etwas logisch zwingendes. Es ist das, was vielleicht machbar wäre. Es wäre auch nichts dagegen einzuwenden, wenn an einzelnen Beispielen eine solche Kampagne durchgeführt würde. Jeder Monat weniger für jeden einzelnen Menschen wäre da ein Gewinn. Politisch fatal wird es jedoch in mehrerlei Hinsicht, wenn dies zu einer Kampagne *nur* für die ,,Aussteiger'' würde.

1. Die gefangengenommenen RAF-Mitglieder sind alle von den gleichen Voraussetzungen aus in den Kampf gezogen. Von der Motivation her kann also kein Unterschied gemacht werden.
2. Alle Prozesse sind nach dem gleichen Willkürprinzip durchgeführt worden.
3. Alle haben die gleichen unmenschlichen Haftbedingungen erlitten.

Unterzieht man die gelaufenen Prozesse einer rein juristischen Untersuchung, so kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß beispielsweise nach den 1970 geltenden Gesetzen die meisten heute Einsitzenden niemals zu lebenslänglich hätten verurteilt werden können (was nur aufgrund einer Kollektivschuld-Konstruktion möglich war), die Zeitstrafen sehr viel niedriger ausgefallen wären und bei anderen die Zeitstrafen schon längst in Zweidrittelstrafen hätten umgewandelt werden müssen. Es wäre also schon viel gewonnen, wenn die speziell für die RAF verabschiedeten Prozeßgesetze zurückgenommen würden — darin beispielsweise läge eine wirkliche Funktion für eine Parlamentspartei wie die GRÜNEN.

Aber noch in anderer Hinsicht ist die Konzentration auf die ,,Aussteiger'' in einer *politischen* Kampagne fatal. Es ist bekannt, daß sich weitaus mehr als die heute öffentlich bekannten ,,Aussteiger'' vom Konzept der RAF losgesagt haben. Sie haben dies aus unterschiedlichen Gründen, die für uns nicht zur Debatte stehen, nicht öffentlich gemacht. Wie wird aber eine Kampagne ,,Freiheit für die Aussteiger'' auf diese Gefangenen wirken? Wird es nicht eher den Solidarisierungszwang erhöhen als den einzelnen eine Chance zu geben, für die Freiheit zu kämpfen? Werden sie nicht, verständlicherweise, wenn in der Öffentlichkeit *nur* noch mit dem Mittel des *Ausstiegs* für die Freilassung geworben wird, in einen Solidarisierungszwang mit denjenigen getrieben, die in keinem Fall abschwören wollen? Und letztlich, werden nicht diejenigen, die auf keinen Fall abschwören wollen, bewußt im Verlies gelassen, wenn man nur die ,,Aussteiger'' raus hat? Auch dies ist keine rethorische Frage, wie die Ausführungen von Hubert Kleinert auf der Fraktionssitzung zeigten, der sich unumwunden dazu erklärte, daß Unverbesserliche nicht nur im Knast bleiben müßten, sondern auch dahin gehörten. Wir müssen den Gefangenen die Entscheidung überlassen, wie sie freikommen wollen. Auch Ausstieg ist akzeptabel, darf aber nicht zur Voraussetzung gemacht werden, die Gefangenen bei der Forderung nach ihrem Recht zu unterstützen.

Versöhnung statt Spaltung

Die GRÜNEN haben sich keine geringere Aufgabe gestellt, als den Staat mit seinem scheinbar extremsten Gegner, der RAF, zu versöhnen. Was eignet sich da besser als die ,,Aussteiger'' vorzuschicken, indem man für sie eine Kampagne organisiert. Auch dies im ersten Moment logisch. Aber, so muß sich ein denkender Mensch doch fragen, wenn denn ,,Versöhnung'' stattfinden soll, dann muß man doch wohl in erster Linie an diejenigen herantreten, die immer noch am Konzept der RAF festhalten. Die ,,Aussteiger'' haben da doch kaum mitzureden, womit

finden soll, dann muß man doch wohl in erster Linie an diejenigen herantreten, die immer noch am Konzept der RAF festhalten. Die ,,Aussteiger'' haben da doch kaum mitzureden, womit

nicht deren Motive für den ,,Ausstieg'' bewertet oder abgewertet werden sollen, in der Regel sind diese politisch vernünftig und plausibel, aber eine wirkliche ,,Versöhnung'' kann nun einmal nur zwischen denjenigen stattfinden, die die Hauptkontrahenten sind. Also läge es, bei dieser Aufgabenstellung, bei den GRÜNEN, einen Dialog zwischen den ,,Hardlinern'' der RAF und dem Staat herzustellen. Dies nun allerdings liegt gar nicht in der Intention der GRÜNEN. Was soll aber der Versuch einer ,,Versöhnung'' zwischen dem Staat und ehemaligen Mitgliedern der RAF, die eh schon erklärtermaßen von ihrem Konzept abgewichen sind, sich teilweise schon weitgehend dem grünen Konzept angeschlossen haben? Das hat scheinbar keinen praktischen Sinn, außer man denkt weiter. Dann zeichnet sich ab, daß die Kampagne für die ,,Aussteiger aus der RAF'' eine Kampagne für die ,,Aussteiger aus der Linken'' ist, daß es nicht um die ,,Versöhnung'' zwischen RAF und Staat geht, sondern um die Aussöhnung der ,,rebellischen Jugend'' mit dem Staat. Dies bekommt dann Sinn, wenn man die Rede von Otto Schily in der entsprechenden Bundestagsfraktionssitzung betrachtet. Da heißt es dann, die GRÜNEN müßten ein fester Bestandteil des Rechtsstaats werden, der Staat sei die ordnende Funktion in einer Gesellschaft, in der immer wieder Gewalt auftrete usw. Dies bekommt ebenfalls Sinn, wenn man beispielsweise einen Kommentar von Daniel Cohn-Bendit im Pflasterstrand zu der entscheidenden Frage von Stammheim liest: ,,Übrig bleibt die quälende Frage: Selbstmord oder Mord? Ich weiß es nicht. Ich bin aber innerlich überzeugt, vielleicht weil ich wirklich glauben möchte, wir würden in einer freien Demokratie leben, daß die Genossen Hand an sich legten.'' Oder wenn Antje Vollmer ,,den Mut'' von Astrid Proll würdigt, daß auch sie einen Selbstmord für denkbar hält (niedergeschrieben in ,,Tempo''), gleichzeitig Jutta Ditfurth wegen ihrer Erklärung vehement angreift, aber keinen Gedan-

Fortsetzung nächste Seite

Der Schlamm muß geküßt werden

Die grüne Bundestagsfraktion exkommuniziert Jutta Ditfurth

Eigentlich ist es nur grotesk: Jutta Ditfurth gibt eine Erklärung ab — im Ton wie gewohnt radikal, in der Analyse nicht ganz durchdacht — , zehn Tage lang geht durch die grüne Bundestagsfraktion das Zittern, Krampfen, Aufstoßen und Wiederkäuen, doch dann ist es vollbracht: Der Schlamm, der in diesen zehn Tagen von sämtlichen Spießbürgern dieser Republik auf die Ditfurth geworfen wurde, muß geküßt werden — Befreiung!

Man könnte das ganze auch für ein Mißverständnis halten, verursacht durch das begrenzte intellektuelle Fassungsvermögen eines Großteils dieser grünen Fraktion: Denn der meistzitierte Ditfurthsche Satz: ,,Dieser Staat brauchte und braucht wieder fast nichts so sehnsüchtig wie den ‚Terror', den Schrecken'', ist eher das Gegenteil einer linksradikalen Analyse. Es war in den 70er Jahren die Einschätzung der linken Sozialdemokraten, die damit der RAF die Verantwortung für die repressive Entwicklung des ,,Modells Deutschlands'' zuschoben, die Mit-Schuld an der Verfolgung der demokratischen Opposition — und die mit dieser Parole zum Teil auch ihre eigenen Distanzierungen von den ''Sympathisanten'' rechtfertigten. Vermutlich hat Jutta Ditfurth es so nicht gemeint, jedenfalls haben es ihre aufgebrachten Kritiker ohnehin nicht verstanden.

Das Unerhörte an der Ditfurthschen Erklärung ist eher, daß sie Fronten gegenüber dem Staat markiert, die heute vollends aus der Mode sind: Dieser Staat übt alltägliche Gewalt aus, dieser Staat legt Bomben, foltert und hat die Gefangenen von Stammheim vielleicht doch umgebracht. Und all diese Rechtsbrüche rechtfertigen die Amnestie für alle politischen Gefangenen, Gerechtigkeit statt Gnade.

Jutta Ditfurth selber hat in einer persönlichen Erklärung vor der Fraktion eigentlich keinen Zweifel an ihrer Position gelassen: Sie unterstütze die Amnestie-Initiative von Antje Vollmer; die Stellung der Grünen gegen die RAF sei klar genug, daß man sie nicht immer runterbeten müsse, und sie selbst sei der Überzeugung, daß eine ,,bessere Gesellschaft nicht über Bomben, Attentate und Berge von Leichen'' zu erreichen sei. Für jeden und jede Grüne mit einem Funken demokratischen Anstand im Kopf hätte die Angelegenheit spätestens damit erledigt sein müssen. Natürlich steht die Ditfurth auf dem gewaltfreien grünen Programm, und mehr als eine Distanzierung von etwas, das sie gar nicht gesagt hatte, war nun wirklich nicht zu verlangen.

Man kann sich im Nachhinein darüber streiten, ob der Distanzierungschor der CDU/CSU und zum Teil auch SPD im Bundestag den Ausschlag gab oder ob die führenden Realos die günstige Entwicklung dieser Stimmung nur abgewartet haben, ehe die Ditfurth in der Fraktion zum politischen Abschuß freigegeben wurde. Jedenfalls endet hier die Groteske und es beginnt der deutsche Herbst der grünen Partei, der vor allem sehr deutsch ist. Vergleiche mit der Göttinger ,,Mescalero-Affäre'' vor zehn Jahren drängen sich geradezu auf. Wie die Ditfurth so brachte auch der Stadtindianer seinen ,,Buback-Nachruf'' kurzentschlossen als ,,Rülpser'' zu Papier, nichtahnend daß daraus ein Dokument der Zeitgeschichte werden würde, von dem sich Professoren distanzieren mußten und wegen dem sich die Sozialdemokratin Däubler-Gmelin ,,heute noch schämt'', wie sie im Bundestag bekannte.

Heute sind es die selbsternannten grünen Staatsanwälte, die in vorauseilender Staatstreue die Inquisition gleich selber in die Hand nehmen. Da kommt der Ditfurth-Rülpser wie gerufen, um klar Schiff zu machen: Das staatliche Gewaltmonopol muß endlich anerkannt werden, fordert Otto Schily schon lange, und noch nie bekam er dafür so viel Beifall wie im deutschen Herbst 87. Auf den ersten Blick scheint die Erinnerung an die Exekution staatlicher Gewalt von 1977 ein eher ungeeignetes Feld zu sein, um den Staat attraktiv zu machen. Doch umgekehrt wird ein Schuh draus: Gibt es Gründe, diesem Staat voller Haß und Unversöhnlichkeit gegenüber zu stehen, Gründe damals oder Gründe heute? Wenn diese Frage am Thema Deutscher Herbst mit Nein beantwortet wird, hat sie sich für weniger sensible Felder ohnehin schon erledigt. Um dieses Denken in der Partei durchzusetzen, sind alle Mittel recht, auch wenn sie das Image der Grünen noch so ramponieren. Da dürfen die sonst belächelten ,,Kleinaktionäre'' der Fraktion wie Trude Unruh vorpreschen und eine Bresche für das gesunde Volksempfinden schlagen (auch wenn jeder ihre Auftritte peinlich findet). Da wird Christa Nickels , die sich im Bundestag nicht distanzierte, öffentlich desavouiert, indem die Distanzierungs-Presseerklärung einen Tag später nachgeschickt wird. Da nimmt man das Hohngelächter der Unionsparteien in Kauf, und auch das Kopfschütteln über den sprachlich wie gedanklich völlig verworrenen Inhalt dieser Erklärung: Ditfurth habe ,,kein positiv entwickelt formuliertes Staatsverständnis''.

Das Peinliche an diesen Kniefällen ist nicht einmal, daß sie vollzogen werden, wenn es denn wenigstens aus Ängstlichkeit wäre, aus Bangen um parlamentarische Pfründe, wie die Hochschullehrer 1977 um ihre Gehälter bangten — das Schlimme ist, daß es die Grünen damit offensichtlich ernst meinen, ihren Staatsbegriff auf den geistigen Horizont einer Trude Unruh zu bringen. Das Kuschen der demokratischen Öffentlichkeit 1977, von Antje Vollmer heute wortreich bejammert, ist nach zehn Jahren zeitgeist-gewendet die Befreiung: Von den Frontstellungen der Vergangenheit zu neuen Ufern — der Staat, das sind doch auch wir, die Grünen, der sichtbare Beweis für die Innovationsfähigkeit dieser Gesellschaft.

Bundestagsfraktion distanziert sich von Erklärung Jutta Ditfurths

Zur Presseerklärung von Jutta Ditfurth „Zehn Jahre deutscher Herbst" vom 6.10.1987 erklärt nach einer Fraktionssitzung die Fraktion DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG:
Die Presseerklärung von Jutta Ditfurth zu „Zehn Jahre deutscher Herbst" vom 6.10.1987 ist politisch unhaltbar und falsch. Der Staatsbegriff in dieser Erklärung zeigt, daß Jutta Ditfurth bisher kein positiv entwickelt formuliertes Staatsverständnis hat.

Der Verschwörungsgedanke in Jutta Ditfurths Erklärung: „Dieser Staat brauchte und braucht wieder fast nichts so sehnsüchtig wie den Terror, den Schrecken", zeigt die gedanklich fatale Konstruktion eines den Terror überlegt und absichtlich planenden Staates. Diese Gedankenfolge verwechselt Opfer und Täter der kriminellen Straftaten von Terroristen, wie zum Beispiel Mord, Geiselnahme oder Bombenanschlag. Politisch unhaltbare Verhälnisse, die für strukturelle Gewalt gegen Menschen stehen, erfordern gewaltfreie Strategien für ihre Veränderung. Dieser politische Grundwert der Partei DIE GRÜNEN wird durch Jutta Ditfurths Erklärung unglaubwürdig und in Frage gestellt. Jutta Ditfurth würde sich als politisch lernfähig erweisen, wenn sie ihre Erklärung nicht interpretiert, sondern zurücknimmt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

ken an den Mut verschwendet, den es unter heutigen Bedingungen immer noch erfordert, die ,,Selbstmord''-Version in Frage zu stellen. Diese Wortwahl hat Methode, sie dient dazu, die Linke mit der staatlichen Version vertraut zu machen, so wie Peter Schneider schon in seinem berühmten Kursbuch-Aufsatz schreibt, ,,daß die Selbstmordversin in den Rang einer Vertrauensfrage zu Staat und Verfassung erhoben wurde''. Wer an ,,Selbstmord'' zweifelt, kann nicht glauben, in einer wirklichen Demokratie zu leben, wer dies glauben will, muß anders denken. Nicht Tatsachen, nicht Ratio, sondern Glauben ist entscheidend, womit wir wieder vor der Aufklärung angelangt sind.

Amnestie für alle

Man hat es schwer, sich mit einer Kampagne auseinanderzusetzen, die das Ziel hat, Gefangene aus dem Knast zu holen, wenn man mit der politischen Intention nicht einverstanden ist. Wie schon gesagt, für jeden einzelnen ist jeder Monat eher Freiheit ein Gewinn und jeder/m von Herzen zu wünschen. Alle Mittel müssen und sollten genutzt werden, um den Genossinnen und Genossen Knast zu ersparen, soweit sie dies wollen. Wie gesagt, *jedes* Mittel, und nicht nur das der ,,Abschwörung''. Wieso ist beispielsweise nicht auch denkbar, wie es offensichtlich von Baader erwogen wurde, daß Gefangene erklären, in der BRD keinerlei Waffe gegen den Staat in die Hand zu nehmen? Was aber würde dazu die grüne Bundestagsfraktion sagen? In ihrer Anfrage formuliert sie, ob die Bundesregierung bereit sei, alle Gefangenen, ,,die glaubhaft vom bewaffneten Kampf abgeschworen'' hätten, freizulassen. Würde Baaders Vorschlag reichen, oder müßten die Gefangenen erst auf das grüne Parteiprogramm schwören, um glaubwürdig zu sein?

Denken wir aber noch weiter, da es ja um eine gesamtgesellschaftliche Versöhnung geht. Oft wird gefordert, auch und gerade von RAF-Gefangenen, eine allgemeine Amnestie zu fordern. Die DDR macht dies alle paar Jahre, und uns ist nicht bekannt, daß sie von den ,,kriminellen'' Gefangenen eine Abschwörung von ihren Taten oder gar eine Zusicherung fordert, diese Taten nicht wieder zu begehen. Bei uns undenkbar. Strengen wir unseren Kopf aber einmal noch mehr an und erweitern die Forderung nach Amnestie auch auf die Rehabilitierung aller durch den Staat zwar nicht-inhaftierten, aber dennoch geschädigten Menschen. Nehmen wir nur als ein Beispiel die Berufsverbote. Fordern wir die Einstellung aller vom Berufsverbot Betroffenen. Stellen wir die Forderung, die grüne Bundestagsfraktion solle diesen Antrag in den Bundestag einbringen. Und warten wir gespannt darauf, ob wir als Antwort bekommen, dazu müßten sich diese zum Grundgesetz bekennen, was die Mehrzahl sicherlich machen würde, weiterhin würde gefordert, sie müßten sich zur Gewaltfreiheit bekennen, was manchem schon ganz prinzipiell schwerfiele (aber wie viele im Staatsdienst gibt es nicht, die das auch schon getan haben) und schließlich würde auch gefordert, sie müßten von ihrer Partei abschwören, weil diese immer noch .... wer weiß welchen Ideen hinterherläuft.

Aber kommen wir zurück zu einer Frage. Christoph Wackernagel hat während der Fraktionssitzung eines richtig festgestellt: Die aktuelle Aufgabe wäre, dafür einzutreten, daß die RAF-Gefangenen in den Normalvollzug kommen, daß bei ihnen wie bei anderen Gefangenen die Zweidrittelregelung angewandt wird und daß bei lebenslänglicher Strafe diese nach 15 Jahren ausgesetzt wird. Wenn dieses erreicht würde, wäre für die Einzelnen schon sehr viel gewonnen. Alle Forderungen bestehen seit Jahren und es wird schwer genug sein, sie durchzusetzen, wie der Fall Jünschke erst kürzlich gezeigt hat. Alle Forderungen sind unabhängig von der Aussteigerfrage zu diskutieren. Notwendig wäre es, an einzelnen Beispielen diese Rechte exemplarisch durchzukämpfen.

he.

Shell gegen Apartheidgegner

Große Unternehmen engagieren zunehmend kommerzielle geheime Dienste, um ihre Interessen und ihre Herrschaft abzusichern. Einer dieser Dienste ist *Pagan International*, der im Sommer 1986 von *Shell Oil* angeheuert wurde.

Die US-amerikanische Anti-Apartheid-Bewegung führt seit Anfang 1986 einen Boykott gegen Shell Oil, die USA-Tochter der Shell-Gruppe, wegen des Engagements in Südafrika durch. Gewerkschaften, Gemeinden, Universitäten und Kirchen haben ihre Shell-Aktien abgestoßen. Die Gemeinde New York und die Vereinigten Kirchen

Shell Oil erarbeitete Strategiepapier (betitelt ,,Neptunus-strategie'' — Neptun war in der griechischen Mythologie, dort Poseidon genannt, der ,,Erderschütterer'', der mit seinem Dreizack Felsen spaltet und Erdbeben verursacht) zu beschaffen. Pagan International befaßt sich in dem fast dreihundert Seiten starken Rapport vornehmlich mit der Einflußnahme auf kirchliche Gruppierungen in den USA. Für die Niederlande, wo die Anti-Apartheid-Bewegung recht stark ist, prognostiziert Pagan einen Boykott von Shell-Niederlande, der von Prominenten unterstützt werden würde und in dem kirchliche Gruppen ,,vermut-

Zehn Jahre deutscher Herbst

mer; die Stellung der Grünen gegen die RAF sei klar genug, daß man sie nicht immer runterbeten müsse, und sie selbst sei der Überzeugung, daß eine ,,bessere Gesellschaft nicht über Bomben, Attentate und Berge von Leichen'' zu erreichen sei. Für jeden und jede Grüne mit einem Funken demokratischen Anstand im Kopf hätte die Angelegenheit spätestens damit erledigt sein müssen. Natürlich steht die Ditfurth auf dem gewaltfreien grünen Programm, und mehr als eine Distanzierung von etwas, das sie gar nicht gesagt hatte, war nun wirklich nicht zu verlangen.

Man kann sich im Nachhinein darüber streiten, ob der Distanzierungs-

Bresche für das gesunde Volksempfinden schlagen (auch wenn jeder ihre Auftritte peinlich findet). Da wird Christa Nickels , die sich im Bundestag nicht distanzierte, öffentlich desavouiert, indem die Distanzierungs-Presseerklärung einen Tag später nachgeschickt wird. Da nimmt man das Hohngelächter der Unionsparteien in Kauf, und auch das Kopfschütteln über den sprachlich wie gedanklich völlig verworrenen Inhalt dieser Erklärung: Ditfurth habe ,,kein positiv entwickelt formuliertes Staatsverständnis''.

Das Peinliche an diesen Kniefällen ist nicht einmal, daß sie vollzogen werden, wenn es denn wenigstens aus

spiel Mord, Geiselnahme oder Bombenanschlag. Politisch unhaltbare Verhälnisse, die für strukturelle Gewalt gegen Menschen stehen, erfordern gewaltfreie Strategien für ihre Veränderung. Dieser politische Grundwert der Partei DIE GRÜNEN wird durch Jutta Ditfurths Erklärung unglaubwürdig und in Frage gestellt. Jutta Ditfurth würde sich als politisch lernfähig erweisen, wenn sie ihre Erklärung nicht interpretiert, sondern zurücknimmt.

Zehn Jahre deutscher Herbst:

Amnestie für politische Gefangene

Erklärung von Jutta Ditfurth (Sprecherin der Bundesgrünen)

Anläßlich des makaberen Jubiläums ,,Zehn Jahre deutscher Herbst'' erklärt Jutta Ditfurth, Sprecherin im Bundesvorstand der Grünen:

Eine Amnestie der politischen Gefangenen ist überfällig, längst überfällig auch der empörte Aufschrei einer demokratischen Öffentlichkeit. Zehn Jahre nach dem deutschen Herbst, der Zeit voller Terror gegen die Anti-AKW-Bewegung und gegen alle, die der herrschenden Politik Widerstand leisten, ist der Zeitpunkt nicht für ,,Gnade'', sondern für Gerechtigkeit.

Alte Nazis, für fünfzig Millionen tote Menschen verantwortlich, sind genauso ehrenvoll in Pension wie alte IG-Farben Verbrecher, die ungestört die deutsche Chemieindustrie ,,wieder aufbauen'' durften, ohne je für Kampfgase, ein eigenes KZ oder Hunderttausende von toten ZwangsarbeiterInnen zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Aber alle, die angeblich oder tatsächlich den bewaffneten Kampf gegen diesen Staat propagierten oder gar praktizierten bis zum Geiselmord, erleben keine vergleichbare ,,Gnade'', wohl aber die unglaublichsten Rechtsbrüche der bundesrepublikanischen Geschichte, erfahren staatliche Rache statt Recht. Diese Feststellung mindert die Kritik an ihrem falschen politischen Weg in keiner Weise.

Da wird behauptet, ehemaligen RAF-Anhängern den Ausstieg erleichtern zu wollen. Wie der Staat tatsächlich mit denen umgeht, die aussteigen wollen, zeigt das Beispiel Peter-Jürgen Boock: Er wollte sich nicht zum Kronzeugen machen lassen, er ist kein Verräter. Die Antwort des Staates ist bekannt: Boock wurde zu dreimal lebenslänglich verurteilt. Wer die Prozesse beobachtet, begreift zu einem bestimmten Zeitpunkt, daß es um ganz anderes geht, nicht darum, daß dieser Staat tatsächlich jemals von einer Handvoll RAFlern ins Wanken gebracht worden wäre. Nicht darum, daß der Staat wie ein milder Vater den Abgeirrten auf den rechten Weg helfen möchte.

Ich behaupte: Dieser Staat brauchte und braucht wieder fast nichts so sehnsüchtig wie den ,,Terror'', den Schrecken. Er braucht ihn, um von seiner eigenen tagtäglichen Gewalt abzulenken. Von der Bombe in Celle, die der Geheimdienst in Abstimmung mit CDU-Landesregierung und SPD/FDP-Bundesregierung 1978 legte. Ablenkung von der Gewalt gegen Asylsuchende, die mit mehr und mehr ,,Erfolg'' in ihre Folterländer zurückgegeben werden. Ablenkung von der Gewalt in psychiatrischen Krankenhäusern und Gefängnissen, Ablenkung und Verschleierung von struktureller Gewalt wie Arbeitslosigkeit, Verdrängung der täglichen Gewalt gegen Mensch und Natur, die ganz legal durch die täglichen, gesetzlich erlaubten Giftdosen umgebracht werden darf, weil in diesem Land Glück und Gesundheit immer noch Profitinteressen unterzuordnen ist.

Es paßt in dieses Konzept, wenn man mit der Jagd nach angeblichen Terroristen begründen kann, weshalb demokratische Rechte und Freiheiten in Mengen ruiniert werden. Der unsägliche Bangemann hat sich im letzten Jahr blamiert: Das Land befände sich im ,,Kriegszustand'' und die Bekämpfung des Terrorismus sei die ,,Schicksalsfrage der Nation'',ließ er verlauten. Peinlich für ihn, daß BKA-Chef Boge fast zeitgleich feststellte, es gäbe etwa 28 international gesuchte Terroristen mit einem direkten Umfeld von etwa 200 Leuten. Wenn ich mir da diesen ,,Kriegszustand'' zwischen 28 bzw. 200 gegen die 60 Millionen ansehe, wird mir schlagartig klar, wofür wir die neuen Unsicherheitsgesetze, Volksaushorchung, Polizeiaufrüstung und Zerstörung demokratischer Freiheiten brauchen.

In was für einem Land leben wir eigentlich, wenn Blüm als Held gefeiert werden kann, weil er nach 14 Jahren die Folter in Chile entdeckt und ihn noch nicht einmal linke und grüne Bewunderer fragen, weshalb er in der Bundesregierung nicht dafür kämpft, daß dieser Folter die bundesdeutsche wirtschaftliche Grundlage entzogen wird? Und wer traut sich denn schon zu sagen: Was in Stammheim und anderen Hochsicherheitstrakten geschieht, ist Folter mit Narben, zerstörten Köpfen? Wenn Blüm 14 Jahre braucht, braucht die linke und humane Öffentlichkeit mehr als zehn Jahre, um offen und mutig über die angeblichen Selbstmorde von Stammheim zu reden — und um die Amnestieforderung endlich zum politischen Konflikt zu machen!?

Shell gegen Apartheidgegner

Große Unternehmen engagieren zunehmend kommerzielle geheime Dienste, um ihre Interessen und ihre Herrschaft abzusichern. Einer dieser Dienste ist *Pagan International*, der im Sommer 1986 von *Shell Oil* angeheuert wurde.

Die US-amerikanische Anti-Apartheid-Bewegung führt seit Anfang 1986 einen Boykott gegen Shell Oil, die USA-Tochter der Shell-Gruppe, wegen des Engagements in Südafrika durch. Gewerkschaften, Gemeinden, Universitäten und Kirchen haben ihre Shell-Aktien abgestoßen. Die Gemeinde New York und die Vereinigten Kirchen der USA haben den Rückzug von Shell Oil aus Südafrika verlangt.

Dem Shell-Management war daher das Angebot der Firma Pagan International, Mittel und Wege zu finden, um den Boykott zu brechen, nur willkommen. Pagan International konnte bei seinem Angebot darauf verweisen, bereits erfolgreich im Auftrage des Multis Nestlé gegen die ,,Nestlé tötet Babys''-Kampagne vorgegangen zu sein und die Protestbewegungen gegen Union Carbid (Bhopal) und Campbell's (schlechte Behandlung von Landarbeitern) eingedämmt zu haben.

Rafael D. Pagan jr., Chef des Dienstes, gab in einer Rede vor dem Public Affairs Council in New York unter dem Titel ,,Den Kampf mit den Kritikern des multinationalen Kapitalismus aufnehmen'' seine Vorstellungen im Groben bekannt: ,,Unser Ziel ist die Trennung der fanatischen Aktivistenführer — Menschen, die bestreiten, daß freie wohlfahrtschaffende Einrichtungen eine legitime Rolle bei der Entwicklung der Dritten Welt haben — von der großen Mehrheit ihrer Gefolgsleute, anständigen, besorgten Menschen, die bereit sind, uns auf der Basis unserer Offentheit und unseres Nutzens zu beurteilen. (...) Namentlich müssen wir den Aktivisten die moralische Autorität nehmen, die sie durch ihre Verbindung mit religiösen Organisationen haben.''

Für die (verdeckte) Aktion gegen den Shell-Boykott, in dem die Kirchen eine wesentliche Rolle spielen, hat sich Pagan International eines denkbar kompeteten Beraters versichert: Jim Armstrong, ehemaliger Vorsitzender des US-amerikanischen Rats der Kirchen, ist mit von der Partie.

US-amerikanischen Apartheidgegnern ist es jüngst gelungen, sich das für Shell Oil erarbeitete Strategiepapier (betitelt ,,Neptunus-strategie'' — Neptun war in der griechischen Mythologie, dort Poseidon genannt, der ,,Erderschütterer'', der mit seinem Dreizack Felsen spaltet und Erdbeben verursacht) zu beschaffen. Pagan International befaßt sich in dem fast dreihundert Seiten starken Rapport vornehmlich mit der Einflußnahme auf kirchliche Gruppierungen in den USA. Für die Niederlande, wo die Anti-Apartheid-Bewegung recht stark ist, prognostiziert Pagan einen Boykott von Shell-Niederlande, der von Prominenten unterstützt werden würde und in dem kirchliche Gruppen ,,vermutlich eine außergewöhnlich ‚harte Linie' wählen aufgrund des Mangels an Vertrauen in die Ehrlichkeit des Betriebs (Shell; Anm.).'' Die ,,Neptunusstrategie'' zielt nun darauf, ,,den Kirchen ausreichend Gründe zu geben, sich nicht am Boykott zu beteiligen'', denn: ,,Die mobilisierten Mitglieder der religiösen Gemeinschaften bilden eine ‚kritische Masse', die in der Öffentlichkeit eine Katalysatorwirkung haben kann, die nicht unterschätzt werden darf. Wenn sie sich an dem Boykott beteiligen und Druck ausüben, Investitionen zurückzuziehen, wird es ein radikales und viel teureres Problem werden als es jetzt ist.''

Ob das Geheimtreffen zweier niederländischer katholischer Bischöfe mit führenden Vertretern von Shell-Niederlande bereits Ergebnis der von Pagan International empfohlenen ,,vertrauensbildenden Maßnahmen'' ist, muß vorerst dahingestellt bleiben. Immerhin ist bemerkenswert, daß diese beiden Bischöfe damit den Beschluß des niederländischen Kirchenrates, keine Gespräche mehr mit Shell zu führen und ansonsten geschlossen diesem Multi entgegenzutreten, gebrochen haben. Und es ist bemerkenswert, daß es sich bei diesen beiden Kirchenfürsten um den Vorsitzenden von Pax Christi bzw. den Vorsitzenden von Justitia et Pax (eine katholische Menschenrechtsorganisation) handelt — also haargenau um die Gruppierungen, die im Falle einer kirchlichen Beteiligung an dem avisierten Shell-Boykott zu den wichtigen Trägern gehören würden.

K., Hamburg

Quellen: AktuAMOK, Nr. 3/87; NRC Handelsblad, 17.12.86; de Volkskrant, 1., 10. u. 13.10.87



Interview mit Hermann Gremliza

Vom Kopf zum Bauch — die Entmachtung der Linken

AK: Hermann Gremliza, das wissen die LeserInnen des bürgerlichen Feuilletons, ist der Deutschoberlehrer der Nation — und sein Instrument ist die Karl-Kraus-Gesamtausgabe. Das ist gut so — aber ist das alles? Oder befördert die Kraus-Lektüre auch den Sozialismus?

Hermann Gremliza: Nennen wir das lieber... (Es klopft, in der Tür erscheint Horst Tomayer mit dem Frühstück für den Chef, erblickt die AK-Redakteure und entschwindet sofort wieder)...Wer Karl Kraus gelesen hat — und zwar mehr als den einen oder anderen Aphorismus — versteht, daß sich das nicht in wenigen Interview-Sätzen sagen läßt. Das kurzsichtige Lamento über den Satiriker Karl Kraus, der, einst Idol der Sozialistischen Jugend Österreichs, zu Dollfuß übergelaufen sei, hilft da jedenfalls nicht weiter. Ich fühle mich auch nicht in der Lage, Karl Kraus besser zu interpretieren als er selbst es in der letzten Ausgabe der „Fackel" beschrieben die unter dem Titel „Warum die Fackel nicht erscheint" dann doch erschienen ist. Das muß man selber nachlesen. Ich meine überhaupt, daß wir, die wir den Anspruch haben, Leute aufzuklären, uns selbst dazu zwingen müßten, Texte, die geschrieben und erarbeitet worden sind, eher zu lesen, als das zufällige Gerede in Interviews dazu.

Du wendest dich also gegen eine platte Auffassung von Aufklärungsarbeit, die sich in der Linken unreflektiert eingeschlichen hat, die zu keinen politisch befriedigenden Ergebnissen führt und

Du wendest dich also gegen eine platte Auffassung von Aufklärungsarbeit, die sich in der Linken unreflektiert eingeschlichen hat, die zu keinen politisch befriedigenden Ergebnissen führt und

die Leute, die sie agitieren will, nicht erreicht ...

... die, die sie betreiben, machen mit solcher „Aufklärung" andere nicht klüger, und wenn sie es unentwegt so betreiben, sich selber dümmer. Wenn man sich die Geschichte der westdeutschen Linken seit 67 einmal anschaut, muß man schon sagen: was an Erkenntnissen bereits gewonnen schien, hat sich bei vielen in eine Art Gesinnungsgallert aufgelöst, das jegliche Konturen und Radikalität verloren hat. Die Wanderung des Schwerpunkts vom Kopf in den Bauch hat zu einer geistigen und politischen Entmachtung der Linken geführt.

Es gibt objektive Gründe, die plausibel machen, daß sich die Verhältnisse so entwickelt haben, daß von den Modeströmungen wenig übriggeblieben ist — aber du hebst mit der Berufung auf Karl Kraus ja vor allem auf die subjektiven Gründe für diese Entwicklung ab, um zu zeigen, daß bereits in den Zeiten, in denen noch revolutionärer Elan geherrscht hat, mehr Präzision bei der Entwicklung der eigenen Positionen erforderlich gewesen wäre.

Es geht um das Wort. Und wo mit dem Schindluder getrieben wird, wo mit unpräzisen, nicht zu Ende gedachten oder überhaupt nichtgedachten, sondern gefühlten Wortkonstellationen gewurschtelt wird, entsteht kein neuer Gedanke. Ich kann das besser mit Worten von Karl Kraus deutlich machen: „Was leicht ins Ohr geht, geht leicht hinaus, was schwer ins Ohr geht geht schwer hinaus — das gilt vom Schreiben noch mehr als vom Musikmachen". Sieht man sich Günter Wallraffs letztes Buch „Ganz unten", an dem ich nicht mitgeschrieben habe, an, dann ist das das allerbeste Beispiel dafür. Es ist das Buch, das in der BRD am besten verkauft wurde, sieht man mal vom Telefonbuch ab. Da müßte man doch denken, daß es eine statistisch meßbare Wirkung gehabt haben muß — wenn es denn überhaupt eine Wirkung hat. Aber in dem Buch stand nur drin, was bereits alle wußten — das ging leicht ins Ohr und leicht wieder hinaus. Das Buch ist ins Bücherregal zurückgestellt worden und das war's. Da ist kein Gedanke hängengeblieben, nichts. Daß es den türkischen Arbeitnehmern, wie es so schön heißt, noch schlechter geht als den deutschen, hat weder vorher noch nachher jemand bezweifelt.

Aber kann man Wallraff das zum Vorwurf machen?

Wer einen erkennbaren Trottel einen Trottel nennt, macht sich der Verdoppelung dieses Trottels schuldig. Das gilt auch für den, der nichts anderes tut, als miese Zustände miese Zustände zu nennen.

Auch Wahrheiten, die bekannt sind, aber verdrängt werden, müssen der Gesellschaft immer wieder vorgehalten werden und genau das hat Wallraff gemacht.

Wallraff schreibt ja nicht die Wahrheit. Nimm zum Beispiel die Konstruktion, auf der das ganze Buch basiert: „Ich (Ali)". Was bedeutet diese Konstruktion? Das heißt doch: ich spiele den Türken, bin aber ein weltbedeu-

heit. Nimm zum Beispiel die Konstruktion, auf der das ganze Buch basiert: „Ich (Ali)". Was bedeutet diese Konstruktion? Das heißt doch: ich spiele den Türken, bin aber ein weltbedeu-

tender deutscher Schriftsteller, der für drei Monate das Leid auf sich nimmt, zu leben wie ein türkischer Arbeitsimmigrant. Da ist eine so verquere Art von Rassismus in dieser Konstruktion „Ich (Ali)", daß sie eben gerade nicht Wahrheit verbreitet. Den Leser interessiert ja nicht die Neupräsentation der sogenannten Wahrheiten, die jeder kennt. Die steht auch in der Gewerkschaftspresse, im AK, in Konkret — was das Buch so interessant macht, ist die Haltung: Daß sie's mit den Türken so treiben — na gut, oder vielmehr schlecht. Aber daß sie das mit unserem großen, deutschen Schriftsteller machen, nur weil er sich einen Bart angeklebt und wie ein Türke ausgesehen hat, das geht zu weit.

Wir sollten nicht an jeden Text, der von Arbeitswelt und Betriebsalltag handelt, den Anspruch stellen, er müsse literarisch sein, um Erkenntniswert zu haben. Meine erste Reaktion auf Wallraffs „Ganz unten" war zu sagen: der schafft aufgrund des Unterhaltunswertes seines Buches das, was uns, obgleich wir den Anspruch sogar im Titel unserer Zeitung führen, nicht gelingt: Arbeiter zu erreichen.

Wer sagt, daß er die erreicht?

Auf den Veranstaltungen aus Anlaß seines Buches war zwar viel Szene, aber es waren auch etliche Gewerkschafter dabei. Und die haben dort mal was anderes gehört als nur die Reden von Ernst Breit.

Du meinst, es ist besser die lesen Wallraff als Konsalik. Aber was kommt denn dabei raus? Da ja, worüber wir uns einig zu sein scheinen, Erkenntnisse, die über das was jeder weiß, hinausgehen, nicht in den Büchern stehen. Arbeiter werden hier mit einer Ideologie berieselt, die in ihm das Bedürfnis weckt, kein Arbeiter zu sein. Und in diesem Bedürfnis wird er von der Scheinwelt, die ihm beispielsweise das Fernsehen liefert, bestätigt.

Und Wallraff erzählt ihm, was er täglich erlebt. Welchen Sinn soll das haben.

Er liefert damit Reflektionsmaterial. Das täglich Erlebte muß nicht, kann aber dadurch, daß es im Medium Buch ezählt wird Anlaß zur Diskussion sein. Auch die Veranstaltungen zeigen doch, daß in Zusammenhang mit „Ganz unten" eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, zu der es sonst nicht gekommen wäre. Meinst du denn, daß das Buch geschadet hat oder hat es nur nicht genützt?

Sowenig andere den Nutzen nachweisen können, kann ich beweisen, daß es geschadet hat. Die Frage ist doch, ob diese Vordenkerrolle, obwohl Denken da ein großes Wort ist, des „Ich (Ali) sage, wie es mit den Türken zu gehen hätte", sich nicht spätestens in dem Augenblick grauenhaft manifestiert, wo Wallraff beispielsweise über den Levent und dessen politische Arbeit in einer Art spricht, wie ein rechter sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär über sozialistische Abweichler.

Das war in der Tat ein Schlag unter die Gürtellinie.

Nein, das war kein mieser Schlag, das

Das war in der Tat ein Schlag unter die Gürtellinie.

Nein, das war kein mieser Schlag, das

ist das System. Es ist kein Zufall. Wallraff setzt sich in diesem Buch nicht etwa mit dem konkreten politischen Wollen der von ihm bemutterten Türken auseinander. Er befördert nicht etwa das,was die, die ihm überhaupt zu diesem Buch und dieser Rolle verholfen haben, wollen. Das sind ja nicht nur, wie Wallraff suggeriert, Opfer, sondern Leute mit einer politischen Biographie, die für bestimmte, wenn auch unterschiedliche politische Inhalte stehen, die einen autonomen Wert haben. In „Ganz unten" sind das nur noch Objekte, auf die Massa Wallraff großzügigerweise das Mitleid der deutschen Öffentlichkeit lenkt.

Wenn du die politische Wirkung von Publizistik als Maßstab für ihren Wert nimmst, drängt sich die Frage auf: was haben 13 Jahre neue Konkret bewirkt? Was deine Kolumnen?

Welche Wirkung die haben, kann ich natürlich auch nur schlecht beurteilen. Da ich mit Konkret keine Arbeiter, sondern nur Intellektuelle erreiche, kann die Hoffnung nur sein, daß ich die wenigstens einmal im Monat zwinge, ihre Positionen zu überprüfen. Viel mehr geht nicht.Ich kann die Revolution weder ausrufen noch absagen — genausowenig wie ihr das könnt.

Diese Überlegungen von dir, deine Ansprüche gibt es sicher schon länger. Wie konntest du dann damals einfach die Schreibmaschine wechseln und in Namen von Wallraff die BILD-Bücher schreiben, Texte also, die du weder nützlich noch erkenntnisreich findest?

Das liegt zehn und acht Jahre zurück. Ich habe damals noch nicht mit der Klarheit gesehen, wie wertlos das, was da publiziert wurde, wirklich ist. Ich habe es schon damals für weniger wichtig gehalten als Wallraff, aber ich dachte: das kann man mitnehmen, im übrigen tuts der Konkret gut, daraus Vorabdrucke zu machen, weil Wallraff bei den Konkret-Lesern ein häufig gewünschter Autor ist.

Das kann jetzt bittere Folgen haben...

Ich habe das in dem vollen Bewußtsein getan, daß die Auflage dadurch sicher nicht steigen wird. Aber ich bin mit meinen eigenen Arbeiten in den letzten zehn Jahren Schritt für Schritt aus der Firma „Beziehungen und Betroffenheit" ausgetreten. Als Konkret-Herausgeber habe ich aber vieles noch für erträglich gehalten, für nicht schädlich, und habe es deshalb weiter mitgeschleppt. Mit dieser Karl-Kraus-Preisrede vollziehe ich den Austritt aus der genannten Firma auch als Herausgeber von Konkret. Ich begradige meine Wege. Bündnispolitische Erwägungen, die die Diskussion in der Friedensbewegung bestimmt haben, um mal ein Beispiel zu nennen, sollen kein Kriterium mehr für die Arbeit an der Zeitung sein.

Du sprichst in deiner Rede von einem linken Netzwerk, das existiert, das ein relativ breites Spektrum von Aktivisten, Autoren, Gewerkschaftern und Theologen abdeckt ...

Das reicht von der SPD, über die Grünen in die DKP hinein, bis zum Sozialistischen Büro und sonstwohin. Das ist eine richtige Kampfgemeinschaft ohne Kampf. Ich habe zu Beginn der Kraus-Preis-Verleihung einen Essay vorgetragen: Solidarische Kritik und Kriegsgewinn. Die These, die ich darin aufgestellt habe, ist, daß die stillschweigende Grundlage dieses Netzwerks ist, so zu tun, als stünden wir kurz vor einem unglaublichen Sieg oder kurz vor einer katastrophalen Niederlage wie dem Gang ins KZ oder dem atomaren Inferno. Gemeinsam haben die Situationen, daß sie den Streit über politische Differenzen verhindern. Das ist eine bequeme Rolle, vor allem wenn man weiß, daß beides nicht ansteht. Denn der Linken gehts gut: alle haben Jobs und Ämter. Dies „Ein kritisches Wort und die Revolution ist verraten bzw. die Gestapo kommt" hat jegliche Radikalität und Kritik erstickt. Und nicht nur das. Die Mentalität des: Wir sind so wenige, wir müssen zusammenhalten, verhindert auch, daß Wahrheiten gesagt werden können. Die schlichte Wahrheit beispielsweise, auszusprechen, daß Wallraff seine Bücher nicht selber geschrieben hat, führt zu heftigsten Abwehrreaktionen: Der sozialdemokratische Kultursumpf veranstaltet eine Unterschriftensammlung gegen meinen „Rufmordjournalismus" — als könne die Frage, ob die behauptete Tatsache wahr ist oder nicht, per Autogramm entschieden werden.

Du zerstörst ein bürgerliches Prestige, das auf bürgerlichen Marktmechanismen beruht. Okay. Ist die Alternative

togramm entschieden werden.

Du zerstörst ein bürgerliches Prestige, das auf bürgerlichen Marktmechanismen beruht. Okay. Ist die Alternative

jetzt ein „echtes" Prestige zu erringen mit literarischer Spitzenqualität?

Keine Zeile, die nicht scharf gedacht und hart erarbeitet worden ist, ist es wert, gedruckt zu werden.

Nun sind wir aber für die Aufhebung von Hand- und Kopfarbeit. Wie soll es jemandem, dem das Handwerkszeug in der bürgerlichen Schule bewußt verweigert worden ist, gelingen, angesichts dieser Ansprüche an der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit arbeiten? Oder muß man warten, bis im Sozialismus die Voraussetzungen besser werden?

Jetzt ist es nicht möglich. Seht euch das Projekt „Literatur der Arbeitswelt" an, auch das ist gescheitert.

Aber dadurch wird es nicht falsch. Alles was richtig ist, muß heute erstmal scheitern.

Das ist ein schöner Satz.

Was hat dein Ausstieg aus dem linken Netzwerk für Konsequenzen für Konkret?

Das Gutgemeinte wird verschwinden. Dafür wird die radikale, hart erarbeitete Kritik in den Vordergrund rücken. Ich will auch meine eigenen Positionen härterer Kritik aussetzen, weil ich im Blatt nicht denselben Zustimmungssülz haben will, den ich woanders attackiere.

In Deiner Preisrede gibst du eine Geschichte von Bert Brecht wider, in der es darum geht, ob derjenige, der keine Zeitungen will, ein radikalerer Kritiker dieses Mediums ist, als derjenige, der andere Zeitungen will. Du meinst, anders als Brecht, der Zeitungsgegner sei der radikalere — und machst doch selber eine Zeitung, eine andere...

Günter Wallraff hat diese Geschichte seinem BILD-Buch vorangestellt. Das Bild-Buch wurde im „Stern" vorabgedruckt, und als dessen damaliger Chefredakteur Nannen das Manuskript zu lesen bekam, hat er spontan gesagt: Was will denn der Wallraff eigentlich, so ist das doch bei uns auch. Das heißt: was Wallraff über die Bild-Zeitung schreibt, ist weitgehend zutreffend, aber dadurch, daß er so tut, als finde das nur bei der Bild-Zeitung statt, und dadurch, daß diese Bild-Kritik vorab im „Stern" erscheint, der nach den nämlichen Kriterien arbeitet, ist es schon wieder verlogen. Über das Wesen der bürgerlichen Presse, was das eigentliche Thema wäre, haben die Bücher von Wallraff also nicht nur nichts enthüllt, sie haben sogar Erkenntnisse verhindert. Wenn mir das damals schon so klar gewesen wäre, hätte ich mich an ihrer Erstellung nicht beteiligt.

Aber Brecht hat nicht Unrecht, weil ihn Wallraff zitiert.

Brecht hat unrecht, weil ihm Zeitungen vorschweben, die Massenorgane sind. Er behauptet, unter den bestehenden Verhältnissen seien bessere Zeitungen möglich. Die Bedingungen, unter denen Zeitungen als Waren produziert werden, erlauben das aber nicht. Und wenn der Versuch doch gemacht wird, gleichen sich die neuen Zeitungen den bestehenden in einer Weise an, daß ihr aufklärerischer Wert ziemlich schnell minimal wird. Es ist unmöglich, eine linke Bild-Zeitung oder eine linke FAZ zu machen.
Es ist nur möglich, die Zeitungen zu machen, die gemacht werden.

Also wirklich, Hermann... Den ersten beiden Sätzen stimmen wir zu. Dem letzten nicht.

Blätter kann man machen. Ihr eures, ich meins, aber keine Massenzeitungen. Am Beispiel von Konkret: Ich war 1971 leitender Redakteur beim Spiegel. Zu dumm um zu wissen, wie man ein auflagenstarkes Blatt machen könnte, bin ich nicht.

Du hast es mit Bissinger ja auch versucht.

Ja. Aber ich war das Handicap von Manfed Bissinger. Ohne meine dogmatischen, sektiererischen, aggressiven Kolumnen hätte er daraus sicher ein auflagestärkeres Blatt für Lafontaine-Wähler machen können. Aber das wollte ich nicht.

Menschlich verständlich, politisch nachvollziehbar...

Es gab wirklich viele Gelegenheiten sich an Trends anzuhängen und damit die Auflage zu steigern: Mit Bastian und Kelly durchs wilde Kurdistan oder

Es gab wirklich viele Gelegenheiten sich an Trends anzuhängen und damit die Auflage zu steigern: Mit Bastian und Kelly durchs wilde Kurdistan oder

was weiß ich.

Wir haben alle schon lange nicht mehr diskutiert, was ein revolutionäres Zeitungskonzept sein könnte. Aber es hat Experimente wie 883 oder Gauche Proletarienne in Frankreich gegeben. Die waren meist kurzlebig, hatten aber beachtliche Auflagen. Das letzte Wort ist darüber noch nicht gesprochen. Wichtig wäre es deshalb aus dem völlig richtigen Bruch mit dem alten Netzwerk ein neues zu knüpfen. Als Einzelkämpfer kommt man nämlich auch nicht weit.

Mir kommt es zunächst einmal auf die Verbreitung der Überzeugung an, daß der Weg, den die linken Kräfte derzeit händchenhaltend beschreiten, nur noch von einer Niederlage in die nächste führt. Wir müssen die Grundlagen dessen, was wir tun, einer radikalen, offenen, rücksichtslosen Kritik unterziehen. Es steht nicht die Revolution bevor, auch der Faschismus klopft nicht morgen an die Tür. Wir haben derzeit nichts Besseres zu tun als uns kritisch mit uns selbst auseinanderzusetzen. Auch den als Personen Kritisierten droht ja nicht wirklich was. Das ganze Leiden ist nur Schmus, diese zitternden Stimmen, mit denen die Leute vor die Mikrofone treten, sind nicht wahr. Wir müssen eine Situation herbeiführen, wo über dieses Vorleiden wieder gelacht werden kann. Wenn da einer nach vorne geht und sagt „Also was Helmi vorhin gesagt hat, hat mich tief betroffen gemacht." Auf diesen Satz hin müssen linke Auditorien endlich einmal in einhelliges Gelächter ausbrechen. Dann können wir wieder miteinander über Politik reden. Aber sich sowas ernsthaft anzuhören, schließt vernünftiges Denken und Handeln aus.



Schlappe für die CSU

30.000 trotz Verbots am Bauzaun

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr verfehlte die bayerische CSU-Regierung ihr erklärtes Ziel bezüglich der Anti-WAA-Bewegung. Nachdem sie im Januar schon den Streit um die BuKo in Nürnberg verloren hatte, machten ihr nun die WAA-GegnerInnen schon wieder einen Strich durch die Rechnung, indem sie gerichtlich auferlegte Verbote schlichtweg ignorierten — und sich damit durchsetzten.

Rätsel gab den langjährigen Beobachtern der bayerischen Polizei allerdings deren Einsatz auf, hatte man doch nach den bisherigen Erfahrungen einen wesentlich entschlosseneren Demoverhinderungsversuch erwartet. Stattdessen steht sie in der Öffentlichkeit erstmal mit dem Rücken zur Wand: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Prügelbullen — auf Initiative von Polizeipräsident Fenzl. Das hat es bislang noch nicht gegeben.

„RAF-Aktionen an der WAA erwartet"

lautete die Schlagzeile vier Tage vor der Demo. Das Landeskriminalamt (LKA) hatte eigens zu einer Pressekonferenz in Schwandorf geladen, um diese und andere „Erkenntnisse" zum besten zu geben. „Angesichts des zehnten Jahrestages der Entführung von Hanns-Martin Schleyer und der Selbstmorde der RAF-Mitglieder Baader, Ensslin und Raspe am 18. Oktober 1977 seien RAF-Aktionen in und um Wackersdorf nicht auszuschließen", so ein LKA-Mann. Mit diesem und ähnlichem Unsinn wurde in den Tagen vorher die Stimmung kräftig aufgeheizt.

Mindestens 5.000 Polizeibeamte aus der ganzen BRD wurden zusammengezogen, dazu diverse Spezial- und Sondereinheiten. Bürgerkriegsähnliche Verhältnisse machten sich in der Oberpfalz breit. Gauweiler rief „die Bevölkerung" auf, „alles Auffällige" umgehend zu melden, z.B. wenn „Ortsfremde" gesichtet würden.

Bauernhöfe und Wohnungen wurden durchsucht, wenn z.B. in der Nähe ein Fahrzeug mit auswärtigem Kennzeichen geparkt war. Aus Berlin oder Bremen zu stammen, reichte aus, um mindestens für ein paar Stunden „die Freiheit entzogen" zu bekommen. Am Donnerstagmittag tauchten auf der Schwandorfer Adenauerbrücke plötzlich mehrere Polizeifahrzeuge mit eingeschaltetem Blaulicht auf. Grund: Ein „Zug hatte sich formiert, der dem Bahnhof zustrebte" — der Unterricht der Berufsschüler war nämlich zuende. Solche Grotesken wiederholten sich täglich, stündlich.

Das Auftaktplenum zu den Aktionstagen im Wackersdorfer „Strandbad-Cafe" am Mittwochabend wurde kurzerhand umstellt und die anwesenden über 100 Teilnehmer bis 2 Uhr nachts festgehalten und kontrolliert. Ihre Fahrzeuge wurden penibel durchsucht, mit Videokameras wurde alles aufgenommen, sogar in Autos mitgeführte Transparente wurden abgefilmt. Beschlagnahmt wurde nichts — dafür aber sechs Leute festgenommen, natürlich „um mögliche Straftaten zu verhindern". Am Donnerstagabend dasselbe Spiel, diesmal waren über 300 Leute im Strandbad-Cafe. „Beine auseinander, Hände an die Wand!" mußten sich die Anwesenden gefallen lassen, weil „ein Dienstfahrzeug beschädigt" worden sei. Ein alter Mann wurde dabei brutal zusammengeschlagen, eine WAA-Gegnerin mußte sich ausziehen und wurde dabei von Beamten mit Video gefilmt.

Solche und ähnliche Vorfälle könnten dutzendfach berichtet werden, sie füllten die örtliche Presse in den Tagen vor der Kundgebung, sie bestimmten Gespräche und Emotionen rund um die WAA. Die Beteiligung an den Aktionstagen — verschiedene kleine Demos, Aktionen, Blockaden u.ä. — wurde so zu einer riskanten Angelegenheit. Weit über 200 Festnahmen und rund das fünffache an Personalienfeststellungen — das war die Bilanz bereits am Freitagabend, noch vor Kundgebung und Demo.

Das Demo-Verbot: Die „psychologische Wirkung des Bauzauns"

Wie erwartet war zwar die Kundgebung in Wackersdorf zugelassen, die Demonstration zum 6 km entfernten Baugelände aber verboten worden. Neben den üblichen „Erkenntnissen" über geplante Aktionen des „gewaltbereiten Potentials" übte sich das Landratsamt diesmal auch in Tiefenpsychologie: „Der Bauzaun wird von allen Gegnern der WAA als ein Symbol dafür angesehen, daß diese Anlage gegen den Willen der Kernkraftgegner entstehen soll. Der Bauzaun weckt deshalb unter den Gegnern der WAA heftige Emotionen, so daß die Teilnehmer des Aufzuges oder etwaiger Versammlungen schon beim Anblick des Zaunes eher zu Ausschreitungen neigen. Diese emotionsbedingte Ausschreitungsgefahr gegenüber dem Bauzaun als Symbol der WAA wird noch gesteigert durch den Effekt, den das Zusammensein mit einer größeren Anzahl von Personen für den Einzelnen bedeutet. Das Zusammensein in einer Menschenmenge vor dem massiven Bauzaun, der den Gegnern der WAA die Wirkungslosigkeit ihrer bisherigen Äußerungen vor Augen führt, kann zu einer Solidarisierung mit Gewalttätern führen und stärkt auch die latent vorhandene Gewaltbereitschaft des Einzelnen, der sich selbst nicht zu den militanten Kernkraftgegnern rechnet."

Soviel Mühe fand ihren Lohn: Durch zwei Gerichtsinstanzen hindurch blieb das Verbot bestehen. Dies, zusammen mit der RAF-Hetze und dem martialischen Polizeiauftreten an den Vortagen, alles vor dem Hintergrund der monatenlangen Streitereien innerhalb der Anti-AKW-Bewegung sowie innerhalb des Trägerkreises um die Demo: Da wurden die Prognosen immer verzagter. Kaum einer wagte, seine Erwartungen bezüglich Teilnehmerzahlen noch zu formulieren, der Trägerkreis „korrigierte" bei jeder Presseerklärung weiter nach unten.

Um so erfreulicher war die Tatsache, daß es keine ernsthaften Spaltungsmanöver gab. Von keinem Spektrum des Trägerkreisbündnisse (siehe AK 286) wurde die Demo offensiv zur Disposition gestellt, alle hielten sich an die Absprachen, die auf Druck des radikalen Anti-AKW-Spektrums getroffen worden waren und deren strikte Einhaltung während der gesamten Vorbereitungszeit immer wieder eingefordert wurde. Einzig und allein Hubert Weinzierl vom BUND — der allerdings nicht Mitglied des Trägerkreises war — konnte es wieder nicht lassen. Er „warnte vor dem Bauzaun", nur: Keiner hörte richtig hin.

Überrascht und erfreut waren alle dann doch, als sich am Samstag bei spätsommerlichen Temperaturen und strahlendem Sonnenschein über 25.000 WAA-GegnerInnen auf dem Kundgebungsplatz in Wackersdorf einfanden. Zwar hatte die Polizei rund um Schwandorf auf allen Einfallstraßen Kontrollstellen eingerichtet. Stichprobenartig wurden Fahrzeuge und deren Insassen gefilzt. Allerdings erreichten diese Kontrollen beileibe nicht das Ausmaß der Überprüfungen beim Burglendenfelder Rockfestival 1986, wo 70.000 Personen kontrolliert und in polizeiliche Dateien gespeichert worden waren.

Einige hundert Meter vor dem Kundgebungsplatz gab es dann nochmal Stichprobendurchsuchungen von Rucksäcken und Taschen, ansonsten aber war von Polizei zunächst kaum etwas zu sehen. Die wenigen, die herumstanden, verteilten Aufkleber „Gewalt? — Nein Danke!", und die Zeitung „Blaulicht", herausgegeben vom Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz, ein Produkt, das allgemeine Heiterkeit erregte. Abgesehen von den üblichen Aufrufen zur Gewaltfreiheit, Hetze über die Autonomen und dem Hinweis, die Zeche für die Blockadetage zahle nur der Bürger, enthielt das Blatt auch ein Preisrätsel. 1. Preis: ein Flug mit dem Polizeihubschrauber.

Die Kundgebung

Nach einer knappen Stunde musikalischer Unterhaltung hielt ein Redner der BIWAK einen Beitrag zum Verlauf der Aktionstage. Nach der Aufzählung der Aktionen der vorangegangenen Tage, dem Bericht über die brutalen Polizeieinsätze, übte der Redner herbe Kritik. Die Aktionstage seien vom Trägerkreis stiefväterlich behandelt worden, viel zu viel Energie sei mit internen Kontroversen verschwendet worden. Es sei nicht gelungen, die Teilnehmer der Aktionstage in dem erhofften Maße vor Festnahmen und Polizeiüberfällen zu schützen. Eine Infrastruktur, wie sie gerade aufgrund der Erfahrungen mit den letzten Aktionstagen 1986 geschaffen werden sollte, habe nicht bestanden.

Im Anschluß hielt ein Betriebsrat der Maxhütte unter donnerndem Applaus eine kämpferische Rede. Er beschrieb die Situation der Maxhüttenarbeiter und ihrer Familien, betonte aber immer wieder, daß der Kampf um Arbeitsplätze auch ein Kampf gegen die WAA sei und mit der Schließung der Maxhütte u.a. nur die Akzeptanz der WAA in der Region gesteigert werden solle.

Unmut kam auf, als weitere musikalische und kabarettistische Einlagen veranstaltet werden sollten, obwohl die Zeit schon weit vorangeschritten war und sich auf dem ganzen Platz eine spannungsgeladene Ungeduld entwickelt hatte. Viele strömten schon zum Ausgang des Platzes, um möglichst an der Spitze des Demozuges mitmarschieren zu können. Nach zwei

Fortsetzung nächste Seite

Temperaturen und
Fortsetzung nächste Seite



Fotos: Uli Dahlinger

Berliner — nein danke!

SCHWANDORF/LANDKREIS (ek). Von John F. Kennedy stammt der legendäre Ausruf „Ich bin ein Berliner". Seit dem Einsatz der brutalen Schlägertrupps in der Montur der Berliner Polizei während der Aktionstage, hat sich der ursprüngliche Sinn dieses Satzes in sein Gegenteil verkehrt. Die ungezügelten Gewaltausbrüche gegen nachweislich unbeteiligte und friedliche Demonstranten sind völlig unverständlich, unverantwortlich und erfüllen jeden, der sie miterleben mußte, mit einem alptraumartigen Entsetzen. Was geht in diesen emotional aufgeladenen, bis zur Unkenntlichkeit mit Schutzvorrichtungen bepackten, schlagstockschwingenden Männern vor, wenn sie wahllos alles niederknüppeln, was ihnen nicht schnell genug ausweichen kann? Sind sie bei den Einsatzbesprechungen nicht darauf hingewiesen worden, daß sie es zum allergrößten Teil mit besorgten Bürgern zu tun haben, die ihr grundgesetzlich garantiertes Demonstrationsrecht in Anspruch nehmen und die, wenn sie schon die Ordnungswidrigkeit begehen, sich nicht an die Auflagen des Verwaltungsgerichtshofes zu halten, noch lange keine Schwerverbrecher sind. Oder sollen demnächst auch Falschparker aus ihren Autos gezerrt und niedergeknüppelt werden? Sind wirklich Oberpfälzer Bürger die geeigneten Objekte, auf deren Rücken sich diese Rambos ihren Frust aus dem Leib prügeln? Bei der Anforderung von Polizeikräften anläßlich der nächsten Großdemonstration sollte die Bayerische Einsatzleitung ein entsprechendes Angebot aus der früheren Reichshauptstadt ganz cool mit dem Satz ablehnen: „Berliner — nein danke!"

aus: Mittelbayerische Zeitung vom 12.10.87

Fortsetzung von vorheriger Seite

weiteren Reden aus der Friedens- und aus der Anti-AKW-Bewegung war es endlich soweit.

Die Demo zieht los

War es während der ganzen Kundgebung noch unklar, ob im Anschluß eine Demo möglich und auch genügend Leute bereit sein würden, einen entsprechenden Versuch zu wagen, zeigte sich nach den letzten Reden schnell, daß es — bis auf eine deutliche Minderheit — die meisten zumindest probieren wollten. Die Polizei stand zwar mit einigen Fahrzeugen am etwa 200 m entfernten Waldrand in Sicht- und Hörweite und forderte mehrfach auf, keinen Demozug zu bilden. Das wirkte aber eher lächerlich und wurde mit entsprechenden Sprechchören quittiert. Kaum jemand sah unter diesen Bedingungen ein, warum er/sie freiwillig zumindest auf das Losmarschieren verzichten sollte. „Mal sehen, wie weit wir kommen", war die Stimmung fast aller, und so ging es in lockerer Atmosphäre los.

Die Demovorbereitungsgruppe hatte die frühzeitige Aufstellung eines geschlossenen Zuges gut organisiert, zwei Samba-Gruppen heizten kräftig ein. Bereits noch in Wackersdorf teilte sich die Demonstration in zwei Züge; einer zog auf dem kürzesten Weg in Richtung Baugelände, der andere nahm einen Umweg.

Beide Züge stießen schließlich — nach einigen Kilometern Marsch ohne irgendeinen Hinweis auf Polizei — auf Sperren von jeweils 100-200 Beamten. Im einen Fall kames kurz zu Gerangel, allerdings umgingen so viele die Sperre bzw. durchbrachen sie schließlich, daß sie nach kurzer Zeit aufgegeben wurde und alle ungehindert passieren konnten. Im anderen Fall — bei dem Umweg-Zug durch den Wald — versperrte die Polizei von drei möglichen Wegen nur einen, was zwar den Umweg noch etwas verlängerte, aber allen Teilnehmern dieses Zuges das ungehin-

derte Weiterlaufen ermöglichte. Kruz

derte Weiterlaufen ermöglichte. Kruz vor dem Baugelände trafen beide Züge wieder aufeinander, ohne noch einmal von Polizei beeinträchtigt worden zu sein. Auf der abfallenden, in gleißendes Sonnenlicht getauchten Betonstraße verursachte der Anblick der riesigen Demo erhebende Gefühle. Das Ziel war erreicht: Alle gelangten bis zum Zaun! Zwar flog mal eine Hubschrauber-Armada im Tiefflug über das Gebiet, aber von irgendeinem ernsthaften Versuch, das Eintreffen der Demo am Baugelände zu verhindern, kann nicht gesprochen werden. Alle waren verwundert und überrascht, mit welch relativer Leichtigkeit sie bis zum berüchtigten Zaun vorgedrungen waren.

Volksfeststimmung breitete sich aus; viele lagerten auf der Wiese vor dem Bauzaun oder am Waldrand, um sich vor dem Rückweg auszuruhen und das Eintreffen der immer weiter einströmenden WAA-Gegner zu betrachten. Am Bauzaun das übliche Bild, viele hingen an den Streben, klopften rhythmisch an das Metall oder versuchten, ein paar Meter vom Stacheldraht abzureißen. Kinder kletterten durch den Betongraben und waren ganz stolz, wenn sie schließlich den Bauzaun erreichten.

Der Umschwung

Mitten in diese gelöste Stimmung brach im Laufschritt ein Polizeitrupp ein, nicht vom Gelände aus, sondern er stürmte von hinten in die Menge der Demonstranten. Was dann geschah, beschreibt die Mittelbayerische Zeitung unter der Überschrift „Unbeschreibliche Brutalität":

„Fassungslos beobachten die Oberpfälzer und auswärtige WAA-Gegner am Rande des Geschehens, was sich vor ihren Augen abspielte. Mit unbeschreiblicher Brutalität schlugen Polizisten auf Demonstranten ein. Frauen und Männer, die vor Angst die Arme erhoben hatten, zum Zeichen, daß sie wehrlos seien, wurden niedergeknüppelt; Pressevertreter, die unübersehbar ihren Ausweis hochhielten, wurden zu Boden geworfen. ‚Das gibt es doch nicht', ‚Das darf doch nicht wahr sein' — entsetzt mußten viele mitansehen, wie sich die Berliner Polizisten wahllos Demonstranten herausgegriffen und zum Teil so lange auf sie einprügelten, bis diese bluteten.

Manche Beamte der Berliner Polizei hatten gleich zwei Knüppel in der Hand. Wer nicht rechtzeitig und schnell genug aus ihrer Reichweite kam, kam im günstigsten Fall mit blauen Flecken davon. In panischer Angst flüchteten die Demonstranten vor den Berliner Polizisten. Diese gehorchten offenbar einem Befehl aus dem Walkman in ihrem Helm. Niemand konnte absehen, wann wieder eine Gruppe ‚angreifen' würde. Häufig war zu beobachten, daß einer aus der Gruppe der Polizei mit dem Schlagstock auf eine Person unter den Demonstranten deutete. Auf diese(n) WAA-Gegner(in) stürzten sich dann mehrere Polizisten. Pressevertreter waren bei diesen Attacken nicht ausgenommen, ganz im Gegenteil, mehrere Fotografen mußten die schmerzliche Erfahrung machen, daß es die Berliner Polizei offenbar auch auf Journalisten abgesehen hatte.

Wie auf einem Schlachtfeld

Der Platz zwischen Chaoteneck und Haupttor erinnerte an ein Schlachtfeld. An allen Ecken und Enden mußten Verletzte versorgt werden. Einem WAA-Gegner war das Ohr halb abgerissen worden. Ein anderer hatte ein faustgroßes Loch im Kopf. Er verlor viel Blut, wurde ohnmächtig und trotz seiner schweren Verletzungen, wie Augenzeugen beobachteten, an den Haaren in Richtung Bauzaun gezogen. Über eine Stunde lang mußte eine junge Frau an Ort und Stelle von einem Notarzt versorgt werden, ehe sie im Krankenwagen transportiert werden konnte. Ein Polizist hatte ihr mit seinem Schlagstock mit voller Wucht ins Genick geschlagen. Um die schwerverletzte Frau hatten WAA-Gegner schützend einen Ring gebildet. Trotzdem schreckte die ‚Berliner Truppe' nicht davor zurück, auf die Gruppe um die Verletzten loszustürmen. Sie scheuten sich auch nicht, einen Sanitäter anzugreifen, der einem Verletzten helfen wollte."

„Als Rettungssanitäter die Verletzte in einen Krankenwagen heben, jagen die ‚Berliner' weit entfernt vom Zaun auf neue, andere Menschenmengen zu. Plötzlich und unvermittelt stürzen sie los, drehen wieder ab, verharren minutenlang, greifen wieder an. Wo vorher Friede war, ist hinterher Empörung, sind bitterböse, ebenfalls provozierende Worte, fliegen vereinzelt Steine. Das aber ficht die martialisch gekleideten Männer aus Berlin nicht an, stört sie scheinbar nicht einmal.

Beim Wandern auf ihren Spuren leuchtet rot eine Blutlache im grauen Staub, blinkt ein abgerissenes Anti-AKW-Button zwei, drei Meter weit davon entfernt, stößt man auf Empörung, Verwunderung und auf Geschichten. Während der endlose Zug der Demonstranten müde zurückstapft, wird in

Demonstranten müde zurückstapft, wird in

Tausenden von Gesprächen die neue Erfahrung formuliert. Es ist die Erfahrung von polizeilicher Gewalt, die offenbar keinen Auslöser braucht und deshalb nicht mehr verstehbar ist, die jetzt unter dem Stichwort ‚Berliner' nicht nur in den Kreisen des Widerstandes die Runde macht, sondern auch die Staatsanwaltschaft beschäftigen wird."

Wohlgemerkt: die „Mittelbayerische Zeitung" ist eine ganz normale mittelbayerische Zeitung ...

‚Die Berliner', die hier so ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, sind ein tatsächlich berüchtigtes Westberliner SEK, das nach den Kreuzberger Krawallen gegründet wurde: eine „Spezialeinheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training". Allerdings ist die inzwischen geäußerte Kritik des Oberpfälzer Polizeipräsidenten Fenzl an den „preußischen Beamten" nur scheinheilig, schließlich hat es auch früher ähnliche Brutalitäten rund um die WAA gegeben, und im übrigen hat Fenzl diese Spezialtruppe extra geordert — und sicherlich nicht, weil die so gut stricken können.

Immerhin steht nun die Polizeieinsatzleitung unter erheblichem Rechtfertigungsdruck — und zwar nicht, wie zuerst zu vermuten war, von rechter Seite, weil sie das Demoverbot nicht durchsetzen konnten, sondern stattdessen von Seiten der Anti-WAA-Bewegung, der Oberpfälzer Presse, der SPD u.a.: Die Polizeibrutalität ist schlagzeilenbeherrschendes Thema nach dem 10. Oktober.

Und die Bilanz?

In der Bilanz kann festgestellt werden, daß die Kundgebung/Demo sowohl was die Mobilisierung, besonders aber auch was die Entschlossenheit der Teilnehmer betrifft, ein großer Erfolg war. Wenn es auch für die einzelnen Opfer der Polizei-Rambo-Einheiten teuer erkauft erscheinen muß: Die Tatsache, daß angesichts der Vorfeldpropaganda zigtausend nach Wackersdorf gekommen sind, um nicht nur die Kundgebung zu besuchen, sondern auch das unwägbare Risiko auf sich zu nehmen, zum Bauzaun aufzubrechen — und dieses Ziel auch erreicht haben — ist von großem politischen Wert und hat der Bewegung vorerst eine Atempause verschafft.

Allerdings muß bedacht werden, daß für diesen Erfolg sicherlich auch die Taktik der Polizei mitverantwortlich war. Ihr merkwürdiges und undurchschaubares Vorgehen — martialisches, allseits-präsentes Auftreten in den Tagen vor der Demo; rein symbolische Präsenz, als es darum ging, eine gerichtlich verbotene Aktion zu verhindern; und dann wieder ungezielte Knüppelorgien, als alles schon vorbei war — hat es den Demonstranten verhältnismäßig leicht gemacht, nachdem sie erstmal losmarschiert waren, auch zum Zaun zu kommen.

Insgesamt erweist sich nun auch, daß das von den Zeitungen ATOM und RADIAKTIV auf der Nürnberger BuKo vorgeschlagene — und auch vom KB und einigen automonem Gruppen unterstützte — Großaktionskonzept vollkommen richtig war. Sowohl der Aspekt, ein breites Bündnis anzustreben, als auch das unbeirrte Beharren auf einer Demo zum Bauzaun waren die entscheidenden Komponenten des Erfolges. Um so bedauerlicher sind nachträglich die diversen Querschüsse und Sabotagen, die dieses Konzept erfahren und das Ergebnis um Potenzen verschlechtert hat. Besonders die verschiedenen Versuche, alternativ zur Demonstration irgendwelche dezentralen oder regionalen Aktionen ins Spiel zu bringen, haben nach langem Hin und Her wichtige Strömungen von einer Unterstützung abgehalten, so z.B. Teile der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung, die unabhängige Friedensbewegung auf Bundesebene, die BUND-Jugend u.a.

Die Reaktionen der Oberpfälzer Anti-WAA-Bewegung vor Ort haben auch gezeigt, daß sie genau eine solche politische Machtdemonstration erleben wollten und brauchten. Es geht also nicht um die so häufig geforderte Verabschiedung von traditionellen Großaktionen und die Entwicklung „neuer", dezentraler Konzepte, sondern um die der Situation entsprechende, politisch wirkungs- und verantwortungsvolle Aktionsformen. Entgegen allen Unkenrufen einiger autonomer Strömungen, am Bauzaun lasse sich nichts mehr machen, konnte die politische Bedeutung einer Demonstration zum Zaun allen Beteiligten deutlich vor Augen geführt werden.

Gerade aber die Aktionstage haben — noch deutlicher als vor einem Jahr — gezeigt, daß es angesichts überdimensionierter Polizeipräsenz kaum möglich ist, die eigenen Leute zu schützen, daß „dezentrale Störmanöver gegen die Infrastruktur" und wie die Schlagworte noch alle hießen, eben in Wirklichkeit oft riskante und isolierte Aktionen weniger Entschlossener sind. Trotz wesentlich größerer Opfer hatten die Aktionstage nicht annähernd den politischen Effekt wie die Demo.

KB/Gruppe Nürnberg

Hier darf jeder sagen, was er will ...

Texte und Briefe aus der RAF beschlagnahmt

Am Dienstag ‚den 29.9. schlugen Polizei und Statsanwaltschaften — offensichtlich gut koordiniert — in Schleswig-Holstein, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen zu.

Die Staatsaktion galt dem Buch „das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973 - 1977", das bereits Anfang Juni dieses Jahres erschienen war. Es ist ein Dokumentenband zum im Oktober letzten Jahres erschienenen „Stammheim"-Buch von Pieter Bakker Schut, das sich mit dem Prozeß gegen die RAF auseinandersetzt.

Das Buch wurde der Uni Utrecht (NL) als Habilitationsschrift vorgelegt, ist inzwischen anerkannt und „gilt mittlerweile als das juristische Standardwerk zum Thema", so der Verlag in einer Pressemitteilung.

Durchsucht wurden zunächst die Kieler Verlags-Auslieferung GmbH

Kieler Verlags-Auslieferung GmbH

(KVA) (Vertreiber), der Neue Malik-Verlag Kiel (Verleger), die Utesch Satztechnik GmbH (Hamburg) (Setzer) sowie die Druckerei Plambeck & Co in Neuss.

Beschlagnahmt wurden dabei knapp 3.000 Exemplare des Buches, Schriftverkehr, Disketten, Rechnungskopien und Druckplatten. Alsdann erfolgte die Jagd nach den restlichen 7.000 Exemplaren durch die Buchläden der Republik, die als Vertreiber ausfindig zu machen waren. Nach Auskunft der zuständigen Staatsanwaltschaft wurden knapp 400 Läden, darunter auch zahlreiche „bürgerliche", durchsucht.

Begründet wurden die Durchsuchungsbefehle nach §129a StGB (Abs. 3 Werben oder Unterstützen einer terroristischen Vereinigung) durch den Oberlandesrichter Welk wie folgt:

„Das Buch (...) enthält eine Auswahl der Briefe, die inhaf(-)tierte Angehörige der terroristischen Vereinigung ‚RAF' in den Jahren 1973 bis 1977 für das sog. ‚info', das zwischen ihnen sowie einigen sie vertretenden Rechtsanwälten bestehende Kommunikations(-)system, geschrieben haben. In den Briefen wird das Konzept der ‚RAF' als einer Vereinigung organisierten Stadtguerilla auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland dargestellt, insbesondere wird die Notwendigkeit der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes dieser terroristischen Vereinigung betont. Der Nachdruck dieser Texte ist grundsätzlich geeignet, beim Leser um Sympathie für die fortbestehende terroristische Vereinigung ‚RAF' und die nach wie vor von ihr verfolgten Ziele und Strategien zu werben und diese Vereinigung zu unterstützen. Die Herausgabe dieser Texte zielt wenigstens auf die Gewinnung von Sympathisanten, wenn nicht sogar von unmit(-)telbaren Anhängern der Vereinigung aus einen anzusprechenden ‚revolutionären Unruhepotential' in der Bundesrepublik Deutschland ab. Die Darstellung des Stadtguerillakonzepts der ‚RAF' und seiner Verwirklichung mit den Mitteln der Schwerstkriminalität, die Be(-)schreibung der Führungsstruktur der Gruppe und die dabei ver(-)wendeten Problemlösungen liegen auch in Interesse dieser fortbe(-)stehenden terroristischen Vereinigung. Dies wird besonders daran deutlich, daß in einem ohne Überschrift auf den Seiten 12 und 13 des Buches abgedruckten Vorspann, der mit ‚März 85' datiet ist, Mitglieder der ‚RAF' in der ‚wir-Form' die Gründe darstellen, die sie bewogen haben, die wesentlichen Briefe zu veröffentlichen und u.a. erklären, daß einige Briefe gekürzt sind und daß solche Briefe, die nicht mehr vorhanden sind, bewußt nicht mehr rekonstruiert worden sind.

Das Vorwort der namentlich nicht bekannten Mitglieder der terroristischen Vereinigung ‚RAF' schließt mit dem Hinweis, ‚daß das neue stärker ist, wenn wir es wollen' und mit den Worten: ‚es ist ein Teil von unserem fight, und so nah wie es damals für uns war — der, der da schreibt war richtig da, du hast ihn gesehen, ganz genau in jedem wort — so ist es immer noch. märz 85'.

Daraus folgt, daß das Buch trotz des zeitlichen Abstands zu den in den Briefen behandelten Geschehnissen keineswegs den vom Herausgeber beanspruchten dokumentarischen Charakter hat, sondern als ein im Interesse der noch bestehenden terroristischen Vereinigung ‚RAF' verbreitetes Druckerzeugniss anzusehen ist, das derem weiteren Bestehen dienen soll.

(...) Jede weitere Verbreitung des Buches stellt ein strafbares Werben für

Buches stellt ein strafbares Werben für

die ‚RAF' oder eine Unterstützung dieser terroristischen Vereinigung dar."

Durch den §129a und seine so bereitwillige wie ausschweifende Anwendung durch den Generalbundesanwalt Rebmann wird nicht nur die Publikations- und Wissenschaftsfreiheit (die „Meinungsfreiheit" ja sowieso) in der BRD angegriffen, es wird faktisch ein Befassungsverbot für das Thema RAF/Stammheium unter bestimmten Gesichtspunkten erteilt und somit eine fundierte Auseinandersetzung damit unmöglich gemacht.

Im Gegensatz zu Aust's „dramatischer" Geschichts„(ver)dichtung" wird im Stammheim-Buch von Pieter Bakker Schut die offizielle Selbstmordversion angezweifelt, und auch Texte in „das info" stützen diese Zweifel eher als sie zu wiederlegen. Und das könnte sicherlich einer der Gründe für die unterschiedliche staatliche „Würdigung" der beiden Autoren sein.

Die Anwendung des §129a auf ein Buch ist ein Novum in der BRD und allenfalls vergleichbar mit dem Verbot des Bommi Baumann-Buches „Wie alles anfing". Bisher wurde der Paragraph im wesentlichen auf lose RAF- und RZ-Texte bzw. auf Zeitungen, in denen sie erscheinen („radikal", ...), angewandt.

Das allerdings erfolgte Mitte der 70-iger Jahre mit dem damals noch existierenden und 1981 im Zuge der allgemeinen Liberalisierung wieder abgeschafften Zensurparagraphen §130 StGB, dessen Wiedereinführung derzeit am Widerstand der FDP zu scheitern scheint. (Vgl. dazu „Der Spiegel", 42/87, S. 19, sowie den Gesetzen selbst: AK 277; Broschüre der „atom": Generaldirektion Innere Sicherheit; sowie „atom" 13, Jan./Feb. 1987)

Andererseits wurde erst vor Kurzem durch die Ausweitung der „Terrorismus"-Straftatbestände der Grundstock auch für weitergehende Zensurmaßnahmen auf der Grundlage des §129a gelegt.

Wie auch schon '77 erregt diese politische Zensurmaßnahme im europäischen Ausland (vor allem in den Niederlanden) mehr Aufsehen als in der BRD. Doch auch hierzulande formierte sich inzwischen Protest: Auf der kurz auf die Durchsuchung folgenden Frankfurter Buchmesse nahmen fast 100 Verleger, Buchhändler, Lektoren und andere Mitarbeiter des Buchgewerbes („von rororo bis rotbuch"), so eine Verlagsmitarbeiterin, an einem informellen Treffen teil. Ergebnis des Treffens war der einstimmige Beschluß, eine Gemeinschaftsherausgabe des Buches herauszubringen, falls die staatsanwaltschaftliche Beschlagnahme nicht aufgehoben werden sollte.

Die Verfolgung aller an der Herstellung, der Herausgabe und dem Vertrieb beteiligten mit einer Höchststrafandrohung von 5 Jahren Knast ist ein politischer Skandal, dessen Wiederholbarkeit nur durch die Abschaffung des Zensurparagraphen §129a und durch die Verhinderung der Wiedereinführung des §130 vorgebeugt werden kann. Die Beschlagnahmung dieses Buches ist ein politisches Signal, an dem die Linke nicht achtlos vorübergehen kann.

f./kiel

Anmerkungen:
Quellen: „Spiegel" 41/87; „taz" 30.9.87, 9.10.87, 13.10.87; „Kieler Rundschau" 2.10.87



Jäger Rebmann

das info
briefe von gefangenen
aus der raf
aus der diskussion
1973-1977
DOKUMENTE
HERAUSGEGEBEN VON
PIETER BAKKER SCHUT
MALIK

Pieter Bakker Schut
Stammheim
Kiel 1986
Preis:DM 39,80

Pieter Bakker Schut (Hrsg.)
das info. briefe von gefangenen aus der raf. aus der diskussion 1973-1977
Kiel 1987
Preis: DM 28,-

Ganz unten

Schleswig-Holsteins GRÜNE nach dem Wahlfiasko

,,Koalition oder Sekte''. Mit brutaler Deutlichkeit bringt die rotgrüne Kieler Rundschau (1) den Diskussionsstand bei den schleswig-holsteinischen Grünen auf den Punkt. Wer gehofft hatte, nach dem Debakel vom 13. September würde bei den Günen ein analytisches Aufarbeiten der Niederlage und der eigenen Situation beginnen, wurde schon bald bitter enttäuscht.

Spätestens nach Barschels Rücktritt und der Aussicht auf baldige Neuwahlen ist für viele SH-Grüne nur noch die Frage von Belang, mit welcher Form des Koalitionsangebots die allerletzte Chance auf den Parlamentseinzug genutzt werden kann.

Das erste grüne Krisenpapier wurde bereits vor Schließung der Wahllokale zu Papier gebracht. Lars Hennings, der gern als ,,Chefideologe'' bezeichnete Linksgrüne, konstatiert, daß ,,Partei- und Geschäftsführung der Grünen SH abgewirtschaftet haben'' (2). Die Partei sei auf eine ,,Veteranen-Ein-Punkt-Partei'' reduziert worden. Kritik an der ökosozialistischen Parteiführung zieht sich auch durch die in der Folgezeit veröffentlichten Debattenbeiträge. Daß die vorher dominanten Positionen des linken Landesvorstands nach der Wahl nicht länger mehrheitsfähig sind, veranlaßte einen Teil des so heftig unter Beschuß stehenden Landesvorstandes zu hektischen ,,Rette-sich-wer-kann''-Absetzbewegungen. Mit ihrer ,,Regenbogen-Fraktion'' stellte sich die Vorständlerin Gabi Hanowski-Zabel an die Spitze der Kritikerfront. Es müsse *,,gefragt werden, ob die linken, erfahrenen Taktiker sich so nachdrücklich auf dieses grüne Projekt draufgesetzt haben, daß sie es platt gemacht haben''* (3). Die Antwort ist klar, die Verantwortlichen benannt; nun kann schon viel unbeschwerter auf Zukunfts- und Strategiesuche gegangen werden.

In den ,,10 Thesen für eine Regenbogen-Offensive'' wird eine ,,1,1-Kampagne'' (die den Grünen am Einzug in den Landtag fehlten) empfohlen. Wie die 5% genommen werden sollen, wird auch gesagt: *,,Wer jetzt behauptet, wir hätten die SPD zu sehr geschont und zu sehr Wahlkampf gegen die CDU gemacht, stellt sich außerhalb des Anti-Schwarz-Konsenses, kultiviert die eigene Schwäche. ,Engholm quälen' is hier nich, also kein Spielkram mit politischer Verantwortung! Wer jetzt die ,Teiler' (Knackpunkte) wieder hochhängt, weiß nicht, was im Lande vorgeht.''* An die Adresse der Rest-Linken wird süffisant bemerkt: *,,Die Regenbogenfraktion setzt ja nichts anderes fort als die Linie des Gesamt-LaVo in den vergangenen Monaten.''* Tatsächlich haben die Ökosozialisten in der verzweifelten Schlußphase des Wahlkampfes die ,,Neue Mehrheiten nur mit uns''-Kampagne bis zur politischen Selbstverleugnung mitgetragen und forciert. *,,Die zentrale Wahlkampfaussage bleibt''*, schreibt Hanowski-Zabel, *,,gegen schwarz — rot-grün statt rot-gelb. Damit soll noch offensiver die Richtung der letzten Wahlkampfwochen ,Ohne Grüne geht der Wechsel nicht!' verfolgt werden.''*

Und weil man sich so gut einschwadroniert hat, wird auch noch en passant ein ,,Regenbogenbündnis'' entworfen. BUND, Gewerkschaften, Amnesty, Eltern für unbelastete Nahrung, VDS und andere sozialdemokratisch-liberale Gruppen werden unbeschadet der Tatsache, daß ausgerechnet in diesem Spektrum kein Hahn mehr nach der 3,9-Partei kräht, aufgelistet. Natürlich schimmert der Regenbogen nur sozialdemokratisch-rot, für die ,,Szene ,links' von den Grünen'' ist kein Farbtupfer vorgesehen. Da die Situation der SH-Grünen nicht so ist, daß die Partei sich nach Belieben ein Bündnisprojekt zurechtzimmern könnte, braucht über den Realitätsgehalt des ,,Regenbogens'' nicht lange spekuliert zu werden. Besorgniserregend ist schon eher die tendenzielle Mehrheitsfähigkeit eines Konzepts, das völlig losgelöst von der politischen Wirklichkeit des Landes und der grünen Partei lediglich die Mehrheitsbeschafferrolle kultiviert.

Die 1,1-Kampagne — Idee und Wirklichkeit

Der Argumentation der Neu-Realos vom Regenbogen haben die seit Jahren auf ihre Stunde wartenden Original-Koalos wenig hinzuzufügen. Der von der ,,taz'' liebevoll ,,Realohäuptling'' genannte Kieler Fraktionsgeschäftsführer Nico Sönnichsen stellt in seinem Krisenpapier (4) eine jahrelange ,,Politikunfähigkeit'' der SH-Grünen fest, zählt die ,,unzähligen Pannen und Pleiten des Wahlkampfes'' auf und resümiert: *,,Ausgerechnet dem fundamentalistisch geprägten Landesverband ist es nicht gelungen, sich links von der SPD profilieren zu können.''* Kein Gedanke daran, daß dies am faktisch stattgefundenen Realo-Wahlkampf gelegen haben könnte. Stattdessen wird die Zauberformel ,,klare Koalitionsaussage der Grünen im Falle von Neuwahlen'' präsentiert.

Die Beweisführung Sönnichsens, der vehement für eine ,,1,1-Kampagne'' eintritt, abstrahiert blind vom Umstand, daß der sozialdemokratische Wunschpartner seit Monaten um die Gunst der Liberalen buhlt, die Grünen als Unpersonen behandelt und im Neuwahl-Fall auch aus dem 3,9-Potential Stimmen holen will. Die von Regenbogen und Koalos aufgemachte Rechnung 50,8% für rot-grün plus SSW gegenüber 49,1 schwarzgelbe Prozente verfehlt zwar ihre einschüchternde Wirkung nicht (,,dem Wählerbedürfnis gerecht werden''), legt aber bei genauerer Betrachtung keineswegs die rotgrüne Option nahe. In ihrer Wahlanalyse bilanziert die Mannheimer ,,Forschungsgruppe Wahlen'', *,,daß sich das linke Lager sowohl im Vergleich zur Landtagswahl 1983 als auch zur Bundestagswahl 1987 vergrößert und zugunsten der SPD verschoben hat''* (5). *,,Jetzt ist es der SPD ein weiteres Mal gelungen, die Grünen aus dem Landtag herauszuhalten.''*

Nach der Barschel-Affäre haben sich die Gewichte weiter zugunsten der Engholm-Partei verschoben. Und die wird den Teufel tun und sich auf die herbeiphantasierte Leihstimmen-Kampagne der Koalo-Grünen einlassen, zumal schon am 13. September *,,die Hoffnung der SPD auf eine eigenständige parlamentarische Mehrheit nicht unrealistisch war''* (Forschungsgruppe Wahlen). Immerhin hätten dazu 0,3% weniger FDP-Stimmen (d.h. unterhalb der 5%-Hürde) schon gereicht. Wenn die Realos vom Kieler Kreisverband in einem weiteren Papier (,,Die hausgemachte Katastrophe'') nochmals ihre zentrale Aussage, daß *,,viel zu spät mit der ,Leihstimmen-Kampagne' begonnen wurde. Wir hätten zum Schwerpunkt des Wahlkampfes machen müssen, daß nur der Einzug der Grünen in den Landtag den Regierungswechsel ermöglicht''*, beschwören, ist dies nicht nur fad, sondern auch aufgrund des Wahlausgangs falsch.

Bei sehr ungünstigen Bedingungen glaubten vor der Landtagswahl '83 immerhin noch 62% der SH-Wähler an einen Erfolg der Grünen. In diesem Jahr waren es nur noch 55% Optimisten. Ob dieser Trend durch eine ,,Engholm braucht unsere 1,1 Prozent''-Propaganda umkehrbar ist, scheint mehr als zweifelhaft. Offensichtlich ist es der SPD mit ihrer klaren Absage an rot-grün im Wahlkampf gelungen, bei eher konservativen Schichten auf dem flachen Land Stimmen zu gewinnen. Anders als z.B. bei der bayerischen Landtagswahl machte sich die Unzufriedenheit im ländlichen Raum nicht in Wahlenthaltungen bemerkbar. In den konservativen Unions-Hochburgen lag die Wahlbeteiligung deutlich über dem Landesdurchschnitt. Hier konnte die SPD viele Proteststimmen zu sich rüberziehen. Die eigens dafür gegründete UWSH blieb dagegen in der bäuerlichen Protestszene nur zweiter Sieger. In den Städten und städtischen Gebieten konnte die SPD nicht zulegen (Ausnahme Kiel), in der Engholm-Heimat Lübeck mußte sie sogar Verluste hinnehmen. D.h. ein wesentlicher Faktor für den sozialdemokratischen Erfolg am 13. September war ihr gutes Abschneiden bei Wählern, die von rot-grün überhaupt nichts halten. Eine Umfrage unter der SPD-Wählerschaft belegt dies. Zwei Drittel treten für eine sozialliberale bzw. große Koalition ein.

Aufgrund dieser Daten relativiert sich die Attraktivität einer ,,1,1-Leihstimmen-Kampagne'' für die Sozialdemokraten ganz erheblich. Alles andere als eine scharfe Absage der SPD an die Aufdringlichkeiten der 3,9-Partei wäre ein mittleres Wunder. Bei dem Koalo-Modell können die Sozialdemokraten nur verlieren — in den Städten die ,,rotgrünen Wechselwähler'' an die Grünen und beim Landvolk die mühsam erworbene ,,Salonfähigkeit'' (Engholm) einbüßen.

Was also von den ,,analytischen Gedanken'' (,,taz'' über Sönnichsens Kampagnen-Vorschlag) übrigbleibt, ist kaum mehr als Schönfärberei rotgrüner Erfolgsperspektiven. *,,Die Grünen sind aber in Schleswig-Holstein vor allem deshalb so wenig erfolgreich, weil die Alternative für die Wähler eine SPD war, die zu Themen, die das grüne Wählerpotential interessieren, klare Aussagen gemacht hatte, die sich deutlich von den anderen Parteien, besonders den Grünen, abgrenzte...''* (Forschungsgruppe Wahlen).

Und die Linke?

Wie reagiert nun die ökosozialistische Linke auf die Regenbogen/Realo/Koalo-Offensive?

Zunächst einmal sind Abgänge zu verzeichnen. Die Landesvorstands(minderheits)gruppe um Gabi Hanowski-Zabel ist bereits erwähnt worden. Dazu kommt der bisher prominenteste Linksgrüne Lars Hennings, der auf der Sitzung des Landeshauptausschusses der Partei am 4.10. in Flehmhude erklärte, er sei ,,neuerdings nicht mehr für den Ausschluß der Koalition''. Es gehe darum, ,,über 5% zu kommen oder den harten Krieger zu spielen''. Auf derselben Versammlung gab auch zur allgemeinen Überraschung der Oberfundi und Bundestagsabgeordnete Thomas Wüppesahl seinen Übertritt ins Lager der Koalitions-Freunde bekannt. Nach seiner radikal und rasant geänderten Auffassung haben die Grünen insgesamt nur noch mit einer Koalitionsaussage eine Chance, in die Parlamente einzuziehen. Die arg dezimierten Linken, die sogenannte ,,Bunker-Fraktion'', beklagen in ihrer Antwort auf den ,,Regenbogen'' (6) den Niedergang der ,,grünen Streitkultur'' und belegen dies mit einer Reihe von Intrigen und demagogischen ,,Verzerrungen'' seitens der innerparteilichen Kontrahenten samt ihrer publizistischen Freunde von ,,taz'' und ,,Kieler Rundschau''. Jan Bartkowiak und Brigitte Arend (Landesvorstand) meinen selbstkritisch, daß *,,Landesvorstand, Landesgeschäftsstelle und Landtagsgruppe einen Wahlkampf mit überwiegend ,realpolitischen' Zügen geführt und einen solchen auch verloren haben''* (7). Zur Regenbogen-Konzeption schreiben die beiden Rest-Linken, daß dies *,,die erste große Anpassungsleistung eines grünen Landesverbandes mit Öffnung zur Koalition''* sei. Bündnispolitisch streben die Autoren ,,Öffnung des grünen Wahlkampfes und unserer Landesliste'' an. *,,Zielrichtung: die eher links von den Grünen stehenden Initiativen und linkssozialdemokratische Kreise (z.B. auch die Friedensliste)''.*


Fotos: Karl Zimmermann

Mit dem Friedensliste-Beispiel haben Bartkowiak/Arend nicht nur Anlaß für diverse Polemiken gegeben (so warf ihnen der Kieler Ratsabgeordnete Willi Voigt auf der Landeshauptausschuß-Sitzung vor, im Bündnis mit der Friedensliste/DKP müßten die Grünen mehr Kompromisse eingehen als mit der SPD), sondern auch eine zentrale Schwäche linksgrüner Politik in Schleswig-Holstein anschaulich gemacht. In der augenblicklichen Defensiv-Position sucht man händeringend nach Freunden in der nichtgrünen Linken, wo es in den letzten Jahren nur sehr zufällig und selten Berührungspunkte mit der grünen Partei gab. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die (Links)Grünen in den ,,Nach-Tschernobyl''-Bewegungen (Brokdorf-Demonstrationen) auf deutliche Distanz zur ,,alten Bewegung'' gegangen sind.

Konkret kann aus diesem Spektrum nichts Vorzeigbares in die Fundi-Waagschale geworfen werden. So kann kurzfristig nur die fade Friedensliste angeboten werden. Die existiert nach einer drittklassigen Beerdigung durch die DKP nach der Bundestagswahl zwar nur noch als Briefkastenfirma, ist aber sicherlich gesprächsbereit.

Immerhin, sollte das Öffnungsangebot der ,,Bunker-Fraktion'' nicht nur innerparteiliche Taktiererei sein, wäre die nichtgrüne Linke in Schleswig-Holstein gut beraten, dieses Angebot aufzugreifen.

ra/kiel

Quellen:
1) Ausgabe vom 2.10.87
2) Hennings-Zitate aus „Zur Erneuerung der Grünen SH"
3) Hanowski-Zabel-Zitate aus „10 Thesen für eine Regenbogen-Offensive" und „LaVo-Papier" vom 18.9.87
4) Sönnichsen-Zitate aus „Grünes Monatsmagazin" vom 28.9.87
5) Forschungsgruppe Wahlen Mannheim Ltw 87 Pkt. 12 u.13"; alle Zahlenangaben daraus
6) Papier Bartkowiak, Jacobitz, Ploog u.a.
7) Papier „Wo der Regenbogen zur Linie wird"

Grüne Streitkultur: Regenbogen oder Bunker

So streiten sich die GRÜNEN in Schleswig-Holstein

Bislang galt der LV der Grünen SH als ein Muster an politischer Kultur und toleranten Umgangsformen. Die Konsensfindung von Flensburg wurde als wegweisendes Beispiel gegen die verbissenen Grabenkämpfe im Bundesverband gefeiert. Diese „politische Kultur" fand ihr jähes Ende mit dem 3,9% Ergebnis. Statt der notwendigen sachlichen Debatte „Wie weiter mit den Grünen" herrscht Eiseskälte und die Demagogie feiert Triumphe! Und der taz-KR-Journalisten-Klüngel mischt kräftig mit.

1. Streich: Wer die taz aufschlug, konnte einen Tag nach der Wahl lesen, daß die Grünen ihren Abschied genommen hätten, ihr Chefideologe Lars Hennings hätte die Koffer bereits gepackt.

2. Streich: Nachdem verschiedenen Menschen (Gabi Hanowski-Zabel, Lars Hennings, Horst Mühlenhardt) ihre Wahlanalysepapiere geschrieben hatten, benutzte Tom Janssen (Chef-Redakteur der KR, Mitarbeiter bei der taz) diese als Grundlage für einen KR-Artikel über die parteiinterne Debatte und forderte in der Landesgeschäftsstelle einen „Fundiartikel" zur Gegenüberstellung. Wir reichten den Kommentar „Entscheidung über ein klares Profil" ein. Darin steht: „Der Aufbau einer links-ökologischen Alternative zur SPD (kann) nicht allein das Projekt des Grünen Parteiladens sein. Gespräche mit den eher links von den Grünen stehenden Initiativen auf der einen und *eher links-sozialdemokratischen Kreisen* (z.B. auch mit der Friedensliste) sollten mit dem Ziel geführt werden, Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Öffnung der Grünen Landesliste zu *erörtern*. Die Schlacht wurde eröffnet!

Nico Sönnichsen, Geschäftsführer der grünen Ratsfraktion in Kiel, seit langem freier Mitarbeiter der taz, machte daraus „ein neues Linksbündnis bestehend aus Grünen, DKP, Friedensliste und Autonomen". (taz v. 2.10.87)

Diese schon recht ansehnliche Verzerrung wurde noch von Tom Janssen in der KR übertroffen. Dort heißt es ebenfalls am 2.10. „Der letzte Geniestreich der Fundi-Strategen, die sogenannte Öffnung ist die simple Anbiederung an die Staatskapitalisten der DKP und an die Hard-core-fighter der Autonomen. Die bewußte Zerstörung der Grünen, wie ein Realo-Häuptling aus Kiel bereits anmerkte." Daß Nico Sönnichsen seine ganz unparteiische Meinung kurz nach der Wahl als Teddy Albers in taz und KR zum Besten gab und die Meinungsvielfalt nun am 2.10. in der taz als „ein Mitglied der Kieler Grünen", das sich „analytische Gedanken zum Wahldesaster seiner Partei" macht fortsetzt, können wir nun wirklich nicht mehr als ehrlichen, unabhängigen Journalismus bewerten.

3. Streich: Parallel dazu wird unser Diskussionsbeitrag von Lars Hennings auf der LAVO-Sitzung als „Sektierertum von Fundamentalisten" abqualifiziert, die sich durch Mißbrauch des Machtapparats „Zentrale" bahnbrechen würden. Dieser Vorwurf wird auch auf die Tatsache ausgedehnt, daß von Robin und Jan Gespräche mit Rainer Trampert geführt wurden, ob dieser für sich eine evtl. Kandidatur in SH in Erwägung ziehen könnte, wenn die LDK hierfür eine Mehrheit ergebe und eine breite Akzeptanz und Unterstützung im LV wäre.

4. Streich: An die Grenze von Verletzbarkeit gerät auch die Begriffsbildung von Gabi in ihren Papieren: hier Regenbogenfraktion (alle Nicht-Fundis) dort Bunkerfraktion (fundis: Robin, Nine, Jan, Sigi). Ein solches Sprachbild ist sehr bewußt gewählt, um jene KritikerInnen zu sammeln, die den Mangel an basisdemokratischen Strukturen beklagen, Kritik an der Wahlkampfführung aus den unterschiedlichsten Gründen äußern, denn wer möchte nicht lieber „Regenbogen" als „Bunker" sein?

Gabi schreibt: „Die Bunkerfraktion" schlägt durch ihren Apparat (LaGe) taktisch Pflöcke ein. Als ob diese Begriffsbildung selbst kein taktischer Pflock sei. „Die Regenbogenfraktion legt die Koalitionsfrage positiv ad acta" schreibt Tom Janssen und die sog. „Fundis" gehen „leichtfertig mit politischer Verantwortung" um.

Diese schwarz-weiß Malerei ist schon fast zu vergleichen mit dem Aufbau eines Feindbildes:

Auf der einen Seite der Regenbogen, vielfältig, pluralistisch, löst die Koalitionsfrage positiv, will positiven Wahlkampf machen, will Verantwortung tragen ... Auf der anderen Seite: Bunker, Betonfraktion, Blockbildung, Polarisierung, wollen keine Verantwortung übernehmen, Zentrale, Machtapparat, Sektierertum, ...

All diese vorher beschriebenen Beispiele der Art der Auseinandersetzung im LV schüren unseres Erachtens ein vergiftetes Klima, das eine Auseinandersetzung um politische Positionen nur schwer möglich macht.

Martin Hentschel fordert in einem seiner Papiere eine „Wiederbelebung grüner Kultur nicht nur im Umgang miteinander, sondern auch in der Außendarstellung grüner Politik."

Der derzeitige Streit bei den Grünen ist wichtig, Auseinandersetzungen müssen geführt werden! An der Art und Weise, wie wir die Auseinandersetzung führen, werden wir messen lassen, ob es noch so etwas wie Grüne Streitkultur gibt.

Sigrid Ploog
Brigitte Arend
Jan Bartkowiak
Robin Jacobitz

Die AL und ihre „Dissidenten“

In den letzten Wochen traten eine Reihe von bekannteren AL-Mitgliedern aus der Partei aus und zeigten ihr die rote Karte. Unter denen, die die AL verlassen haben, befinden sich die ehemalige Pressesprecherin Rita Herrmanns (TAZ-Westberlin), der ehemalige Pressesprecher Rainer Esche, der EG-Parlamentsnachrücker Dieter Esche und die beiden ehemaligen Kader der „KPD", Christian Heinrich und Wolfgang Schenk.

Der unmittelbare Anlaß, der AL nunmehr den Rücken zu kehren, geht auf eine Erklärung des Pressesprechers der AL, ex-MdB Dirk Schneider, zurück. Der hatte sich im August nach dem tätlichen Angriff einiger Autonomer auf den TAZ-Redakteur Gerd Nowakowski (vergl. AK 286, S. 37) nicht nur von den durch nichts zu rechtfertigenden Angriffen distanziert, sondern auch mögliche Beweg- und Hintergründe dieser Form der Auseinandersetzung geschildert und dabei die Berichterstattung der TAZ kritisiert. Eine ganze Reihe von hämischen Kommentaren und Verhöhnungen seitens einiger TAZ-Redakteure zu den Widerstandsaktionen der Autonomen gegen die faschistische Mun-Organisation, die ihren Kongreß in Westberlin abhielt, ließ wohl bei einigen Leuten die Sicherungen durchbrennen. Doch nicht über diesen politischen Zusammenhang wurde geredet, sondern nur über die Presseerklärung Dirk Schneiders, mit der sich auch die Mehrheit der AL-Abgeordnetenhaus-Fraktion und der Geschäftsführende Ausschuß im Prinzip solidarisierten.

Daraufhin setzte es heftige Schelte gegen die AL. Zunächst von einigen AL-MandatsträgerInnen und dem Europa-Abgeordeten Benny Härlin, die der AL ein *„gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit"* vorwarfen. Dann hakten die TAZ-Kommentatoren nach, und ihr Chefkommentator Max-Thomas Mehr („mtm") verstieg sich zur puren Demagogie, die AL wolle die TAZ zur *„Prawda der AL"* machen und beweise damit ihr *„leninistisches Verständnis von Öffentlichkeit"* (TAZ, 15.8.). Der AL-Abgeordnete Goryanoff wartete mit der Unterstellung auf, Dirk habe *„klammheimliche Freude"* bei dem Angriff auf Gerd Nowakowski empfunden (TAZ, 19.8.). Die Westberliner Stadtzeitung „Zitty" ließ die ausgetretene ex-AL-Pressesprecherin und TAZ-Redakteurin Rita Herrmanns zu Wort kommen. Sie warf der AL *„vordemokratische Denkmuster"* vor und verstieg sich zur infamen Aussage, Dirk Schneider habe *„von sich bekannterweise nie behauptet, etwas von Demokratie und Pressefreiheit zu halten"* (Zitty, 20/87).

Hatten also zunächst einige StichwortgeberInnen innerhalb der AL und der TAZ den Konflikt zwischen Autonomen und TAZ zu einem wilden Gezeter über das Verhältnis der AL zur Pressefreiheit hochstilisiert, wurde aus einem anderen Anlaß ein weiteres Fäßchen aufgemacht: Im September kippten einige Leute aus dem autonomen Spektrum 15 Liter Scheiße in die Kneipe „Maxwell" („Kübel-Aktion"), weil diese ein „Schicki-Micki-Restaurant" und Bestandteil „imperialistischer Befriedngs- und Zersetzungsstrategie" im Kreuzberger Bezirk 36 sei. Obendrein hatten diese Leute versucht, „Schutzgeld" für eine Knastkasse beim „Maxwell" abzukassieren. Der versuchte Anschlag auf Gerd Nowakowski, Morddrohungen aus der „Szene" gegen AL-Mandatsträger wie den Kreuzberger Baustadtrat Orlowsky und die Kübel-Aktion veranlaßten Ursula und Bernd Köppl, letzterer AL-Mitglied und ex-Abgeordneter, innerhalb der AL eine neue „Gewaltdebatte" zu starten. Sie warfen der AL-Mehrheit vor, ein „verlogenes Verhältnis" zur Gewalt zu haben und verlangten, daß sich die AL endlich klar und deutlich von den Autonomen distanzieren müsse. Im Delegiertenrat der AL wurde das Köppl-Papier diskutiert und von Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses kritisiert. Damit war die „Gewaltdebatte" in der AL auch schon wieder beendet.

Die beiden Stichworte „Pressefreiheit" und „Gewalt" verdichteten sich schließlich zu einer Generalabrechnung mit der AL, die sowohl von Leuten außerhalb der AL als auch von Leuten im AL-Umfeld betrieben wurde. Die „Zitty" sprach von einer „Krise" der AL, von einer *„Austrittswelle"*. Tatsache ist hingegen, daß in den letzten Wochen nicht mehr als eine Handvoll AL-Mitglieder, darunter allerdings einige „Prominenz", der Partei den Rücken kehrte. Bei rund 3000 Mitgliedern kann von einer „Welle" also nicht die Rede sein. Gegner und Verteidiger Dirk Schneiders hätten sich mit „unversöhnlichen Feindbildern" überzogen und es sei von einer *„Partei-Spaltung"* die Rede, so orakelte die „Zitty" weiter.

In diesem Zusammenhang fiel das dritte entscheidende Stichwort: *„Stalinisten und Altlinke"* hätten in der AL das Ruder an sich gerissen, will der „Zitty"-Autor Paul F. Duwe aus Kreisen der AL vernommen haben. *„Arbeitsmuster und Politikformen"* aus der *„unseligen K-Gruppen-Ära"* würden zunehmend mehrheitsfähig, die einst „blühende Alternativ-Kultur" reiße Gräben auf. (Zitty, 20/87). Noch eins drauf setzte Eva Schweitzer, Autorin der Kreuzberger AL-Bezirkszeitung, im „Südost-Express": *„Der Denkfehler"*, heißt es da, *„der die AL-interne Moskau-Fraktion und die Autonomen verbindet, ist, daß sie glauben, es gebe die einzige absolute Wahrheit"*. Wem das nicht passe, der solle doch gefälligst gleich das „Neue Deutschland" abonnieren, riet sie den *„Verächtern der Pressefreiheit"*.

Noch 'n Kübel

In seiner Austrittsbegründung strickte ex-AL-Abgeordneter und ex-„KPD"-Mitglied Wolfgang Schenk die Legende von Moskau-Fraktion und Stalinisten weiter. In seinem 21-seitigen Pamphlet, von dem die AL zuerst aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erfuhr, bekundete er *„tiefe Zweifel am radikaldemokratischen Verständnis"* der AL in Sachen Pressefreiheit. In den letzten Jahren habe eine *„linksdogmatische Strömung"* in der AL die Macht an sich gerissen. Eine *„Dominanz der KB- und SEW-nahen Richtungen"* malträtiere die Liste mit *„linkem Kaderdenken"* und *„primitivem Antikapitalismus"*, sie degradiere die AL zu einem *„Wegbereiter für die Staatsräson der DDR"*.

Die Lektüre des Schenk-Textes erinnert an die CDU-Broschüre über die „Kader der Grünen", denn nach diesen Traktaten entsteht der Eindruck der AL als „fünfte Kolonne Moskaus". Hier eine Auswahl Schenk'scher Wortschwaden über die „Neo-Stalinisten" in der AL: *„ideologisch verblendet"*, *„einäugig"* in Bezug auf die einseitige „Nato-raus"-Forderung, *„Scheuklappenpolitik"*, *„linkes Kalte-Kriegsdenken aus den fünfziger Jahren"*, *„linkes Lagerdenken"*, die AL sei nicht in der Lage, sich *„gegenüber den Kadergruppen in abgrenzender Weise durchzusetzen"*, *„linksdogmatische Weltanschauungsfanatiker wie Dirk Schneider, Klaus Croissant, Schäfer, KB- und SEW-Kader"*, *„kadergestähltes Sitzfleisch"* habe die Gruppe „Ost-West-Dialog" aus der AL *„hinausgedrängt"*, *„ideologische Ordnungstruppe"* der AL mit *„vorauseilendem Gehorsam"* gegenüber der SED-Politik, *„Trittbrettfahrer"*, die sich der *„Erfolge der Grünen bedienten"*, um ihre *„linksradikalen Feindbilder zu pflegen"*.

Dankbar griff die Westberliner SPD diese Stichworte auf: *„Die AL steht am Scheideweg. Immer mehr übernehmen frühere K-Gruppen-Dogmatiker und neue Sektierer das Sagen in der AL"* (SPD-Pressedienst, 6.10.).

Natürlich bleibt Schenk einen Beweis für die „Dominanz" von KB- und SEW-Kadern plus der „Dirk-Schneider-Gruppe" schuldig. Seine SEW-Kader entspringen reinen Phantastereien; die ehemaligen SEW-MitgliederInnen in der AL haben sich längst von ihrer früheren Partei losgesagt und sind eher der sogenannten zentristischen „Mittelgruppe" der AL zuzurechnen, die um einen innerparteilichen Konsens bemüht ist. Und die wenigen „KB-Kader" in der AL haben schon Mühe, das genügende „Sitzfleisch" aufzubringen — ganz zu schweigen von einem „kadergestählten". Dirk Schneider, immer wieder Zielscheibe einer Strömung in der AL, die „die ‚deutsche Frage' offenhalten" will, kommt mit seinen spezifischen Positionen zur Westberlin-Frage über eine klare Minderheitenposition nicht hinaus. Da Schenk den Nachweis „linksdogmatischer Dominanz" in der AL nicht erbringen kann, greift er auf ein bekanntes Muster antilinker Denunziation zurück. Die Macht der „Linksdogmatiker" ergebe sich aus den *„undurchschaubaren Organisationsstrukturen"* und *„Hinterzimmerabsprachen"* — wo die KB- und SEW-Kader andere AL-Mitglieder ganz nach ihrem Belieben wie Marionetten in die gewünschte Richtung steuern.

Wolfgang Schenk — ein Mann, der seine Sachen immer 150%ig vertreten hat, zunächst für die Ziele der „KPD", dann für die Wiedervereinigungsdiskussionen im Rahmen der AL, dann sein Engagement mit DDR-Oppositionellen und nun ebenso vehement sein Anti-AL-Pamphlet — kommt zu seinem Lieblingsthema: Er wirft den „neo-stalinistischen" Machthabern der AL vor, Westberlin zu einer „autonomen Insel" machen zu wollen (1), womit der freie Teil der Stadt *„in machtpolitische Abhängigkeiten des Umlandes"* geraten würde. Dem hält Schenk so namhafte und standfeste Persönlichkeiten wie Ernst Reuter, Jakob Kaiser und Willy Brandt entgegen, die auch in den schwersten Stunden dieser Stadt die Fahnen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Berliner hochgehalten hätten. Wenn man die Wahl *„zwischen dem Nachgeben gegenüber den Pressionen von außen, die die innere Entscheidungsfreiheit letztlich beseitigen würden, und der Hinnahme einiger undemokratischer Entscheidungen im Rahmen des Besatzungsrechts"* gehabt habe, dann *„fällt der aufgeklärten Bevölkerungsmehrheit dieser Stadt die Entscheidung nicht allzu schwer"*, räsonniert Schenk im Stile der herrschenden Staatsräson und Geschichtsverarbeitung. Als ein geläuterter bürgerlicher Demokrat weiß er die Vorzüge dieses Staatswesens mit einigen unschönen Erscheinungen gegenüber dem *„wirklichen Polizeistaat"* DDR wohl zu schätzen. Und die „Nato-raus"-Forderung der AL und der Grünen führe über kurz oder lang nach Moskau, denn ohne Nato-Mitgliedschaft der BRD bestünde die Gefahr eines *„deutschen Sonderweges"*. Vor dem Hintergrund der „offenen deutschen Frage" drohe eine *„Achse"* BRD-UdSSR. Die Folgen brauchen gar nicht weiter ausgemalt zu werden ...

Anhand der deutschlandpolitischen Kontroversen wirft Schenk den „linksdogmatischen Kadern" vor, diejenigen Kräfte aus der AL gedrängt zu haben, die eine „blockübergreifende" Politik „von unten" betreiben wollen. Auch das ist wieder so eine der Legenden. In der Realität praktizieren Leute aus dem Umfeld der AL im Rahmen einer Gruppe „Ost-West-Dialog" seit Jahren ihr „Netzwerk" mit oppositionellen Kräften in der DDR, ohne daran jemals von der übrigen AL gehindert worden zu sein — im Gegenteil. Umgekehrt brachten aber die gleichen Leute die Bemühungen der AL zum Scheitern, einen offiziellen Dialog mit Vertretern der Partei- und Staatsführung der DDR zustande zu bringen, weil die Wiedervereiniger und Menschenrechtsverteidiger jedes Mal die AL-Verhandlungpositionen überfrachteten.

Auch auf programmatischer Ebene spricht sich die AL keinesfalls für eine bedingungslose Anerkennung der DDR aus, lehnt aber in ihrer großen Mehrheit Wiedervereinigungsoptionen und Konföderationsmodelle ab.

Die „Dissidenten" formieren sich

In der TAZ (1.10.) berichtet Mechthild Küpper von einem *„letzten Versuch für eine klinisch tote AL"*. Gemeint ist damit ein erstes Treffen von „Dissidenten" innerhalb und außerhalb der AL — darunter die Ausgetretenen Schenk und Dieter Esche, der Ökoliberale Thomas Schmid, Politclown Udo Knapp und Koordinator Helmut Horst („Ost-West-Dialog"). Ihre Kritik an der AL wurde mit *„fürchterlichem Klima"* (Thomas Schmid), einer *„grauenhaften politischen Kultur"* (Schenk), einer ungelösten Gewaltfrage, dem mangelnden Bekenntnis zur Pressefreiheit, der Perspektivlosigkeit in ökologischen und sozialen Fragen und allgemeiner Orientierungslosigkeit (Hans-Jürgen Kuhn, derzeitiger AL-Abgeordneter) umschrieben. Während Udo Knapp betont haben soll (laut TAZ-Bericht), die Diagnose stimme zwar so, aber es bleibe nichts anderes übrig, als auf „rot-grün" zu setzen, scheinen sich die „Dissidenten" weder über die eigenen Alternativen noch über das weitere Mitmachen in der AL einig zu sein. Vom Ökoliberalen Schmid ist bekannt, daß er rot-grüne Regierungsbündnisse für eine *„Scheindiskussion zwischen zwei Bankrottfirmen"* hält. Und auch Wolfgang Schenk scheint sein Herz für die Konservativen — nicht nur in Fragen der Deutschlandpolitik und der Menschenrechte — entdeckt zu haben, wenn er den „Linksdogmatikern" in der AL vorwirft, keinen Blick für *„eventuelle politische Übereinstimmungen mit sozial, liberal und ökologisch eingestellten Kräften in der CDU"* zu besitzen und Bündnisse mit *„Liberalen, kritischen Christen und demokratisch eingestellten Wertkonservativen"* abzulehnen. Dennoch beschlossen die rund drei Dutzend „Dissidenten", die AL zu einer Entscheidung zwischen einer *„totalitären"* und einer *„demokratischen Richtung"* zu drängen, wobei der Streit mit einem *„Affront gegen die gegenwärtige AL-Politik"* beginnen müsse (Thomas Schmid).

Der Wirbel und Medienrummel, den die prominenten „Dissidenten" gegen die AL ausgelöst haben, ist erheblich. Bei näherem Hinsehen dieser Abbröckelung am Rande der AL bestehen die „Dissidenten" aus einem Teil der altlinken Wiedervereiniger und einem anderen Teil aus „wertkonservativen", ökoliberalen Personen, die sich schon seit geraumer Zeit innerlich von der AL entfernt hatten, weil ihre Positionen in der Liste tatsächlich nur in verschwindendem Ausmaß vertreten sind. Offenbar verführte die Krise der Grünen diese „Dissidenten" dazu, nachdem die Hamburger GAL schwer angeschlagen ist, zu einem gezielten Angriff auf die letzte linksgrüne Bastion zu blasen — mit allen Mitteln der Demagogie, des puren Antikommunismus und persönlichen Diffamierungen insbesondere gegenüber Dirk Schneider.

Die AL selbst reagierte auf diese Angriffe eher verstimmt, steckte die Tiefschläge weg und ist bemüht, mit den „Dissidenten" ins Gespräch zu kommen. Bisher hat sie nur sehr spärlich auf die zum Teil infamen Angriffe reagiert.

Das grün-alternative Projekt in der Krise

Für ein Wegducken oder gar ein Ignorieren dieser Angriffe besteht jedoch kein Grund. Das, was in letzter Zeit von TAZ-Kommentatoren und anderen Medien gegen die AL transportiert wurde, ist Ausdruck eines mehr oder weniger bewußten Absetzungprozesses vom grün-alternativen Projekt. Wer die Dinge seit den Bundestagswahlen aufmerksam verfolgt hat, wird konstatieren müssen, daß ein großer Teil der kritischen Intelligenz in der BRD von „grün" über „rot-grün" wieder zur „Mutter SPD" heimgekehrt ist, wie die vielen Wahlaufrufe zugunsten der SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und den Bürgerschaftswahlen in Hamburg bezeugen. Die Windrichtung dreht sich tendenziell gegen die Grünen, und einige der AL-„Dissidenten" sind genau Ausdruck dieses Trends.

Viel weniger spektakulär reagieren zum Teil langjährige AL-Aktivisten auf diese Krise des grün-alternativen Projekts: sie ziehen sich nahezu unbemerkt von der AL zurück und widmen sich dem Privatleben und dem Individualismus. Die Bezirks- und Bereichsgruppen sind innerlich ausgezehrt, zum Teil aufgelöst, die politische Verbindlichkeit ist geringer als bei jedem lockeren Kegelverein. Diese, im Ausmaß durchaus unterschiedliche, innere Distanz zur AL und die Hinwendung zum „Privaten" kann zu einem großen Teil mit der parlamentarischen Langeweile, der überdimensionalen Beschäftigung mit parteiinternen Querelen um Pöstchen, Bezahlung, Quotierung und kleinen Anfragen, darüber hinaus mit genereller Perspektiv- und Orientierungslosigkeit und dem Ausbleiben großer Bewegungen erklärt werden.

Wenn in dem überwiegenden Teil der AL-Bereichs- und Bezirksgruppen nach monatelangem Drängen und konkreter Beschlußlage ein eigentlich interessantes Thema wie die künftigen Wahlkampfschwerpunkte der AL (2) schlichtweg nicht mehr diskutiert wird, wenn Kampagnen wie gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen im Öffentlichen Nahverkehr weitgehend ignoriert werden, wenn sich die AL angesichts der Orientierungslosigkeit lieber einigelt — dann besteht wenig Grund zu der Annahme, sich mit eigener Kraft aus dem Sumpf ziehen zu können. Und von den „Dissidenten" sind eher weitere Demontageversuche gegenüber der AL zu erwarten.

D./Westberlin

Anmerkungen:
1) Der Vorwurf Schenks, Schneider u.a. wollten Westberlin zu einer „autonomen Insel" gemäß der früheren sowjetischen „Drei-Staaten-Theorie" machen, ist gleichfalls demagogisch; in den „20 Thesen" zu Westberlin ist von einer „eigenständigeren" Innen- und Außenpolitik, von größeren „Spielräumen" die Rede. Schenk baut einen Popanz auf, um dann, mit allen kleinbürgerlichen Ängsten ausgestattet, die Gefahr des „Umfeldes" DDR an die Wand zu projizieren.
2) In rund 16 Monaten finden die nächsten Wahlen in Westberlin statt, und eine der Lehren, die die AL aus den Wahlkämpfen und der entsprechenden grün-typischen „Verarbeitung" gezogen hat, war die, sehr frühzeitig mit den Wahlkampfvorbereitungen zu beginnen.

Sport-Notizen

Sport-Notizen

Schweres Versäumnis der „taz"-Sportredaktion: die jüngsten sportpolitischen Thesen der Grünen waren ihr keine Zeile wert. Allerdings ist es durchaus glaubhaft, daß die Mitarbeiter des Ressorts „Leibesübungen", die im allgemeinen nicht den schlechtesten Teil der „taz" produzieren, den Vorgang schlicht übersehen haben. Wer vermutet schon in einer Rede des Fraktionsvorsitzenden Ebermann im Rahmen der Haushaltsdebatte Ausführungen zur Misere des bundesdeutschen Hochleistungssports? Ebermann, der die Trabrennbahn in Hamburg-Bahrenfeld ebenso regelmäßig besucht wie die Heimspiele des Zweitligisten FC St. Pauli und damit als Experte hinreichend ausgewiesen sein dürfte, scheint das Thema so wichtig gewesen zu sein, daß er es ohne Rücksicht auf den eigentlichen Gegenstand der Debatte unverzüglich zur Sprache brachte. Den sportpolitischen Teil der grünen Haushaltsrede vom 10.9.87 dokumentieren wir leicht verspätet, aber exklusiv:

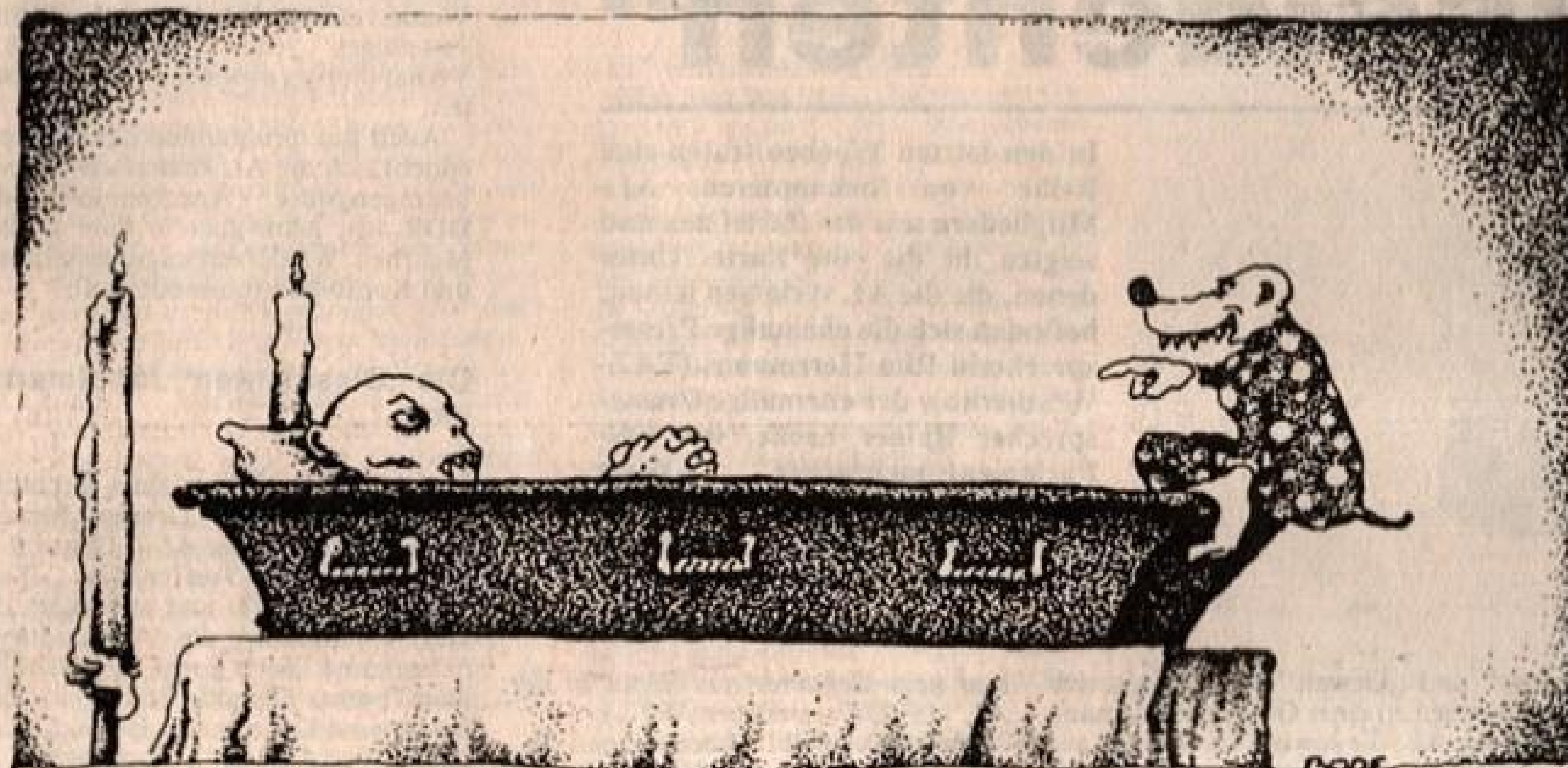
Nachdem der Redner die von Kanzler Kohl pauschal „den Menschen in Deutschland" unterstellten Wiedervereinigunswünsche angezweifelt hat, kommt er zum Thema:

„Es kann ja sein, daß der Blick auf den Medaillenspiegel der Leichtathletik-Weltmeisterschaft bei manchem Bürger Wiedervereinigungssehnsüchte geweckt hat. Es kann ja sein, daß das Zurückfallen hinter Länder wie Norwegen, Schweden, Somalia dem einen oder anderen die Tränen in die Augen getrieben hat. Allerdings würde der Ruf nach einer gesamtdeutschen Mannschaft unseres Erachtens den wahren Grund für das schlechte Abschneiden der bundesdeutschen Athleten nur verschleiern. Was ihnen in Wahrheit die Muskeln lähmte, war die schlichte Angst, vom Bundesinnenminister mit dem Silbernen Lorbeerblatt geehrt zu werden."

Vom Deutschen Leichtathletik-Verband (DLV) wurde diese Sichtweise bisher weder bestätigt noch dementiert.

Partnerschaft in der Wirtschaft

Alternative treffen Kapitalisten und Kapitalpolitiker



Joachim Bode

Richtiger und falscher Vampir

Am 27./28.10.87 wollen im Congreß-Centrum in Hamburg „gesellschaftspolitisch engagierte Unternehmen, innovative Betriebe, Selbsthilfeprojekte und die Vertreter der Kommunen bzw. des Staates" (Einladungsschreiben der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. im weiteren nur noch AGP) ein „konkretes Zeichen setzen" (AGP).

Unter dem sinnigen Motto „*Menschen machen Wirtschaft, Menschen schaffen Arbeitsplätze — Initiativen gegen Arbeitslosigkeit*" soll ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet werden.

Aufgerufen zu dieser Veranstaltung hat eine „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V." (AGP), ein Zusammenschluß von ca. 450 meist mittelständischen Betrieben, die in der einen oder anderen Form Mitbestimmungs-/Mitbeteiligungsmodelle installiert haben.

Es geht den Veranstaltern darum, „*Mitverantwortung und Selbstverantwortung zu praktizieren*", denn es gibt „*kein Patentrezept, die Arbeitslosigkeit zu bekämfpen, doch jeder einzelne kann seinen Beitrag leisten*". Und wie? Mit „*Eigeninitiative ... Kreativität und ... Willensstärke*", aber natürlich „*in kleinen Schritten*".

Die kleinen Schritte stellen sich auf einem sogenannten Info-Markt vor. Einträchtig nebeneinander finden sich Förderprojekte der öffentlichen Hand, Unternehmensansätze, z.B. IBM, Nixdorf, Reemtsma, innovative Betriebsformen, z.B. ASH-Krebsmühle, Anthropos GmbH, Frauenbetriebe e.V. und Selbsthilfe-Initiativen, z.B. Netzwerk, Behindertenprojekte. Für 390 DM pro Person (45 DM für Arbeitslose) darf in Arbeitsgruppen den gemeinsamen Selbsthilfe-Initiativen, z.B. Netzwerk, Behindertenprojekte. Für 390 DM pro Person (45 DM für Arbeitslose) darf in Arbeitsgruppen den gemeinsamen Grundlagen von Unternehmensansätzen à la randstad, BMW etc. und Selbsthilfeinitiativen à la Fritz Vilmar und Joseph Huber gelauscht werden.

Kein Wunder, daß bei soviel Partnerschaft selbst Arbeitsminister Norbert Blüm die Veranstaltung als „beispielhaft" (AGP) anpreist.

„Jeder einzelne kann seinen Beitrag leisten"

1. Die AGP und ihre Sympathisanten scheinen innerhalb der breiten Palette von Wirtschaftsunternehmen ideologische Vordenker zu sein. Sie reagieren auf gesellschaftliche Entwicklungen und ökonomische Problemlagen, indem sie neue Wege diskutieren und neue Diskussionspartner mit neuen Impulsen und Anregungen suchen. Hintergrund der Überlegungen ist die Begrenztheit einer eindimensionalen wirtschaftlichen Wachstumsideologie, die unweigerlich in die soziale oder ökologische Katastrophe führen muß. Diese sichtbare Entwicklung des Kapitalismus erzeugt eine gesellschaftspolitische Atmosphäre, in der sich sogar Großunternehmen soziale legitimieren müssen (siehe die Teilnahme von IBM, BMW am AGP-Kongreß). Es wird also ein gesellschaftlicher Umdenkungsprozeß anvisiert, der das Ziel beinhaltet, ein reales Modell zu entwickeln, das sowohl klassische, als auch alternative (1) Produktionsformen einbindet.

Deshalb werden Alternativbetriebe und Selbsthilfeinitiativen zur gemeinsamen Annäherungs- und Strategiediskussion nach Hamburg gerufen.

2. Ein gesellschaftlicher Wandel scheint eingeläutet. Nicht mehr die Gesamtheit, sondern der Einzelne steht im Mittelpunkt. Nicht mehr die Analyse gesellschaftlicher Widersprüche und kollektiver Widerstand ist gefragt, sondern die kleine Einheit in Mitverantwortung nnd mit kreativen Fähigkeiten. Systemwachstum statt Systemveränderung.

In diesem Kontext ist die Veranstaltung der AGP angesiedelt. „*Menschen machen Wirtschaft, Menschen schaffen Arbeitsplätze*" suggeriert die „Wir sitzen alle im gleichen Boot"-Ideologie, dabei vergessend zu erwähnen, wer am Steuer sitzt.

Arbeitslosigkeit wird nicht als Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems beschrieben, sondern als „Herausforderung für die soziale Marktwirtschaft" (AGP). Alle tragen Verantwortung, vom Sozialhilfeempfänger bis zum Manager und sind somit auch schuld an der Massenarbeitslosigkeit. Gefordert wird eine individualisierte Selbsthilfe („*jeder einzelne kann seinen Beitrag leisten*" (AGP)), die zusammen mit schon bestehenden Betriebsformen (vom Handwerksbetrieb bis zum Multi) Lösungswege aufzeigen soll. Wer auf diese „alternativen Lösungen" nicht eingeht, darf sich nicht wundern, wenn „Hoffnungslosigkeit" den Alltag bestimmt.

Dies wäre alles nicht so schlimm, und irgendwie ist die Argumentation auch nicht die neueste, wenn nicht an diesem Projekt etliche Alternativbetriebe und Selbsthilfeinitiativen beteiligt wären. Also Gruppierungen, die einmal angetreten sind mit einem Anspruch von Leben und Arbeiten verän- triebe und Selbsthilfeinitiativen beteiligt wären. Also Gruppierungen, die einmal angetreten sind mit einem Anspruch von Leben und Arbeiten verän- dernd in das gesellschaftlkiche Gefüge einzugreifen (z.B. die Arbeitslosenhilfe Krebsmühle).

Es handelt sich hier also bei der AGP-Veranstaltung um ein ideologisches Großmanöver, das unter Einbindung aller möglichen Betriebsformen Arbeitslosigkeit als gesellschaftsunabhängiges vom einzelnen zu bestimmendes Phänomen beschreibt. Strategien gegen Arbeitslosigkeit können dann nur noch Strategien im Rahmen des gesellschaftlichen Systems mit Hilfe von Eingeninitiative und in Form von intensiver Willensstärke sein. Wer trotzdem arbeitslos wird oder bleibt, dem fehlt es eben an Selbstverantwortung. Denn Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und Selbstvorsorge „*dieser Dreiklang der Freiheit ist heute ... objektiv möglich ... Nicht das ‚System', sondern das Individuum, kann und soll stärker als bisher Entfaltung erlangen und mit Verantwortung ausbalancieren. Dies ist die Perspektive für die konkreten Herausforderungen der nächsten Jahre*" (AGP).

3. Die eingeladenen Gruppierungen aus dem Alternativbereich lassen sich unterscheiden in Selbsthilfeinitiativen, die oft auch subventionierte Sozialprojekte sind (z.B. für jugendliche Arbeitslose) und in alternative Produktionsbetriebe.

Etliche Sozialprojekte werden von großen Wirtschaftsunternehmen in deren Produktionsablauf integriert. Sie dienen unter dem Stichwort „Klein-Taiwan" als Zuliefererfirmen mit Lohndrückerfunktion, z.B. Behindertenprojekte. Gleichzeitig dient die staatliche Bezuschussung von Sozialprojekten der Befriedung von sonst sozial unkontrollierbaren Verhaltensweisen.

Je mehr der staatlichen Sektor bei den „Alternativen" investiert, desto größer die Tendenz als Nothelfer zu fungieren (im kleinen Arbeitsmarkt der Projekte sollen ein Teil der Unqualifizierten, vom normalen Produktionssektor Ausgesonderten oder einfach „Ausgeflippten" aufgenommen werden).

Besonders Jugendliche ohne berufliche Perspektive sollen über Alternativprojekte „*einen für (sie) angemessenen Platz in der Gesellschaft einnehmen und ausfüllen*" (Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, BfJFG). Dabei darf ruhig etwas Kreativität und Andersartigkeit eine Rolle spielen, die Hauptsache „*den Jugendlichen (wird) so eine Integration in das Gemeindeleben*" (BfJFG) ermöglicht. (2)

Die Selbsthilfeinitiativen im medizinischen und sozialen Bereich lassen sich als Reflex auf Defizite institutioneller Versorgung interpretieren. Als Frühwarnsystem gegen Versorgungslücken im sozialpolitischen Bereich sind diese mehr und mehr bei den etablierten Trägern gern gesehen. Staatliche Subventionsgelder fließen besonders für Projekte, die im sozialarbeiterischen Sinne effektiver und flexibler tätig sind.

Alternative „Pioniere eines Systemwachstums"

Alternative „Pioniere eines Systemwachstums"

Die Beteiligung von betrieblichen Alternativprojekten an der AGP-Verantstaltung stellt einen Tiefpunkt in der Entwicklung der sogenannten „Gegenökonomie" dar. Unter unseren Augen haben sich Alternativbetriebe zu Bestandteilen des kapitalistischen Systems entwickelt. Daß sie als Selbständige den kapitalistischen Marktmechanismen unterworfen sind, ist ja nichts Neues, daß sie aber gemeinsam mit den schlimmsten Unterdrückerfirmen auftreten (randstad) und ins gleiche theoretische Horn blasen, ist allerdings neu. Es scheint, als setze sich eine Entwicklung fort, die schon Ende der Siebziger ihren Anfang genommen hat. Die Entwicklung von „Geschäftsführern der Alternativbewegung" (Roth), deren Aufgabe darin besteht, „*die Alternativszene schrittweise wieder an den Hauptzyklus der kapitalistischen Ausbeutung anzubinden*" (Roth).

Dabei gilt es, zwei Ebenen zu unterscheiden. Einmal die Objektive Abhängigkeit der Alternativbetriebe von kapitalistischen Marktgesetzen, Rechtsgrundlagen und Betriebsbedingungen. Sie wirkt sich aus auf die allgemeine Produktion, die Produktionserweiterung, den Vertrieb, dem Zwang zum Verkauf und auf das Bewußtsein der „Unternehmer".

Die Gründe, warum Alternativbetriebe in Hamburg auftreten, sind schnell gefunden:
— durchgehend fehlt den Produktionsprojekten Kapital, um ihren Betreib zu konsolidieren bzw. zu erweitern. Mit der Beteiligung in Hamburg erhoffen sie sich informelle-finanzielle Kontakte zu potentiellen Geldgebern, z.B. Großfirmen und somit auch einen Zugang zu Banken,
— müssen Alternativbetriebe auf der Suche nach Lösungen ihrer Unterkapitalisierungsprobleme ein kreditwürdiges Bild vermitteln. Hamburg ist eine günstige Möglichkeit, sich als „gleich"berechtigter Partner der konventionellen Industrie öffentlich darzustellen.

Eine zweite Ebene ist die der politischen Inhalte von Alternativbetrieben. Die alternative Gründergeneration ging noch davon aus, mit dem Aufbau ihrer Betriebe und Projekte „*den Grund (zu) legen für ein ganz anderes Gesellschaftssystem, ausgerichtet nicht an Profitinteressen, sondern an menschlichen Bedürfnissen*" (ASH Krebsmühle).

Doch da wo Geld den Mittelpunkt menschlicher Beziehungen bestimmt, bleibt von politisch fortschrittlichen Perspektiven nicht mehr viel übrig. Die Alternativbewegung ist deshalb in die Krise geraten, „*weil sie von innen heraus die Hoffnung auf eine positive Verbindung mit dem alternativgesellschaftlichen Endziel verloren hat*" (Roth). Womit der Bogen zur AGP-Veranstaltung wiederhergestellt ist. Objektiv Bestandteil kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten wurde subjektiv der belastende Politmüll auf der alternativen Ökohalde endgelagert. Ganzheitlichkeit, neue Professionalität, Vernetzung überschaubarer Bereiche harmonieren ausgezeichnet mit den marktwirtschaftlichen Prinzipien des big business.

Die Aussteiger von gestern sind heute Pioniere eines Systemwachstums (Huber).

Frankfurter Arbeitslosenzentrum (FALZ)

Anmerkungen:
1. Der Begriff „alternativ" ist längst Bestandteil der herrschenden Sprache geworden. Alternativ ist bereits jedes Projekt, das mit Staatsknete außerhalb des normalen Arbeitsmarktes finanziert wird.
Entstanden waren die meisten Alternativbetriebe aus der politischen Bewegung mit dem Ziel, am eigenen Beispiel („gemeinsam leben, gemeinsam kämpfen, gemeinsam lernen") die Grundlagen zu legen für eine Veränderung des Gesellschaftssystems, orientiert an menschlichen Befürfnissen und nicht am Profitinteresse. Genau dieser inhaltlich-politische Bestimmungsteil wurde, je mehr die Betriebe in den Strudel von kapitalistischen Abhängigkeiten kamen, verwässert bzw. ganz gestrichen. Aus diesem Grund hat der Begriff „alternativ", wenn er nicht inhaltlich-radikal gefüllt wird, keine in unserem Sinne politisch vorwärtstreibende Funktion mehr.
2. Was nicht heißt, daß wir uns gegen die Suche nach individuellen Nischen außerhalb des normalen Arbeitsmarktes wenden. Unsere Kritik setzt da an, wo im politischen Kontext diese Einzelunternehmungen als sozialpolitische Konzeption zur Lösung der Arbeitslosigkeit angepriesen werden.

Literatur:
Einladungsschreiben der AGP v. 22.6.1987
K.H. Roth: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, in: Klaut sie!, IVA-Verlag, 1979
Arbeiterselbsthilfe Krebsmühle, Diskussionspapier v. 9.3.1983
J. Huber: Die Neuen Helfer, München/Zürich 1987
Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Zur alternativen Kultur in der BRD, April 1981

35.000 Stahlarbeiter vor der Entlassung

Anfang Oktober 1987 einigten sich die Vertreter der Bundesregierung, Stahlkapitalisten und die Spitzen von IG Metall und DAG bei ihrem fünften Zusammentreffen im Rahmen einer Art „Konzertierter Aktion" auf die Massenentlassungen von 34.000 Arbeitern in der Stahlindustrie. In der gemeinsamen Absicht, die für erforderlich gehaltenen Gesundschrumpfungsmaßnahmen „sozial verträglich" zu gestalten, wird es keine aprupten Massenentlassungen geben; die Stahlkapitalisten sagten verbindlich zu, die zur Disposition stehenden Arbeitsplätze bis zum Ende des Jahres 1989 „sozial flankiert" abzubauen. Diese „Arbeitsplatzgarantie" entpuppt sich also als eine verschleierte Form von Massenentlassungen, denn ein großer Teil der betroffenen Arbeiter soll entweder frühverrentet (ab 55 Jahren — theoretisch ca. 25.000 Arbeitsplätze), mit Abfindungen entlassen oder innerbetrieblich umgesetzt werden. Im Gegenzug wird die Bundesregierung noch einmal weitere 300 Millionen DM, und werden die betroffenen Bundesländer jeweils 150 Millionen DM an Subventionen für die Sozialplankosten beisteuern, während die Kapitalisten bis 1989 etwa 1,1 Mrd. DM aufzubringen hätten — die Mittel aus dem EG-Topf noch nicht mitberechnet.

Wenn, was zu erwarten ist, aus der EG noch einmal Subventionen in Höhe von etwa 600 Millionen DM hinzukommen, sich die Kosten der Kapitalisten also halbieren — dann entspricht die nunmehr erzielte Vereinbarung den schon früher gemachten Vorschlägen. Thyssen-Chef Kriwet kam bei seinen Berechnungen im Rahmen einer von den Stahlkapitalisten vorgeschlagenen „Stahlstiftung" im Januar dieses Jahres auf eine Summe von ca. 1,8 Mrd. DM, wovon Bonn und die EG zwei Drittel, die Kapitalisten nur ein Drittel aufzubringen hätten. Die Sozialisierung der Kosten im Rahmen der Restrukturierung der westdeutschen Stahlindustrie und des kartellmäßig organisierten EG-Stahlmarktes und im Gegenzug das Zugeständnis der Stahlbosse, in den nächsten zwei Jahren keine Massenentlassungen durchzuführen, entspricht im Übrigen auch dem „gemeinsamen Positionspapier" von IG Metall und dem Stahlunternehmerverband vom Juni dieses Jahres.

Die von der IG Metall immer wieder vorgebrachte Forderung nach Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen und Einrichtung von „Beschäftigungsgesellschaften" (die mehr einem Auffangbecken für die ansonsten auf die Straße beförderten Arbeiter entsprechen) konnte sie bei der jetzt erzielten Einigung wiederum nicht durchsetzen. Die Kapitalisten waren nur zu vagen Absichtserklärungen bereit.

Hinzu kommt, daß die Oberpfälzische Maxhütte in Bayern, wo akut etwa 3.600 der 4.500 Arbeitsplätze bedroht sind, kein Bestandteil dieser Vereinbarung ist. Über den Abbau fast jedes vierten Arbeitsplatzes in der Stahlindustrie und über die soziale Abfederung dieser Maßnahme unter politischer Konfliktvermeidung waren sich Kapitalisten und IG-Metall-Führung also schon weitgehend einig — abgesehen von dem Konfliktpunkt „Ersatzarbeitsplätze". So kam diese Einigung nicht überraschend zustande, sondern erfolgte aus einem weiteren Grunde: Der EG-Ministerrat konnte sich bei der EG-weiten „Neuordnung" des Stahlmarktes bislang nicht einigen. Insgesamt jedoch stehen im Rahmen der EG der Abbau von Stahlkapazitäten in Höhe von 30 Millionen Tonnen und 80.000 Arbeitsplätze zur Disposition. Die BRD ist bereit, dabei den größten Beitrag im Rahmen dieser Restrukturierungen zu leisten und wird ihre nunmehr getroffenen Maßnahmen als Vorleistung bei den weiteren EG-Beratungen einbringen. Sie setzt damit nicht nur ihre EG-Konkurrenten — vor allem Italien und Frankreich — unter Druck, indem sie sich als „Musterschüler" aufspielt, sondern kann auf dieser Grundlage auch ihre weitergehenden Vorstellungen (wie die Beibehaltung eines Quotensystems für die Stahlproduktion) nachdrücklich einbringen und durchsetzen. Ihre ohnehin starke ökonomische Position, sowohl als führender Stahlproduzent wie auch als Betreiber der modernsten Produktionsanlagen, wird durch die „sozial verträglichen" Massenentlassungen und Produktionsreduzierungen nicht beeinträchtigt, sondern eher gestärkt. Die Konkurrenten sind im Zugzwang.

Anmerkung: eine genauere Analyse der Krise der kapitalistischen Stahlindustrie, der EG-Stahlmarkt, die Lage der westdeutschen Stahlindustrie ist den Ausgaben des ARBEITERKAMPF Nr. 285 und 286 (August und September 1987) zu entnehmen.

D./Westberlin

Nach wie vor Boykott

Eine Zwischenbilanz der Kampagne gegen die Volkszählung

Vor etwas weniger als einem halben Jahr begann die bundesrepublikanische Medienöffentlichkeit, sich einem kurz bevorstehenden Staatsprojekt zu widmen: Der Volkszählung 1987.
Hätten die Umfrageergebnisse im Vorfeld des Zensus über seine Durchführung entschieden: Das gigantische Datenprojekt hätte nie stattgefunden.
Je nach Auftraggeber und Fragestellung ermittelten die verschiedenen Meinungsforschungsinstitute unter der BRD-Bevölkerung gut die Hälfte als Kritiker der Totaldurchleuchtung, davon ein beachtlicher Teil dazu entschlossen, sich nicht am Kreuzchenmachen zu beteiligen.
Am optimistischsten über die Geschwindigkeit, mit der die Erfassung der Bevölkerung durchgezogen werden könnte, waren offensichtlich die Volkszählungsgegner selbst: Auf ein ,,Übersommern'' war die VoBo-Bewegung kaum vorbereitet. Die Tatsache, daß von den Erhebungsstellen noch heute erfaßt und gedroht werden muß, um das ungeliebte Staatsprojekt noch einigermaßen über die Bühne zu bringen, stößt in Presse und öffentlicher Diskussion kaum noch auf Resonanz. Für die Mehrheit, auch der Volkszählungsgegner, war die Erfassung schon vor dem Sommer gelaufen.
Während die einen den Rückzug in den ,,domestizierten'' weichen Boykott als private Notlösung beschreiten und die anderen unentwegt den ,,Marsch durch die Instanzen'' antreten, droht die politische Bedeutung der Angelegenheit verloren zu gehen.
Grund genug für den AK, den Versuch einer politischen Zwischenbilanz in sachen VoBo zu wagen.

Die Durchführung der Volkszählung '87 war, nachdem der ,,starke Staat'' 1983 eine Schlappe erlitten hatte, ein Prestigeobjekt.
Der Aspekt der Statistik, der reinen Zählung, wurde, bedingt durch den sich auch diesmal formierenden Widerstand gegen das Projekt, um einen zusätzlichen erweitert, dessen Dimension vielen erst im Laufe der Auseinander-

Die Durchführung der Volkszählung '87 war, nachdem der ,,starke Staat'' 1983 eine Schlappe erlitten hatte, ein Prestigeobjekt.

Der Aspekt der Statistik, der reinen Zählung, wurde, bedingt durch den sich auch diesmal formierenden Widerstand gegen das Projekt, um einen zusätzlichen erweitert, dessen Dimension vielen erst im Laufe der Auseinandersetzung deutlich wurde: Der zivile Ungehorsam, die direkte Konfrontation mit dem Staat hat in Deutschland keine lange Tradition. Erst vor wenigen Jahren wurde die bundesdeutsche Öffentlichkeit durch die von Teilen der Friedensbewegung durchgeführten Blockaden mit der(un)artigen Aktionsformen konfrontiert.

Der Boykott war auch ein Schritt dahin, in der politischen Kultur der BRD eine Protestform zu etablieren, die in ihrer Form vor dem offenen Konflikt mit dem Staat nicht halt macht. Den Beteiligten wird ein für deutsche Traditionen hohes Maß an Zivilcourage abverlangt, aber Aktionen des zivilen Ungehorsams können eben auch sehr konkrete Wirkungen zeigen, die den Staat unter Umständen nicht nur politisch schwer treffen können. Unter diesen Vorzeichen ging und geht es Zimmermann und Konsorten diesmal neben den Daten vor allem um einen Dressurakt im Sinne einer autoritären Staatsräson. Die Gefahr einer Boykottkampagne wurde vom Staat deulich erkannt, während die VoBo-Bewegung sich wie die gesamte Linke schwer tat, mit der daraus folgenden Schärfe der Auseinandersetzungen umzugehen.

Die Machtdemonstration auskosten...

Trotz der vorbeugenden Aufstockung des Werbeetats von 16 auf mindestens 46 Millionen und trotz der Generalmobilmachung durch Verbände und staatliche Institutionen gelang es Zimmermann und den Dompteuren nicht, gute Stimmung für das ungeliebte Erfassungsprojekt zu erzeugen. Im Gegenteil: Je näher der Stichtag rückte, desto deutlicher wurde, daß trotz aller Mühen eine Jubelveranstaltung für den BRD-Staat, eine Loyalitätsbekundung nach dem Motto ,,Ja zur Zählung — Ja zum Staat'' kaum stattfinden würde. Stattdessen mußte es plötzlich darum gehen, nicht ganz das Gesicht zu verlieren, zumindest die in der Auseinandersetzung angelegte Machtdemonstration auszukosten und den störrischen Bürgern zu beweisen, wer der Herr im Hause ist.

Um die Boykotteure zu brandmarken, wurde zunächst der vielgefürchtete ,,Konsens der Demokraten'' bemüht, den GRÜNEN wurde — exemplarisch für die gesamte Bewegung — von den Flick-Parteien ,,zutiefst undemokratisches Verhalten'' vorgeworfen. Im Laufe der Auseinandersetzung teilte die Regierung dann deutlicher mit, was von Volkszählungsgegnern zu halten sei: Kohl machte ,,faschistische Gesinnung'' unter den Boykottwilligen aus, und für Zimmermann stand's eh fest: ,,Terroristen'' sind am Werk. Generalbundesanwalt Rebmann forderte — in der Sache zweifelsohne unzuständig, dafür aber mediengerecht — die



Foto: H. Wojahn

Verhängung von 10.000,- DM Bußgeld gegen die Grünen Boykottaufrufer (woraufhin sich sogleich 2 Bundestagsgrüne öffentlich vom Aufruf distanzierten).

Grundrechte — wozu denn?

Kommunale Verwaltungen verweigerten öffentliche und halböffentliche Räume für Veranstältungen mit dem Thema Volkszählung, ebenso Stellgenehmigungen für Büchertische. Die Verbote wurden von verschiedenen Gerichten in der gesamten BRD bestätigt. Eine Welle von mehreren hundert Hausdurchsuchungen rollte wenige Tage vor dem ,,Stichtag'' über die BRD, angefangen bei GRÜNEN-Büros bis hin zur Privatwohnung von Großeltern einer polizeibekannten Volkszählungsgegnerin. Flugblätter, Broschüren, sogar sonst frei verkäufliche Bücher wurden, teilweise in tausender-Stückzahlen, beschlagnahmt. Als Begründung mußte in einem — besonders deutlichen —Fall herhalten, daß durch den Zusammenhang, in dem die Bücher zur Lektüre angeboten würden, beim Leser der Eindruck erweckt werden könne, es sei notwendig, die Volkszählung zu boykottieren. Demonstrationen wurden in mehreren Städten mit ähnlich haarsträubenden Begründungen verboten, Post (u.a. die der taz in Berlin) wurde einbehalten und staatsoffiziell geöffnet, Telefone wurden abgehört und Berufsverbote gegen Volkszählungsgegner wurden ausgesprochen.

Meinungsführerschaft gesichert

Auch die Tagespresse nahm bis hin zur FR im wesentlichen ihre Rolle als verantwortungsbewußter Teil des Systems wahr und wußte viel Positives über die Erfassung und viel Negatives über die Gegner derselben zu berichten, (noch?) mit Ausnahme der taz (selbstverständlich?). Die ,,Meinungsführerschaft'' (ein Peter Glotz-Begriff) des Staates in der Auseinandersetzung um die Volkszählung 87 wurde durch öffentlichrechtlich ,,ausgewogene'' Berichterstattung in den Medien einerseits und durch Zensur und Diskussionsverbot andererseits gesichert.

Der demokratische Rechtsstaat BRD demonstrierte der Bevölkerung, aber vor allem auch der Linken zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst, was er (auch ohne die Anwendung der einschlägigen Sondergesetzgebung für Notstands- oder ,,Terrorismus''-Fälle) gegen die radikale Opposition auf der Palette hat. Das bedeutet allerdings keineswegs, daß sich der Staat in der Auseinandersetzung mit der VoBo-Bewegung nicht auch erdreistet hätte, eben genau jenes Sonderinstrumentarium, was zur angeblichen Bekämpfung eines ,,Terrorismus'' geschaffen wurde, auch gegen die Ordnungswidrigkeitsbewegung einzusetzen. Wenn dies auch faktisch kaum geschah, so wurde doch das politische Einverständnis signalisiert: So erwarb sich der Bundes-Terrorismus-Chef Rebmann mit dem Hinweis auf eine bundesweit operierende ,,terroristische Vereinigung'' (die er aus den vereinzelten Anschlägen gegen Erhebungsstellen und Zähler konstruierte) das ,,Recht'', an beliebigen öffentlichen Orten Kontrollstellen einzurichten und dort jede ankommende Person zu kontrollieren.

Es kam schließlich nicht zur Errichtung solcher Kontrollstellen im Rahmen der ,,Fahndung'' nach ,,VoBo-Terroristen''. Das liegt einerseits sicherlich daran, daß dies nicht für opportun gehalten wurde. Andererseits wird deutlich, daß die politische Bereitschaft zum Überwachungsstaat genauso wie die technische (maschinenlesbare Identitätspapiere) stetig zunimmt. Vielleicht hat uns auch nur die (vorläufig) geringe Verbreitung des maschinenlesbaren Personalausweises vor diesen Kontrollstellen gerettet...

Unter 50% — ein Mißerfolg?

Unter dem so geschürten Klima der Einschüchterung, so lautete das Kalkül der Totalerfasser, werde die Bevölkerung — vor allem wegen der Angst vor drohenden, angeblich horrenden Geldbußen — beim Erbsenzählen keine Schwierigkeiten mehr machen. Diese Rechnung ging nur zum Teil auf. Unter den bekannten Vorzeichen haben sich knapp eine Million Bundesbürger bereitgefunden, ihre Volkszählungsbögen zu anonymisieren und bei den Sammelstellen der VoBo-Bewegung abzugeben. Dazu kommt eine ,,Dunkelziffer'', die ihre Bögen weder hüben noch drüben abgegeben hat. Im Moment ist absehbar, daß sich die Boykottquote bundesweit bei etwa 2-3% einpendeln wird, in den Städten teilweise erheblich darüber, auf dem Land entsprechend darunter. Dieses Ergebnis liegt, wie kaum anders zu erwarten, unter den 50%, die die Meinungsforscher als Volkszählungsgegner ermittelt hatten, aber es liegt auch unter den optimistischen Erwartungen der meisten Boykotteure, die von 5-15% ausgegangen waren. Es muß also festgestellt werden, daß sich 95% der Volkszählungsgegner nicht an der zentralen Aktion der VoBo-Bewegung beteiligt haben. So nebenbei ist hier noch mal die Festtsellung anzubringen, daß eine Rechnung: 8% Grünwähler = 8% Boykotteure bei weitem nicht aufgegangen ist. Trotzdem, ein Trostpflaster: Auch die Niederländer, die ja nun wirklich im Umgang mit ,,ihrem'' Staat nicht zimperlich sind, waren bei ihrem Widerstand gegen die dortige Volkszählung beim harten Boykott kaum erfolgreicher — gezählt wird dort heute nicht mehr.

Im Umschlag ging die Post ab

Wie auch schon in den Niederlanden, flüchteten sich auch hierzulande die Erfassungsobjekte dorthin, wo die staatliche Dompteurpeitsche versagen mußte: In die verschlossenen Umschläge der Erhebung. Die mehr oder weniger verteilten Unterlagen wurden weniger korrekt als mehr phantasievoll bearbeitet. Zahlreiche Erhebungsstellenleiter und Sprecher von statistischen Landesämtern machtem ihrem Verdruß denn auch schon in aller Öffentlichkeit Luft: 60-80% der so erzielten Ergebnisse seien unbrauchbar. Bei den Statistikern führen solche Ergebnisse automatisch zur Resignation, während Zimmermann — eher erfolglos — mit der Notlüge hausieren geht, die Bögen könnten ja ,,nachgearbeitet'' werden.

Die Welle rollt

,,Daten für die Zukunft'' (Werbemotto) werden aus diesen Beständen kaum zu gewinnen ein, das steht schon heute fest. Trotzdem haben die Boykotteure es derzeit mit einer Massenkriminalisierung zu tun, die ihresgleichen sucht. Eine Welle von Heranziehungsbescheiden und Bußgeldern ist schon seit längerem angelaufen. Die Boykotteure sehen sich währenddessen mit einer Totenstille um das Thema konfrontiert, die höchstens von der einen oder ande-

to) werden aus diesen Beständen kaum zu gewinnen ein, das steht schon heute fest. Trotzdem haben die Boykotteure es derzeit mit einer Massenkriminalisierung zu tun, die ihresgleichen sucht. Eine Welle von Heranziehungsbescheiden und Bußgeldern ist schon seit längerem angelaufen. Die Boykotteure sehen sich währenddessen mit einer Totenstille um das Thema konfrontiert, die höchstens von der einen oder ande-

ren Meldung über eine negative Entscheidung der Gerichte unterbrochen wird. Gerade auf dem Lande wurden aus den wenigen Prozenten der Anfangsboykotteure so schnell wenige Promille. Die Leute dort sahen sich ohne die vor wenigen Monaten gekannte Massenstimmung mit sich selbst und ihrer Zivilcourage alleingelassen. Was als Ahnung die ganze Zeit schon drohend über dem Boykott schwebte, aber in dieser Form vielleicht zu Beginn der Kampagne nicht deutlich genug betont, ist heute scheinbar unumstößliche Rechtswirklichkeit. Vom kleinsten Verwaltungsgericht bis hin zum Bundesverfassungsgericht wird den Volkszählungsgegnern von der Justiz (als einem Instrument der — staatlichen — Gewaltenteilung) signalisiert: Einen rechtsstaatskonformen zivilen Ungehorsam, den gerichtlich erlaubten Boykott, ist der Staat zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gewillt zu erschaffen. Das bedeutet nicht, daß die tatsächlich vorhandenen massiven juristischen Bedenken nie zum Zuge kommen könnten. Die Rechtsinterpretationen werden sich aber an den jeweilig aktuellen Staatsinteressen orientieren. Es ist daher nicht auszuschließen, daß sich nach einer Entschärfung der politischen Situation eine Lage ergibt, in der es für nützlicher gehalten wird, ,,gerecht'' zu richten und bestimmte, von Volkszählungsgegnern vorgetragene, inhaltlich-juristische Einwände gelten zu lassen. Zumal wenn dies nicht mit der Rehabilitierung des Boykotts verbunden wäre. Daraus folgt für uns Boykotteure, daß im Moment nicht Rechts/Staatsgläubigkeit gefragt ist, sondern rotzfrecher, staatsfeindlicher und phantasievoller Ungehorsam auf allen Ebenen, der durch eine realistische Kosten/Nutzen-Kalkulation statt durch Bequemlichkeit oder Resignation über eine angebliche Niederlage beschränkt werden sollte. Schließlich gelang es dem Staat weder, eine ideologische Hegemonie für sein Erfassungsprojekt zu erlangen, noch gelang es ihm, den Boykott ideologisch zu ,,ächten'', was aus Staatssicht das wohl wünschenswerteste Resultat der ganzen Terrorismuskampagne gewesen wäre. Von einem lückenlosen, aktuellen Sozialdatenbestand sind die Totalerfasser ohnehin weiter entfernt denn je.

Ideologischer Verlierer: Der Staat

Statt tatsächlich Überzeugungsarbeit zu leisten, also auf der ideologischen Ebene als Gewinner aus dem Streit hervorzugehen, war das einzige, was bei diesen ungleichen Startchancen für den Staat drin war, Bevölkerung und Bewegung einzuschüchtern. Diese Einschüchterung war freilich so nachhaltig gelungen, daß einige VoBo-Initiativen aus Angst nicht mehr offen zum Boykott aufriefen. Zeitweilig sah es sogar so aus, als wollten sich wesentliche Teile der Bewegung vom offenen zivilen Ungehorsam verabschieden, der ,,weiche'' Boykott als Alternative war bis zur endgültigen Vereinheitlichung aus der oft nervenden Diskussion lange nicht wegzudenken. Die Erzeugung des Angstklimas ist dem Staat im wesentlichen gelungen, und das ist sicher eine praktisch-politische Teil-Niederlage der Boykott-Bewegung, die sich auch auf die Beteiligung am Boykott ausgewirkt hat. Dem Staat ist es aber nicht gelungen, den zivilen Ungehorsam an sich zu isolieren; auf ideologischer Ebene ist es uns gelungen, den Ungehorsam als Mittel der Politik im Bewußtsein der Menschen zu verankern. Es wäre natürlich falsch, hier jetzt den Eindruck zu vermitteln, ,,Alles Paletti, die Sache ist gelaufen, wir können aufhören und haben auch noch gewonnen...'' Auch hier ist noch nicht alles entschieden, es geht jetzt darum, die vielleicht angeknackste Moral wieder aufzubauen. Es muß dringend auch weiterhin öffentlich aufgezeigt werden, wie sehr sich die Totalerfasser blamiert haben.

Bundeskongreß in Köln

Am 24./25.10. findet in Köln der 4. Bundeskongreß der VoBo-Initiativen statt. Geplant ist vor allem die Beschäftigung und Diskussion weitergehender Überwachungsstaatsthemen. Der Kongreß muß sich aber dringend auch der Aufgabe stellen, Konzepte gegen ein Abbröckeln an der Boykottfront zu entwickeln. Dazu muß auch

Bundeskongreß in Köln

Am 24./25.10. findet in Köln der 4. Bundeskongreß der VoBo-Initiativen statt. Geplant ist vor allem die Beschäftigung und Diskussion weitergehender Überwachungsstaatsthemen. Der Kongreß muß sich aber dringend auch der Aufgabe stellen, Konzepte gegen ein Abbröckeln an der Boykottfront zu entwickeln. Dazu muß auch

die Auseinandersetzung mit der juristischen Lage in den jeweiligen Bundesländern gehören. Die Bewegung wird in den Städten in der Lage sein müssen, den Boykotteuren noch differenzierter als bisher Verhaltensweisen geben zu können, die — und das ist wichtig — über den reinen Klageweg hinausweisen. Ein — allerdings auf schleswig-holsteinische Rechtsverhältnisse zugeschnittener — Leitfaden kann zum Beispiel das im Treibgut-Verlag erschienene Buch von Kieler Rechtsanwält/inn/en sein, daß den programmatischen Titel ,,Weder Heller noch Pfennig'' hat. Aber die Bewegung darf sich — auch vor Ort — nicht auf einen Dienstleistungsbetrieb beschränken. Der VoBo-Bewegung muß es auch gelingen, auf dem Kongreß Einigkeit darüber zu erzielen, daß — um eine politische Zukunft der Bewegung zu gewährleisten — ein scheinbares ,,Minderheitenthema für 3% der Bevölkerung'' von heute, nämlich der Umgang des Staates mit der Boykottbewegung, wieder zu einem Thema gemacht werden muß, das wieder jene breite Öffentlichkeit beschäftigt, die zur Kritik an der Totalerfassung mobilisiert werden konnte. Kampagnen zur Schließung von Erhebungsstellen können da ein brauchbares politisches Mittel sein.

Aber auch die Diskussion über die inhaltlichen Perspektiven einer Bewegung ,,Gegen den Überwachungsstaat'' muß geführt werden. Die nähere Beschäftigung mit den maschinenlesbaren Identitätspapieren und mit den Terrorparagraphen 129a und 130 ist da sicher ergiebig.

Nähere Informationen über den Kongreß sind im Bonner Koordinationsbüro gegen den Überwachungsstaat (Reuterstraße 44, 5300 Bonn, 0228-22 28 26) zu haben.

f./kiel

Hautnah

Zu den Standardwerken der Frauenliteratur gehört Märta Tikkanens Buch „Wie vergewaltige ich einen Mann?“ — eine provokante Auseinandersetzung mit dem Thema Vergewaltigung und Gegenwehr. Ebenfalls von Gegenwehr handelt Karen Arthurs Film „Hautnah“, der im Oktober in der BRD anläuft. Zur Verwaltigung, zur physischen Aktion, kommt es in „Hautnah“ nicht. Es ist die Vorstellung von Gewalt, die in der jungen Katya Panik auslöst.

Katya ist Schaufenstergestalterin und hat gerade ihren ersten Job im eher konservativen Kaufhaus „Hornes“ in Pittsburgh. Ihre Dekorationen sind unkonventionell und provokant und erregen großes Aufsehen. Jack, der gegenüber ihrem Schaufenster arbeitet, fühlt sich von ihnen sexuell angemacht. Er verfolgt Katya bis nach Haus und beobachtet sie von der Feuertreppe aus in ihrer atelierartigen Wohnung. Doch dabei bleibt es nicht: Er belästigt sie mit Telefonanrufen, fängt ihre Post ab und steigt schließlich in ihre Wohnung ein.

Die sonst sehr selbstbewußte und energische Katya gerät in Panik. Sie kapselt sich vollständig von der Außenwelt ab, läßt Gitter vor den Fenstern anbringen, einen Anrufbeantworter ans Telefon schalten und macht aus ihrem Wohnbereich mit einer riesigen Menge von Gazestreifen einen Kokon. Als sie eines Morgens angesichts ihres eigenen bleichen und völlig aufgelösten Spiegelbildes erschrickt, faßt sie den Entschluß, sich zu wehren. Sie willigt ein, sich mit Jack zu treffen und bereitet ihren Gegenschlag vor. Sie dreht den Spieß um, will Jack mit seinen eigenen Waffen schlagen ...

Karen Arthur nennt ihren Film hoffnungsvoll, denn hoffnungsvoll, so meint sie, endet der Prozeß der psychischen Vergewaltigung in ihrem Film. Katya besinnt und verläßt sich auf ihre eigene Kraft. Sie erkennt, daß sie sich aus der Situation des Opfers selbst befreien muß.

„Hautnah“ ist keine tiefgreifende Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, aber ein spannender, intelligent gemachter Unterhaltungsfilm, bei dem der Inhalt stimmt.

ol

„Hautnah“ (Lady Beware)
100 Minuten, USA 1987
Regie: Karen Arthur; mit Diane Lane, Michael Woods, Cotter Smith u.v.a.
ab 22.10.87 in der BRD im Kino



Diane Cane als Katja

BABYLON
Beiträge zur jüdischen Gegenwart

Der Ende der siebziger Jahre unternommene Versuch, mit der *Freien Jüdischen Stimme* (hg. von H.M. Broder und P. Finkelgruen) neben den beiden einzigen überregionalen jüdischen Zeitungen in der BRD (die *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* und die Quartalsschrift *Tribüne — Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*) ein kritischeres, ein weniger angepaßtes jüdisches Blatt in der BRD zu etablieren, ist nach einigen Ausgaben wieder eingestellt worden. Mit der im Oktober 1986 erstmals erschienenen Halbjahresschrift *Babylon — Beiträge zur jüdischen Gegenwart* ist ein zweiter und weitaus ambitiöserer Anlauf gestartet worden. (S.a. AK 276)

Mit *Babylon*, heißt es im Editorial des ersten Heftes, solle der Versuch unternommen werden, „wieder einen intellektuellen Diskurs zu jüdischen Problemen zu etablieren.“ Und zwar nicht von der Position einer „je nach Perspektive religiösen/sozialen/ethnischen Minderheit“, sondern „als universalistisch orientierte Intellektuelle, die Herkunftsparität reflektierend überschreiten wollen, ohne sie zu leugnen.“ Die Zeitschrift werde sich mit jüdischen Themen im engeren Sinne beschäftigen sowie mit dem, was von Juden und Judentum ausgeht beziehungsweise ihm zugeschrieben wird — lehre doch die Erfahrung, daß Haltungen gegenüber Juden weit über das konkrete Verhältnis von Juden und Nichtjuden hinauswiesen, „daß diese Haltungen ein Indikator für die jeweiligen politischen und kulturellen Befindlichkeiten einer Gesellschaft“ seien.

Bezugspunkt des im Juli 1987 erschienenen zweiten Heftes von *Babylon* ist die sog. Historikerdebatte.

Ausgehend von der Welle geschichtlicher Untersuchungen und literarischer Arbeiten in Israel über die Shoah sowie dem wachsenden Interesse der Öffentlichkeit an Filmen und Theaterstücken, die die Shoah behandeln befaßt sich Saul Friedländer mit der Shoah als „Element in der Konstruktion israelischer Erinnerung Dan Diner diskutiert in seinem Beitrag „Über Grenzen der Historisierbarkeit der Massenvernichtung“ die unterschiedlichen Betrachtungsweisen der „Endlösung“, die er als „Vernichtung der Vernichtung wegen“ einschätzt. Übernommen aus der polnischen Exilzeitschrift *Aneks* wurde der Beitrag von Aleksander Smolar über das Verhältnis von „Polen und Juden“ seit dem Ende des letzten Jahrhunderts.

Sechs weitere Artikel dienen der Auseinandersetzung mit Sartres „Réflexions sur la question juive“ (dt. „Betrachtungen zur Judenfrage“, in: Sartre, Drei Essays, Ullstein-Buch Nr. 35001). Sartres Text eröffnete nach dem Zweiten Weltkrieg, wie Claude Lanzmann im Gespräch berichtet, in Frankreich die Debatte über den Antisemitismus. Grobe Fehler in seiner Geschichtsschreibung des Judentums lastet Micha Brumlik Sartre an, er habe das Objekt seiner Solidarität verkannt und ihm somit Gewalt angetan. Martin Löw-Beer befaßt sich mit Sartres Erzählung „Die Kindheit eines Chefs“ (1939), in der die Abhängigkeit der psychischen Funktion des Antisemitismus von gesellschaftlichen Verhältnissen aufgezeigt wird. Den Komplex beschließt Eva Groepler mit einer Darstellung der Entwicklung von Sartres Position zur Judenfrage.

Mit Susanne Heenen-Wolffs Kritik von H.M. Broders „Der Ewige Antisemit“ (s.a. AK 272 u. 277) im Rezensionsteil der zweiten Ausgabe von *Babylon* liegt, nachdem Broders Polemik bisher fast ausnahmslos opportunistisch abgefeiert wurde, eine der ersten tatsächlichen Auseinandersetzungen mit dieser Schrift vor. Broder beschwöre, schreibt Heenen-Wolff, „ein Vernichtungsszenario herauf. Abgesehen davon, daß dies nicht nur historisch höchst zweifelhaft ist, geraten die einzelnen tatsächlichen antisemitischen Umtriebe dann nur noch zum harmlosen Beiwerk. (...) Weil eigentlich auch heute das Ziel die Vernichtung der Juden sei, werden bei Broder alle Menschen, vor allem Linke, zu Antisemiten.“

Der „bequeme Kompromiß“, war im Editorial des ersten Heftes beklagt worden, „daß sich auf deutschem Boden Juden allenfalls zu enggefaßten historischen Bereichen äußern und damit selbst noch einmal den Ausschluß aus der gegenwärtigen Gesellschaft nachvollziehen, scheint fest etabliert.“ Wird *Babylon* in der Lage sein, diesen Zustand aufzuheben? Die Zeichen stehen schlecht: Während etliche Blätter der Gojim bereits Rezensionen von *Babylon* gebracht haben, hat die *Zeitschrift zum Verständnis des Judentums*, die *Tribüne*, das Erscheinen eines neuen jüdischen Periodikums noch nicht einmal zur Kenntnis ihrer Leserschaft gebracht. In der *Allgemeinen* wurde immerhin rund ein Jahr nach Erscheinen des ersten Heftes von *Babylon* über die Vorstellung der zweiten Nummer in München berichtet. Die Autorin des Berichts Ellen Presser, als Vorsitzende der Jüdischen Kultusgemeinde München unbedingt Insiderin, vermutet allerdings, daß *Babylon* in den jüdischen Gemeinden wohl „keinen Gesprächspartner“ finden werde. (AJW, 21.8.87)

K., Hamburg

Babylon — Beiträge zur jüdischen Gegenwart. Hg.: Dan Diner, Susann Heenen-Wolff, Gertrud Koch, Cilly Kugelmann, Martin Löw-Beer. — Babylon erscheint halbjährlich, erschienen sind die Hefte 1/86 und 2/87 im Umfang von jeweils rd. 140 Seiten. Einzelheft 20 DM. Abonnements über Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, 6000 Frankfurt.

Zu Besuch bei der CIA
Über das neue Buch von Bob Woodward

Bob Woodward, Redakteur bei der „Washington Post“ und schon in jungen Jahren durch die Aufdeckung des Watergate-Skandals zu Ruhm und Reichtum gekommener Schwarm aller Schülerzeitungsmitarbeiter zwischen Hamburg und Haiti, hat ein neues Buch geschrieben.

Das Werk handelt von der CIA und ihren Schandtaten unter Reagan, ist verdammt teuer, ziemlich dick und leider nur von überaus mäßigem Interesse. Soviel vielleicht für diejenigen, die vorwiegend die Waschzettel von Büchereinbänden vor einer Kaufentscheidung lesen — Urteil: vom Kauf abzuraten.

Für Belletristen, Feuilletonfreaks und Geheimdienstfreunde unter uns sei noch eine ausführliche Betrachtung des Buches angefügt.

Geheimcode Veil — Reagan und die geheimen Kriege der CIA, so der Titel, erschien Anfang Oktober praktisch gleichzeitig in den USA und der BRD zu Hunderttausenden auf den Buchmärkten und sollte bei flankierenden Fernseh- und Zeitungsberichten nicht nur auf der Frankfurter Buchmesse ein Renner werden. Doch da war Barschel vor, und die Spekulationen um Tod und Intrigen wurden hierzulande frei Haus geliefert.

Wer allerdings den geradezu unverschämten Preis von 38.- DM für den Woodward-Band aufbringt, erhält dafür ein verlegerisch-handwerklich ebenso unverschämtes Produkt. Das Buch ist derart zusammengehauen, daß einzelne Seiten nach dem ersten Umblättern rausfallen; das Inhaltsverzeichnis ist falsch und unvollständig, es fehlen einzelne Anmerkungen, Namen werden falsch angegeben, Jahresdaten verwechselt, Worte ausgelassen und Kontinentsbezeichnungen vertauscht; die Lektoren waren vermutlich blau und die Drucker darum gehässig.

Woodward hat in den letzten vier Jahren an dem Buch gearbeitet und dabei, nach eigenen Angaben, mit über 250 Leuten, CIAlern oder Verbindungsmännern, gesprochen. Seine Recherchen wurden unterstützt von Informanten aus den verschiedenen US-Geheimdiensten, die Woodward auch mit schriftlichem Material versorgten. Zu den Spielregeln gehörte, Namen und Funktionen von Gesprächspartnern und Informanten nicht zu offenbaren. Andere Quellen werden in dem Buch ebenfalls nicht angegeben, so daß in dem „Enthüllungsbuch über die CIA“ leider kein einziger nachprüfbarer Beleg die Untaten der CIA beweist. Mensch ist als Leser weitgehend darauf angewiesen, dem Autor zu glauben oder es zu lassen. Eine Überprüfung seiner Angaben kann jedenfalls auf Grundlage des Buches nicht stattfinden.

Vieles von dem Woodward erzählt, ist jedoch in den vergangenen Jahren über die CIA behauptet worden oder ließ sich sicher erahnen, und die Angaben des Autors erscheinen von daher mindestens plausibel. Über ihre Wichtigkeit sagt das aber noch nichts.

So bedurfte es keines besonderen Scharfsinns, um festzustellen, daß das CIA-Hauptquartier die Wahl Reagans freudig begrüßen würde. Die Absätze über die interne Schmach der CIA, den Umsturz im Iran verschlafen zu haben, gehören ebenfalls in diese Kategorie. Und daß die CIA nach dem mißglückten Attentat auf Reagan im Frühjahr 1981 und dem nachfolgenden Durcheinander in der Administration ein Analysepapier zwecks Vermeidung solcher Fehler herstellen würde, war klar. Der Grundsatz, aus Fehlern lernen zu wollen, hatte sich schon vorher herumgesprochen.

Eine zweite Abteilung Woodward'scher Enthüllungen läßt sich unter die Rubrik bringen: was immer schon behauptet, aber selten bewiesen wurde.

Hierzu gehört die Masse der mitgeteilten Geheimdienstbegebenheiten — wie gesagt plausibel, aber ohne Belege: Ob es sich nun um CIA-Unterstützung für die polnische Solidarcosz handelt oder Hilfe für die Contras — das Thema wird lang und schlapp behandelt, ohne neue Erkenntnisse zu bringen —, die Durchsetzung verschiedener abhängiger oder den USA nahestehender Regierungen mit CIA-Informanten und Helfern wie der Regierungen von Ägypten, dem Libanon, Marokkos, El Salvadors oder Domenicas, sowie die Zusammenarbeit mit befreundeten Geheimdiensten aus Großbritannien, Israel oder Argentinien.

Auch die Tätigkeiten von Subversions- und Sabotagetrupps der CIA waren schon vor dem Buch bekannt; so in Surinam, Südjemen, Äthiopien, Kambodscha und Nicaragua. Die aktuellen Ereignisse der Iran-Contra-Affäre und bekanntgewordene Spenden Saudi-Arabiens und Israels an die Contra machen Woodwards Angaben, ohne sein Zutun, zu nachgereichten, alten Meldungen.

Die dritte und kleinste Abteilung sind die wirklich neuen Informationen im Sinne von Enthüllungsarbeit über CIA-Taten: Ein Bombenattentat in Beirut gegen die Hizbollah mit 80 toten Passanten war von CIA-Chef Casey initiiert worden. Außerdem waren im Libanon von der CIA einige Killertrupps angeheuert und ausgerüstet worden, die sich jedoch bald selbstständig machten. Der Hizbollah war so große Aufmerksamkeit geschenkt worden, weil ihr der Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut mit einer Reihe von Toten angelastet wurde. In dem Botschaftsgebäude hatten sich zum Zeitpunkt des Anschlags gerade die für den Nahen und Mittleren Osten zuständigen CIA-Abteilungsleiter und Agenten getroffen. Die Reagan-Regierung wollte diesen herben Verlust nicht ungerächt lassen und bediente sich dann gleichfalls der Attentatsmethode.

Der weitaus größte Teil des Buches handelt allerdings nicht von der CIA, sondern von ihrem Chef Casey und der Arbeit von Regierungs- und Parlamentsausschüssen in Washington.

Geduldig, präzise und langweilig wird Seite um Seite eine interne Intrige nach der anderen ausgebreitet, werden die Eifersüchteleien einer hochgezüchteten Bürokratie gegenüber einem ebenso hochgezüchteten Senatorenapparat nachgezeichnet und die häufigen Treffs von Mitarbeitern aller Instanzen zum Mittagessen aufgezählt.

Für den Anspruch, Enthüllungen und Aufklärung zu betreiben, sind diese Aufzeichnungen Woodwards nahezu wertlos. Seine Darstellungen, im Grunde genommen ein Klagelied auf die Schlampigkeit der CIA, sind ein typisches Beispiel für die Sorgen eines liberalen Yankees, daß ‚sein‘ Geheimdienst nicht mehr so schlagkräftig ist, wie er mit modernen und abgeklärten Methoden weltweit sein könnte.

Es ist für Woodward selbstverständlich, vor Erstellung von Reportagen oder Berichten zu anderen Themen seiner journalistischen Arbeit, die CIA-Zentrale aufzusuchen, um sich dort mit „Hintergrundmaterial“ vorsorgen zu lassen. Ebenso wie sein Chef Bradlee ist Woodward bereit, Artikel mit kompromittierenden Details in der „Washington Post“ solange nicht zu veröffentlichen, wie der CIA-Chef oder ein anderes Regierungsmitglied dies mit Hinweis auf gefährdete nationale Interessen fordert.

Sich miteinander zu arrangieren, bildet die Grundlage der Kontakte zwischen Regierungsdienststellen und Presse. Auf dieser Grundlage ist das Buch über die CIA entstanden.

KB-Gruppe Göttingen

„Geheimcode Veil — Reagan und die geheimen Kriege der CIA“ ist im Droemer Knaur Verlag erschienen. Es kostet 38.- DM und hat 668 Seiten.



Die vermehrte Beachtung der objektiven Tendenzen in der vorhandenen Gesellschaft kann,wenn sie mechanisch vermehrt wird, wenn sie zu Ökonomismus übergeht, den Willen zur Praxis erst recht schwächen. Sie kann ihn weit gründlicher schwächen als die abstrakte Utopie, sie kann bewirken, daß der Sozialist (oder sage man genauer: der Sozialdemokrat) als völlig utopieloser Typ ein Sklave der objektiven Tendenzen wird. Objektivistische Idolatrie (1) des objektiv Möglichen wartet dann zwinkernd ab, bis die ökonomischen Bedingungen zum Sozialismus sozusagen völlig reif geworden sind. Sie sind aber niemals völlig reif oder so perfekt, daß sie keinen Willen zum Handeln brauchten und keinen antizipierenden (2) Traum im subjektiven Faktor dieses Willens. LENIN, wie bekannt, hat nicht abgewartet, bis die Bedingungen in Rußland überall die Erlaubnis zum Sozialismus gaben, in bequemferner Zeit der Kindeskinder: LENIN überholte die Bedingungen, vielmehr: er half ihrer Reife durch überholende Zielsetzungen konkret-antizipierender Art nach, welche ebenfalls zur Reife gehören. Und wenn die Erkenntnis, daß der Kapitalismus mit der Herrschaft der Monopole sein letztes Stadium, das des Sterbens und der Fäulnis, erreicht hatte, daß die Kette an ihrem schwächsten Gliede reißen mußte, wenn diese Erkenntnis auch der objektiven Bedingungen des revolutionären Sieges sicher war, wie hätte die Stunde des Großen Oktober genutzt, wie die Macht behauptet werden können ohne das überholende Zielbild Sozialismus, ohne den subjektiven Faktor in der höchstorganisierten, disziplinierten, bewußten Form der Partei? Marxismus ist Anweisung zum Handeln; wird er aber ebenso subjektlos wie zielfremd, dann entsteht fatalistischer Antimarxismus, degeneriert zur Rechtfertigung dafür, daß man nicht gehandelt hat, weil der Prozeß schon von selber seinen Weg gehe.

1 Vergötzung
2 vorwegnehmend

(Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung)

Roter Oktober 1917

Die Revolution von 1905

Die Oktoberrevolution vom 25. Oktober 1917 (7. November nach dem neuen Kalender) ist kaum zu verstehen ohne die Erfahrungen der gescheiterten Revolution von 1905, die ebenfalls infolge einer Niederlage im Krieg — dem russisch-japanischen von 1904/05 — ausbrach. Sowohl die revolutionäre Tradition des 19. Jahrhunderts vom individuellen Terror gegen den Zarismus als auch die Gründung marxistischer Zirkel von Intellektuellen, die in der entstehenden Arbeiterbewegung seit Ende des Jahrhunderts die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus und die Notwendigkeit des Sturzes der Zarenherrschaft propagieren, gehören in die im Jahre 1917 sichtbar gewordene revolutionäre Bewegung, die die Zarenherrschaft gestürzt und die Sowjetrepublik errichtet hat. Erstmals 1905 werden die Organe gebildet (,,Rat der Arbeiterdeputierten''), in deren Tradition 1917 die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten stehen, die zu einem entscheidenden Faktor der Revolution werden. Begonnen haben die Unruhen 1905 mit einem Bittgang zehntausender
Arbeiter zum Sitz des Zaren im damaligen Petersburg. In
der Arbeiter- und Soldatendeputierten stehen, die zu einem entscheidenden Faktor der Revolution werden. Begonnen haben die Unruhen 1905 mit einem Bittgang zehntausender
Arbeiter zum Sitz des Zaren im damaligen Petersburg. In diese Demonstration vom Charakter einer friedlichen Prozession unter Führung des Popen Gapon wird brutal hineingeschossen. Bei dem Massaker vom 9. Januar 1905 werden schätzungsweise 200 Arbeiter getötet und etwa 1000 verletzt. Die Kämpfe gegen die Zarenherrschaft halten das ganze Jahr über an und eskalieren zu Generalstreiks und teilweise Barrikadenkämpfen in Moskau und Petersburg im Herbst. Der Zar verspricht unter dem Druck der Aktionen (in einem ,,Oktober-Manifest'') bürgerliche Freiheiten, eine Verfassung und ein Parlament (die Reichsduma). Die revolutionäre Begeisterung führt zur Organisierung des russischen Proletariats in Arbeiterräten. Diese Sowjets hören auch nach dem Oktober nicht auf, Streiks für mehr Lohn und Rechte in den Betrieben zu organisieren. Im Dezember endet der Generalstreik von Arbeitern in Moskau in blutiger Unterdrückung durch die Truppen des Zaren. Die Erhebung ist gescheitert.

Was folgt, sind Jahre finsterster Reaktion und Verfolgung der organisierten Arbeiterbewegung. Die versprochenen Reformen werden teilweise zurückgenommen; die 1906 gebildete Duma muß ihre Gesetze vom Zaren genehmigen lassen und sieht im Fall des ,,Notstands'' weiterhin die zaristische Alleinherrschaft vor. Seit 1910 setzt ein Wirtschaftsaufschwung ein, der auch zu einem stürmischen Neuaufschwung der Arbeiterbewegung führt, abrupt vom Kriegsbeginn und dem ihn begleitenden Chauvinismus unterbrochen.

Rußland im Weltkrieg

Rußland zu Kriegsbeginn, das ist ein agrarisches Land mit geschätzten 67% Landbevölkerung (1913) und einer noch geringen, aber stark anwachsenden proletarischen Bevölkerung von 14% (1). Während 30.000 Grundbesitzer etwa die Hälfte des Landes unter sich aufteilen, müssen 10,5 Millionen Bauern die andere Hälfte bewirtschaften. Ein Drittel ist völlig grundbesitzlos. Das technische Niveau der Landwirtschaft ist extrem niedrig, ein Drittel der Bauernwirtschaften besitzen gar keine Geräte, 30% haben kein Stück Vieh. Dorfarmut, feudalistische Pachten und Abgaben an die Grundbesitzer bestimmen Bild und Stimmung auf dem Lande (2). Im Krieg verschärft sich die Situation auf dem Lande noch, da die Hälfte der Arbeitskräfte einberufen und das Vieh für die Armee requiriert wird, sowie die Produktion landwirtschaftlicher Geräte zurückgeht. Produktionsrückgänge und steigende Pachtlasten sind Vorboten kommender Bauernaufstände. Sie zeugen außerdem von Notwendigkeit und Popularität der Neuverteilung des Bodens bei der Masse der Bauern. Industriell ist Rußland ein rückständiges Land, das aber in den Vorkriegsjahren einen rapiden Aufschwung nimmt. Trotzdem reichen die Kapazitäten beispielsweise nicht für die Kriegswaffenproduktion. Hinkt Rußland zwar hinter den entwickelten Ländern her, so hat es dennoch eine hoch konzentrierte Industrie, höher beispielsweise als die amerikanische zu dieser Zeit. Über die Hälfte des Proletariats arbeitet in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Ein Umstand der den hohen Grad an Organisation und Schlagkraft der Arbeiter mitbegründet und ihre dominierende Rolle in der Revolution erklärt.

Finanziell wird das Land im Krieg völlig ruiniert. Die geschätzten 47 Milliarden Rubel Kriegsausgaben sind nur zu einem Zehntel durch Einnahmen gedeckt, 42 Milliarden werden durch in- und ausländische Anleihen finanziert. Im Sommer 1917 ist zehnmal soviel Geld im Umlauf wie zu Kriegsbeginn, die Lebenshaltungskosten sind im selben Zeitraum um 700% gestiegen. (2)

Warum Rußland an der Seite der Ententemächte Frankreich und England in den Krieg gegen Deutschland und Österreich gezogen ist, zeigt der Blick auf deren finanzielle Beteiligungen in Rußland und auf die Kriegsziele. Englische und französische Banken beherrschen bis zu 75% der wichtigsten aufstrebenden Industrien des Landes (Eisen und Kohle, Naphta, Kupfer). Zugleich verspricht die Beteiligung am Entente-Bündnis dem mächtigen Großgrundbesitz Annexionen auf dem Balkan und die Kontrolle über die Dardanellen. Industrie und Landadel haben daher den Kriegseintritt Rußlands begrüßt. Der Zar hat mit den Alliierten Geheimverträge geschlossen, die die Kriegsziele (Annexionen und Kontributionen) beschreiben. Sie verpflichten Rußland außerdem zur Beteiligung am Krieg ,,*bis zum siegreichen Ende*''.

In der Übergangszeit der russischen Revolution vom Februar bis Oktober 1917 wird neben dem Hunger die Kriegs-
Ende''.

In der Übergangszeit der russischen Revolution vom Februar bis Oktober 1917 wird neben dem Hunger die Kriegsmüdigkeit zum wichtigsten Auseinandersetzungsfeld. Sind Teile der in Bolschewiki und Menschewiki gespaltenen russischen Sozialdemokratie (SDAPR) von Kriegsbeginn an für die Vaterlandsverteidigung (eine Minderheit der Menschewiki unter Führung des Mitbegründers der Sozialdemokratie Plechanow), treten die Bolschewiki entschieden bis zum Schluß gegen jede Form der Vaterlandsverteidigung unter kapitalistischer Herrschaft und bei unabweisbarer Existenz imperialistischer Kriegszielsetzungen aller am Weltkrieg Beteiligter ein. Auch gegen die ,,Revolutionäre Vaterlandsverteidigung'', auf die eine Mehrheit der Menschewiki im Verlauf der Entwicklung als Koalitionspartner in der Provisorischen Regierung ab Mai 1917 einschwenken. Etwa 5 1/2 Millionen Menschen (3) werden in diesem Krieg als tot, verwundet oder vermißt bzw. gefangen gezählt als die Revolution ausbricht. Im August 1915 haben die Truppen des Zaren die schwersten Niederlagen gegen die deutsch-österreichischen Truppen erlitten. Rußland verliert Galizien und Polen. Je aussichtsloser und opferreicher dieser Krieg wird, desto mehr verfängt die bolschewistische Propaganda der Kriegsverweigerung, der Aufkündigung der Geheimverträge und der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die eigenen herrschenden Klassen.



Februarrevolution 1917

Die Krise der alten Zarenherrschaft wird immer offenkundiger. Während die russischen Massen an der Front sterben und im Lande der Hunger sich ausbreitet, versuchen im Bündnis Vertreter der aufstrebenden Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes Rußlands ,,Ehre'' und ihre Pfründe zu retten und den Zaren zu Handeln zu bewegen, das das Volk mit der Monarchie versöhnen könnte.

Im November 1916 wird der ungeliebte Ministerpräsident Stürmer abgelöst, doch die innenpolitische Lage entspannt sich nicht. Einen Monat später ermordet Fürst Jusupov den Mönch und ,,Seher'' Rasputin, der seit 1907 starken Einfluß auf die Entscheidungen der Zaren-Dynastie nehmen konnte. Rasputin ist zunehmend Symbol für die Fäulnis der Monarchie geworden, seine Ermordung wird sowohl von den besitzenden Klassen als auch im Volk positiv aufgenommen. Aber auch der erneute Wechsel des Ministerpräsidenten am Jahresende 1916 kann die Zuspitzung der Krise nicht aufhalten. In zwei Jahren des Krieges werden vier Premierminister, sechs Innenminister, drei Außenminister und drei Vetrteidigungsminister verbraucht. Der Zar setzt im vierten Kriegsjahr auf die Repression von Polizei und Militär nicht nur gegen das unruhige Volk, sondern auch gegen die politischen Teile der Bourgeoisie und der linken Parteien, die auf vorsichtige demokratische Erneuerung setzen.

Ende Januar 1917 werden die Mitglieder der Arbeiter-
schen Teile der Bourgeoisie und der linken Parteien, die auf vorsichtige demokratische Erneuerung setzen.

Ende Januar 1917 werden die Mitglieder der Arbeitergruppe (Menschewiki) im Kriegsindustriekomitee verhaftet — eine Einrichtung, die der Industrielle Gutschkow (und spätere Kriegsminister der Provisorischen Regierung) seit 1915 anführt, um die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmern und Arbeitern auf dem Rüstungssektor zu verbessern. Auf dem Höhepunkt der Januarstreiks verfügt die zaristische Regierung die Vertagung der Wiedereröffnung der Duma, jenes Parlaments von des Zaren Gnaden, das als Reform-Zugeständnis auf die gescheiterte Revolution 1905 eingeführt worden war. Mit blinder Ignoranz reagieren der Zar und seine Berater auf die verzweifelten Versuche des Duma-Präsidenten und Großgrundbesitzers Rodsjanko, eine Regierungsneubildung mit Männern der neuen Demokratie zu erreichen.

Als die Februarrevolution schon entschieden ist, schickt Rodsjanko am 26. Februar 1917 (alten Datums, 11. März neuen Datums) ein Telegramm an den Zaren das schließt: ,,*Ich bete zu Gott, daß in dieser Stunde keine Verantwortlichkeit auf den Träger der Krone falle.*'' (4). Vom Zaren wird seither die Äußerung kolportiert: ,,*Wieder schreibt mir dieser Dicke allerlei Unsinn, auf den ich ihm nicht einmal antworten werde.*'' (5) Die Zarin drückt am 24. Februar ihrem Mann gegenüber die Hoffnung aus, er lasse den ,,*Duma-Abgeordneten Kedrinskij für seine schrecklichen Reden aufhängen*''. Gemeint ist der rechte Volkssozialist Kerenskij, der später als Ministerpräsident politischer Gegenspieler der Bolschewiki wird. ,,*Nach den Gesetzen der Kriegszeit*'', schreibt die Zarin, ,,*ist es notwendig, ein Exempel zu statuieren. Alle verlangen inständig, daß Du Deine Härte zeigst.*'' (6) Sicher ist die bürgerliche Darstellung, daß die Zaren-Dynastie nur blind reagierte, insoweit falsch, als sie und der feudalistische Gutsbesitzer-Adel nicht Macht und Privilegien teilen wollten, aus eigenen Klasseninteressen handelten. Andererseits wollten die bürgerlichen Duma-Vertreter des ,,Progressiven Blocks'' die Monarchie gar nicht stürzen, sondern die Macht mit ihr teilen. Nicht die Republik war ihre Forderung, sondern eine Regierung, die ,,*das Vertrauen des Landes besitzt.*''

Brot und Frieden!

Seit Oktober 1916 ist es in der Hauptstadt Petrograd (dem heutigen Leningrad) immer wieder zu politischen Streiks der Metallarbeiter gekommen. Am 23. Januar 1917 nehmen die Aktionen zu. Es streiken 300.000 Arbeiter. Streiks und Demonstrationen auch in Moskau, Charkow, Baku und

Nischni-Nowgorod. In Petrograd finden fast täglich Streiks und Versammlungen in den Betrieben statt; auf den Demonstrationen wird die Forderung nach *,,Brot''* und *,,Nieder mit dem Krieg''* aufgestellt. Am 19. Februar gibt es in Petrograd kaum noch Brot. In den Arbeitervierteln werden Bäcker- und Lebensmittelläden geplündert. Am aktivsten im Streik sind die Arbeiter der Putilow-Werke, die schon 1905 eine hervorragende Rolle spielten. In diesem Maschinen- und Lokomotivenbaubetrieb, der im Krieg auf Rüstungsproduktion umgestellt wurde, beginnen die Kapitalisten am 22. Februar mit Betriebsstillegung und Aussperrungen, die in den folgenden Tagen auf weitere Betriebe ausgedehnt werden. Am 23. Februar, dem Internationalen Frauentag (8. März neuen Datums) gehen zigtausende Frauen und Hausfrauen auf die Straße, die Arbeiter der Putilow-Werke schließen sich an. Die Streiks breiten sich aus, immer häufiger wird jetzt auch die Forderung *,,Nieder mit der Selbstherrschaft''* (des Zaren) aufgestellt. Es gibt erste Zusammenstöße mit der Polizei, die nach anfänglichem brutalen Vorgehen vor dem teilweise bewaffneten Widerstand weicht. Auch die eingesetzten Kosaken können oder wollen die Massenaktionen nicht unterdrücken. Allein Teile der Petrograder Garnisonstruppen, in deren Hände der Zar die Verteidigung seiner Herrschaft legt, gehorchen unter Drohungen noch dem Schießbefehl und richten wiederholt ein Blutbad unter den Demonstrierenden an.

Am 26. Februar wachsen die Aktionen zum Aufstand an. Der Zar löst die Duma auf, die Abgeordneten widersetzen sich der Auflösung passiv. Durch die Armee zieht eine Welle der Meuterei und Verbrüderung mit den Demonstranten, die Soldaten teilen Waffen und Munition mit den Arbeitern. Arbeiter und meuternde Soldaten besetzen am 27. Februar die Peter-Pauls-Festung und befreien die politischen Gefangenen. Die Kronstädter Matrosen schließen sich dem Aufstand an. Auch in Moskau setzen sich die bewaffneten Arbeiter und Soldaten durch. *Die Revolution hat gesiegt.*

Symbole für diesen Sieg sind am 27. Februar zwei Entscheidungen: Aus den Reihen der alten Duma wird ein Provisorisches Duma-Komitee fast aller Parteien — inklusive der Sozialrevolutionäre und Menschewiki — (mit Ausnahme der Bolschewiki) zur Neubildung einer Regierung gegründet. Am Vormittag desselben Tages versammeln sich Arbeiter- und Soldatendelegierte im Taurischen Palast und gründen den ,,Sowjet der Arbeiter- und Soldatendelegierten'', dessen Exekutivkomitee sich aus insgesamt 7 Menschewiki (davon 5 der linken Menschewiki-Internationalisten), 3 Sozialrevolutionären (davon 1 Trudowik und ein linker SR), 3 Bolschewiki und 2 fraktionslosen Delegierten zusammensetzt. Im Ergebnis der Februarrevolution entstehen diese beiden Organe der nachfolgenden *Doppelherrschaft*.

Demjan Bedny

NICHT MEHR VAKANT

Daß Nikolai jetzt stempeln geht,
wir wissen's ohne ein Dekret.
Trotzdem, daß wir in Klarheit leben,
ist unbedingt bekanntzugeben
den ,,Kandidaten'' für das Amt:
Das ,,Pöstchen'' ist nicht mehr vakant.

Ein Versuch des Hauptquartiers der Armee, die Revolution militärisch zu stoppen, scheitert kläglich; entweder sind keine zarentreuen Truppen mehr mobilisierbar oder der

Ein Versuch des Hauptquartiers der Armee, die Revolution militärisch zu stoppen, scheitert kläglich; entweder sind keine zarentreuen Truppen mehr mobilisierbar oder der Versuch, Truppen von der Front heranzuschaffen, scheitert an den Eisenbahnern, die die Transporte aufhalten. Der Zar verliert die Unterstützung des Militärs. Viel zu spät kommt sein Versuch am 1. März, durch die Ernennung des Fürsten Lwow zum neuen Regierungschef die eigene Dynastie zu retten. Am 2. März wird Zar Nikolaus II. zur Abdankung gezwungen. Er ernennt seinen Bruder Großfürst Michail zu seinem Nachfolger. Dieser lehnt unter dem Eindruck der Massenbewegung am 3. März ab und muß die Entscheidung über das Schicksal der Zaren-Dynastie freien Wahlen, sowie einer Konstituierenden Versammlung über die zukünftige Verfassung Rußlands überlassen.

Provisorische Regierung und Sowjet

Den einen Teil des folgenden Machtdualismus bildet die aus dem Duma-Komitee hervorgegangene *Provisorische Regierung*, deren Bildung bereits am 2. März bekanntgegeben wird. Sie besteht aus bürgerlichen Vertretern der Industrie, der Intelligenz und des (adligen) Großgrundbesitzes, mit Ausnahme des Justizministers A.F. Kerenskij. Nahezu alle Regierungsvertreter entstammen der Tradition der liberalen, bürgerlich-demokratischen — aber überwiegend nicht anti-monarchistischen — Opposition gegen das autokratische Zarenregime: Die konservativ-liberalen ,,Oktobristen'' um Kriegsminister Gutschkow, die liberalen ,,Kadetten'' (Konstitutionelle Demokraten) um Miljukow sowie die rechtsstehenden Nationalisten um Schulgin. An der Spitze der Regierung steht mit dem Fürsten Lwow — dem Vorsitzenden der Semstwos (,,ländliche Selbstverwaltung'') — ein Vertreter des Landadels. In ihrer Mehrheit sind sie nicht Vertreter der Republik sondern der konstitutionellen Monarchie. Doch die Provisorische Regierung muß den neuen Sowjet als Macht akzeptieren. Das von ihr nach Konsultationen mit dem Sowjet proklamierte politische Programm sieht u.a. eine vollständige Amnestie für politische Vergehen vor, Versammlungs- und Streikfreiheit, Auflösung der zaristischen Geheimpolizei Ochrana und der Polizeikorps, sowie deren Ersetzung durch eine Volksmiliz. Abschaffung von Ständeprivilegien vor allem im Militär und Vorbereitung freier und geheimer Wahlen zur Bildung einer Konstituierenden Versammlung, die über die künftige Verfassung des Landes entscheiden soll. In der ersten Märzhälfte wird u.a. die Zarenfamilie verhaftet, die Todesstrafe abgeschafft, weitere Erleichterungen werden eingeführt. In der anfänglichen Begeisterung über die Revolution und die neugewonnenen Freiheiten erscheint es nur wenigen ein Problem, daß Vereinbarungen über Krieg und Frieden, die Verteilung des Bodens, Lohn- und Arbeitszeitfragen und die Produktionskontrolle ausgespart bleiben. So bleibt beispielsweise die Note des Außenministers Miljukow vom 5. März an die französischen und englischen Alliierten, bis zum siegreichen Ende an ihrer Seite zu kämpfen, ohne nennenswerte Proteste.

Der neugegründete Petrograder Sowjet nimmt in der Revolution von Anfang an Regierungsaufgaben wahr. Er läßt zaristische Minister verhaften, besetzt zentrale staatliche Institutionen, organisiert den bewaffneten Widerstand gegen die Konterrevolution (Arbeitermiliz), die Versorgung der Hauptstadt und wird Verhandlungspartner des provisorischen Dumakomitees zur Regierungsbildung. Eine Koalition des Sowjets mit den Duma-Vertretern wird auf der Petrograder Sitzung des Sowjet-Exekutivkomitees am 1. März mit Mehrheit abgelehnt. Dafür sind die Menschewiki-Vaterlandsverteidiger (Plechanow-Leute), die Trudowiki und der jüdische ,,Bund''. Doch einen Tag später erhält der Trudowik Kerenskij auf der Sowjetsitzung großen Beifall, als er die Forderung nach einer Republik aufstellt und seinen Regierungseintritt als Justizminister ankündigt. Die Konferenz der Sozialrevolutionäre begrüßt diesen Schritt als ,,Kontrolle'' der Provisorischen Regierung ausdrücklich.



Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Duma

Von Beginn der Revolution an konkurriert der Sowjet aufgrund des Basisdrucks in der Armee mit dem Militär. Als

Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Duma

Von Beginn der Revolution an konkurriert der Sowjet aufgrund des Basisdrucks in der Armee mit dem Militär. Als am 28. Februar das Duma-Komitee die Soldaten in die Kasernen zurückschicken will und deren Entwaffnung befürchtet wird, erläßt der Petrograder Sowjet am 1. März seinen berühmten — bei der Generalität und den Bürgerlichen berüchtigten — ,,Befehl Nr. 1'', der zur Bildung von Soldatenkomitees und deren Kontrolle — anstelle der der Offiziere — über die Bewaffnung aufruft und den Sowjet zur höchsten Autorität für die Soldaten erklärt. Gleichzeitig wird die Gleichstellung der Soldaten mit den Befehlshabern proklamiert. In vielen Truppenteilen werden daraufhin die Rechte ausgeweitet und die Wahl der Offiziere durchgesetzt. Der ,,Befehl Nr. 1'' drückt zudem das Mißtrauen des Sowjets gegen die Vertreter der alten Duma aus, wenn er ausdrücklich erklärt: *,,Den Befehlen der Militärkommission der Staatsduma ist nur in dem Falle Folge zu leisten, wenn diese den Befehlen des Sowjets (...) nicht widersprechen.''*

Die Doppelherrschaft

,,Worin besteht die Doppelherrschaft?'' fragt Lenin wenige Tage nach seiner Rückkehr nach Rußland in seiner Schrift *,,Über die Doppelherrschaft''* (7). Neben der Provisorischen Regierung als Vorspiel für eine *,,parlamentarische bürgerlich-demokratische Republik des bisher allgemein üblichen (...) Typus''*, existiere in *,,Keimform''* eine andere Macht *,,von demselben Typus wie es die Pariser Kommune von 1871 war''*: Die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Machtteilung dränge zwangsläufig nach Auflösung zur einen oder anderen Seite hin: Herrschaft der Bürgerlichen oder die *,,revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft''* sei in den beiden Machtzentren angelegt, die entscheidende Frage ist die, ob man die Bourgeoisie unterstützen oder die Alleinherrschaft der Sowjets wolle.

Die Macht befindet sich nach der Februarrevolution in den Händen des Petrograder Sowjets. Die Provisorische Regierung ist faktisch von ihm abhängig. Sie hat keine Organe — Polizei, Militär etc. — mit denen sie sich durchsetzen kann. Im ,,Befehl Nr. 1'' kommt diese Über-Macht des Sowjets zum Ausdruck. Nichtsdestotrotz strebt die Mehrheit im Sowjet gar nicht nach dieser Macht. Geht sie doch — in der Tradition aller Flügel der russischen Sozialdemokratie — davon aus, daß das Land zunächst einmal die bürgerlich-demokratische Revolution zu vollenden habe, bevor an die Errichtung des Sozialismus zu denken sei. Die Menschewiki, die anfänglich den bestimmenden Einfluß im Sowjet haben, werden denn auch nicht müde, die Vorwürfe der Bürgerlichen, der Sowjet strebe nach Regierungsgewalt, als Verleumdung zurückzuweisen. In ihrem Zentralorgan haben die Menschewiki am 7. März ihre Haltung in unfreiwilliger Komik deutlich gemacht, als sie aufrufen: *,,Mitglieder der Provisorischen Regierung! Das Proletariat und die Armee erwarten von Euch unverzüglich Befehle zur Festigung der Revolution und zur Demokratisierung Rußlands. Von Euch hängt unsere Unterstützung ab. Je rascher und entschlossener Ihr handeln werdet, umso rascher und gründlicher wird eine Konstituierende Versammlung vorbereitet werden können, deren Beschlüsse das weitere Schicksal Rußlands bestimmen wird''*. (8)

Die Menschewiki gehen von einem Automatismus in der gesellschaftlichen Entwicklung aus, den einer ihrer führenden Theoretiker, Theodor Dan, so formuliert hat: *,,Wie schüchtern, feige und blind bürgerliche Parteien wie die Kadettenpartei auch sein mögen, diese Parteien stützen sich auf Klassen, die durch die reale historische Situation und reale Interessen nicht auf den Weg der Versöhnung mit der alten Ordnung, sondern auf den des scharfen Kampfes gegen sie drängen (...) Bis zur Zerstörung der Autokratie muß die Mehrheit der bürgerlichen Klassen Mitläufer des Proletariats sein.''* (9)

,,Grau, treuer Freund ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum'' zitiert Lenin Goethe. ,,Nach der alten

,,Grau, treuer Freund ist alle Theorie und grün des Lebens goldner Baum'' zitiert Lenin Goethe. *,,Nach der alten Weise ergibt sich: **nach** der Herrschaft der Bourgeoisie kann und muß die Herrschaft des Proletariats und der Bauernschaft, ihre Diktatur folgen. Im lebendigen Leben aber ist es bereits **anders** gekommen: entstanden ist eine höchst originelle, noch nie dagewesene **Verflechtung** des einen mit dem **anderen**. Es besteht nebeneinander, zusammen, zu ein und derselben Zeit **sowohl** die Herrschaft der Bourgeoisie (die Regierung Lwow und Gutschkow) **als auch** die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, die die Macht **freiwillig** an die Bourgeoisie abtritt, freiwillig zu ihrem Anhängsel wird.''* (10)

Lenin, wie auch später die Mehrheit der Bolschewiki, definiert die *,,Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland als Periode des Übergangs von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten''*.

Lenins Aprilthesen

Diesen Übergang zur zweiten Etappe propagiert Lenin mit seinen berühmten *,,April-Thesen''*, die er einen Tag nach seiner Ankunft am 4. April vor den Sowjetdelegierten von Bolschewiki und Menschewiki vorträgt. Als Lenin, Sinowjew und dreißig weitere Bolschewiki aus Zürich kommend, nach ihrer Reise durch Deutschland im Eisenbahnwagen (11) in Petrograd eintreffen, stoßen sie auf eine bolschewistische Partei, die wie alle anderen Parteien der Linken ebenfalls vom Zeitpunkt, spontanen Ausbruch und der Dynamik der Entwicklung der Februarrevolution überrascht worden ist, auch wenn gerade vom Krieg das Auslösen einer revolutionären Massenerhebung erwartet worden war. So agieren bis dahin die Bolschewiki und ihre prominentesten Führer Stalin und Kamenew, die drei Wochen vorher in Petrograd eingetroffen sind, weitgehend noch auf Basis der bis dahin vorhandenen Vorstellungen vom Charakter der Revolution als bürgerlicher. Im Aufruf des Zentralkomitees der SDAPR (Bolschewiki) vom 12. März (,,Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! An alle Bürger Rußlands'') werden

noch ausdrücklich die Arbeiterklasse und die Armee aufgefordert, *„eine provisorische revolutionäre Regierung zu schaffen, die sich an die Spitze der neuen, im Entstehen begriffenen republikanischen Ordnung zu stellen hat (...) Es lebe die demokratische Republik."* (12)

Allein, die spätere sowjetische Geschichtsschreibung vermittelt ein Bild einer immer korrekten Linie der Partei, von der höchstens einige Verräter abgewichen sind. In Wahrheit entspricht das Handeln Stalins und Kamenews sowie der im Lande befindlichen Bolschewiki dem damaligen Diskussions- und Erkenntnisstand. Demgegenüber sind Lenins „April-Thesen"neu für die Partei, auch provokativ gegen die Bestrebungen zur Herstellung einer stärkeren Zusammenarbeit mit den Menschewiki gerichtet. Daher darf eigentlich nicht verwundern, daß sie nicht gleich eine Mehrheit der Bolschewiki finden und heftig umstritten sind. Der Widerspruch nimmt allerdings in dem Maße ab, wie sich die Provisorische Regierung als unfähig erweist, in der Kriegsfrage einen anderen Kurs als der Zarismus zu steuern und die grundlegenden Forderungen nach Veränderungen aufzugreifen; in dem Maße, wie sich der Sowjet zum Anhängsel dieser Entwicklung macht, die bereits im April einsetzt.

In seinen Thesen entwickelt Lenin seine Vorstellung von der konsequenten Propagierung einer „revolutionären Regierung" der Sowjets. Ausdrücklich lehnt er die Unterstützung der Provisorischen Regierung ab, die weder Frieden noch Brot noch Boden für die armen Bauern bringen werde. Keinerlei Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung", „Nationalisierung des gesamten Bodens", „Kontrolle über die Nationalbank" und Produktionskontrolle sind die wichtigsten Forderungen, auf die die bolschewistische Partei aus der Position der Minderheit heraus die revolutionär gestimmten Massen vorbereiten soll.

Lenin's Gegner sehen ihn im „Fieberwahn". Die Zeitung der Menschewiki greift ihn scharf an: jeder Erfolg Lenin's sei *„ein Erfolg der Reaktion"* kommentiert sie am 6. April seine Rede und wiederholt das mechanistische Verständnis der politischen Entwicklung, das die Menschewiki im weiteren Verlauf der Entwicklung den Einfluß in den Massen kostet: *„Die Revolution kann nur solange erfolgreich gegen die Reaktion ankämpfen und sie aus ihrer Position verdrängen, wie sie es schafft, innerhalb jener Grenzen zu verbleiben, die ihr durch die objektiven Notwendigkeiten vorgegeben sind (der Zustand der Produktivkräfte, die Denkweise der Massen in bezug auf die Revolution usw.). Man könnte der Reaktion keinen besseren Dienst erweisen, als diese Grenzen zu mißachten und zu versuchen, sie niederzureißen."* (13)

Die „April-Thesen"

(...)
1. In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Co. — infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung — unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung" unzulässig.

Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

In Anbetracht dessen, daß breite Schichten der revolutionären Vaterlandsverteidiger aus der Masse es zweifellos ehrlich meinen und den Krieg anerkennen in dem Glauben, daß er nur aus Notwendigkeit und nicht um Eroberungen geführt werde, in Anbetracht dessen, daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie besonders gründlich, beharrlich und geduldig über ihren Irrtum, über den untrennbaren Zusammenhang von Kapital und imperialistischen Krieg aufklären, muß man den Nachweis führen, daß es ohne den Sturz des Kapitals *unmöglich* ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.

Organisierung der allerbreitesten Propaganda dieser Auffassung unter den Fronttruppen.

Verbrüderung.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur *zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.

Dieser Übergang ist gekennzeichnet einerseits durch ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist *zur Zeit* von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.

(...)

sen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.
(...)

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen. Entlarvung der Provisorischen Regierung statt der unzulässigen, Illusionen erweckenden „Forderung", *diese* Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle *aufhören*, imperialistisch zu sein.

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem *Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen — von den Volkssozialisten und Sozialrevolutionären bis zum Organisationskomitee (Tscheidse, Zereteli usw.), Steklow usw. usf.

Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese* Regierung von der Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann.

Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Irrtümern befreien.

5. Keine parlamentarische Republik — von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts —, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtenschaft (d.h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung).

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit abwählbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.

Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.

Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten. Bildung besonderer Sowjets von Deputierten der armen Bauern. Schaffung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Desjatinen, je nach den örtlichen und sonstigen Verhältnissen und nach dem Ermessen der örtlichen Institutionen) unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und für Rechnung der Gesellschaft.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kon-

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kon-

trolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

8. Nicht „Einführung" des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

(...)

Quelle: Lenin Werke, Band 24

Krieg oder Frieden?

Anfang Mai ist die erste große Regierungskrise da. Kriegsminister Gutschkow und Außenminister Miljukow treten zurück. Von den großen Veränderungen, die die Massen ersehnen, ist keine eingetreten, kann unter den Bedingungen des Krieges und eines Waffenstillstands mit der eigenen Bourgeoisie auch nicht eintreten. Weder verbessert sich die Versorgung, noch gibt es eine Bodenreform, noch einen Termin für die Konstituierende Versammlung. Vor allem aber tritt Ernüchterung ein über die Illusion eines vor der Tür stehenden Friedens.

Noch am 14. März hatte sich der Petrograder Sowjet in einem Friedensaufruf enthusiastisch *„An die Völker der ganzen Welt"* gewandt, einen *„Frieden ohne Annexionen und Kontributionen"* und die Einigung der Proletarier gegen ihre kriegführenden Regierungen gefordert. Am 11. April versucht die Provisorische Regierung noch einen Schlingerkurs. Einerseits, teilt sie in einer Erklärung über die Kriegsziele mit, wolle man keine anderen Völker beherrschen, keine fremden Gebiete besetzen oder irgendein Volk unterjochen oder erniedrigen. Anderseits wolle man *„die Verpflichtungen, die wir gegen unsere Verbündeten eingegangen sind"*, einhalten. In einer zusätzlichen Note erläutert Außenminister Miljukow am 18. April den englischen und französischen Verbündeten, was damit gemeint ist. Statt Schwächung des Kriegseinsatzes, behauptet er dort, habe die Revolution *„das Bestreben des ganzen Volkes, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Sieg weiterzuführen, durch das Bewußtwerden der gemeinsamen Verantwortlichkeit aller nur gestärkt."* Ausdrücklich wird noch einmal die Treue zu den Geheimverträgen erklärt, die der Zar mit den Verbündeten abgeschlossen hat. (14)

keit aller nur gestärkt." Ausdrücklich wird noch einmal die Treue zu den Geheimverträgen erklärt, die der Zar mit den Verbündeten abgeschlossen hat. (14)

Alle Macht den Sowjets!

Am 20. April kommt es daraufhin zu erregten, von den Bolschewiki organisierten Demonstrationen unter den Parolen *„Nieder mit dem Krieg, „Nieder mit Miljukow"* und *„Nieder mit der Provisorischen Regierung"*, vereinzelt auch *„Alle Macht den Sowjets"*. In der Petrograder Innenstadt gibt es Zusammenstöße mit bürgerlichen Demonstranten, die *„Es lebe Miljukow"* propagieren. Am nächsten Tag stoßen wieder Demonstrationen aufeinander, u.a. fordern Regierungsanhänger *„Nieder mit Lenin"*. Am Abend wird aufeinander geschossen, es gibt Tote und Verwundete. Wer daran die Schuld hat, wird nicht geklärt, wenngleich diese selbstverständlich den Bolschewiki in die Schuhe geschoben wird. Die Sowjet-Deputierten bemühen sich um Entspannung und akzeptieren mit 34 gegen 19 Stimmen eine Einigung mit der Regierung, die den Widerspruch zwischen Nichteroberungspolitik und Bekenntnis zu den zaristischen Verträgen mit den Bündnispartnern verschleiert. Der Sowjet verbietet für zwei Tage alle Demonstrationen. Das Zentralkomitee der Bolschewiki ruft am 22. April dazu auf, diesem Verbot zu folgen und warnt vor unbesonnenen Aktionen. „Nieder mit der Provisorischen Regierung" sei solange die falsche Parole, solange es dafür keine Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten gebe.

Die auf die Miljukow-Note folgende Regierungskrise kündigt sich am 26. April durch von ihm selber öffentlich gemachte Briefe Kerenskijs an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre an, in denen er diese zum Regierungseintritt auffordert. Fürst Lwow bietet einen Tag später den sozialistischen Parteien eine Koalition an. Das Petrograder Sowjet-Exekutivkomitee lehnt dies am 29. April mit 23 gegen 22 Stimmen ab. Als mit Außenminister Miljukow und Kriegsminister Gutschkow Anfang Mai die wichtigsten Vertreter der Bourgeoisie aus der Regierung zurücktreten, schafft es Kerenskij, den Sowjet zur Zustimmung zum Regierungseintritt zu bewegen. Mit 41 gegen 18 Stimmen gibt dieser grünes Licht für einen Kriegsminister Kerenskij, Arbeitsminister Skobelew (Menschewik) und Landwirtschaftsminister Tschernow (Sozialrevolutionär) sowie Zereteli (Menschewik) als Postminister.

„Revolutionäre Vaterlandsverteidigung"

Für die Linksparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre ist dieser Schritt in die Regierung unter Fürst Lwow am 6. Mai 1917 von entscheidender Bedeutung. Mit dem Regierungseintritt übernehmen sie nicht nur allgemein die Verantwortung für die Verwirklichung der Forderungen nach Frieden, Boden für die Bauern und mehr Arbeiterrechten, sondern sogar direkt als Minister für ausgerechnet jene Arbeitsbereiche, in denen die in Bewegung geratenen Massen die weitestgehenden, gegen die Herrschenden gerichteten Forderungen stellen. Zusätzlich signalisiert der Rückzug von Gutschkow und Miljukow, daß die Bourgeoisie auf Distanz geht. Dabei enthält die von der Sowjetmehrheit unterstützte Deklaration über ihr Programm bereits alle die Konfliktpunkte der Zukunft. Zwar wird der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gewünscht, doch den Verbündeten das Versprechen gegeben, *„daß die revolutionäre Armee Rußlands nicht zulassen wird, daß die deutschen Truppen unsere Verbündeten im Westen niederwerfen, um dann mit ganzer Kraft ihre Waffen gegen uns zu richten."* Auf der Basis dieserart „revolutionärer Vaterlandsverteidigung" wird die *„Verstärkung der Kampfkraft im Hinblick auf die Verteidigung"* zur *„wichtigsten Aufgabe"* der zweiten Provisorischen Regierung erklärt. Die Landverteilung wird in die Hände der Verfassungsgebenden Versammlung gelegt, deren Einberufung „sobald als möglich" erfolgen soll (15).

visorischen Regierung erklärt. Die Landverteilung wird in die Hände der Verfassungsgebenden Versammlung gelegt, deren Einberufung „sobald als möglich" erfolgen soll (15).

Kerenskij-Offensive

Kerenskij will und muß den Bürgerlichen beweisen, daß eine von der gemäßigten Linken mitgetragene Regierung die Disziplin der Armee zur Erfüllung der Kriegspflichten wiederherstellen könne. Eine seiner ersten Regierungshandlungen als Kriegsminister ist eine Rede vor dem Bauernkongreß, in der er *„eiserne Disziplin"* an der Front durchzusetzen verspricht. Mit und nach der Februarrevolution ist die Bereitschaft der Soldaten weiterzukämpfen rapide gesunken. Die Autorität der alten Befehlshaber zerfällt immer mehr und wird vom Sowjet durch die Propagierung von Soldatenrechten gestützt. Die bolschewistische Anti-Kriegspropaganda tut das ihrige. Das Simulantentum an der Front steigt sprunghaft an, die Zahl der Deserteure wird im Mai/Juni auf ungefähr zwei Millionen geschätzt. Die baltische Flotte und die Petrograder Garnison sind dem Befehl des Hauptquartiers praktisch entzogen. In ihnen dominieren die Bolschewiki außerdem haben, wie in Kronstadt, Anarchisten starken Einfluß. Fünf Oberbefehlshaber der Armee wechseln sich in den Monaten Februar bis September ab.

Die militärische Offensive an der Südwestfront ist für den 18. Juni geplant. Die gemäßigten Sozialisten bemühen sich nach Kräften, die Autorität des Sowjets hierfür zu mobilisieren. Der vom 3. bis 24. Juni tagende Erste Allrussische Sowjetkongreß in Petrograd soll Zustimmung signalisieren. Kerenskij teilt General Brussilow mit, daß er beabsichtige, zur Eröffnung der Offensive persönlich an die Front zu fahren. Allerdings brauche er *„zur moralischen Unterstützung und um dem Angriffsbefehl Gewicht zu verleihen"*, ein positives Votum des Sowjetkongresses. *„Ich kann nur fahren, wenn ich diese Resolution in Händen habe und bitte darum, im äußersten Falle, den Befehl zur Offensive zurückzuhalten."* (16) Auf dem Kongreß haben die Menschewiki (248 Delegierte) und Sozialrevolutionäre (285) eine klare Mehrheit der 822 stimmberechtigten Delegierten. Die Bolschewiki sind mit 105 Delegierten in deutlicher Minderheit. Die Zustimmung des Kongresses wird gegeben, Kerenskij reist an die Front und appelliert an den Patriotismus der Soldaten.


„Es lebe die Bildung des Volkes"

Doch bereits im Vorfeld der Offensive erweist sich, daß Teile der Truppen meutern. Jedoch täuscht der erfolgreiche Beginn der dreiwöchigen Juni-Offensive hierüber noch hinweg. Der Vormarsch der russischen Truppen wird aber schon am zweiten Tag gestoppt.

Kerenskij teilt der Regierung telegraphisch die Schwierigkeiten mit und sieht die Gründe vor allem im schlechten Zustand der Armee und in der Wehrkraftzersetzung: ,,*Zur Hebung der Stimmung in der Armee wird alles getan, was nur möglich ist, aber der niedrige Bewußtseinsgrad der Soldaten, die gute Gelegenheit, die eigene Feigheit und niedrigen Instinkte durch die perversen Parolen des Bolschewismus zu maskieren, die Straflosigkeit der Anstiftung zur Gehorsamsverweigerung, die sich unter der Maske einer ideellen Agitation verbirgt, die Unfertigkeit, die Formlosigkeit der Soldatenorganisation und die schlechte Eignung des Offizierskorps machen die Arbeit in der Armee unendlich schwierig.*'' (17) Spätere Berichte auch aus Militärkreisen bezeugen, daß die Offensive gescheitert war, bevor sie begonnen hat. Ganze Truppenteile verweigern das Vorrücken. Noch vor dem endgültigen Scheitern der Offensive versucht die Provisorische Regierung mit der Einführung der Todesstrafe an der Front und die Einrichtung von Kriegsgerichten zu retten, was zu retten ist. Am 2. Juli ist die Offensive gescheitert. Das Scheitern löst eine neue Regierungskrise aus.

Fürst Lwow und die Kadetten-Minister treten zurück. Die Niederlage eröffnet den endgültigen Zerfall der russischen Armee. Die, die Angriffsdisziplin zersetzenden Kriegsverweigerungs-Parolen der Bolschewiki finden immer mehr Gehör.

Die Auseinandersetzung um die Offensive wird heftig geführt. Die Bolschewiki haben im Rahmen des Sowjetkongresses für den 10. Juni — acht Tage vor der Offensive — eine ausdrücklich als ,,friedlich'' deklarierte Demonstration in Petrograd geplant, die den Protest gegen den Krieg und die Forderung ,,*Alle Macht den Sowjets*'' eindrucksvoll vortragen soll. Einen Tag vorher beschließt die Mehrheit des Allrussischen Sowjetkongresses ein Demonstrationsverbot für drei Tage und legt ihrereits eine Demonstration für den 18. Juni — den Tag des Beginns der Offensive — fest. Die Bolschewiki beugen sich gegen Proteste ihrer Anhänger diesem Verbot. Laut Lenin sind hierfür zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen will man nicht gegen Beschlüsse eines ,,halben Machtorgans'' verstoßen, zum anderen gehört zur Verbotsbegründung die Behauptung von konterrevolutionären Gegenaktionen, die die Demonstration der Bolschewiki ausnutzen wollen.


Kerenski (r.) an der Front mit Stankewitsch

Selbstentlarvung der Menschewiki

Führer der Menschewiki betreiben auf dem Sowjetkongreß eine Isolierung der Bolschewiki. Minister Zereteli versucht eine Mehrheit nicht nur zur Verurteilung sondern auch zur Entwaffnung der Bolschewiki zustandezubekommen, was eigentlich nur Entwaffnung der Arbeiter heißen kann. Damit allerdings scheitert er. In seinen Erinnerungen beschwert er sich darüber, daß menschewistische Führer wie Theodor Dan diese Notwendigkeit nicht erkannt hätten. Vor dem Kongreß erklärt er: ,,*Augenblicklich ist die Gegenrevolution im offenen Kampf nicht zu fürchten, aber sie kann in unsere Festung der Revolution durch das bolschewistische Tor eindringen.*'' (18) Die Schärfe im Vorgehen gegen die Bolschewiki korrespondiert mit dem Einschwenken maßgeblicher Führer der Menschewiki auf den Kurs der Koalitionsregierung. Zereteli begründete vor dem Sowjet-Kongreß die ausdrückliche Zustimmung zur Front-Offensive — eine Position, die vor dem Regierungseintritt nicht mehrheitsfähig gewesen war. ,,*Wir glauben, daß die Maßnahmen des Genossen Kerenskij darauf gerichtet sind, die Revolution zu stärken, und den Weg für die Erreichung unserer Ziele auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen und des allgemeinen Friedens ebnen werden*'', erklärt Zereteli für die Menschewiki vor dem Sowjet am 19. Juni, dem zweiten Tag der Kerenskij-Offensive. Ausdrücklich begründet er die weitere Kriegführung mit der Notwendigkeit, die ,,*ökonomischen und finanziellen Verbindungen*'' zu den Alliierten Frankreich und England nicht abreißen zu lassen (19).

Die Niederlagen in den Abstimmungen des Sowjetkongresses verwandeln sich auf der Sowjetdemonstration am 18. Juni in einen Sieg für die Bolschewiki. Unter den fast einer halben Million Demonstranten dominieren ihre Parolen und Forderungen gegen den Krieg und für die Sowjetmacht. Lenin sieht darin begeistert ,,*einen Wendepunkt*'' der Revolution. Eine weitere Wende ist für ihn die Rolle von Menschewiki und Sozialrevolutionären in der Regierung. Was ,,*die imperialistischen Minister Gutschkow und Miljukow nicht fertigbringen konnten*'', das haben die ,,,sozialistischen' Minister'' vollbracht: sie haben ,,*die Verfügungsgewalt über die russische Armee den Generalstäben und Diplomaten gegeben, die im Namen und auf der Grundlage der nicht aufgehobenen Geheimverträge handeln, um der Ziele willen, die von Ribot* (Anm.: Frankreich) *und Lloyd George* (Anm: England) *offen verkündet worden sind. Doch konnte die Regierung diese Aufgabe nur lösen, weil die Armee ihr vertraute und ihr folgte. Die Armee ging in den Tod, im Glauben, sich für die Freiheit, für die Revolution und für einen baldigen Frieden zu opfern.*'' (20) Die Überwindung dieser ,,kleinbürgerlichen Illusionen'', ,,möglichst rasch und schmerzlos'', sei realistisch.

Zersetzung der militärischen Disziplin

Mit Erfolgen an der Front wollte sich der Chef der provisorischen Regierung, Kerenskij, den Rücken für strafferes Regieren im Inneren freihalten. W.B. Stankewitsch — Offizier, Soldatendelegierter und Kommissar beim Oberbefehlshaber — beschreibt in seinen „Erinnerungen 1914-1919" einen Frontbesuch Kerenskijs und warum die Offensive bereits gescheitert war, bevor sie begann.

(...) Der Angriff wurde auf den 10. Juni festgelegt, dann aber auf den 15. Juni verschoben. Es wurde vereinbart, daß Keneskij sich an die Front begeben solle. Ich begleitete ihn. Wir kamen in Tarnopol an dem Tage an, an dem die Artillerie-Vorbereitungen einsetzen sollte. Das Oberkommando war entschlossen, die Anwesenheit Kerenskijs an der Front zur Agitation in der Armee auszunutzen. Man fuhr mit ihm gleich am ersten Tage zum 1. Gardekorps.

Es versammelte sich eine riesige

zen. Man fuhr mit ihm gleich am
ersten Tage zum 1. Gardekorps.

Es versammelte sich eine riesige

Menge Soldaten, wohl um 15.000. Das war die größte Versammlung, die ich je gesehen hatte. Alle lagerten in einer Schlucht mit sacht ansteigenden Abhängen, die von einem Meer von Soldaten bedeckt waren. In der Mitte stand der Kraftwagen von Kerenskij. Die Versammlung verlief im allgemeinen reibungslos. Die Offiziere waren jedoch aufgeregt: Der bolschewistische Hauptagitator und Meuterer, Hauptmann Dzewaltowski, war nicht auf der Versammlung erschienen. Damit verlor nach Ansicht der Offiziere die Versammlung die Hälfte ihrer Bedeutung: Die Hauptargumente der Ordnungsstörer würden nicht widerlegt werden können. Inzwischen hatte Dzewaltowski zwei besonders ungehorsame und demoralisierte Regimenter etwas abseits aufgestellt und schickte mitten in der Versammlung eine Abordnung zu Kerenskij mit der Bitte, zu ihm zu kommen. Die Lage war schwierig. Dzewaltowski wollte offenbar einem Streitgespräch ausweichen oder sich ihm in einer für ihn günstigen Lage stellen, umgeben von einem ihm ergebenen Zuhörerschaft. Kerenskij erhob sich in ganzer Größe und stellte die Frage zur Abstimmung, wer zu wem gehen sollte: er zur abtrünnigen Korpseinheit oder die abtrünnige Einheit zu allen anderen. Die Arme erhoben sich einmütig wie die Borstennadeln eines Igels, und die Versammlung beschloß einstimmig: Die Abtrünnigen sollten sich der Gesamtheit anschließen. Die in Verwirrung geratene Abordnung ging geschlagen zurück. Die Versammlung wurde fortgesetzt, verlief aber etwas stürmischer. Den Kommissar der 11. Armee Kirienko ließ man nicht zu Ende reden. Ein Teil der Anwesenden verließ den Versammlungsplatz aus Protest gegen den eigenen Beschluß. Die Versammlung wurde jedoch zu Ende geführt. Dann mischten sich die Vorgesetzten ein. Sie waren dadurch beunruhigt, daß Kerenskij keine Gelegenheit erhalten hatte, die Argumente Dzewalikowskis vor den Soldaten zu widerlegen. Sie bestanden darauf, daß sich Kerenskij trotz seiner feierlichen Weigerung, trotz der Tatsache, daß die Abtrünnigen durch alle verurteilt wurden, zu den Grenadieren begab. Besonders beunruhigt war der Korpskommandeur, General Ilkewitsch. (...)

(...) Es war Ilkewitsch also doch gelungen, Kerenskij zu überreden. Und nun bot sich das schändliche Bild eines Wortstreits mit Menschen, die offenkundig im voraus nicht einverstanden sein wollten. Zuerst sprach Dzewaltowski im Ton eines Anklägers selbstbewußt und herausfordernd, wobei er alle Angriffe der bolschwestischen Presse wiederholte. Kerenskij antwortete Punkt für Punkt. Dann sprach wieder Dzewaltowski. Die Soldaten verhielten sich unentschieden: Ein Teil klatschte Dzewaltowski Beifall, ein anderer nicht kleinerer Teil spendete seinen Beifall Kerenskij, die Mehrheit hörte aber schweigend zu, in Gedanken versunken, offenbar ohne klar zu verstehen, worum es bei diesem Streit ging, jedoch undeutlich fühlend, daß es um die für jeden entscheidendste Frage ging: Ob es einen Offensive geben sollte oder nicht ... Das Ganze war natürlich

scheidendste Frage ging: Ob es einen Offensive geben sollte oder nicht ... Das Ganze war natürlich

ein Reinfall. Der Eindruck der Nachgiebigkeit, der Unentschiedenheit der Regierung vor dem Hintergrund der Verwirrung der militärischen Vorgesetzten kündigte nichts Gutes an.

(...) Der zweite Tag unseres Aufenthalts an der Front verlief bei kleineren Kundgebungen in verschiedenen Truppenteilen. Eins wurde dabei klar: Wenn die Rede an den entscheidenden Punkt herankam, sank die Stimmung der Soldatenmassen schnell. Argumente und Überredeungen konnten die Lage nicht bessern, sie verschlechterten sie sogar, da sie den Gedanken hervorriefen, es stehe dem Soldaten frei, sich durch Argumtente überzeugen zu lassen oder nicht. Dadurch wurde die Disziplin nicht gestärkt, sondern zerrüttet. Man wird aber kaum jemanden für die entstandene Lage verantwortlich machen. In dem Augenblick, als desorganisierte Massen von Soldaten auf die Straßen Petersburgs hinauszogen, lagen vor der russischen Öffentlichkeit zwei mögliche Wege: Entweder hätte man diese Menge sofort in die Kasernen zurückjagen und dabei zusammen mit auf Dachböden versteckten Polizisten schießen müssen, oder man mußte die Soldaten überreden ... Man begann mit dem Überreden, zuerst in Petersburg, dann auf Bitten des Kommandokorps auch an der Front. Und der erste, der begriffen hatte, daß Überredungen in der Armee nicht zum Ziele führten, daß die revolutionäre Regierung, wenn sie eine Armee haben will, zuerst lernen muß, ihr zu befehlen, und dann die Armee zum Gehorsam ohne Diskssionen erziehen muß, war Kerenskij. Einige Tage später antwortete Kerenskij auf die Bitte des Oberbefehlshabers der Westfront Denikin, zur Agitation in der Armee zu kommen, mit einem Telegramm etwa folgenden Wortlauts: ,,Die Zeit für Überredungen und Gespräche in der Armee ist vorbei. Man muß befehlen und nicht große Reden führen.''

Quelle:
David Anin, Die russische Revolution von 1917 in Berichten ihrer Akteure, München 1976

Die politische Mitte — zerrieben zwischen den Klassenfronten

Nur 14 Tage später entlädt sich mit ganzer Gewalt die Unzufriedenheit mit der Regierung und dem Sowjet in bewaffneten Massenaktionen in Petrograd, ausgelöst wahrscheinlich durch den Rücktritt der Kadettenminister am 2. Juli aus der Regierung. Gefordert wird die ganze Macht für die Sowjets. Die Basis von Bolschewiki, Anarchisten und der linken Flügel der sozialistischen Parteien drängt am 3. und 4. Juli auf die Straße. Vor allem die Arbeiter der Putilow-Werke und die Kronstädter Matrosen protestieren heftig gegen die Entwicklung im Sowjet und in der Provisorischen Regierung. Erstmals werden menschewistische und sozialrevolutionäre Sowjet-Führer direkt bedroht. Kronstädter halten zeitweise den Minister Tschernow gefangen, radikale Putilow-Arbeiter fordern die Auslieferung von Zereteli. Die Parolen werden gegen die Regierung und die sie unterstützenden Sowjet-Führer gerichtet, die Sowjets zur alleinigen Machtübernahme aufgefordert. Das bolschewistische Zentralkomitee sieht einerseits den Zeitpunkt für einen erfolgreichen Sturz der Regierenden noch nicht gekommen, kann sich andererseits aber nicht gegen die Demonstranten stellen, die zunehmend die Losungen und Parolen der Bolschewiki aufgreifen. Es beschließt daher, die Demonstration zu unterstützen und ihr einen organisierten, aber friedlichen Charakter zu geben. Es kommt dennoch wiederholt zu Schießereien, bei denen häufig nicht auszumachen ist, ob sie von Provokateuren verursacht werden oder Zeichen ungezügelter Radikalisierung sind.

Die provisorische Regierung verhängt am 4. Juli über Petrograd den Kriegszustand und läßt Truppen von der Front holen. Sie setzt Kosaken und Offiziersschüler gegen die Aufständischen ein, von denen Teile nur widerwillig dem Beschluß des ZK der Bolschewiki folgen, sich zurückzuziehen.

Noch in der Nacht vom 4. auf den 5. Juli beginnt die Verfolgung der Bolschewiki. Die Redaktion ihrer Zeitung ,,Prawda'' und ihre Druckerei werden demoliert, ein Arbeiter wird ermordet, Führer der Bolschewiki verhaftet (u.a. Trotzki, Alexandra Kollontai, Kamenew, Lunatscharski). In der Folge werden beteiligte Truppenverbände aufgelöst, Arbeiter entwaffnet, Massenverhaftungen vorgenommen, die Zeitungen der Bolschewiki verboten, die Todesstrafe an der Front eingeführt. Teile der Bolschewiki gehen in die schon unter dem Zarismus eingeübte Illegalität, Lenin und Sinowjew entziehen sich der Verhaftung durch Untertauchen. Im August geht Lenin nach Finnland. Gegen die Bolschewiki, vor allem aber gegen Lenin, wird seit seiner Rückkehr im April eine bis zur Pogromhetze gesteigerte Kampagne geführt, er sei Agent der Deutschen, Spion, Vaterlandsverräter.

Die demokratische Februarrevolution hat endgültig ihre ,,Unschuld'' verloren. Es gehört zur Tragik der gemäßigten linken Parteien, daß ausgerechnet die ersten Wochen einer von ihnen geführten Regierung charakterisiert werden durch die Front-Offensive, rigide Disziplinierungsversuche in der Armee und Verfolgung und Verhaftung der linken Opposition, während Herrschaft und Privilegien der besitzenden Klassen unangetastet bleiben.

In seinen Erinnerungen hat der spätere erste sowjetische Volkskommissar für Bildung, A. Lunatscharski, diese Tragik am Auftritt eines der maßgeblichen menschewistischen Führer während des gescheiterten Juli-Aufstands geschildert: ,,*Als der Menschewik Dan, nicht ohne Pose, aber sicher aufrichtig erklärte, daß seine Genossen lieber unter den Kugeln der Aufständischen fallen, als die Parole der Juli-Demonstration übernehmen würden, war dies im wahrsten Sinne des Wortes tragikomisch. Es lag eine gewisse Tragik darin, es lag darin wirkliche Tapferkeit; ich bezweifle nicht, daß Dan und einige seiner Genossen in diesem Augenblick wirklich bereit waren, heldenhaft zu sterben. Ihr Heldentum bestand darin (hier zeigte sich die revolutionäre Schule dieser Männer, die vor so kurzer Zeit noch unsere Genossen in der unterirdischen Arbeit waren), daß sie tatsächlich bereit waren, für ihre Überzeugung zu sterben; die Komik aber darin, daß sie diesen Märtyrertod aus Angst vor der revolutionären Macht, die die Volksmassen in ihre Hände legten, auf sich nehmen wollten. Sie waren bereit, auf ihrem Posten zu sterben, den Gedanken der Koalition mit der Bourgeoisie verteidigend, bis zum letzten Atemzug kämpfend gegen die Parole ‚Nieder mit den kapitalistischen Ministern'*''.

Kerenskij im Machtrausch

Infolge der Juli-Ereignisse tritt Fürst Lwow an der Spitze der Provisorischen Regierung zurück, weil er die sich herausbildende stärkere Präsenz der linken Parteien in der Regierung nicht mittragen will. Die Bourgeoisie ist gespalten, nur noch ein Teil ist bereit, mit den Sozialisten und ihrer Mehrheit im Sowjet zusammenzuarbeiten. Den trügerischen Sieg über die Bolschewiki vor Augen, verspricht die Restregierung in einer Deklaration am 8. Juli eine Friedenskonfe-

„Als unsere Welt unterging"

Die Revolution aus der Sicht einer Aristokratin

Die Verfasserin erlebte die Revolution 22jährig in Petrograd, auf Broniza, einem Landgut in der Ukraine und später in der ukrainischen Bezirksstadt Mogilew. Ihr Vater, Fürst Nikolaj, hatte über mehrere Landgüter samt zugehöriger Dörfer verfügt. — Auf Drängen Solschenizyns wurden die Tagebücher 1984 wieder ausgegraben und veröffentlicht.

Petrograd, 12. Februar 1917

Alles ist so widerlich, grau, unangenehm; je mehr man darüber nachdenkt, desto schwerer wird einem ums Herz. Man möchte die Augen schließen, nichts sehen, nichts denken, nichts wissen; man möchte vergessen, sich ablenken, um diese Zeit möglichst schnell hinter sich zu bringen. Je länger es geht, desto ärger wird es. Über dem armen Rußland hängt eine schwarze Wolke, und niemand weiß, wie sie sich entladen wird.

27. Februar, 5 Uhr nachmittags

Auf den Straßen umringen Massen von Soldaten und „Genossen" die Offiziere und nehmen ihnen die Säbel ab. Wir haben gesehen, wie ein Soldat zu Pferd auf einen Offizier zugeritten ist und ihm direkt ins Gesicht gezielt hat. Durch die Straßen fahren Autos voll Soldaten mit Gewehren und roten Fahnen. Die Menge stürzt ihnen entgegen und gröhlt „Hurra". — Das alles ist abstoßend, und es ist schwer, seinen Augen zu trauen.

Petrograd, 14. März 1917

Im Moment befindet sich ganz Rußland, sein Glück, seine Zukunft, seine Ehre, in den Händen einer Bande ungebildeter, grober Banditen, die nichts anderes im Kopf haben als das Aufhetzen einer Bevölkerungsschicht gegen die andere, die Autonomie der Juden, die Aufteilung des Grundbesitzes, den Achtstundentag und derartiges mehr. ... Jeder Tag bringt empörende Neueinführungen. ... Die Unzufriedenheit wächst mit jedem Tag; darüber spricht man aber nur leise untereinander, da man jetzt seine Meinung weniger frei äußern kann als früher.

Broniza, 27. Juni 1917

Es gibt keine verantwortlichen Ministerien, stattdessen eine Behörde, die sich „Provisorische Regierung" nennt, das heißt eine Ansammlung von Leuten, die keine Macht, keine Gewalt und auch nicht das Wissen haben, um, wie ihr Name sagt, zu regieren und ihre Vollmacht ausüben zu können. ... Eine erfreuliche Ausnahme ist der Heeres- und Marineminister Kerenski, der sich am 18. Juni selbst an die Spitze des Angriffs der Soldaten gestellt hat. ... Wir haben keine öffentliche Meinung mehr, nur mehr das Geschrei der Bolschewiken und Leninisten. Es gibt „das große arbeitende Volk" und alle, die nicht dazugehören, das heißt Menschen, die nicht ausschließlich von ihrer Hände Arbeit leben, sind die „Burshui", die man verfolgen, berauben und ausrotten muß. Es gibt fast keine Armee mehr, dafür aber zwei Millionen oder mehr Deserteure; es gibt keine Gerichte, stattdessen die Lynchjustiz der Massen; es gibt nicht einmal einen Bruchteil der Ordnung, die es unter dem „alten Regime" gab. Dafür herrschen totale Entfesselung, Zerfall, mit einem Wort Anarchie.

man verfolgen, berauben und ausrotten muß. Es gibt fast keine Armee mehr, dafür aber zwei Millionen oder mehr Deserteure; es gibt keine Gerichte, stattdessen die Lynchjustiz der Massen; es gibt nicht einmal einen Bruchteil der Ordnung, die es unter dem „alten Regime" gab. Dafür herrschen totale Entfesselung, Zerfall, mit einem Wort Anarchie.

Broniza, 19. Juli 1917

Kann ein Arbeiter, der jetzt Rußland beherrscht, seine Zeit nur auf Versammlungen und bewaffneten Aufmärschen verbringt und für diesen Zeitvertreib große russische und deutsche Geldsummen bezieht, wirklich wieder ein ehrlicher und guter Mensch werden? Kann ein Schüler fleißig lernen, wenn man ihm einredet, daß es nicht notwendig ist, lesen und schreiben zu lernen? Kann ein Offizier wie früher alle Schwierigkeiten mit den Soldaten brüderlich teilen, wenn diese Soldaten nur darauf aus sind, ihn zu verhöhnen und zu töten? Kann ein Gutsbesitzer wie früher die Bauern ehren und schätzen, wenn diese nur daran denken, wie sie ihm am besten alles wegnehmen und durch ihre Grobheiten und Gewalttaten ihre Macht zeigen können? Nein, nein und abermals nein!

Broniza, 2. August 1917

Alle waren sehr ruhig und sehr beschäftigt. Es wurden viele Pläne gemacht und viel debattiert: soll man weggehen, soll man bleiben und auf die Deutschen warten als auf die einzigen, die Ordnung machen könnten?

Broniza, 2. Oktober 1917

Für mich ist Kornilov kein Meuterer, wie ihn alle Zeitungen darstellen. Er ist ein Mensch, der der höchsten Verehrung würdig ist. Was er bisher getan hat, tat er aus Liebe zu Rußland - und jetzt sind alle gegen ihn, sogar jene, mit deren Unterstützung er hätte rechnen können.

Broniza, 6. Oktober 1917

Was diese schreckliche Geschichte zur Folge hatte: überall eine fürchterliche Zunahme der Bolschewiken - allein die Wahlen zur Moskauer Rayons-Stadtduma und zum Sowjet der Arbeiter- und Soldatenräte in Petrograd und Kiew sprechen da eine deutliche Sprache -, das Entstehen einer noch nie dagewesenen Anarchie im ganzen Land, eine noch stärkere Zersetzung der Armee ... Wenn die gesetzgebende Versammlung jetzt zusammentritt, so ist das der endgültige und sichere Untergang Rußlands. Denn überall, bei allen Wahlen, erobern die Bolschewiken jetzt die ersten Plätze. ...

Broniza, 29. Oktober 1917

Als gestern die Post kam, hatten wir nicht einmal Zeit, die Tasche zu öffnen, da kam schon Nuditschka und beglückwünschte uns zum neuen Ministerpräsidenten - Lenin. Olga und ich spielten gerade vierhändig Klavier - als wir diese Nachricht hörten, erstarrten wir. ... In Petrograd geht alles drunter und drüber: man prügelt sich auf den Straßen, überall sind Schützengräben ausgehoben und Barrikaden errichtet worden. Die Bolschewiken haben die Bahnhöfe, die Brücken, das Postamt, die Staatsbank und das Telegrafenamt besetzt. Die Stadt ist in ihren Händen. Das Winterpalais, in dem sich Mitglieder der Regierung mit einer Gruppe von Offiziersanwärtern verteidigt haben, wurde von Kanonen aus der Peter-Pauls-Festung und vom Kreuzer „Aurora" beschossen, der in die Newa ausgelaufen ist. Es wurde besetzt, ebenso das Marmorpalais. — Wir wußten, daß die Nachrichten schlecht sein würden, aber das haben wir nicht erwartet.

Aus: Als unsere Welt unterging. Tagebuch der Prinzessin Katharina Sayn-Wittgenstein aus den Tagen der Russischen Revolution, Berlin: Siedler 1984

renz mit den Alliierten, Boden für die Bauern und Achtstundentag und es wird erstmals ein Termin für die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung genannt (17. September), der kurze Zeit danach aber bereits verschoben wird (20. November). Doch die — mit der vollen Unterstützung der Sowjet-Mehrheit — am 21. Juli neugebildete „Regierung zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution" übernimmt das Programm nicht. Lwows Nachfolger wird Kerenskij, der eine neue Koalitionsregierung aus 7 Ministern der Bürgerlich-Liberalen und 8 der Sozialrevolutionäre/Menschewiki bildet. Mit General Kornilow wird der Mann zum neuen Oberbefehlshaber gemacht, auf den sich alle Hoffnungen der Bourgeoisie richten. In der Regierungserklärung kommt bereits das für Kerenskij typisch werdende Pathos vom Appell an die „*rückhaltlose und begeisterte Hilfe aller lebendigen Kräfte des Landes*" zum Ausdruck.

In den nachfolgenden Wochen im Juli und August formieren sich die Kräfte neu. Kerenskij ist von der Mission beseelt, als Retter Rußlands „*alle staatsschöpferischen Kräfte ohne Unterschied ihrer Partei- und Klassenzugehörigkeit zu vereinigen*", wie er in seinen Erinnerungen formuliert (21). Die von ihm mitinitiierte Moskauer Staatskonferenz vom 12. bis 15. August scheint ihm dafür der Durchbruch. Nach seiner Überzeugung war die Macht der Sowjets im Sinken, auf der Rechten ein isoliertes Häuflein von Monarchisten und auf der Linken — ebenfalls zu vernachlässigen — die in den Untergrund gejagten Bolschewiken. Gestärkt worden sei aber das „Staatsbewußtsein". Dieses sieht er in der Moskauer Beratung von 2.500 Vertretern alter und neuer Parteien, Ständevertretungen, Selbstverwaltungsorganen repräsentiert. Die Vertreter von Organen aus der Zarenzeit überwiegen, Delegierte aus den nach der Februarrevolution geschaffenen Sowjets und neuen Organen sind in der deutlichen Minderheit. Doch wird die Staatsberatung vor allem zum Triumpf des neuen starken Mannes der Rechten, General Kornilow, der die Vertreter der Bourgeoisie um sich sammeln kann. Während Kerenskij von dem symbolischen Händedruck zwischen dem Industriellen Bublikow und dem Menschewiken Zereteli schwärmt, treffen sich am Rande der Konferenz Vertreter der Kadetten und ehemaliger bürgerlicher Koalitionsparteien, Industrielle und Befehlshaber der Armee und verabreden eine Sammlung der bürgerlichen Kräfte. Während die Mehrheitsparteien aus den Sowjets auf der Beratung in deutlicher Minderheit sind, haben die Bolschewiki sie boykottiert und stattdessen die Moskauer Arbeiter zum Proteststreik aufgerufen, der auch von großen Teilen der Arbeiter befolgt wird.

Die Parteien der Linken

Bei den Parteien der Linken haben die Auseinandersetzungen der Monate seit der Februarrevolution erhebliche Diffe-

Die Parteien der Linken

Bei den Parteien der Linken haben die Auseinandersetzungen der Monate seit der Februarrevolution erhebliche Differenzierungen gebracht. Die Führungsgruppe der Mehrheitsströmung der Menschewiki hat sich mit Haut und Haaren dem Bündnis mit der Bourgeoisie zur Vervollkommnung der bürgerlich-demokratischen Revolution verschrieben. Als die Kadetten Anfang Juli aus der Regierung austreten und auf Distanz gehen, werfen die Menschewiki ihnen „*Verrat an den Erfordernissen der Demokratie*" vor. Die Position der „revolutionären Vaterlandsverteidigung", längst schon von der Führungsgruppe propagiert und in den Sowjets durchgesetzt, erhält auf dem August-Parteitag der Menschewiki 55% Zustimmung. (Der Vorsitzende des Petrograder Sowjets, der Menschewik Tscheidse, erklärt auf der Moskauer Beratung namens des Sowjets, daß „*das Schicksal des Landes und der Revolution von der Wiedergeburt der Kräfte der Armee abhängt*".) Fast 10% der Menschewiki unterstützen die Rechten, die sich zur Vaterlandsverteidigung ohne Zusatz „revolutionär" bekennen oder wie die „Jedinstwo"-Gruppe (nach dem Namen der Zeitung Plechanows) die Entwicklung zur Demokratie von den Kriegserfordernissen abhängig machen will. Die übrigen rechnen sich zum größeren Teil (über 20%) den Menschewiki-Internationalisten um Martow zu, die die Vaterlandsverteidigung und den Eintritt in die Koalitionsregierung mit den Kadetten ablehnen. Nach der Juli-Krise greifen sie zwar nicht die Parole von der Sowjetmacht auf, halten aber die Machtübernahme durch die Parteien der „revolutionären Demokratie" für notwendig. Knapp 10% der Menschewiki stimmen für Positionen der Vereinigten Sozialdemokraten-Internationalisten, die sich um die von Maxim Gorki herausgegebene Zeitung „Nowaja Shisn" sammeln. Sie verstehen sich als zwischen den gespaltenen Flügeln der SDAPR (den Menschewiki und Bolschewiki) stehend. Zwar verbleiben auf dem Augustparteitag alle Flügel innerhalb einer Partei, doch kommt es zu keiner Einigung auf gemeinsame Politik.

Im Mehrheitsbündnis aus Sozialrevolutionären und Menschewiki in den Sowjets geben Letztere den politischen Kurs an. Die Führer der (größeren) Partei der Sozialrevolutionäre ordnen sich weitgehend den Überlegungen der Menschewiki-Mehrheit unter, bzw. begrüßen die Politik des früheren Mitgliedes der SR und jetzigen Trudowiki Kerenkij. Doch innerhalb der Sozialrevolutionäre hat sich auf dem Parteikongreß Anfang Juni ein linker Flügel um Maria Spiridonowa gebildet, der sich immer weiter vom Parteizentrum entfernt und den Bolschewiki annähert.

Anfang Juli schließt sich die bis dahin eigenständige sozialdemokratische Gruppe der Mejrajoncy um Trotzki, Lunatscharski u.a. den Bolschewiki an.

Für Lenin ist nach den Juli-Ereignissen klar: „*Die Führer der Sowjets und der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki (...) haben die Sache der Revolution endgültig verraten, haben sie den Konterrevolutionären ausgeliefert und sich und ihre Parteien sowie die Sowjets zum Feigenblatt der Konterrevolution gemacht*", schreibt er am 10. Juli (22). „*Der labile Zustand der Macht ist zu Ende*", eine friedliche Weiterentwicklung der Revolution sieht er als verpaßt an: „*Die friedliche Entwicklung wäre damals möglich gewesen, sogar in der Beziehung, daß der Kampf der Klassen und Parteien innerhalb der Sowjets, wenn die ganze Fülle der Staatsmacht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre, sich möglichst friedlich und schmerzlos hätte abspielen können.*" (24) Den Menschewiki wirft er vor, daß gerade ihre Politik und die Verweigerung der Machtübernahme durch die Sowjets die Situation der Drohung einer Konterrevolution herbeigeführt hat: „*Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung hätte es im Staate keine andere Macht als die der Sowjets geben dürfen. Nur dann wäre unsere Revolution eine wirkliche Volksrevolution (...) geworden.*" (25). Die Politische Lage erfordere die Alternative: Konterrevolution „*oder Sieg des bewaffneten Aufstands*" ins Auge zu fassen und sich von „*konstitutionellen und friedlichen Illusionen*" zu verabschieden. Ziel dieses Aufstands „*kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein.*" (26) Damit ist das Stichwort für die Diskussion der nächsten Wochen um den Aufstand und seine Vorbereitung gegeben.

Nikolai Dubrowski

DAS QUARTETT

Genosse Menschewik,
SR, Kadett und Trudowik
versammelten sich zum Quartett —
nach kurzem Streit mit dem Kadett.
Sie holten Kontrabaß sich, Cello und zwei Geigen,
der Welt nun ihre Kunst zu zeigen.
Auf einer Wiese, unter Linden,
schrummten sie los — doch war von Kunst nichts dran zu finden.

„Halt, nicht so wild", ruft der Kadett,
„fein säuberlich!
Paßt auf, so wird Musik draus, macht es nur wie ich!
Ich bin genauso Sozialist, wir ihr es seid,
so in 300 Jahren, wenn auch noch nicht heut!
Wir haben Krieg und sollten doch deswegen
die Meinungsunterschiede mal beiseite legen!"
„Unsinn, Genosse", ruft nun der SD ihm zu,
„ach, nichts als ein Kadett bis du!
In dieser Frage treffen wir uns nie:
Der Krieg ist stets ein Krieg der Bourgeoisie!
die Meinungsunterschiede mal beiseite legen!"
„Unsinn, Genosse", ruft nun der SD ihm zu,
„ach, nichts als ein Kadett bis du!
In dieser Frage treffen wir uns nie:
Der Krieg ist stets ein Krieg der Bourgeoisie!
Ja, Frieden ohne Annexionen würd ich schließen,
obwohl wir doch die Front erst stärken müssen."
„Genossen, neu ist all das längst nicht mehr",
ruft der SR jetzt, „hört mal alle her!
Wir stählen durch den Krieg der Freiheit Mächte,
im Kampf entwickeln sich die Völkerrechte!"
Beifall und Pfiffe folgten drauf in Menge.
Die Sozialisten trieben den Kadetten in die Enge,
bis plötzlich der SR ihn unterstützte,
was wiederum den Menschewiken sehr erhitzte.
Aufs neue gab's Gepfeif, Gekreisch, Geschrei —
ein Bauer, der den Lärm vernommen, lief herbei.
Den baten sie, doch ihre Zweifel zu zerstreun.
„Tritt näher, bitte, du sollst unser Schiedsmann sein!
Hier sind unsere Programme
du wirst sie lesen wollen!
Sag nur, wie wir uns setzen sollen?"
„Euch setzen? Ach, du liebe Zeit!
Ganz sinnlos find ich euren Streit.
Laßt ab davon, das kann ich euch nur raten.
Ihr sprecht zwar ungleich, doch ihr gleicht euch in den Tagen".

Kornilows Putschversuch gescheitert

Am 21. August durchbrechen die Deutschen bei Riga die russische Front und marschieren Richtung Petrograd. Der Oberbefehlshaber und neue „Retter" des alten Rußland, General Kornilow, nutzt die Situation, Truppen zum Schutz nach Petrograd zu schicken und die dortige Garnison, die seit dem Februar selbständig ist, wieder dem Befehl des Hauptquartiers zu unterstellen. Am 25. August läßt die Provisorische Regierung Petrograd evakuieren. Kornilow stellt der Regierung Kerenskij ein Ultimatum, in dem er sich zur höchsten Autorität im Staat erklärt. Gleichzeitig münzt er den Marsch der Truppen nach Petrograd in die Drohung um, die Februarrevolution zu kippen. Sein Putsch soll Rußlands letzte Rettung sein, weil „*die Provisorische Regierung unter dem Druck der bolschewistischen Mehrheit der Sowjets in vollem Einverständnis mit den Plänen des deutschen Geheimstabes handelt*". (27)

Doch Kornilow und die hinter ihm stehenden Kräfte der Bourgeoisie — bedeutender als die Unterstützung durch die versammelte Anhängerschaft des Zaren ist die durch den abgetretenen Außenminister Miljukow und große Teile seiner Kadetten-Partei — haben sich getäuscht. Kerenskij gibt nicht nach, sondern erklärt Kornilow für abgesetzt, erläßt den Befehl an die Truppen zum Rückmarsch und duldet

nicht nur, sondern begrüßt die Bewaffnung der Bolschewiki und der Arbeiter. Selbst die intensive (und erfolgreiche) Zersetzungsarbeit der Bolschewiki unter den vorrückenden Kornilow-Truppen wird begrüßt. Die Bolschewiki mobilisieren und rufen zum Kampf gegen die Konterrevolution um jeden Preis auf. Kornilows Putschversuch bricht überall dort zusammen, wo seine vorrückenden Truppen in Kontakt mit der Bevölkerung kommen. Kerenskij hat gesiegt, aber nur, weil die Bolschewiki so entschlossen reagiert haben. Sie sind die eigentlichen Sieger. Innerhalb weniger Tage hat sich gezeigt, daß ihr erzwungenes Abtauchen in den Untergrund ihnen nicht den Einfluß genommen hat, sondern daß dieser im Gegenteil weiter angestiegen ist.

Die politische Mitte wird zerrieben

Noch während des Putsches — am 28. August — treten die bürgerlichen, den Kadetten nahestehenden Minister zurück. Entweder, weil sie mit dem Putsch sympathisieren oder weil sie nicht die Verantwortung für Kerenskijs Aufruf zur Unterdrückung des Putsches tragen wollen. Menschewiki wie auch Sozialrevolutionäre versuchen vergeblich, die neue Regierung an ein „Vorparlament" zu binden, das als Übergang zur Konstituierenden Versammlung auf der Petrograder „Demokratischen Konferenz" vom 14. bis 22. September gebildet wird. Aufgerufen zu dieser Konferenz hat das von den gemäßigten Sozialisten beherrschte Zentralexekutivkomitee der Sowjets. Es ist ihr letzter Versuch, im Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie zu retten, was noch zu retten ist. Auf der Konferenz erhält der Vorschlag einer erneuten Koalitionsregierung zwar noch eine knappe Mehrheit mit 766 gegen 688 Stimmen, doch eine Koalition mit den Kadetten wird abgelehnt. Damit bleibt aber auch im Nebel, mit wem denn eine solche bürgerlich-demokratische Koalition gebildet werden soll.

Kerenskij, der in der Zeit zwischen dem Kornilow-Putsch und der Regierungsneubildung am 25. September (so lange dauert das Ringen um eine neue Koalition) mit einem fünfköpfigen Direktorium wie ein Alleinherrscher regiert, brüskiert die gemäßigten Linksparteien. Die haben in Anlehnung an die „Demokratische Konferenz beschlossen, nur noch an einer Koalitionsregierung ohne Kadetten teilzunehmen. Dies lehnt Kerenskij ebenso ab, wie die Bedingung, seine Regierung an das „Vorparlament" anzubinden. Der dritten (und letzten) Koalitionsregierung Kerenskij gehören zwar mehrheitlich Minister der Menschewiki und Sozialrevolutionäre an, aber auch vier Kadetten-Minister. Die Menschewiki behelfen sich — gegen ihren eigenen Beschluß — damit, ihre vier Ministerposten mit weniger prominenten Parteileuten zu besetzen.

Die dritte Koalitionsregierung nach der Februarrevolution wird die mit der geringsten Autorität und Unterstützung. Teile der Bourgeoisie haben sich nach dem Kornilow-Putsch zurückgezogen und sinnen auf einen neuen konterrevolutionären Schlag.

Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind hoffnungslos hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach einer starken Regierung und der Erkenntnis, daß ihre Stellung in den Sowjets schwindet. Dafür werden die Bolschewiki immer stärker und beschließen zudem, nach der „Demokratischen Beratung" noch schwankend, einen Tag vor der Eröffnung des „Vorparlaments" am 7. Oktober dessen Boykott. Es ist das eingetreten, was Lenin zwei Monate vorher in seiner Schrift „Drei Krisen" das „*‚Hinwegspülen' der Elemente*

des „Vorparlaments" am 7. Oktober dessen Boykott. Es ist das eingetreten, was Lenin zwei Monate vorher in seiner Schrift „Drei Krisen" das „*‚Hinwegspülen' der Elemente*

der Mitte in Verbindung mit einem stürmischen Hervortreten der bürgerlichen und der proletarischen Elemente" nennt (28), ihr Zerreiben in der Klassenkonfrontation.



(Zeichnung des japanischen Künstlers Ko Jamadzaki)

Bolschewiki werden stärker

Die Schwäche der gemäßigten Linken korrespondiert mit der wachsenden Stärke der Bolschewiki in den Räten. Zwar besetzen Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit ihren Mehrheiten noch die zentralen Rätegremien wie im Zentralexekutivkomitee aller russischen Sowjets. Doch entsprechen diese in der Entwicklung von August bis Oktober längst nicht mehr den Mehrheitsverhältnissen im Proletariat.

Vorreiter der veränderten Mehrheitsverhältnisse ist die Arbeiterbewegung in Petrograd, die sich außer dem Sowjet eigene Fabrikkomitees gebildet hat. Auf ihrer ersten Petrograder Stadtkonferenz im Mai repräsentierten die Bolschewiki bereits drei Viertel der 568 Delegierten, die 337.000 Arbeiter vertreten. Die Fabrikkomitees haben bereits seit Ende April in Petrograd und anderen Städten begonnen, bewaffnete Arbeitermilizen aufzubauen, die eine wichtige Funktion bei der Niederschlagung des Kornilow-Putsches ausüben. Am 14. September werden die Petrograder Milizen in „Rote Garden" umbenannt, die den Oktober-Aufstand militärisch mit absichern.

In den nach dem Februar neugegründeten Gewerkschaften erringen die Bolschewiki seit dem Sommer die Mehrheit. Auf der „Demokratischen Konferenz" stellen sie bereits knapp 60% aller Gewerkschaftsdelegierten gegen 38% Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Im Oktober haben sie mit Ausnahme so wichtiger Gewerkschaften, wie die der Eisenbahner, Drucker und Post/Telegrafenarbeiter, überall deutliche Mehrheiten.

Bei den Bezirksdumawahlen in Petrograd im Juli werden die Bolschewiki mit 67 (vorher 37) Abgeordneten fast so stark wie die Sozialrevolutionäre (75), während die Menschewiki auf 8 (vorher 40) absinken. Noch krasser die Entwicklung bei der Moskauer Bezirksdumawahl am 24. September: die Bolschewiki steigern sich gegenüber Juni von 12 auf 51%, die Sozialrevolutionäre (von 58 auf 14%) und Menschewiki (von 12 auf 4%) verlieren erheblich. Demgegenüber — ein deutliches Zeichen der Polarisierung — verbessern sich die Kadetten von 17 auf 26%.

In den Sowjets ist der Stimmungsumschwung ebenfalls deutlich: Kronstadt ist seit Mai fest in der Hand von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären, in Finnland erklären die Räte am 21. September, daß sie über Annahme oder Ablehnung von Verordnungen der Koalitionsregierung entscheiden. Im Estland stellen die Bolschewiki die absolute Mehrheit in den Stadtsowjets (u.a. Reval) und dem Gebietssowjet. In Petrograd wird erstmals am 31. August — noch unter dem Eindruck des Kornilow-Putsches — mit 279 gegen 115 Stimmen (51 Enthaltungen) eine Resolution der Bolschewiki angenommen: ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung und die Forderung nach der Sowjetmacht. Am 9. September erreichen die Bolschewiki trotz voller Gegenmobilisierung von Menschewiki und Sozialrevolutionären in einer Kampfabstimmung mit 519 gegen 414 Stimmen erneut die Mehrheit, knapp drei Wochen später wird Trotzki zum Vorsitzenden des wichtigsten, des Petrograder Sowjets gewählt. Er löst den Menschewiki Tscheidse ab und nimmt damit eine Position ein, die er schon einmal im Jahre 1905 gehabt hat. In Moskau wird am 5. September die Resolution über die Sowjetmacht mit 355 gegen 254 Stimmen im Sowjet angenommen, im Exekutivkomitee bleiben die Sozialrevolutionäre in der Mehrheit, im Plenum dominieren zukünftig die Bolschewiki. In den Umgebungssowjets Moskaus haben die Bolschewiki die Mehrheit.

Im Oktober verändern sich die Mehrheitsverhältnisse in den Sowjets rapide. Die Bolschewiki und linken Sozialrevolutionäre stellen deutliche Mehrheiten in Petrograd und weiter Umgebung, in Moskau und Umgebung, vielen Stadt- und Gebietssowjets und den meisten Armeesowjets, die nicht zur Front gehören. Sie bleiben eine Minderheit vor allem in den Bauernsowjets, in den Soldatenräten an der Front und den Sowjets einer Reihe größerer Städte, vor allem in Georgien. Heftig bekämpfen Menschewiki und Sozialrevolutionäre das Vorhaben, einen Sowjetkongreß vor den Wahlen und der Eröffnung der Konstituierenden Versammlung abzuhalten, in der Befürchtung, dadurch könnten die Räte sich über die Konstituante erheben. Der Petrograder Sowjet beschließt am 21. September zum 2. Allrussischen Sowjetkongreß aufzurufen. Nur widerwillig folgt das Zentralexekutivkomitee und legt den Kongreß für den 20. Oktober fest. Im folgenden Ringen um Zustimmung und Absage setzen sich die Bolschewiki schließlich durch. Um Zeit zu gewinnen, legt das Zentralexekutivkomitee den 25. Oktober als endgültigen Termin fest.

Deutlich werden die Bolschewiki die Partei des Proletariats, das zwar die aufstrebende Klasse ist, in der überwiegendagrarischen Bevölkerung Rußlands aber eine deutliche Bevölkerungsminderheit bildet (siehe Einleitung). Die Mitgliederzahl der Bolschewiki entwickelt sich stürmisch von schätzungsweise 20.000 Anfang 1917 auf 80.000 im April, 240.000 im August und ca. 350.000 im Oktober. (29)

Am Vorabend der Oktoberrevolution



Das Vertrauen in die Provisorische Regierung und die alten Mehrheitsparteien der Sowjets nimmt ab. Keine der Erwartungen können sie erfüllen, in allem wird deutlich, daß sie zugunsten des Bündnisses mit der Bourgeoisie auf einschneidende Reformen verzichten. Die Wahlen, auf die alle Hoffnungen geschoben werden, werden mit Rücksicht auf die Bürgerlichen immer wieder verschoben.

Die sich verschlechternde Versorgungslage und die massive Rückwanderung von der Front in die Städte, vor allem aber in die Heimatdörfer, führt zu immer heftigeren Auseinandersetzungen auf dem Lande. Die Geduld der armen und landlosen Bauern, immer wieder auf die Bodenreform nach der Konstituierenden Versammlung vertröstet, ist kaum noch zu zügeln. „*Auf den Grund und Boden wartet bis zur Konstituierenden Versammlung! Auf die Konstituierende Versammlung wartet bis zum Kriegsende! Auf das Kriegsende wartet bis zum vollen Sieg! Das ist es, was dabei herauskommt*", charakterisiert Lenin Ende Juli diese „Verhöhnung" der Bauern durch ihre eigene Partei, die Sozialrevolutionäre, und die Provisorische Regierung („Die Lehren der Revolution" (30)). Im August und September häufen sich gewaltsame Landnahme, Raub, Vertreibung oder Ermordung der Landbesitzenden. Die vom Großgrundbesitz aus durchsichtigem Interesse bewirkte Verschiebung einer Umverteilung des Landes führt immer häufiger zu gewaltsamer Landnahme und regionalen Bauernaufständen, so daß die Provisorische Regierung mit Militär gegen die Bauern vorgeht. Anders als in den Städten bleibt aber die Organisierung der Bauernsowjets zurück, dominieren auf dem Land nach wie vor die Sozialrevolutionäre. Doch nimmt innerhalb der SR der Einfluß ihres linken Flügels im September und Oktober zu.

In den Städten haben die gutorganisierten Arbeiter und ihre Fabrikkomitees kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne erkämpfen können. Streiks sind — in Kriegszeiten — zum normalen Kampfmittel geworden. Gleichzeitig reagieren die Unternehmer mit Rückendeckung des (menschewistischen) Arbeitsministers immer häufiger mit Aussperrungen und Betriebsstillegungen. Die Forderung nach Arbeiterkontrolle über Betriebe und Produktion wird immer populärer.

Gleichzeitig wird die Versorgungslage immer katastrophaler, nimmt die Kriegsbereitschaft immer mehr ab, droht das Land im Chaos zu versinken. Man kann es kaum krasser schildern, als der Kriegsminister Werchowskij wenige Tage vor der Revolution in einer vertraulichen Versammlung des „Vorparlaments" über die Lage der Armee, die vermutlich sogar noch geschönt wird: „*Der Minister nannte als Gesamtstärke der russischen Streitkräfte 10,2 Millionen Mann, davon standen sechs Millionen an der Front, die übrigen im rückwärtigen Gebiet und in verschiedenen Gliederungen. Der Staat kann zahlenmäßig eine so große Armee nicht unterhalten. Man müßte sie zur Demobilisierung auf 9 Millionen reduzieren. Nach dem Bericht des Ernährungsministers kann das Land jedoch nicht mehr als 7 Millionen ernähren. Die Verminderung der Armee stößt jedoch auf den Widerstand des Generalstabes. Der Minister nennt dann Zahlen, welche davon zeugen, daß die Verpflegung in der Armee immer schlechter wird; besonders an der Nordfront wird die Lage äußerst kritisch. in einem beklagenswerten Zustand ist auch die Versorgung der Armee mit Kleidung und Schuhwerk. Was den Geist der Armee betrifft, ist er sehr tief gesunken, nicht nur unter den Soldaten, sondern auch unter den Offizieren. Die Zahl der Deserteure hat min-*

destens 2 Millionen erreicht (...) Der Minister weist darauf hin, daß besonders willensschwache und am wenigsten strenge Offiziere unter den Soldaten besonders beliebt sind.'' (31) Wechowskij kommt zu dem Schluß, *,,daß wir den Krieg nicht fortsetzen können.''* Wie sich zeigt, ist die Armee dermaßen von der Kriegsunwilligkeit zersetzt, daß sie sich für die Interessen der Herrschenden weder an der Front, noch im Inneren einsetzen läßt.

In der russichen Bourgeoisie sind die Zweifel seit dem Februar gewachsen, ob die Revolution angesichts der Frontlage noch aufzuhalten ist. Doch ist sie zu keiner Entscheidung in der Lage. Der britische Botschafter in Rußland, Buchanan, behauptet in seinen Erinnerungen, daß er dem englischen Außenministerium nach der Revolution telegrafiert habe: *,,Der einzige noch verbleibende sichere Weg ist, Rußland von seinem Versprechen zu entbinden und dem russischen Volk zu sagen, da wir sähen, wie erschöpft es durch den Krieg und durch die mit einer großen Revolution unvermeidlich einhergehenden Wirren sei, überließen wir die Entscheidung, ob es den Frieden zu deutschen Bedingungen erkaufen oder mit den Alliierten weiterkämpfen wolle (...) Wenn wir auf unserem Recht bestehen und verlangen, daß Rußland die 1914 eingegangenen Verpflichtungen einhält, spielen wir nur Deutschlands Spiel.''* Sechs Monate eher diese Erkenntnis, schreibt der Journalist Louis Fischer in seiner Lenin-Biografie, *,,so hätte es vielleicht keine Sowjetregierung gegeben''* (32).

So aber steuert alles auf eine solche Regierung zu. Und der Krieg, der ja kein wegzudenkender Zufall ist, genausowenig wie seine Unterstützung durch Teile der sozialistischen Bewegung, hat sicherlich maßgeblich dazu beigetragen, daß die Bolschewiki ernsthaft über die Vorbereitung eines Aufstands gegen die Provisorischen Organe diskutieren und die Machtübernahme vorbereiten können.

Kontroverse Diskussion um den Aufstand

Am 10. Oktober tritt das Zentralkomitee der Bolschewiki in Petrograd zusammen, um über die konkrete Vorbereitung des Aufstands zu beschließen. Mit 10 gegen 2 Stimmen wird eine Resolution Lenins angenommen, die formuliert, daß der Aufstand *,,unumgänglich und völlig herangereift''* ist. Die Parteiorganisationen sollen an die praktische Vorbereitung gehen. Als Begründung wird das Heranreifen der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa beschworen, vor allem aber werden zur Begründung die innere Lage — Bauernaufstände, verstärkte Zustimmung für die Bolschewiki — und die Gefahr eines zweiten Kornilow-Putsches angegeben. Über die Kontroverse und ihren Verlauf bei den Bolschewiki ist viel spekuliert worden. Im Kern handelt es

vor allem aber werden zur Begründung die innere Lage — Bauernaufstände, verstärkte Zustimmung für die Bolschewiki — und die Gefahr eines zweiten Kornilow-Putsches angegeben. Über die Kontroverse und ihren Verlauf bei den Bolschewiki ist viel spekuliert worden. Im Kern handelt es

sich um den seit der Februarrevolution angelegten strategischen Streit zwischen vor allem Lenin und Kamenew, welchen Charakter die Umwälzung hat, haben kann. Dieser Streit bricht am Vorabend der Revolution voll auf. Untergeordneter taktischer Art ist der Streit um den Zeitpunkt des Aufstands, vor allem zwischen Lenin und Trotzki, der besonders in der späteren sowjetischen Geschichtsschreibung zu einem grundsätzlichen aufgebauscht worden ist.

Kamenew (er und Sinowjew stimmen im ZK gegen den Aufstand) fürchtet einen solchen Aufstand als zu früh. Eine bewaffnete Aktion der Bolschewiki könne ein provozierter Vorwand sein, sie zu isolieren. Bei den Bauern fehle die Mehrheit, an der Front drohe die Niederlage gegen die Deutschen, da die erschöpften Soldaten keine Kraft zum Widerstand mehr finden könnten, Teile der Arbeiter (Eisenbahner, Post und Telegrafen) hielten zu den Menschewiki. Nur im Fall eines rechten Putsches sei ein bewaffneter Aufstand gerechtfertigt. Jetzt stehe eine andere Aufgabe bevor:*,,Die Konstituierende Versammlung plus die Räte ist jener kombinierte Typ staatlicher Institutionen, dem wir entgegengehen.''* Die starke Stellung in den Räten, auf die sich eine Konstituante stützen müsse, sowie ein Wahlaufschwung für die Bolschewiki seien *,,ausgezeichnete Aussichten.''* (34) Diese Argumente tragen die beiden in der ZK-Diskussion vor und werden überstimmt. Die Tatsache allerdings, daß Kamenew das Sondervotum vor dem Aufstand am 17. Oktober in Gorkis Zeitung ,,Nowaja Shisn'' als Warnung vor dem bevorstehenden Aufstand veröffentlichen läßt, ruft heftige Diskussionen innerhalb der Bolschewiki hervor. Lenin nennt die beiden *,,Streikbrecher''*, spricht von schwerem *,,Verrat''* und beschuldigt sie der *,,verlogenen Denunziation''*, da die Partei — nimmt sie ihre Aufstandsvorbereitungen ernst — auf die öffentliche Kritik nicht antworten könne, ohne dem Feind ihre Pläne offenzulegen. Lenin in einem Brief an die Mitglieder der Bolschewiki: *,,Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und mit aller Kraft sowohl im ZK als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.''* (35) Damit scheitert Lenin in der Partei, Kamenew tritt zwar aus dem ZK zurück, doch er und Sinowjew beteiligen sich trotzdem aktiv am Aufstand und den ersten Maßnahmen nach der Eroberung der Macht.

Lenins grenzenlose Wut erklärt sich aus den Wochen vor dieser Entscheidung. Seit Anfang September ist er von dem Heranreifen der Notwendigkeit zum Aufstand, zum bewaffneten Sturz der Provisorischen Regierung, überzeugt. Seit Ende September ist er der Meinung, daß jeder Tag der entscheidende sein könne. Bereits am 22. notiert er *,,Schwankungen in der Partei''*, die *,,die Sache zugrunde richten können''*. Am 29. September kündigt er seinen *,,Austritt aus dem ZK''* und die Agitation für den Aufstand an der Parteibasis an. Die Teilnahme an der ,,Demokratischen Beratung'' hält er für einen taktischen Fehler, sie sei Beteiligung am parlamentarischen Betrugsspiel der gemäßigten Sozialisten, wobei es doch darauf ankomme, alle Kräfte auf den Aufstand zu konzentrieren. Sein Antrag auf Boykott wird von den bolschewistischen Teilnehmern mehrheitlich abgelehnt. Erst einen Tag vor der Eröffnung des ,,Vorparlaments'' am 7. Oktober kann er sich mit seiner Boykott-Forderung durchsetzen.

,,Aufstand als Kunst''

Die Entwicklung der Klassenkräfte in Rußland hat bei Lenin seit der Juli-Niederlage die Konfrontation zwischen den beiden Hauptklassen, Bourgeoisie und Proletariat, immer wahrscheinlicher gemacht. Einen Mittelweg der friedlichen Entwicklung hält er für ausgeschlossen, für Selbstbetrug, für eine verdeckte Machtausübung der Bourgeoisie vermittelt über Parteien wie die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die in Worten für die unterdrückten Klassen reden, in Taten deren Interessen verraten. Der Sieg der Konterrevolution, entweder über einen Putsch á la Kornilow oder über bürgerlich-parlamentarische Entwicklung nach dem Vorbild westlicher Demokratien, ist für ihn ausgemacht. Andererseits erkennt er die einmalige Gelegenheit, eine revolutionäre Situation zu einem radikalen Umsturz zu nutzen und eine ganz andere Gesellschaftsordnung, die Diktatur des Proletariats, die revolutionäre Sowjetrepublik, zu errichten. Die Vorstellungen hiervon hat er zum Teil ideal im Sinne direkter Demokratie, zum Teil vage in seiner Schrift ,,Staat und



tariats, die revolutionäre Sowjetrepublik, zu errichten. Die Vorstellungen hiervon hat er zum Teil ideal im Sinne direkter Demokratie, zum Teil vage in seiner Schrift ,,Staat und

Revolution'' im August/September 1917 beschrieben (37). Andererseits fürchtet Lenin, daß durch zu langes Zögern entweder der Zeitpunkt eines erfolgreichen Aufstandes verpaßt wird oder aber die Opfer zu groß werden. In seiner Schrift *,,Marxismus und Aufstand''* vom 14. September entwickelt er unter Berufung auf Karl Marx seine Vorstellung vom *,,Aufstand als eine Kunst''* (38). Aufstandsvorbereitung in einer revolutionären Situation sei nicht Blanquismus (Putschismus, Verschwörung), sondern revolutionäre Aufgabe für Marxisten, wenn ,,die objektiven Voraussetzungen'' gegeben sind. Der Aufstand dürfe sich nicht allein auf eine revolutionäre Partei stützen, sondern, ,,auf die fortgeschrittenste Klasse'' und den ,,revolutionären Aufschwung des Volkes''. Er müsse zum Zeitpunkt der entwickeltsten Massenaktivität, der größten Schwankungen beim Gegner und in den Reihen der Unentschlossenen erfolgen. All dies sei im Unterschied zum Juli gegeben. Die Bolschewiki können sich auf die Mehrheit des Volkes berufen, sie können den Krieg beenden. Sie müssen, statt jetzt noch an so etwas wie einem ,,Vorparlament'' teilzunehmen, die konkrete Aufstandsplanung machen und ihn propagieren.

Während Lenin aus Finnland auf die Durchführung des Aufstandes drängt, gehen Trotzki und die militärischen Führer der Bolschewiki an die konkrete Planung. Trotzki, der auf der ,,Demokratischen Beratung'' (deren Boykott er befürwortet hat) unverblümt die Notwendigkeit des bewaffneten Umsturzes gegen die Konterrevolution gefordert hat, orientiert auf den 25. Oktober, den Tag des 2. Sowjetkongresses. Lenin hält die bolschewistische Diskussion darum für ,,Idiotie'' und fürchtet ,,Verrat'', zumal Menschewiki und Sozialrevolutionäre ständig um Terminverschiebung des Kongresses bemüht sind. Seine Sorge, daß die Orientierung auf den Sowjetkongreß der Gegenseite den Zeitpunkt verrät, und ihr erleichtere Truppen bereitzustellen, erweist sich als ebenso unbegründet, wie die Veröffentlichung des Widerspruchs von Kamenew und Sinowjew diese Reaktion hervorgerufen hat. Offensichtlich hat er die Kräfte der Gegenrevolution zu diesem Zeitpunkt überschätzt. Weniger wohl, was ihre Menge angeht, als vielmehr ihre Fähigkeit, sich noch zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammenzufinden.

Die Vertreter der Bourgeoisie haben die Bolschewiki offensichtlich unterschätzt. Am 16. September schreibt ihre Zeitung ,,Retsch'': *,,Aber trotz ihres ganzen rhetorischen Draufgängertums, ihrer prahlerischen Phrasen, ihres zur Schau getragenen Selbstvertrauens sind die Bolschewiki, mit Ausnahme weniger Fanatiker, bloße Maulhelden (...) sind sie im Grunde Feiglinge (...) Die beste Art, den Bolschewismus auf lange Jahre loszuwerden, wäre es, die Geschicke des Landes in die Hände seiner Führer zu legen.''* (39) Von Kerenskij wird berichtet, daß er im Falle eines Aufstandes einen ,,Dankgottesdienst'' versprochen hat. Die gemäßigten Sozialisten spotten über die Isolierung der Bolschewiki oder sind wie die ,,Nowaja Shisn'' besorgt, daß eine bewaffnete Aktion die Kornilows hervorlocke.

,,Was haben Sie denn gedacht? Daß die Revolution eine Idylle sei?''

Intellektuelle pro und contra

Maxim Gorki: Man darf nicht schweigen!

Immer hartnäckiger verbreitet sich das Gerücht, daß am 20. Oktober eine ,,Aktion der Bolschewiken'' bevorstehe — mit anderen Worten: vielleicht eine Wiederholung der abscheulichen Vorgänge vom 3. bis 5. Juli. Das bedeutet: Wieder Lastwagen, vollgestopft mit Menschen, die Gewehre und Revolver in den vor Furcht zitternden Händen halten und auf Schaufenster, Menschen und alles, was sie gerade treffen, schießen. Die Schüsse werden nur deshalb fallen, weil die Menschen, die diese Waffen in der Hand haben, ihre Furcht töten wollen. Sie werden zu wüten beginnen und die Menge, die ohnedies aufgebracht ist über den Zusammenbruch des Lebens, über die Lüge und den Schmutz in der Politik, mit Bosheit, Haß und Rachsucht verseuchen und alle dunklen Instinkte der Masse aufpeitschen. Die Menschen werden sich gegenseitig umbringen, wenn sie ihrer eigenen tierischen Dummheit nicht Herr werden können.

Eine unorganisierte Menge, die kaum weiß, was sie will, wird sich auf die Straße wälzen, und in ihrem Gefolge werden Abenteurer, Diebe und professionelle Mörder ,,die Geschichte der russischen Revolution machen''.

Mit einem Wort — dieses blutige, sinnlose Gemetzel, das wir schon einmal erlebt haben und das im ganzen Land die moralische Bedeutung der Revolution untergraben und ihre kulturelle Bedeutung in Frage gestellt hat, wird sich wiederholen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Ereignisse diesmal blutiger werden, mehr den Charakter eines Pogroms annehmen und der Revolution einen noch gefährlicheren Schlag versetzen werden.

Wem nützt dies alles, und wozu ist es gut? Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Bolschewiken scheint an dem geplanten Abenteuer nicht beteiligt zu sein, es hat jedenfalls die Gerüchte von der bevorstehenden Aktion weder bestätigt noch dementiert.

Die Frage liegt nahe: Gibt es denn wirklich Abenteurer, die, den Niedergang der revolutionären Energie des bewußten Teils des Proletariats vor Augen, diese Energie durch einen ausgiebigen Aderlaß zu vergrößern glauben?

Oder wollen diese Abenteurer den Gegenschlag der Konterrevolution beschleunigen und zu diesem Zweck die mühsam organisierten Kräfte wieder desorganisieren?

Das Zentralkomitee der Bolschewiken ist verpflichtet, die Gerüchte von der bevorstehenden Aktion am 20. Oktober zu dementieren; es muß so handeln, wenn es wirklich ein mächtiges und unabhängiges politisches Organ ist, das die Fähigkeit besitzt, die Massen zu lenken, und kein willenloses Spielzeug der Launen einer verwilderten Menge, kein Werkzeug in den Händen schamlosester Abenteurer oder wahnsinniger Fanatiker.

aus: Novaja Shisn, 18.10.17 (Quelle: M. Gorki, Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution, Frankfurt 1972)

Alexander Block: Intelligenz und Revolution

in Frage gestellt hat, wird sich wiederholen.

Kultur und Revolution, Frankfurt 1972)

Alexander Block: Intelligenz und Revolution

(...) Ich bezweifle niemandes persönliche Anständigkeit, niemandes persönlichen Kummer; aber sind wir denn für die Vergangenheit verantwortlich? Wir sind Glieder einer einzigen Kette. Oder lasten auf uns nicht die Sünden der Väter? Wenn dies auch nicht alle spüren, die ,,Besten'' müssen es spüren.

Keine Sorge, kann den auch nur ein Körnchen von wahrhaft Wertvollem verlorengehen? Wir haben zuwenig geliebt, wenn wir um das Geliebte bangen müssen. ,,.... die völlige Liebe treibt die Furcht aus''. Fürchtet nicht die Zerstörung der Kreml, der Paläste, der Bilder und Bücher. Sie sollen dem Volk erhalten bleiben. Wenn das Volk sie aber verliert, hat es damit noch nicht alles verloren. Ein Palast, der zerstört werden kann, ist kein Palast, ein Kreml, der vom Antlitz der Erde getilgt werden kann, ist kein Kreml. Ein Zar, der sich selbst vom Thron stürzt, ist kein Zar. Die Kreml tragen wir im Herzen, die Zaren im Kopf. Die ewigen Formen, die sich uns offenbart haben, kann man uns nur mit unseren Herzen und unseren Köpfen nehmen.

Was haben Sie denn gedacht? Daß die Revolution eine Idylle sei? Daß die schöpferische Kraft auf ihrem Weg nichts zerstöre? Daß das Volk ein Musterkind sei? Daß Hunderte von Gaunern, Provokateuren, Schwarzhunderschaftlern, von Leuten, die sich gesundstoßen wollen, nicht alles mitnehmen, was ihnen unter die Finger kommt? Und schließlich, daß der ewige Zwist zwischen ,,Blaublut'' und ,,Plebs'', zwischen ,,Gebildeten'' und ,,Ungebildeten'', zwischen ,,Intelligenz'' und ,,Volk'' ganz ,,unblutig'' und ,,schmerzlos'' gelöst werde?

Sind nicht Sie es, die aus ,,jahrhundertelangem Schlaf'' erweckt werden müssen? Sind nicht Sie es, denen man zurufen muß: ,,Noli tangere circulos meos''? (1) Denn Sie haben zuwenig geliebt, aber von Ihnen wird viel verlangt, mehr als von irgendwem sonst. In Ihnen tönte nicht jener kristallene Klang, diese Musik der Liebe. Sie haben den Künstler beleidigt, zwar nur den Künstler, aber durch ihn auch die Seele des Volkes. Liebe vollbringt Wunder, Musik verzaubert wilde Tiere. Aber Sie (wir alle) haben ohne Musik und ohne Liebe gelebt. Deshalb solle man jetzt lieber schweigen, wenn keine Musik erklingt, wenn man keine Musik hört. Denn alles außer Musik, alles, was keine Musik kennt, jede ,,starre Materie'' kann das wilde Tier jetzt nur wecken und reizen. Ohne die Musik findet man heute keinen Zugang zu den Menschen.

Aber die besten Menschen sagen: ,,Unser Volk hat uns enttäuscht.'' Die besten Menschen sind voller Bosheit, Anmaßung und Wut, sie sehen weit und breit nichts als Gemeinheit und Bestialität (dabei ist der Mensch so nahe); die besten Menschen sagen sogar: ,,Es hat gar keine Revolution stattgefunden.'' Diejenigen, die vor Haß auf den ,,Zarismus'' außer sich waren, sind drauf und dran, sich ihm wieder in die Arme zu werfen, nur um zu vergessen, was jetzt vor sich geht; die ,,Defätisten'' von gestern ringen die Hände angesichts der ,,deutschen Übermacht'', die ,,Internationalisten'' von gestern weinen um das ,,Heilige Rußland''. Eingefleischte Atheisten sind bereit, Kerzen aufzustellen und für den Sieg über den äußeren und inneren Feind zu beten.

Ich weiß nicht, was schrecklicher ist: der rote Hahn und die Selbstjustiz in dem einen Lager oder diese bedrückende Unmusikalität in dem anderen?

Ich wende mich doch an die ,,Intelligenz'' und nicht an die ,,Bourgeoisie''. Letztere hat nie von Musik geträumt, es sei denn vom Klavierspiel. Für sie ist alles sehr einfach: ,,In Kürze werden wir wieder obenauf sein'', es wird wieder ,,Ordnung herrschen'', und alles wird wie früher sein; die Bürgerpflicht besteht darin, sein Hab und Gut und die eigene Haut zu retten; die Proletarier sind ,,Schurken'', das Wort ,,Genosse'' ist ein Schimpfwort, man muß nur sein Schäfchen ins trockene bringen, dann komme, was da wolle, man kann sogar über die Dummköpfe lachen, die sich einbilden, ganz Europa in Aufruhr versetzen zu können, man kann lachen, bis der Bauch wackelt, um so mehr, wenn es gelungen ist, irgendwo ein überflüssiges Stück zu ergatten. (...)

(1) Störe meine Kreise nicht
(Quelle: Alexander Block, Ausgewählte Werke, München 1978)

Der Oktoberaufstand

Auf Antrag der (linken) Menschewiki wird am 9. Oktober im Petrograder Sowjet ein „Revolutionäres Militärkomitee" (RMK) gegründet. Hintergrund dafür sind nie ganz aufgeklärte Gerüchte, daß die Hauptstadt Petrograd den angeblich vorrückenden deutschen Truppen geopfert werden soll und sich die Regierung nach Moskau zurückziehen will. Zum Zweck der Verteidigung solle, so die Gerüchte, die Petrograder Garnison abgezogen werden. Die Bolschewiki befürchten, daß damit die zuverlässigsten Truppenteile aus der Hauptstadt weggelockt werden sollen. Das Komitee nimmt am *21. Oktober* die Befehlsgewalt in die eigenen Hände und organisiert die Verteidigung der Stadt. Dem Garnisonsstab wird mitgeteilt, daß Kommissare die Truppenbewegungen überwachen werden. Befehle des Stabs an die Truppen sind nur mit Gegenzeichnung des RMK zu befolgen. Faktisch werden diese Vorbereitungen zum Beginn des Aufstands. Kerenskij reagiert auf diese Machtanmaßungen am *24. Oktober* mit der Schließung der bolschewistischen Zeitungen und Haftbefehlen gegen einige ihre Führer. Während Kerenskij sich um Truppen bemüht, treten alle Vertreter der Petrograder Garnison und die Kronstädter Matrosen zum RMK über. Am Abend und in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober nehmen revolutionäre Truppen und „Rote Garden" nach einem präzise ausgearbeiteten Plan die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt ein. Post- und Telegrafenämter, Elektrizitätswerke, Eisenbahnstationen, die Staatsbank und das Vorparlament werden besetzt. Der Kreuzer „Aurora" wirft nachts die Anker an der strategisch wichtigen Nikolai-Brücke Petrograds, die von Matrosen besetzt wird.

Am *25. Oktober* um 10 Uhr morgens erläßt das Revolutionäre Militärkomitee seinen Aufruf

> *„An die Bürger Rußlands!*
> *Die provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Organs der Petrograder Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der*
> *macht ist in die Hände des Organs der Petrograder Sowjets der Arbeiter und Soldatendeputierten, des Revolutionären Militärkomitees, übergegangen, das an der Spitze des Petrograder Proletariats und der*
> *Petrograder Garnison steht.*
> *Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer am Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung — sie ist gesichert.*
> *Es lebe die Revolution der Arbeiter, Soldaten und Bauern!"*

Dieser 25. Oktober (nach dem neuen Kalender der 7. November) wird seit 1917 als Tag der siegreichen Oktoberrevolution gefeiert.

Um den Winterpalast, den Sitz der Provisorischen Regierung, herrscht eine gespannte Atmosphäre. Tausende bewaffnete Arbeiter und Soldaten belagern den Palast, auf den Geschütze gerichtet sind. Offiziersschüler stehen zum Gegenschlag bereit. Die Kosakentruppen beschließen den Schutz der Regierung. Gerüchte über eine Armee mit Kerenskij an der Spitze machen die Runde. Abends um 22 Uhr gibt die „Aurora" mit einem Blindschuß das Angriffssignal. Etwa eine Stunde lang wird geschossen. Das wiederholt sich bis in die Nacht hinein. Um 2 Uhr nachts wird der Winterpalast erfolgreich gestürmt und besetzt, die anwesenden Minister werden verhaftet. Der Widerstand ist gering. Ministerpräsident Kerenskij ist seit dem Nachmittag flüchtig und versucht Truppen zu mobilisieren. Bereits am 26. Oktober gründen Mitglieder der abgesetzten Regierung, Menschewiki, Sozialrevolutionäre und ihnen nahestehende Organisationen und Sowjets ein „Komitee zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution". Teile davon unterstützen am 28. Oktober Offiziersschüler, die einen bewaffneten Aufstand beginnen, der einen Tag später niedergeschlagen wird. Damit ist der Widerstand in Petrograd gebrochen.

Am 26. Oktober beginnt in Moskau der bewaffnete Aufstand der Bolschewiki. Die Kämpfe halten bis zum 3. November an, bis der Widerstand zerschlagen und der Kreml erobert ist. Kerenskij scheitert am 2. November vor den Toren Petrograds mit dem Versuch, das Ruder in der Hauptstadt herumzureißen. Seine und General Krasnows Truppen werden von der revolutionären Armee gestoppt, und legen nach den ersten Scharmützeln die Waffen nieder. Der Stab wird verhaftet, Kerenskij kann abermals fliehen. Nach und nach vollzieht sich in den meisten Teilen Rußlands die Machtübernahme durch Sowjets, revolutionäre Truppenteile und die Bolschewiki. Der Aufstand ist vollbracht.

Frieden, Boden, Sowjetregierung

Am Abend des 25 Oktober beginnt in Petrograd der 2. Allrussische Sowjetkongreß. Er steht ganz im Zeichen des Aufstands und der Belagerung des Winterpalastes. Auf diesem Kongreß haben die Bolschewiki mit 300-390 von 650 Delegierten die Mehrheit. 160-190 sind Sozialrevolutionäre (eine Mehrheit linke SR), 80 Menschewiki (davon 14 Internationalisten) und 14 Anhänger der „Nowaja Shisn" (40). Die rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki verlassen aus Protest gegen den Aufstand den Kongreß, auf dem nur noch die Bolschewiki, die linken Sozialrevolutionäre und die Anhänger der „Nowaja Shisn" verbleiben. Doch die Begeisterung über den Aufstand und die Errichtung der Sowjetmacht ist einhellig. Lenin, der seit dem 10. Oktober wieder in Rußland ist, hat seinen ersten öffentlichen Auftritt seit Juli und verkündet die Errichtung der Sowjetmacht. Trotzki, der Leiter des militärischen Aufstands, erklärt am zweiten Tag des Kongresses (26. Oktober/8. November): *„Offen angesichts des ganzen Volkes haben wir das Banner des Aufstands entfaltet. Die politische Formel dieses Aufstands ist: Alle Macht den Sowjets (...) Man sagt uns: ihr habt nicht den Sowjetkongreß abgewartet (...) Wir als Partei sahen unsere Aufgabe darin, eine reale Möglichkeit für den Sowjetkongreß zu schaffen, damit er die Macht in seine Hände nehmen kann. Wenn der Kongreß von Junkern umringt gewesen wäre, auf welche Weise hätte er die Gewalt in seine Hände nehmen können? Um diese Aufgabe zu verwirklichen, war eine Partei nötig, welche die Macht aus den Händen der Konterrevolution reißen und euch sagen konnte: Hier ist sie — und ihr seid verpflichtet, sie zu übernehmen."* (41)

Aus Lenins Feder stammt das einstimmig verabschiedete *„Dekret über den Frieden"*. Es bietet allen Regierungen und Völkern den Frieden an und schlägt den sofortigen Waffenstillstand für drei Monate vor, innerhalb derer Friedensverhandlungen stattfinden sollen. Es kündigt die Aufgabe der Geheimdiplomatie an und erklärt den Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche. Gleich nach seiner Verabschiedung wird es in alle russischen Landesteile und anderen Staaten gefunkt. Ebenfalls von Lenin stammt das *„Dekret über den Grund und Boden"*, das die entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz und die Landverteilung an die Bauern verkündet. Die Frontsoldaten werden vom Kongreß zur Bildung von revolutionären Komitees aufgefordert, die Todesstrafe wird abgeschafft, die verhafteten Mitglieder der Landnahmekomitees sollen freigelassen werden. Der Sowjetkongreß endet mit der Bildung des *„Rates der Volkskommissare"*, dem 15 Personen, alle Bolschewiki, angehören. Darunter Lenin als Vorsitzender, Trotzki (Auswärtiges) und Stalin (Nationalitäten). Die Sowjetunion hat ihre erste Regierung.

„Ich kenne in der Geschichte kein anderes Beispiel einer Revolution, in welche so ungeheure Massen einbezogen waren und welche so unblutig verlaufen wäre." Diese Aussage Trotzkis am Nachmittag des 25. Oktober (42) stimmt auch heute noch. Gegenüber der Februarrevolution hat die im Oktober erheblich weniger Opfer gekostet. War die erste spontan, so verlief die zweite bis in Details durchorganisiert, ja ganz nach der Devise, den *Aufstand als Kunst* zu behan-
heute noch. Gegenüber der Februarrevolution hat die im Oktober erheblich weniger Opfer gekostet. War die erste spontan, so verlief die zweite bis in Details durchorganisiert, ja ganz nach der Devise, den *Aufstand als Kunst* zu behan-
deln. Gemeinsam war beiden Revolutionen, daß die gestürzten Klassen für die Übergabe der Macht reif, überreif waren. Und das erstemal schien die Utopie Lenins aus *„Staat und Revolution"* Wirklichkeit zu werden: *„Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat"* — oder auch die *„Diktatur des Proletariats"*; dieser Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus; dieser nach der proletarischen Revolution hinüber ins *„Reich der Freiheit"* absterbende Staat; die *Utopie von der Gleichheit*, sie ist in Rußland, in der Sowjetunion nicht real geworden.

So unblutig die Revolution auch verlief, die Opfer wurden in den Jahren danach gebracht, in Krieg, Bürgerkrieg, beim wirtschaftlichen Aufbau, den politischen Verfolgungen und dem Terror und wieder im Krieg. Die Februarrevolution und ihr Ende, die Oktoberrevolution, haben das dumpfe und faulende Rußland der Zarenherrschaft entrissen, haben es einen großen Sprung in der Geschichte nach vorne gebracht. Das riesige, rückständige Rußland, es war überreif für die Revolution, aber nicht reif für den Sozialismus. Rückständigkeit und Mangel sind kaum Geburtshelfer für Freiheit und Gleichheit. Der Traum, er ist bis heute unerfüllt. Die Sowjetunion ist nicht da, wo Kommunisten hinwollen. Der Traum, er bleibt weiterzuträumen.



Wache vor dem Smolny

Leo Trotzki

Von oben nach unten

Wache vor dem Smolny

Leo Trotzki

Von oben nach unten

(...) Schritt für Schritt haben wir in diesem Buche die Vorbereitung des Oktoberaufstandes zu verfolgen gesucht: Die zunehmende Unzufriedenheit der Arbeitermassen, den Übergang der Sowjets unter das bolschewistische Banner, das Meutern der Armee, den Feldzug der Bauern gegen die Gutsbesitzer, das Überschwemmen der Volksbewegung, die wachsende Furcht und Verwirrung der Besitzenden und Regierenden, endlich den Kampf innerhalb der bolschewistischen Partei um den Aufstand. Die abschließende Umwälzung scheint nach all dem gar zu kurz, zu trocken, zu sachlich, dem historischen Schwung der Ereignisse gleichsam nicht angemessen. Der Leser empfindet eine Art Enttäuschung. Er gleicht einem Bergsteiger, der, während er die Hauptschwierigkeiten noch vor sich wähnt, plötzlich entdeckt, daß er bereits oder beinahe auf dem Gipfel steht. Wo ist der Aufstand? Das Bild des Aufstandes fehlt. Die Ereignisse fügen sich zu keinem Bilde. Die kleinen, im voraus berechneten und vorbereiteten Operationen bleiben im Raum und in der Zeit voneinander getrennt. Sie sind verbunden durch die Einheit von Ziel und Absicht, nicht aber verschmolzen durch den Kampf selbst. Es fehlen große Massenhandlungen, fehlen dramatische Zusammenstöße mit den Truppen. Es fehlt alles, was die an den Ereignissen der Geschichte erzogene Einbildungskraft mit der Vorstellung des Aufstandes verbindet.

Der Gesamtcharakter der Umwälzung in der Hauptstadt wird später neben vielen anderen auch Masaryk Anlaß geben zu schreiben: „Die Oktoberumwälzung ... war keineswegs eine Bewegung der Volksmassen. Diese Umwälzung war das Werk von Führern, die hinter den Kulissen von oben herab arbeiteten." In Wirklichkeit hatte dieser Aufstand von allen Aufständen in der Geschichte am stärksten den Charakter einer Massenbewegung. Die Arbeiter brauchten nicht auf die Straße zu gehen, um in eins zu verschmelzen: sie stellen ohnehin politisch und moralisch ein Ganzes dar. Den Soldaten war sogar untersagt worden, die Kasernen ohne Weisung zu verlassen: in diesem Punkte fiel der Befehl des Militärischen Revolutionskommitees mit Polkownikows Befehl zusammen. Aber diese unsichtbaren Massen gehen mehr denn je im Gleichschritt mit den Ereignissen. Betriebe und Kasernen verlieren nicht eine Minute die Verbindung mit den Bezirksstäben, die Bezirke nicht mit dem Smolny. Die Abteilungen der Rotgardisten fühlen hinter sich die Unterstützung der Betriebe. Die in die Kasernen zurückkehrenden Soldatenkommandos finden die Ablösung in Bereitschaft. Nur mit schweren Reserven im Rücken vermochten die revolutionären Abteilungen mit solcher Sicherheit an die Erfüllung ihrer Aufgaben heranzugehen. Die zersplitterten Regierungsposten hingegen, im voraus besiegt durch die eigene Isoliertheit, mußten sogar den Gedanken an einen Widerstand fallen lassen. Die bürgerlichen Klassen hatten Barrikaden, Feuerbrände, Plünderungen, Blutströme erwartet. In Wirklichkeit herrschte Stille, schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug.

Schon um 10 Uhr morgens — am 25. — hielt das Smolny es für möglich, der Hauptstadt und dem Lande die Siegeskunde zu geben: „Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die Staatsmacht ist in die Hände des Militärischen Revolutionskomitees übergegangen." In gewissem Sinne griff diese Kundgebung stark vor. Die Regierung existierte noch, wenigstens auf dem Territorium des Winterpalais. Es existierte das Hauptquartier. Die Provinz hatte sich nicht geäußert. Der Sowjetkongreß war noch nicht eröffnet. Doch die Leiter des Aufstandes sind keine Geschichtsschreiber: um für die Geschichtsschreiber die Ereignisse vorzubereiten, sind sie gezwungen, vorzugreifen. In der Hauptstadt war das Militärische Revolutionskomitee bereits uneingeschränkter Herr der Lage. An der Sanktion des Kongresses konnte kein Zweifel bestehen. Die Provinz wartete auf Petrograds Initiative. Um die Macht restlos zu erobern, mußte man als Macht zu handeln beginnen. In einem Appell an die militärischen Front- und Hinterlandsorganisationen rief das Komitee die Soldaten auf, das Verhalten des Kommandobestandes scharf zu überwachen, Offiziere, die sich der Revolution nicht anschließen, zu verhaften, und vor Gewaltanwendung nicht haltzumachen beim Versuch, feindselige Truppenteile gegen Petrograd zu werfen. (...)

Quelle: Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2.2, Oktoberrevolution

Quellen

1 Zahlen nach Charles Bettelheim, Die Klassenkämpfe in der UDSSR, Band 1, 1917-1923; 2 Diese und die folgenden Angaben bei Issac Deutscher, Die unvollendete Revolution — Der Verlauf der Revolution 1917; 3 Alle Zahlen aus Astrow/Slepkow/Thomas, Illustrierte Geschichte der russischen Revolution; 4 Dokumentiert bei Manfred Hellmann,Die russische Revolution 1917, Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki, S. 119; 5 Dokumentiert bei David Anin, Die russische Revolution 1917 in Berichten ihrer Akteure, S. 50; 6 Zitiert bei Roy A. Medwedjew, Oktober 1917, Seite 42; 7 Lenin Werke Band 24, S. 20; 8 Zitiert in Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land, Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat 1903-1937, S. 49; 9 Texte der Menschewiki, S. 39/40; 10 Lenin Werke Band 24, S. 32; 11 Ausführlich dazu: Fritz Platten, Lenins Reise durch Deutschland im plombierten Wagen, neu herausgegeben 1985 mit Dokumenten, Augenzeugenberichten und Kommentierungen; 12 Illustrierte Geschichte, S. 143; 13 Texte der Menschewiki, S. 50; 14 Alle drei Erklärungen u.a. in Illustrierte Geschichte, S. 139/174/175; 15 Dokumentiert bei Hellman, S. 210; 16 Illustrierte Geschichte, S. 203; 17 dito, S. 205; 18 Anin, S. 231 und 409; 19 Texte der Men ewiki , S. 253; 20 Lenin Werke Band 25, S. 101 und 105; 21 Kerenskij, dokumentiert bei Anin, S. 263; 22-26 Lenin Werke Band 25, Seiten 175 /23 1/1 82/234/175; 27 Hellmann, S. 272; 28 Lenin Werke Band 25, S. 168; 29 Zahlen und Angaben aus: Oskar Anweiler, Rätebewegung in Rußland/ Charles Bettelheim, s.o./ Illustrierte Geschichte, s.o.; 30 Lenin Werke Band 25, S. 231; 31 Bericht aus Anin, S. 291; 32 Zitiert bei Louis Fischer, Das Leben Lenins, Band 1, 1970, S. 235; 33 Lenin Werke Band 26, S. 178; 34 Das Sondervotum Sinowjews und Kamenews, auszugsweise zitiert bei Hellmann, S. 294; 35/36 Lenin Werke Band 26, S. 204 und 211/S. 41 und 67; 37 Lenin-Werke Band 25, S. 393; 38 Lenin-Werke Band 26, S. 4; 39 Zitiert bei Lenin, Werke Band 26, S. 73; 40 Die Zah lenangaben über die Del egi ert enz usa mmensetzung differieren stark, je nach politischem Interesse werden die Zahlen von Kon greßbeginn oder Kongreßende erwähnt; 41 Zitiert bei Anweiler, S. 241; 42 Dokumentiert in illustrierte Geschichte, S. 283

Anmerkungen

Die hier abgedruckten Agitationsgedichte stammen aus dem Jahre 1917. Sie sind dem Band „Links, Eine Chronik in Vers und Plakat", Berlin 1970 entnommen.

Alle Daten in diesem Artikel — sofern nicht anders angegeben — richten sich nach dem alten Stil, dem Julianischen Kalender, der bis zum 31. Januar 1918 galt. Danach bleibt die Datierung 13 Tage hinter dem bei uns geläufigen Gregorianischem Kalender zurück, der seither auch in der Sowjetunion gilt. So wird das Datum der Oktoberrevolution, der 25.10., nach heutiger Zeitrechnung am 7.11. begangen, die Februarrevolution vom 27 Februar datiert heute auf dem 11. März.

Auf leisen Sohlen zur Bombe

Der NATO-Streit über die bundesdeutsche Gleichberechtigung

von Mathias Küntzel

Im letzten AK (S. 11/12) begannen wir aus aktuellem Anlaß mit dem ersten Teil einer insgesamt vierteiligen Serie zum Atomwaffenstreben und Atomwaffenverzicht der BRD und der Geschichte dazu. Der Text ist ein Vorabdruck aus dem Buch „Von der zivilen zur militärischen Atommacht'', das im Pahl-Rugenstein Verlag herausgebracht wird.

Der erste Teil behandelte die ersten Atomwaffenverzichtserklärungen der Adenauer-Regierung in den 50er Jahren und die schon längst wieder unter der Hand betriebene Atomforschung. Der zweite Teil in dieser Ausgabe behandelt die Zeit nach 1956. Damals wurde offen nach Atomwaffen für die BRD gerufen. Nach 1958 begann die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffenträgern, die Atomwaffen dafür bleiben unter US-Verschluß. Während Großbritannien und Frankreich sich ein eigenes Atompotential aufbauten, kämpfte die BRD um eine atomare Teilhabe im Rahmen der NATO, um die Verwirklichung einer multinationalen Atomstreitmacht auf See.

Bisher haben wir uns der bundesdeutschen Atomwaffenpolitik unter der Fragestellung genähert, welche Möglichkeiten und praktischen Ansätze für eine nationale oder bilaterale Atomwaffenentwicklung nach Abgabe des Atomwaffenverzichts von 1954 existiert haben.

In diesem Abschnitt soll diese Politik in ihrer militärstrategischen Dimension erörtert und die Praxis bundesdeutscher Atomwaffenpolitik im Rahmen der NATO nachgezeichnet werden. Beide Aspekte stehen insofern in einem Zusammenhang, als erst der Aufbau der Voraussetzungen für eine nationale Atomwaffenoption das Drohpotential bereitstellte, über das die Bundesrepublik den Ausbau nuklearer Mitbestimmungsrechte in der NATO vorantreiben konnte.

Zuvor ist auf die Frage einzugehen, welche Interessen die BRD an einer eigenständigen Atomwaffenpolitik überhaupt haben kann. Einerseits ist die Bundesrepublik ohnehin wie kein anderes Land der Welt mit US-Atomwaffen vollgestopft. Auf der anderen Seite werden auch die kühnsten Bundesrepublik ohnehin wie kein anderes Land der Welt mit US-Atomwaffen vollgestopft. Auf der anderen Seite werden auch die kühnsten Verfechter eigener Atomwaffen nicht leugnen können, daß eine nukleare Ebenbürtigkeit der BRD mit dem mächtigen Gegner Sowjetunion niemals erreicht werden kann. Um diese Frage zu beantworten, ist es unumgänglich, auf die Frage der deutschen Sonderinteressen sowie auf das Problem der nuklearen Ankoppelung einzugehen.

Adenauer war davon überzeugt, daß allein die atomare Aufrüstung der westeuropäischen NATO-Verbündeten die UdSSR hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung zu Zugeständnissen zwingen würde. (31) Mitte der 60er Jahre stand fest, daß dieser Ansatz gescheitert war. Es begann die Phase der „Neuen Ostpolitik''. Dennoch bleibt die Feststellung aktuell, daß die BRD-Wünsche nach stärkerer nuklearer Mitbestimmung in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der ganz spezifischen deutschen Mission standen und stehen, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden'' (Präambel Grundgesetz). (32) Dem deutschen Drängeln und Quengeln nach nuklearer Mitwirkung in der NATO liegt die zutreffende Annahme zugrunde, daß die USA, Großbritannien und Frankreich hinsichtlich einer Revision der Nachkriegsgrenzen beträchtlich weniger ambitioniert sind als die Deutschen.

Das damalige und gegenwärtige nukleare Dilemma der Bundesrepublik besteht nach herrschendem Kalkül darin, daß es einerseits eine aussichtsreiche Alternative zur NATO-Integration und Anlehnung an die USA nicht gibt. Um eine nukleare Drohung gegenüber der Sowjetunion auszusprechen, ist die BRD — da sie nicht selbst die Kommandogewalt über die strategischen Nuklearwaffen besitzt — auf die Zustimmung zu dieser Drohgebärde seitens der USA angewiesen sowie auf deren Bereitschaft, diese Drohung ggfls. auch wahr zu machen. Andererseits besteht angesichts der Gefahr der gegenseitigen nuklearen Auslöschung keine Aussicht auf ein Maß an NATO-Integration, das den spezifisch deutschen Interessen Rechnung trägt: Washington, London und Paris werden kaum dazu bereit sein, ihre nationale Existenz zwecks Wahrung von BRD-Interessen zur Disposition zu stellen. (33) Um dieses Dilemma abzuschwächen, sucht die Bundesrepublik sowohl indirekt als auch direkt auf das Atomwaffenpotential der NATO Einfluß zu nehmen.

Indirekte Einflußnahme bedeutet: Erhöhung des nationalen Gewichts in der NATO a) durch besondere konventionelle Stärke, b) durch Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden und c) durch Ausrüstung der Bundeswehr mit eigenen atomaren Trägerwaffen.

Direkte Einflußnahme bedeutet eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen, deren Zündung (so das Drohkalkül) durch Ankopplung der übrigen NATO-Potentiale den großen Knall zur Folge hätte. Die Glaubwürdigkeit dieser Ankopplung ist bis heute das A und O der bundesdeutschen Militärstrategie und der Grund für die Beobachtung Henry Kissingers, „daß man im Bonner Verteidigungsministerium keine größere Sorge zu kennen scheine als die, wie man die Amerikaner in den Krieg hineinzwingen könne.'' (34) Durch nichts wird die Koppelung der US-Potentiale an deutsche Interessen freilich besser gewährleistet als durch eigene Atomwaffen. So begründete in der Zeitschrift „Wehrkunde'' der Strauß-Intimus Alfons Dalma die Notwendigkeit deutscher Atomwaffen damit, daß hierdurch die Chance offengehalten werde, „im Ernstfall die nukleare Intervention der verbündeten Supermacht auszulösen''. (35)

Nichts anderes war gemeint, als Strauß in seiner Funktion als Verteidigungsminister darauf bestand, „daß Eigentum und Verfügungsgewalt über Kernwaffen zum Symbol, ja zum Charakteristikum, zum bestimmenden Kriterium der Souveränität zu werden sich anschicken''. (36) Zu Recht also wurde die deutsche Bombe immer als der deutsche Finger am amerikanischen Abzugshebel interpretiert und gefürchtet, zumal gerade die Mischung aus „neuem deutschen Militarismus'' und offener deutscher Frage „eine politisch explosive Situation'' schaffen mußte, wie 1966 eine holländische Regierungsstudie bemerkte. (37) In Anbetracht der internationalen Ressentiments gegen eine nationale Atombewaffnung kaprizierte sich die Bundesregierung studie bemerkte. (37) In Anbetracht der internationalen Ressentiments gegen eine nationale Atombewaffnung kaprizierte sich die Bundesregierung deshalb frühzeitig auf nukleare Gemeinschaftslösungen („4. Atommacht NATO'', „MLF''), wobei es ihr dabei in erster Linie darauf ankam, auch unabhängig von den USA einen Atomwaffeneinsatz freigeben zu können. Die nationale Option (materialisiert durch ein „friedliches'' Atomprogramm) spielte hinter den Kulissen als Drohpotential und Druckmittel bei der Nukleardiplomatie dieser Jahre nichtsdestotrotz eine gewichtige Rolle.

Die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen

Seit September 1956 hörte in den Tageszeitungen der BRD die Diskussion über Atomwaffen für die Bundeswehr nicht mehr auf. (38) Nach entsprechendem Drängen u.a. der Bundesrepublik bekundeten Ende 1956 die USA erstmals ihre Bereitschaft, taktische Atomwaffen an ihre europäischen Verbündeten zu liefern. Für Strauß aber war bereits 1956 eine Atomwaffe erst dann interessant, wenn sie sowjetisches Territorium direkt bedroht. Gleich nach den ersten Ankündigungen der USA, taktische Atomwaffen zu liefern, bezeichnete er Atomraketen mit einer Reichweite bis zu 2.000 km kurzerhand als taktische Atomwaffen. (39) Auf der NATO-Ministerratstagung vom Dezember 1957 stimmten die USA der Weitergabe von Mittelstreckenraketen lediglich an Großbritannien, Italien und die Türkei zu. Ferner beschlossen sie den Aufbau von Lagern mit Atomsprengköpfen in Westeuropa, die zwar unter Verschluß gehalten, im Ernstfall aber den NATO-Verbündeten übergeben werden sollten. Natürlich gehörte auch 1957 die Bundesrepublik zu den Staaten, die sich hinsichtlich der Mittelstreckenwaffen als Stationierungsland in Empfehlung brachten. Daß es dazu nicht kam, ist auf den Einspruch anderer NATO-Staaten zurückzuführen, die besorgt waren, daß dies nur den Appetit der Deutschen auf eine Atomstreitmacht unter eigener Kontrolle wecken würde. (40)

Innerhalb von drei Monaten war die neue NATO-Linie vom Dezember 1957 in der Bundesrepublik durchgesetzt: Am 25. März 1958 beschloß eine sichere Bundestagsmehrheit den CDU/CSU-Antrag, „die Streitkräfte der Bundeswehr mit modernsten Waffen'' auszurüsten. Unmittelbar darauf billigte die Bundesregierung das NATO-Dokument MC 70, das einen genau bezifferten Plan für die Aufnahme von Träger- bzw. Abschußmitteln für Atomsprengkörper in der Bundeswehr enthielt. (41) Nunmehr wurde die Bundeswehr systematisch für den Atomkrieg und die Handhabung der in US-Besitz befindlichen Atomsprengköpfe getrimmt. 1966 kaufte die Bundeswehr 6.000 Atombombenattrappen aus Norwegen, um den Atompilz in den BRD-Manövergebieten möglichst wirklichkeitsnah rekonstruieren zu können. (42)

Die Kooperationsbereitschaft der USA war jedoch in der Folge des „Sputnik-Schocks'' von Oktober 1957 nicht auf die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Trägermitteln beschränkt. 1958 plädierte die US-Regierung für eine erweiterte Zusammenarbeit mit ihren NATO-Verbündeten z.B. „in der Entwicklung und Produktion von militärischen Reaktoren''. (43) Im selben Jahr begannen Spezialkurse für ausländische Atomexperten im US-Atomwaffenzentrum Hanford, an denen zwischen 1958 und 1972 auch (43) Im selben Jahr begannen Spezialkurse für ausländische Atomexperten im US-Atomwaffenzentrum Hanford, an denen zwischen 1958 und 1972 auch zwölf Spezialisten aus der Bundesrepublik teilnahmen. (44) Am 5.5.1959 schließlich unterzeichneten F.J. Strauß und sein US-Kollege David Bruce ein bilaterales Abkommen „über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwendung der Atomenergie für Zwecke der gemeinsamen Verteidigung'', welches u.a. den Austausch von Geheiminformationen für „die Ausbildung von Personal in der Anwendung von Atomwaffen (...) und für sonstige militärische Anwendung der Atomenergie'' regelt. (45) Ob diese Angebote der USA mehr darstellten als der Versuch, die durch den Sputnik-Schock ausgelöste Glaubwürdigkeitskrise der US-Beistandsgarantie zu kompensieren, ist nicht bekannt. Sicher ist nur, daß diese nuklearen Brosamen den Hunger der bundesdeutschen Nuklearritter nicht stillen konnten, sondern gerade im Gegenteil Appetit machten auf mehr.

Abgestürzter Starfighter

MLF und nukleare Mitbestimmung

Bereits im Mai 1960 hatte Strauß die heute auch von SPD-Politikern geforderte Errichtung einer zweiten europäischen Säule innerhalb der NATO gefordert. Zuvor hatte er den Vorschlag nach Ausrüstung der Bundeswehr mit land- und seegestützten Polaris-Mittelstreckenraketen ins Spiel gebracht. Der Vorschlag sah vor, diese Rake ten von Franzosen und Westdeutschen in Frankreich oder Nordafrika auf US-Lizenz bauen zu lassen. (46) Im Juni 1960 reiste Strauß in die USA, um die Polarisraketen zu inspizieren. Nachdem die Sowjetunion in Noten an Bonn und Washington scharf gegen das Raketenprojekt protestiert hatte, ließ Strauß am 20.8.1960 im Bulletin der Bundesregierung eine Denkschrift von 120 Bundeswehrgenerälen veröffentlichen, in der der „Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind'' festgeschrieben wurde. (47)

Um den zunehmenden Drang der Deutschen nach Atomwaffen-Mitbestimmung zu befriedigen und um der Gefahr vorzubeugen, daß die BRD sich den französischen Weg der Errichtung einer eigenen Atomstreitmacht zu eigen macht, wurde von den USA ab 1960 das Projekt einer Multilateralen Atomflotte, genannt MLF, ins Gespräch gebracht. Auf 25 Militärschiffen mit gemischten Besatzungen sollten je acht Raketen der Polarisklasse mit einer Reichweite von 4.500 km stationiert werden. Die BRD zeigte sich stärker als jedes andere westeuropäische Land an der MLF interessiert und versprach sogleich, 40% der Gesamtkosten (= 70% der europäischen Ausgaben der MLF) zu übernehmen.

Das entscheidende Problem bei den

Das entscheidende Problem bei den von den USA angebotenen Gemeinschaftslösungen war aus Bonner Sicht die Frage der Verfügungsgewalt. Sollten auch weiterhin allein die USA über den Zeitpunkt des Atomschlags entscheiden können? Und was ist mit den übrigen 14 NATO-Verbündeten?

Die Haltung der Bundesregierung hierzu war eindeutig: Abgelehnt wurde jede Lösung, die die übrigen westeuropäischen Nicht-Atomwaffenstaaten der BRD gleichgestellt hätte. Hierfür waren zwei Gründe maßgeblich. Einerseits würde eine solche Gleichstellung die besonderen Anstrengungen der BRD im konventionellen Bereich ignorieren, was einem Statusverlust gleichkäme. Andererseits mußte ein Vetorecht für die kleineren europäischen NATO-Staaten vermieden werden, da diesen — vermutlich zu Recht! — eine weniger ausgeprägte Risikobereitschaft zur Verteidigung deutscher Interessen unterstellt wurde. (48) Angestrebt wurde in Bonn eine Gleichheit mit Großbritannien und Frankreich vis-à-vis den USA. Strauß forderte darüber hinaus, daß im Ernstfall nur jenen Ländern die Zustimmung zum Atomwaffeneinsatz gegeben werden sollte, die zum angegriffenen NATO-Abschnitt gehören, sowie den USA. (49) Adenauer setzte noch einen drauf und verlangte im November 1960 ausgerechnet vor der amerikanischen Presse, die NATO „sollte den Einsatz von Atomwaffen auch ohne vorherige Zustimmung des Präsidenten der Vereinigten Staaten anordnen können''. (50) Die Begeisterung des US-Präsidenten für derartige Vorschläge war freilich begrenzt. Noch im selben Monat erklärte Kennedy in einem Interview für die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija'', daß ein Krieg drohen würde, „falls Deutschland ein eigenes nukleares Potential entwickeln würde oder viele Raketen oder eine starke nationale Streitkraft''. (51)

Das Projekt der Multilateralen Atomflotte scheiterte schließlich an den heftigen Protesten Frankreichs, das sogar ein koordiniertes Vorgehen mit Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bonner Atompläne im Falle eines Festhaltens an der MLF androhte. (52) Es scheiterte ferner an den Protesten der britischen Führung und der britischen Öffentlichkeit (53) sowie dem Prioritätenwechsel der USA, die die MLF 1965 zugunsten des Atomwaffensperrvertrags fallen ließen (s.u.). Die Deutschen mußten sich mit dem Mitspracherecht bei der neu etablierten Nuklearen Planungsgruppe der NATO begnügen.

Zur nuklearen Mitsprache in der NATO

Als Variante zur MLF, aber ebenso mit dem Ziel der Befriedung westdeutscher Nuklearansprüche, wurde auf Anregung des US-Verteidigungsministers McNamara 1965 ein Ausschuß für nukleare Fragen innerhalb der NATO eingerichtet. Dieser sicherte ab November 1965 der BRD eine Beteiligung an der Atomwaffen-Einsatzplanung der NATO. Sie schloß den Mitbesitz zwar aus, bezog aber dafür das gesamte nukleare Potential und nicht nur die 200 Raketen der MLF ein. Schon seit 1963 waren bundesdeutsche Militärs in die intimen Beratungen des Joint Strategic Target Planning Staff (JSTPS) in Omaha (USA) einbezogen und erhielten dort ab 1968 (gemeinsam mit Großbritannien und Italien) eine permanente Vertretung. (54) Die politischen Konsultationen erfolgen in der siebenköpfigen „Nuklearen Planungsgruppe''. Darin haben die USA und Großbritannien sowie die BRD und Italien einen permanten Sitz. Die drei übrigen Sitze teilen sich im Rotationsverfahren die „kleineren'' NATO-Staaten. Hauptgegenstand der NPG-Beratungen 1967 und 1968 war die Forderung der BRD (sowie der Türkei) nach autonomer Verfügungsgewalt über die in den Grenzbereichen stationierten US-Atomminen, was die USA jedoch ablehnten. (55) 1969 verabschiedete die NPG die von der Bundesrepublik und Großbritannien gemeinsam erarbeiteten Richtlinien über den Konsulationsmechanismus beim Einsatz taktischer Atomwaffen. Nach Auskunft des damaligen bundesdeutschen NPG-Mitglieds Helmut Schmidt bedeuteten diese Richtlinien „eine sehr weitgehende Mitsprache der europäischen Partner (...) und das Wort ‚Mitsprache' ist hier in beiden Richtungen bedeuteten diese Richtlinien „eine sehr weitgehende Mitsprache der europäischen Partner (...) und das Wort ‚Mitsprache' ist hier in beiden Richtungen auszulegen: Es kann sich um positive, aber durchaus um negative handeln.'' (56)

Zurück in das Jahr 1966! Bundeskanzler Erhard ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß für die Bundesregierung die Mitarbeit in der NPG „kein Ersatz für eine nukleare Lösung auf gemeinschaftliche Art innerhalb der NATO (ist) (...) Wir sind deshalb weiterhin bereit, an einer gemeinsamen Atomstreitmacht mitzuwirken.'' (57) Mit dieser Position stand die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt bereits auf verlorenem Posten. In einem dramatischen Appell an Präsident Johnson setzten sich im September 1966 290 führende Persönlichkeiten der USA, darunter zwölf Nobelpreisträger, dafür ein, die US-Pläne zur Beteiligung der BRD an einer gemeinsamen Atomflotte fallenzulassen, um so den Weg für den Atomwaffensperrvertrag freizumachen. (58)

Als Ergebnis der bisherigen Darlegungen ist festzuhalten, daß die Bundesregierung mit bemerkenswerter Zielstrebigkeit bis 1966 auf der Ebene der NATO-Politik, aber auch über die Achse Paris-Bonn und hinsichtlich der nationalen zweideutigen Produktionskapazitäten auf eine schrittweise Überwindung des Atomwaffenverzichts von 1954 hingearbeitet hatte. Der Atomwaffensperrvertrag bedeutet in dieser Situation eine tiefgreifende Zäsur. Schließlich diente er dem Ziel, den nichtnuklearen Status der BRD festzuschreiben und die Bemühungen der vergangenen Jahre zunichte zu machen. Dieser Vertrag mußte also innerhalb der Bundesrepublik auf eine denkbar negative Resonanz stoßen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Anmerkungen:
31) vgl. Rupp, a.a.O., S. 40
32) vgl. Bundeskanzler Kiesinger 1968: „Worin sich die Position der Bundesregierung von der anderer Länder unterscheidet, ist, daß wir das, was man den Status quo nennt, überwinden müssen. Das heißt, daß die Überwindung des Status quo eine bindende Aufgabe für uns ist. Das gilt für andere Länder nicht." (Bulletin ..., 18.7.1968)
Dieses Nonplusultra bundesdeutscher Ostpolitik vor Verabschiedung der Ostverträge (1972) wurde kürzlich vom amtierenden Bundespräsidenten mit dem Ausspruch, die deutsche Frage sei offen, solange das Brandenburger Tor zu sei, neu popularisiert.
33) entfällt
34) Spiegel v. 5.4.1961, zit. nach Brandstetter 1986 a.a.O., S. 323
35) (Wehrkunde 1/65, S. 3) Aufgefrischt wurde dieser Gedanke im Januar 1984 in dem offiziösen Bundeswehrorgan „Europäische Wehrkunde". Nach einem heftigen Plädoyer für „cruise missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand" heißt es dort: „Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten. Denn die Auswirkungen eines atomaren Gefechtes in Deutschland sind aus vielerlei Gründen — schon aus solchen der Geographie und der Physik — nicht auf sein Gebiet zu begrenzen. Wegen des Kopplungseffektes aber hätte dies zur Folge, daß auch die USA nuklear nicht abseits stehen könnten."
36) Bulletin v. 1.12.1961, zit. nach Brandstetter 1986, a.a.O., S. 289.
37) „The Problem Of Non-Proliferation Of Nuclear Weapons, And Nuclear Co-Operation Within NATO", Interim Report of the Advisory Commission on Problems of Disarmament and International Security and Peace vom 13.3.1966, S. 42
38) Rupp, a.a.O., S. 36
39) Strauß unmittelbar im Anschluß an die NATO-Ministerratstagung von Dezember1956: „Man sollte besser von Atomwaffen für taktische Zwecke sprechen. Es gibt keine Universaldefinition für diese Waffen. Der taktische Gebrauch dieser Waffen kann sich bis zu den hinteren Versorgungs- und Unterstützungslinien des Gegners ausdehnen und somit bis weit in die Tiefe reichen." Vgl. FAZ, 21.12.56, zit. nach Kelleher, a.a.O., S. 96 f.
40) So US-Außenminister Rusk 1963 in einer Geheimsitzung des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, zit. nach Brandstetter 1987, S. 897. Eilfertig, wenn auch erfolglos, unterbreiteten militärische Stellen in Bonn später das Angebot, „selbst die Verwaltung der auf seinem Territorium stationierten Atomdepots zu übernehmen", Brandstetter 1986, a.a.O., S. 187
41) vgl. Rupp, a.a.O., S. 41. Die ersten nuklear bestückbaren Raketen wurden Ende 1958 von der Bundeswehr übernommen, vgl. Brandstetter 1986, S. 206
42) vgl. Spiegel 20/66. Die Starfighter-Anschaffungen waren ebenfalls Ausdruck für den „zielstrebigen Drang nach Teilhabe an der atomaren Schlagkraft des westlichen Abendlandes" (Spiegel 5/66). Über die Ausbildung der Starfighter-Piloten berichtete Ende 1965 der Spiegel wie folgt: „Zweimal im Jahr müssen die deutschen Piloten auf dem sardinischen Flugplatz Decimomannu in jeweils drei Anflügen eine Übungsbombe im simulierten Atombombenwurf ins Ziel bringen. Zum Abwurf dreht der Bomber immer einen ‚Immelman-Turn' und wirft aus der Drehung die Bombe seitlich ins Ziel (...) Ein deutscher Pilot zum Spiegel: ‚Wenn wir im Kriege diese Figur fliegen, weiß der Russe unten am Flak-Geschütz, daß in dreißig Sekunden der große Blitz niedersaust — selbst wenn es ihm gelingen sollte, uns abzuschießen.' " (Spiegel 50/65)
große Blitz niedersaust — selbst wenn es ihm gelingen sollte, uns abzuschießen.' " (Spiegel 50/65)
43) vgl. die Rede des stellvertretenden Unterstaatssekretärs R. Murphy vom 31.1.1958 zur Revision des amerikanischen Atomenergie-Gesetzes von 1954 in: Europa-Archiv, 20.4.1958, S. 10689
44) vgl. P. Pringle/J. Spigelman, The Nuclear Barons, New York 1981, S. 376. Neben den genannten Teilnehmern aus der Bundesrepublik zeigt die Liste der ansonsten bei den Atomkursen vertretenen „Spezialisten", daß praktisch alle heutigen nuklearen Schwellenmächte dort einen Basiskurs absolvieren konnten: Neben den zwölf BRD-Teilnehmern ist die Rede von 14 Teilnehmern aus Indien, sieben aus Brasilien, fünf aus Israel, 29 aus Japan, elf aus Pakistan, acht aus Süd-Afrika, neun aus Taiwan.
45) Department of State, Treatys And Other International Act Series 4276, Washington 1959, S. 6 ff
46) „Es ist das Ziel der deutschen militärischen Führung, einmal über eine Raketenwaffe zu verfügen, deren Reichweite und Beweglichkeit strategische Ziele des möglichen Feindes zu bedrohen vermag, gleichzeitig jedoch ein schwer zu erfassendes Ziel bleibt", heißt es weiter in dem Artikel des Militärexperten Weinstein am 20.9.59 in der FAZ, zit. nach Brandstetter 1986 a.a.O., S. 195
47) vgl. Bulletin, 20.8.1960, Nr. 155, S. 1527. Die Bundesregierung erklärte anschließend, die Denkschrift inhaltlich voll zu unterstützen. Die SPD, deren Kanzlerkandidat Willy Brandt sich im Oktober 1960 „für taktische Atomwaffen für die Bundeswehr aussprach", kritisierte die Form der Veröffentlichung, nicht jedoch ihren Inhalt. Vgl. Brandstetter, a.a.O., 1986, S. 208 f.
48) „Selbst, ob Italien die Bedeutung Hamburgs als ausreichenden Grund betrachtet, um das Risiko einer totalen Eskalation durch die nukleare Antwort in Kauf zu nehmen, schien alles andere als sicher", heißt es diesbezüglich bei Kelleher, a.a.O., S. 155 sowie S. 240.
49) Für den US-Einsatz dürfe es jedoch kein Monopol des US-Präsidenten geben, so Strauß weiter im Gespräch mit dem US-Verteidigungsminister (vgl. Spiegel v. 20.12.61). Der „Spiegel" interpretierte diese Empfehlungen als „eine vorerst verdünnte nationale Verfügungsgewalt der Bundesrepublik über Atomwaffen (...) eine Mitsprache, die in Wahrheit einer autonomen Entscheidungsgewalt gleichkäme", zit. nach Brandstetter, a.a.O., S. 290
50) und fuhr fort: „We must arrange within NATO that a decision can be taken to use atomic weapons even before the President is heard from." New York Times v. 17.11.1961, zit. nach Brandstetter 1986, a.a.O., S. 283. Auch der Verteidigungsminister von Hassel der Regierung Erhard forderte für die MLF, es müsse „möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politische und militärische Nutzung dieser Streitmacht herbeizuführen" (FAZ, 25.5.63).
51) vgl. Brandstetter, a.a.O., S. 4
52) vgl. Kelleher, a.a.O., S. 250
53) die Warnung vor den deutschen Nuklearambitionen in britischen Medien veranlaßten Adenauer 1960 zu der Bitte an seinen Gesprächspartner US-Präsident Eisenhower, er möge bitte seinen Einfluß bei der „London Times" geltend machen, um eine derartige Berichterstattung abzustellen, vgl. Brandstetter 1986, a.a.O., S. 212
54) T.C. Wiegele, Nuclear Consultation Processes in NATO, in: Orbis, 2/1972, S. 484 ff. Lt. Wiegele können die Militärs die nukleare Zielplanung der USA unmittelbar beobachten und beeinflussen. Der Bereich der JSTPS gilt — nach Angaben Wiegeles — als so sensibel, daß hierzu öffentliche Publikationen praktisch nicht vorliegen.
55) vgl. Wiegele, a.a.O., S. 477 f. Noch 1976 forderte der deutsche Oberbefehlshaber des NATO-Bereichs Europa-Mitte, General Schnell, später Staatssekretär im Verteidigungsministerium, die „Atomminen" aus der alleinigen Verfügungsgewalt des US-Präsidenten herauszunehmen, siehe Spiegel 3/1985, S. 29.
56) zitiert in: loyal 4/84, vgl. antimilitarismus-information 6/85, S. III-53. Positiv meint A-Waffeneinsatz fördernd, negativ: A-Waffeneinsatz verhindernd. Auf der Brüsseler NPG-Tagung im Herbst 1971 kam es lt. Wiegele an der Frage der Informationsbereitschaft der USA hinsichtlich der Freigabe taktischer Atomwaffen zu einer „extrem scharfen Auseinandersetzung" zwischen Helmut Schmidt und seinem US-Kollegen Melvin Laird. Über die Schmidt-„Attacken" zeigte sich die US-Delegation erstaunt, da sich in den zurückliegenden Jahren eine „special
Laird. Über die Schmidt-„Attacken" zeigte sich die US-Delegation erstaunt, da sich in den zurückliegenden Jahren eine „special
nuclear relationship" zwischen den USA und der BRD auf der Grundlage zahlreicher bilateraler Gespräche entwickelt habe.
57) Bulletin ..., 1.3.1966, S. 215
58) Die Erklärung ist im Wortlaut dokumentiert in der New York Times vom 15.9.66. Im Rahmen der Genfer Abrüstungskonfernez hatte die Sowjetunion in den vorausgegangenen Monaten beharrlich die Verhandlungen für einen Atomwaffensperrvertrag blockiert, solange die USA über die MLF an dem Projekt einer faktischen Atomwaffen-Weitergabe (so die Interpretation der Sowjetunion) festhielten.

Der Beweis:

Bluff mit der Abrüstung

Zum ersten Mal in der Geschichte der Rüstungskontrollverhandlungen steht ein Abkommen vor der Tür, beim dem tatsächlich Atomwaffensysteme abgerüstet werden sollen. Entsprechend historisch geschwängerte Töne werden heute in Ost und West angeschlagen. Auch in den Reihen der Friedensbewegung macht das Wort von der ,,historischen Chance'' die Runde.

Das Dumme ist: Bei einer Verwirklichung der Doppelnullösung wird nicht eine einzige Atombombe verschwinden. Das glaubt ihr uns nicht? Wir werden sehen!

Es soll nicht zum wiederholten Male aufgezählt werden, daß das Reagan-Rüstungsprogramm ungefähr eine Verdoppelung der strategischen Atomsprengköpfe (bis 1995) vorsieht und daß bei der Addition der noch ausstehenden Rüstungsmaßnahmen 5.000 bis 7.000 Atomsprengköpfe im Bereich strategischer Atomwaffen noch hinzukommen (je nachdem, was dabei ausgemustert wird). Außerdem sind insgesamt rund 4.000 seegestützte Cruise Missiles bestellt. Das kann man in älteren AK-Ausgaben nachlesen. (1)

Wir wollen hier auch nicht erneut in allen Details auflisten, daß nach einem Abkommen allein in Westeuropa noch über 2.000 luft- und seegestützte atomare Mittelstreckenwaffen verbleiben. Eine Zahl, die noch um rund 1.000 britische und französische Systeme und möglicherweise um weitere 1.500 US-amerikanische Cruise Missiles auf Mittelstreckenbombern anwachsen soll. Auch das war im AK schon zu lesen. (2) Es geht auch nicht um die längst beschlossenen Maßnahmen einer atomaren Aufrüstung im Kurzstreckenbereich, wo etwa ein Nachfolgesystem für die Lance ins Haus steht.

In diesem Artikel soll aufgezeigt werden, daß das Abkommen zwar die Verschrottung von Raketen, nicht aber der Atombomben vorsieht. Belege? Aber gern doch.

Am 25. Juni 1987 hielt der Bundestag eine Fragestunde zu der Regierungsbe-
Am 25. Juni 1987 hielt der Bundestag eine Fragestunde zu der Regierungsbe-
hauptung ab, daß die Pershing Ia in Genf nicht zur Verhandlung stünden. Die Verhandlungen würden nämlich, so der zuständige Staatsminister Schäfer, ,,nur amerikanische und sowjetische *Systeme* betreffen''.

Daraufhin fragt Frau Fuchs von der SPD: *,,Herr Staatsminister, wollen Sie mir damit mitteilen, daß bei diesen Verhandlungen in Genf nur über die Trägersysteme verhandelt wird und die nuklearen Sprengköpfe völlig unberücksichtigt bleiben, daß sie mit anderen Worten von den beteiligten Staaten behalten werden können?''*

Der Staatsminster antwortete: *,,Frau Kollegin, ich habe Ihnen eine klare Antwort gegeben, und ich muß bedauern, Herr Präsident, daß ich dieser Antwort nichts hinzuzufügen habe.''* Frau Fuchs beharrt auf einer Antwort und Schäfer sagt: *,,Und ich bestehe auf meiner Antwort. Ich bitte um Verständnis.''*

Es meldet sich der SPD-Abgeordnete Gansel: *,,Herr Minster, bedeutet Ihre möglicherweise ja verständliche Weigerung, Frau Fuchs zu antworten, daß Sie auf Grund der Vertraulichkeit der Verhandlungen, die zwischen den Amerikanern und den Sowjets über Mittelstreckenraketen und weitreichende Kurzstreckenraketen geführt werden, und auf Grund der Vertraulichkeit der Informationen, die die Bundesregierung erhalten hat, die deutsche Öffentlichkeit und das deutsche Parlament weiter darüber im Ungewissen lassen müssen, ob es bei den Abrüstungsmaßnahmen nur um Trägersysteme geht oder um Trägersysteme plus Sprengköpfe, anders gefragt: Können Sie ausschließen, daß das Ergebnis der Verhandlungen sein wird, daß zwar Trägersysteme abgeschafft werden, aber Sprengköpfe nuklearer Art im sowjetischen und im amerikanischen Bündnisbereich gelagert bleiben?''* Staatsminister Schäfer erwidert: ,,Herr Kollege, ich darf zusammenfassend sagen...'' und er sagt wieder nichts zur Sache, aber er warnt, *,,daß wir nicht durch Debatten hier die Situation in Genf komplizieren. (...) Und wir sollten uns jetzt bitte nicht durch eine eigene Debatte hier in eine Situation hineinmanövrieren, die am Ende möglicherweise die Verhandlungen in Genf gefährdet.''*

Endlich stolpert noch der Grüne Lippelt über seinen Versuch, in richtiger Verantwortung für diesen Staat keine Frage zu formulieren: *,,Herr Staatsminister, ich möchte die Situation in dieser sehr wichtigen Sache auch gar nicht erschweren und frage Sie deshalb bewußt nicht, ob Sie mich einen Lügner nennen würden, wenn ich in Bewertung dieses Vorgangs im Lande nun allerdings behaupte, daß es so ist, daß die Köpfe nicht einbezogen sind. Aber das frage ich Sie, wie gesagt, jetzt gar nicht.''* Darauf der Vizepräsident Westphal: *,,Dies ist eine Fragestunde und keine Nichtfragestunde.''* (3)
präsident Westphal: *,,Dies ist eine Fragestunde und keine Nichtfragestunde.''* (3)

Ganz ist dieses Theater so noch nicht zu verstehen. Die Bundesregierung wollte sich bei ihrem Vorstoß, die Pershing Ia auszuklammern, mit pfälzischer Bauernschläue darauf berufen, daß atomare Sprengköpfe in Genf gar nicht zur Verhandlung stünden, also auch nicht die (amerikanischen) Sprengköpfe der Pershing Ia, sondern nur sowjetische und US-Raketen, also auch nicht das Pershing Ia-Trägersystem, weil bundesdeutsch. Bloß laut sagen mochte man es nicht, weil es der amtlichen Friedenspropaganda die Luft abläßt. Anders hatte der Sprecher des US-Außenministeriums am 29. April reagiert, zwei Tage nach dem ersten sowjetischen Vorstoß in Genf, die Pershing Ia einzubeziehen. Redman sagte damals: *,,Die USA und die UdSSR verhandelten über die Zerstörung von Raketen und Abschußsystemen und nicht über die Eliminierung von Sprengköpfen. Außerdem hätten die USA von Beginn der Verhandlungen an die Systeme im Besitz von Drittländern ausgeschlossen.''* (4)

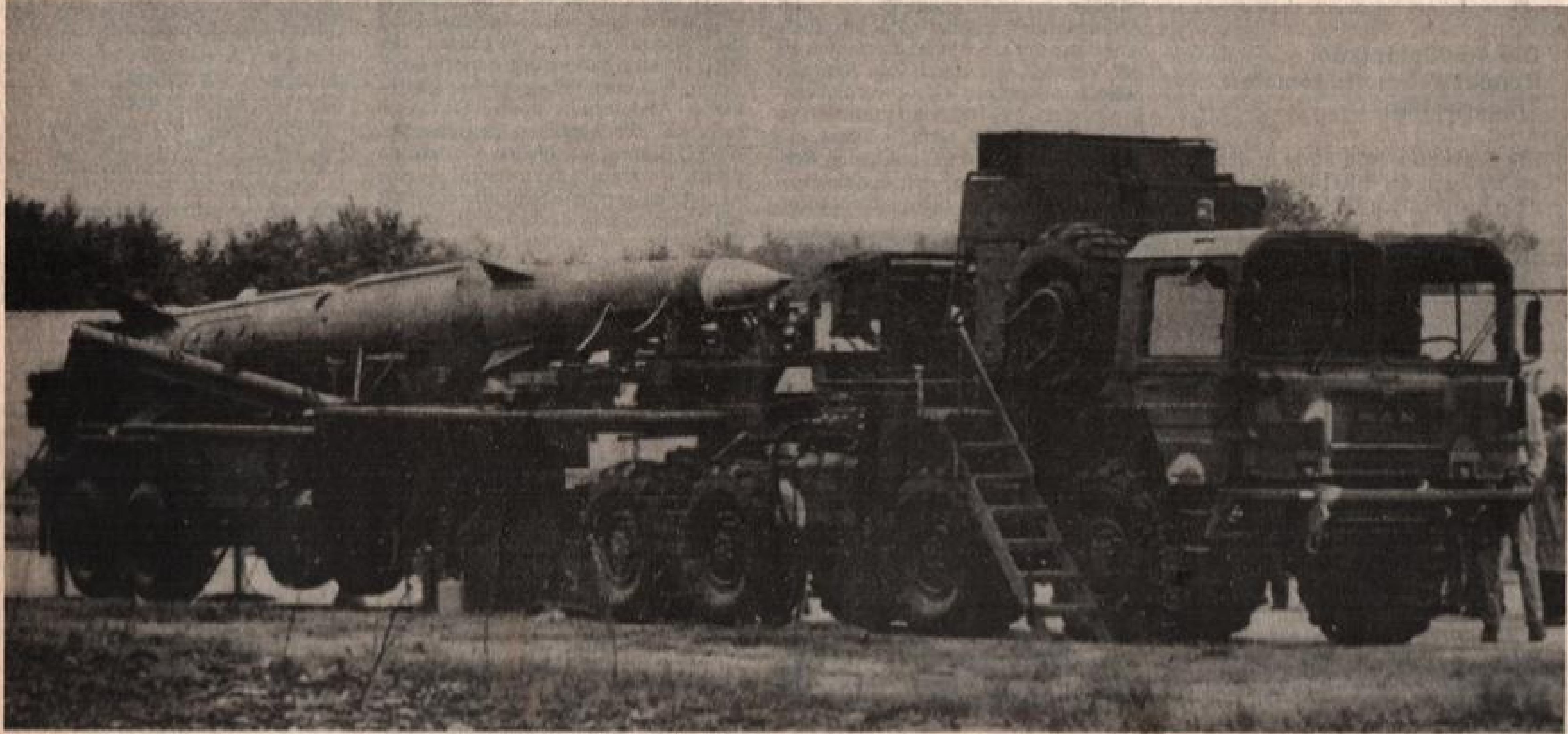


Klarheit in die Angelegenheit bringt, wie es heißt, eine vielbesuchte Theke in einer trinkfreudigen Großstadt. Dort will jemand das Papier aufgelesen haben, das er/sie aufs Nachahmenswerteste der richtigen Adresse zukommen ließ. Poststempel Frankfurt, Absender: Keiner und mehr brauchen wir auch nicht, weil der Inhalt für die Echtheit bürgt. Danke! *Danach haben Frau Fuchs und Herr Gansel es schon vor der Bundestagsfragestunde besser gewußt.* Denn im **Protokoll des zuständigen Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle** vom 23.6. wird ausgeführt:

,,Auf die Frage von Frau Abg. Fuchs nach der Logik für den Ausschluß der Pershing Ia versuchte er (der zuständige Botschafter Holik vom Außenamt — Anm. AK) *so kurz wie möglich erneut darzulegen, daß nach den Verhandlungspositionen beider Seiten Verhandlungsgegenstand nicht Sprengköpfe sind, sondern bei LRTNF Sprengköpfe auf Raketen auf Abschußgeräten. Bei SRTNF gehen beide*
Sprengköpfe sind, sondern bei LRTNF Sprengköpfe auf Raketen auf Abschußgeräten. Bei SRTNF gehen beide
Seiten, auch der formlose sowjetische SRTNF Null-Vorschlag, davon aus, daß nur Raketen auf Abschußgeräten zu vernichten sind. Für Sprengköpfe an und für sich gebe es keine Vorschläge zur Beschränkung, zur Reduzierung, zur Vernichtung.'' (5)

Ob dann *,,alle SS-Sprengköpfe erhalten blieben''*, will der Abgeordnete Biehle (CDU/CSU) wissen. Natürlich und Herr Holik weist darauf hin, *,,daß eine deutsch-französische Kooperation offenbleiben würde, da weder die Franzosen noch wir an den Vertrag gebunden wären.''* Und zur geplanten Umrüstung führt Holik aus: *,,Der Saceur sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Optionen im LRTNF und SRTNF-Bereich zu erhalten seien, um die Strategie implementierbar zu halten. Zur Zeit würden in der high-level-group entsprechende Optionen untersucht, wie mit bereits vorhandenen Waffensystemen, z.B. mit F 111, SLBM und auch mit schweren Bombern, die mit ALCM bestückt seien, diese Optionen erhalten werden könnten.''* (6)

Zurück zur Frage der Vernichtung der Atomsprengköpfe: Die Abgeordneten reiben sich die Augen und fragen immer wieder. Frau Fuchs: *,,Dann habe sie noch die Frage — da das ja ziemlich alle überrascht habe —, ob die Sprengköpfe in jedem Falle erhalten blieben...''* Oder der Abgeordnete Jungmann (SPD): *,,In der Öffentlichkeit sei ja die Meinung vorhanden, daß Raketen abgebaut würden mit* (es folgen Zahlen — Anm. AK) *Sprengköpfen. (...) Botschafter Holik sagte nun, die Sprengköpfe interessieren überhaupt nicht, damit können die machen, was sie wollen. Also sei es keine nukleare Abrüstung, sondern es sei aus seiner Sicht eine Vernichtung von Trägersystemen, und die nukleare Kompo-*



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

mente bleibe erhalten... Es müsse doch einen Grund geben, warum man die Sprengköpfe nicht zerstören wolle. Es werde immer gesagt, ‚nukleare Abrüstung', aber das nukleare Zeug bleibe erhalten... Wir beklagen uns immer, daß der Gorbatschow einen so großen propagandistischen Erfolg habe und die westeuropäische Bevölkerung ihm mehr Abrüstungswilligkeit zutraue als den Amerikanern. In Wirklichkeit stecke dahinter ein ganz großer Bluff. Die Sprengköpfe gingen nicht weg. Das sei für ihn das Entscheidende. Die Trägersysteme könne man ganz schnell wieder nachbauen.'' Botschafter Holik *„kann nur darauf hinweisen, daß das die Spielregeln seien, unter denen die Verhandlung geführt würden... die Vertragsparteien wären ja nicht gebunden, Sprengköpfe zur Modernisierung anderer Flugkörpersysteme, die nicht unter die Verhandlungen fielen, nicht zu produzieren.''* Abgeordneter Gansel, der sich auch im Bundestag zwei Tage später zu Wort meldete (s.o.), *„akzeptiert rüstungspolitisch, was gesagt worden sei. Es seien aber alle ein bißchen verblüfft, weil es ja nicht nur um rüstungskontrollpolitische, sondern auch um psychologische Faktoren gehe. Was habe denn die Sowjetunion und die USA dazu bewegt, die psychologische und öffentliche Wirkung des Durchbruchs zur Abrüstung so in Frage zu stellen, indem man nur die Trägerwaffen und nicht die Sprengköpfe verschrotten wolle. Man wolle doch die Dinger nicht als Tretminen für Insurgenten (7) zu Hause gebrauchen. Es müsse doch einen sehr handfesten Grund dahinter geben, wenn sie die Sprengköpfe behalten wollten.''*

Abgeschlossen wird dieser Punkt durch den Abgeordneten Scheer (SPD); er *„möchte darum bitten, daß man sich im Unterausschuß nicht zu sehr kapriziert auf diese Sprengkopfproblematik, weil für das, was dort Verhandlungsgegenstand ist, eine Menge Vernunftsgründe (...) sprächen. (...) man würde im Grunde genommen eher auf ein Nebengleis kommen.''*

Dieses „Nebengleis'' hat aber weiter eine Rolle gespielt, weil die Sowjetunion auf dem Abbau der Pershing Ia beharrte. Der Höhepunkt war die Rede Schewardnadzes am 6.8. in Genf. (8) Am 26.8. erklärte Kohl seine Bereit-
beharrte. Der Höhepunkt war die Rede Schewardnadzes am 6.8. in Genf. (8) Am 26.8. erklärte Kohl seine Bereit-
schaft, schließlich auch auf die Pershing Ia zu verzichten. Über die Sprengkopfproblematik wird im gleichen Unterausschuß am 16. September erneut diskutiert. Dr. Holik berichtet von Konsultationen mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister: *„Aus den Darlegungen Petrowskis sei klar geworden, daß es der Sowjetunion nicht in erster Linie um Sprengköpfe, sondern um das uneingeschränkte Produktionsverbot für LRTNF- und SRTNF-Flugkörpersysteme ginge. Petrowski habe neben dem aus seiner Sicht Problem ersten Ranges Pershing Ia zwei weitere Problemfelder angesprochen: Zum einen die Frage der Verifikation. Hier folgte Petrowski, ohne ins Detail zu gehen, der sowjetischen Generallinie, daß die USA ihre früheren strengen Verifikationsvorschläge verwässert hätten, während die Sowjetunion ihrerseits an striktesten Verifikationsmaßnahmen festhalte. (...) Die deutsche Seite habe Petrowski folgendes erklärt: Die Sowjetunion solle in der Frage der Gefechtsköpfe nicht überziehen. Sie müsse sich darüber im klaren sein, daß es für die Zerstörung der Gefechtsköpfe keine praktische Verifikationslösung gäbe. Die USA könnten sich auf die Erfassung der Gefechtsköpfe nicht einlassen. Ein Festhalten der Sowjetunion an ihrer Forderung nach Einbeziehung der Gefechtsköpfe würde einen INF-Vertragsabschluß zumindest hinauszögern. Die deutsche Seite und insbesondere Außenminister Genscher in seinem Gespräch mit Petrowski habe herausgestellt, daß mit der Entscheidung vom 26.8. und mit der amerikanischen Zusage, die Gefechtsköpfe nach Beseitung der Pershing Ia abzuziehen, die Sache für die Sowjetunion erledigt sein sollte. (...) Es habe sich ergeben, daß die Sowjetunion in Genf keinen Verifikationsvorschlag unterbreitet habe, darüber wie die Zerstörung der Gefechtsköpfe und die anschließende Verhinderung der Neuproduktion von Gefechtsköpfen überprüft werden könne. Offensichtlich verfüge die Sowjetunion in dieser Frage über kein Konzept. Die Ausführungen Michailows beschränkten sich darauf, daß dies eine technische Frage sei, die gelöst werden könne, wenn der politische Wille auf beiden Seiten vorhanden sei. Es habe sich weiterhin ergeben, daß entgegen öffentlichen Behauptungen, wonach die Sowjetunion bereit sei, Inspektionen in Produktionsstätten zuzulassen, in Genf am Konzept der demonstration areas festgehalten wird. D.h., daß die Flugkörper bzw. deren Bestandteile nach Verlassen von Produktionsstätten oder Reparaturstätten in bestimmte Gebiete verbracht werden sollen, in denen sie inspiziert werden können. (...) Zur sowjetischen Haltung der Gefechtsköpfe habe Glitman erklärt, daß die sowjetische Forderung nach Zerstörung der Gefechtsköpfe reine Öffentlichkeitsarbeit sei. Zwischen den USA und der Sowjetunion bestehe in Genf Übereinstimmung und hier gebe es sogar eine gemeinsame Vertragssprache im Protokoll, daß die Gefechtsköpfe wie auch die Guidance Systems (9) innerhalb der Gefechtsköpfe vor Beginn des Demontagebzw. Zerstörungsprozesses der Flugkörper abgezogen werden sollten und danach sollten sie ‚turned over to use by appropriate enterprises' werden.''*

Im Unterausschuß weist der Abgeordnete Jungmann *„darauf hin, daß, wenn die Sowjetunion die Gefechtskopffragen nur aus propagandistischen Zwecken öffentlich erörtert, der Westen diesem entgegentreten sollte. Die Öffentlichkeit habe weiterhin den Eindruck, daß auch die Gefechtsköpfe zerstört werden sollen, und der Westen habe bisher nichts getan, um diesem Eindruck entgegenzutreten.''* Dr. Holik zufolge habe US-Außenminister Shultz in der Pressekonferenz vom 15.9.87 *„diese Thematik ausführlich gewürdigt. Die Schwierigkeit sei, daß die sowjetische Position zwar weniger fundiert, aber leichter eingänglich sei.''* Der Abgeordnete Scheer wendet sich dann gegen *„die Legendenbildung bezüglich der Pershing Ia''*. Gemeint ist die westliche Behauptung, daß die Sowjetunion erst später auf diesen Streitpunkt gekommen sei: *„Die Sprengkopfdiskussion selbst sei im Zusammenhang mit der Pershing Ia zu sehen, da es, solange die Bundesregierung sich weigerte, die Pershing Ia zum Bestandteil des Vertrages werden zu lassen, für die Verhandlungspartner eigentlich nur einen einzigen denkbaren Zugriff auf die Pershing Ia-Systeme gab, nämlich über den Umweg der Sprengköpfe, obwohl das den gesamten Vertragsrahmen gesprengt hätte und praktisch nicht realisierbar war in einem adäquaten Rahmen. Erst seither gäbe es nach seiner Beobachtung diese spezifizierte Sprengkopfdiskussion.''* Dann führt Dr. Holik aus, daß man eben die Sprengköpfe wirklich im Verkehr halten will: *„Es gehe nicht nur*
Dann führt Dr. Holik aus, daß man eben die Sprengköpfe wirklich im Verkehr halten will: „Es gehe nicht nur
um die Verifizierbarkeit, sondern auch darum, daß es keinen Sinn habe, eine bestimmte Anzahl von Sprengköpfen zu verbieten und vernichten, wenn beiden Seiten die Möglichkeiten gelassen würde, jede beliebige Anzahl von neuen Sprengköpfen zu produzieren, bei denen man nicht unterscheiden könne, ob sie für eine Mittelstrecken-, Langstrecken- oder eine Kurzstreckenrakete bestimmt seien.'' Der Vorsitzende Egon Bahr fügt hinzu, *„daß er dieses Problem für völlig uninteressant halte. Es handle sich um eine geringe Menge Sprengstoff aus Sprengköpfen, die nicht mehr gebraucht würden, während gleichzeitig Tausende von Kilo für die in Produktion befindlichen Cruise Missiles und sonstige Raketen der beiden Großmächte verarbeitet würden. Es sei daher gegenstandslos, darüber ein Abkommen zu schließen.''* Na logo, solange weiter wild entschlossen atomar aufgerüstet wird, wäre es idiotisch, irgendwelche Atomwaffen wegzuschmeißen. Nur laut sagen, daß es um weitere atomare Aufrüstung und nicht um Abrüstung geht, mag man natürlich nicht.

Was sagt die Sowjetunion dazu?

„Nicht nur alle Mittelstreckenraketen der USA und der Sowjetunion, sondern auch die dazugehörenden Atomsprengköpfe werden verschrottet. Dies gab der Chefjurist des sowjetischen Außenministeriums, Wjatscheslaw Kulebjakin, in Genf bekannt.'' Shultz und Schewardnadze hätten sich in Washington *„auf ein pragmatisches Verfahren über die Demontage der atomaren Gefechtsköpfe geeinigt. Die Einzelheiten seien jetzt (...) geregelt worden. In der Vergangenheit waren die USA nur zur Vernichtung der Raketen bereit gewesen.''* Wie sieht der neue Kompromiß aus? *„Die Raketen und die Sprengköpfe (auch Wiedereintrittskörper genannt) werden abgebaut und unter gegenseitiger Kontrolle vernichtet. Zuvor wird aber die eigentliche Sprengladung dem Gefechtskopf entnommen. (...) Ob das zurückgewonnene spaltbare Material für andere Atombomben verwendet oder in Reaktorbrennstoff umgewandelt wird, bleibt offen. (...) Laut Kulebjakin ist das weitere Schicksal der Atomsprengladungen nicht von besonderer Bedeutung. (...) Moskau habe in den Verhandlungen zu bedenken gegeben, die Einmottung der Gefechtsköpfe erwecke den Verdacht, durch eine Hintertür könnten neue Raketen mittlerer Reichweite in die Arsenale gelangen. Eine bestimmte Art von Wiedereintrittskörpern eigne sich nämlich nur für entsprechende Trägerwaffen. Dieses Argument hätten die USA schließlich akzeptiert.''* (10)

Man kann sich das so vorstellen: Der Granaten-Mantel wird verschrottet, der paßt sowieso nur für die spezielle Rakete. Das Dynamit wird jedoch behalten. In diesem Falle ist aber das Dynamit nicht nur der Kernsprengkopf, wie es nach der Erklärung der Sowjetunion aussehen könnte, sondern die vollständige Atombombe einschließlich des Zündmechanismus, nur die Steuerung und der Zündauslöser werden abmontiert. Abrüstung wäre das Gegenteil davon: Denn nicht die Metallhüllen sondern der Sprengstoff, die Atombombe ist es, den man für den Krieg braucht. Für Atombomben gilt: They always come back.

HH

ANMERKUNGEN

(1) Eine genauere Auflistung der atomaren Rüstungsplanung der USA befindet sich in AK 277, vom 15.12.1986 (S. 23): „Salt II — Rüstungsbegrenzung durchbrochen"
(2) Eine Übersicht über die eurostrategischen Systeme befindet sich in AK 275, vom 20.10.1986 (S. 13): „Warum es in Reykjavik zu keiner Einigung kommen konnte", noch ausführlicher ist die Übersicht in AK 281, 6.4.87, S. 19 ff: „Koppeln oder Abkoppeln? — Die europäische Nuklearrüstung nach Reykjavik"
(3) Protokoll des Deutschen Bundestages, 20. Sitzung, Donnerstag den 25. Juni 1987
(4) zitiert nach „Archiv der Gegenwart", vom 21. Mai 1987
(5) LRTNF meint landgestützte Atomraketen mit einer Reichweite von über 1.000 km
SRTNF meint solche Atomraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 1.000 km
(6) SACEUR ist der Oberbefehlshaber der NATO in Europa
High-Level-Group ist der höchste militärische Planungsstab der NATO
F 111: 144 Schwengflügelbomber der USA sind in Europa stationiert. Sie sind von ihrem Libyen-Einsatz her bekannt. Es wird ihre Ausstattung mit Cruise Missels diskutiert
SLBM = sea launced ballistic missiles = seegestützte ballistische Raketen. Dem europäischen Oberbefehlshaber unterstehen bis zu vier Unterseebooten bis zu 800 Raketen, diskutiert wird auch hier die Ausstattung mit Cruise Missiles
ALCM = air launced cruise missiles = luftgestützte Cruise Missiles
(7) Insurgenten = Aufständische
(8) s. Auszüge aus der Rede Schewardnadzes in AK 286, S. 10, vom 21.9.87: „Drittstaaten-System gegen Atomwaffenverzicht"
(9) Guidance System: Lenkungssystem der Atomsprengköpfe auf Raketen
(10) zitiert nach FR, 1.10.87: „Supermächte wollen Raketen und Sprengköpfe verschrotten" und nach „Tagesanzeiger", 30.9.87: „Abgerüstete A-Sprengköpfe werden verschrottet"

Wörner for President?

Zurück vom Wolfgangssee wollte Helmut Kohl nach den Streitereien der Union im Sommer um Menschenrechtsfragen und die zukünftige Richtung endlich Entschlußkraft und nationale Größe zeigen. Er schlug Manfred Wörner als *„erstklassig qualifizierten Kandidaten''* für den Posten des NATO-Generalsekretärs vor. Im Dezember dieses Jahres sollen ihn die NATO-Außenminister wählen, im Juni 1988 will der englische Lord Peter Carrington den 200.000-Dollar-Job aufgeben. (1) Kanzlerberater Teltschick hatte sich vorher für die Kandidatur Wörners Rückendeckung bei den *„wichtigen NATO-Ländern''* geholt. *„Der Kanzler ist fest entschlossen, seinen Wörner (...) durchzuboxen,''* konnte man vernehmen (1) und „Bild'' schrieb: *„Die Deutschen sollten sich nicht mehr mit unbedeutenden Stellvertreter-Posten abspeisen lassen.''* (2)

Das Dumme an der Geschichte ist, daß Kohl damit den Aufstand der „unwichtigen'' NATO-Partner losgetreten hatte. Nämlich schon früher als Wörner hatte der ehemalige norwegische konservative Regierungschef Willoch seine Kandidatur angemeldet. *„Der Name Willoch sei nach mehreren Konsultationsrunden in der NATO genannt worden, und alle Bündnispartner seien damit einverstanden gewesen — ‚auch die Bundesrepublik' ''*, erklärte ein Sprecher des norwegischen Außenministeriums, Paust. (3) Er sprach von einem *„brutalen Vorgehen''* Bonns. Auch die BRD müsse die Spielregeln im Bündnis einhalten, nämlich die Mitgliedsländer *„als gleichwertig betrachten''* statt eine *„Klasseneinteilung''* vorzunehmen, wie es Kohl getan habe. Andere Stimmen in Norwegen sprachen vom *„Großmachtgehabe''* der BRD und einer *„systematischen Gerüchtekampagne''*, als sei Wörner schon durch. (3) Paust sagte, es lägen in Norwegen keine Regierungsstellungnahmen für Wörner vor. (4) Norwegen halte die Kandidatur aufrecht und *„nun müsse eine sachliche Erörterung der Qualifikation der Kandidaten folgen, statt sich auf den ‚Machtstatus eines Landes' zu berufen. (...) Wir wollen keinen offenen Wahlkampf, halten die Entscheidung aber für offen und folgen den in der NATO üblichen Spielregeln mit vertraulichen Konsultationen.* (3)(4) Die Bundesregierung war beleidigt und äußerte *„Überraschung und Befremden''*. (5)

Ausgerechnet mit Norwegen mußte das passieren. Während man intern auf Regierungsebene ansonsten bestens kooperiert, ist in der norwegischen Öffentlichkeit im allgemeinen Bewußtsein deutsches Großmachtstreben und vor allem die Geschichte dazu präsent geblieben. Gerade in diesem Herbst befürchtete man wieder eine Invasion deutscher Soldaten in Norwegen. Es war die Spekulation aufgetaucht, daß anstelle einer kanadischen Brigade ein Bundeswehrbatallion bei den Herbstmanövern auftauchen sollte. 1976 hatte die norwegische Regierung intern schon einen Beschluß gefaßt, daß 1.500 Mann Bundeswehr in Norwegen wieder an Manövern teilnehmen könnten. Dieser Beschluß wurde aber nicht durchgeführt sondern stattdessen 1978 auf Sanitätssoldaten, Verbindungstruppen und eine Helikoptereinheit zurückgestuft. (6)

Der Posten eines NATO-Generalsekretärs bringt zwar bestenfalls eine symbolische militärische Großmachtposition, aber für die BRD reicht das, um schon im Vorwahlkampf durch Rüpeleien aufzufallen. *„Dem Oberbefehlshaber* (immer ein US-General — Anm.AK) *unterstehen 900.000 Soldaten aus vierzehn NATO-Ländern, dem Generalsekretär* (immer ein Europäer — Anm. AK) *nur 1.200 Zivilbeamte.''* (2) In einer norwegischen Zeitung hieß es zu den Qualitäten, die dieser Sekretär brauche: *„Er darf weder Frau noch Amerikaner sein, auch nicht andeutungsweise linksgewirkt und nicht sonderlich empfänglich für neue außerpolitische Ideen. (...) Korrekt müsse er sein, verdienstvoll und daheim nicht mehr ganz auf der Höhe, gegen östliche Expansion und gegen Fußnoten im NATO-Bündnis. Er müsse die NATO-Charta rezitieren können, als bedeute jedes Wort etwas. Er müsse gleichen Abstand zu Griechen und Türken halten und liebenswürdig arrogant zu lästigen Journalisten sein.''* Und all das könne niemand so gut wie ihr Kaare Willoch, meint die Zeitung. (7) So heißt es im liberalen Norwegen. Auch die Bild-Zeitung merkt an, daß der Posten keine großen Befugnisse habe, aber immerhin: *„Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs werden in Friedenszeiten die Einsätzpläne für Atomwaffen diskutiert und entschieden.''* (2) Und gerade hier hatten ja CDU/CSU-Kreise in letzter Zeit das große Theater veranstaltet. Denn mit der Aufgabe von Pershing und landgestützten Cruise Missiles muß die 1978 beschlossene Zielliste, auf der sowjetische Ziele an erste Stelle gerückt waren, wieder neu erarbeitet werden und man befürchtet Rückzüge der Amerikaner. Aber, so kann man es in „Bild'' auch lesen, *„im Kriegsfall hat der amerikanische Präsident das letzte Wort über deren Einsatz''* Und „Bild'' vergißt nicht hinzufügen, daß schon Staatsmänner wie Kissinger oder de Gaulle vorgeschlagen hatten, die Posten von Oberbefehlshaber und Generalsekretär zu tauschen. (2)



Das mehr diplomatische Parkett scheint Wörner wenig zu liegen. Seine beste Rolle spielte Wörner zu Zeiten der Opposition, wo er zu den Scharfmachern in Sachen militärischer Großmachtpolitik der BRD vorn anstand: Er verweigerte die Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag und forderte, die nukleare Option für die BRD bzw. für eine auch weltweit militärisch agierende Supermacht Europa unbedingt offen zu halten. Eine solche Nuklearmacht dürfe sich dann auch keineswegs auf eine atomare Zweitschlagskapazität beschränken. Und Wörner gehörte zu den Verfechtern ei-
neswegs auf eine atomare Zweitschlagskapazität beschränken. Und Wörner gehörte zu den Verfechtern ei-
ner massiven konventionellen Aufrüstung. Europäische Supermachtsvisionen waren und sind auch für Wörner erklärtermaßen Zukunftspläne, wo man aber jetzt unbedingt die ersten (der tausend notwendigen) Schritte einleiten müsse. (8) Als Verteidigungsminister nach 1982 gehörte er mehr zu den typischen Größen aus Kohls Luschenkabinett auf dem Weg zu zukünftiger Weltgröße. So wäre er fast über die Kießling-Affäre gestolpert. Wie zu sozialdemokratischen Regierungszeiten hält sich die BRD unter der Kohl-Regierung bei den Rüstungsausgaben vergleichsweise vornehm zurück und landet hinter den andern NATO-Größen weiterhin bei den Rüstungsausgaben im Mittelfeld (gemessen am Anteil des Bruttosozialprodukts). Von dem Versprechen, die Rüstung jährlich real um 3% zu steigern, ist nicht mehr die Rede. Noch immer haftet dem militärischen Großmachtstreben der BRD der Makel des zweiten Weltkrieges selbst bei Freunden in der NATO an. Zum einen war Wörner schon immer ein Vertreter einer weltweiten militärischen NATO-Politik (8). Zum anderen verbietet jetzt das Grundgesetz Bundesmarineschiffe im Golf, deshalb schickt man sie ins Mittelmeer. Derzeit bleibt man lieber Großmacht vor allem im wirtschaftlichen Geschäft und betreibt an vorderster Front das verdecktere Rüstungs- und Wirtschaftsgeschäft mit den Kriegsparteien im Golf.

Aber auch symbolische militärische Großmachtsposten haben ihre Schwierigkeiten. Nach letzten Meldungen sollen sich die USA und Norwegen darauf verständigt haben, die Wahl des Generalsekretärs erst einmal aufzuschieben. Und das könnte für Wörner schlecht ausgehen. Denn die BRD will auch noch für Bangemann den Posten des EG-Präsidenten haben und falls der gewählt würde, sollen die Chancen für Wörner auf Null sinken, heißt es. (9)

HH

ANMERKUNGEN

(1) Spiegel, 14.9.87
(2) BILD, 19.8.87
(3) FR, 5.10.87
(4) FAZ, 5.10.87
(5) FR, 6.10.87
(6) NZZ, 6.10.87
(7) aus dem liberalen norwegischen Dagbladet, zitiert nach FR, 29.9.87
(8) s. dafür z.B. Wörners Aufsatz in „Wehrkunde" 4/76, S. 175 ff: „Europa und die atlantische Allianz"
(9) s. FR, 13.10.87

Der Korea-Krieg (1950-53):

Der Krieg „vor Vietnam" und seine Folgen

von Rainer Werning, Korea-Informationsstelle

Die dem Befehl MacArthurs unterstellten Truppen rückten im Oktober und November 1950 immer näher auf die chinesiche Grenze zu. Als der General gar die „Pulverisierung" der grenznahen chinesischen Städte durch den Einsatz der Atombombe erwog, löste diese Provokation in China die höchste Alarmstufe aus. Im November entsandte Peking „Freiwilligenverbände" an die Front, die gemeinsam mit nordkoreanischen Truppen die amerikanischen und UN-Streitkräfte in Wellen nach Süden zurückschlugen. Ohne den Kriegseintritt Chinas wäre Nordkorea dazu aus eigener Kraft kaum fähig gewesen. Wie Stabsoffiziere im Hauptquartier MacArthurs Wochen nach dem 25. Juni, dem Tag des Kriegsbeginns, bestätigten, waren nur sechs vollausgerüstete Divisionen kampfbereit, obgleich Pjöngjangs Pläne für den Kriegsfall von 13 bis 15 Divisionen ausgingen.

„Es gab in Korea keine Angriffsziele mehr"

„Morden, plündern und niederbrennen sollt ihr! Je mehr ihr das tut, desto größer wird mein Wohlgefallen sein". Mir diesem markigen Tagesbefehl brachte der amerikanische Kommandeur Jacob H. Smith („Bloody Jake") um die Jahrhundertwende, als sich Washington der Philippinen als erste und einzige Kolonie in Asien bemächtigt hatte, seine Soldaten auf Trab. Die ostphilippinische Insel Samar, wo Smith mit seiner Einheit stationiert war, sollte in eine „heulende Wildnis" verwandelt werden. 250-500.000 Filipinos kamen nach amerikanischen Schätzungen in einem der bis dahin größten Massaker der Kolonialgeschichte ums Leben. Das Ziel: „Befriedung" der Einheimischen.

Zwei entscheidende Taktiken hatte

größten Massaker der Kolonialgeschichte ums Leben. Das Ziel: „Befriedung" der Einheimischen.

Zwei entscheidende Taktiken hatte

man erprobt: 1) zur Niederhaltung des „nationalen Aufruhrs" dienten eigens gedrillte einheimische Elitesoldaten (die sog. Scout-Ranger-Verbände) als Reservoir der späteren regulären Armee des Landes; 2) „Hamletting" und „Zoning", die Überwachung und Kontrolle der Zivilbevölkerung in extra zu diesem Zweck hergerichteten Weiler bzw. das systematische Durchkämmen von Wohnvierteln, sollten die Menschen einschüchtern, ihren Widerstandswillen brechen. In Malaya (1948-60) verfeinerten die Briten unter Sir Robert Thompson diese Taktiken im Rahmen ihrer dort praktizierten Aufruhrbekämpfung (Counterinsurgency), bevor die Amerikaner aus den Malaya-Erfahrungen im Korea-Krieg profitierten.

In diesem „Krieg vor Vietnam" gingen die USA über die erwähnten Taktiken weit hinaus. Die koreanische Bevölkerung diente als Versuchskaninchen für das Testen bakeriologischer und chemischer Waffen, die Cholera und Milzbrand verursachten. Erstmals wurde an „lebenden Objekten" mit Napalm „experimentiert". Dessen Wirkung beschrieb der britische Korea-Korrespondent Cutforth so: *„Vor uns stand eine merkwürdige, etwas vorgebeugte Gestalt mit gespreizten Beinen und seitwärts gestreckten Armen. (...) Er hatte keine Augen, und seinen ganzen Körper, der fast überall durch verbrannte Stoffetzen hindurch sichtbar war, bedeckte eine harte schwarze, mit gelbem Eiter gesprenkelte Kruste. (...) Der Mann mußte stehen, weil sein Körper keine Haut mehr hatte, sondern von einer leicht zerbrechlichen mürben Kruste überzogen war. (...) Ich dachte an die Hunderte von niedergebrannten Dörfern, die ich persönlich gesehen hatte, und stellte mir die Verlustliste vor, die an der Koreafront ins Unermeßliche wachsen mußte".*

In großem Stil auch praktizierten die amerikanischen UN-Truppen, was später als „Aktion Würger" und „Aktion Totschläger" in die Kriegsannalen einging. Ganze Ortschaften wurden durch Flächenbombardements „ausradiert". Der Chef der US-Bomberkommandos im Fernen Osten und Generalskollege MacArthurs und wie dieser ein Verfechter der fixen Idee, China eher früher denn später mit der Atombombe zur „Räson" zu bringen, Emmet (Rosie) O'Donnell, gab später mit nahezu wehleidigem Unterton zu Protokoll: *„Ich würde sagen, daß die ganze, fast gesamte Halbinsel Korea ein einziger Schutthaufen ist. Alles ist zerstört. Nichts Nennenswertes ist stehengeblieben. Kurz bevor die Chinesen in den Krieg eintraten, wurden von unseren Bombern keine Angriffe mehr geflogen. Es gab in Korea keine Ziele mehr."*

Nach unterschiedlichen Schätzungen fielen dem Krieg, erst nachdem die USA ihn auf Nordkorea ausweiteten, bis zum Waffenstillstandsabkommen in Panmunjom (27. Juli 1953) zwei bis vier Millionen Menschen zum Opfer.

Korea war durch die von außen auferzwungene Teilung in ein Trümmerfeld verwandelt worden, auf dem die wechselseitigen Schuldzuweisungen Seouls und Pjöngjangs die Entfremdung der Nation und die Spaltung des Landes in zwei hoffnungslos verfeindete Lager zementierten. Der 38. Breitengrad ist seither undurchlässigste Grenze der Welt.

Während die Sowjetunion in all den Kriegsjahren bemerkenswerte Zurückhaltung übte, argumentierten und handelten die USA nach einer bombensicheren Logik — man nehme sich, was einem zwar nicht gehört, teile es nach Gutdünken auf und schelte jeden einen Verbrecher, der sich diesem Diktat widersetzt!

Der Fall des Günstlings Rhee (1953 - 1960)

Der Fall des Günstlings Rhee (1953 - 1960)

Gewinner des Krieges war Syngman Rhee. Kurzfristig zumindest. Vor dem Krieg war seine Machtbasis geschrumpft. Nach dem Krieg wertete ihn die internationale Öffentlichkeit als Opfer der „nordkoreanischen Aggression" auf. Rhee war als Staatsoberhaupt des „heißesten Frontstaates" und Symbolfigur „westlicher Freiheit" glaub- und unterstützungswürdig. Selbst Monate nach Kriegsende forderte er Washington wiederholt und öffentlich auf, in Korea fortgesetzt Flagge zu zeigen. Da nahm man es schon in Kauf, daß er seine alten und neuen politischen Gegner nach Einschränkungen der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit ausschaltete. Seine Ordnungskräfte halfen mitunter faustfest nach, wenn es darum ging, erforderliche Zweidrittelmehrheiten im Parlament herzustellen, mit denen sich weitere drakonische Maßnahmen bequem durchpeitschen ließen. Auf diese Weise ließ er sich zum Präsidenten auf Lebenszeit küren.

Wirtschaftliche Stagnation, eine unumkehrbare Isolierung, Massenproteste (vor allem der Studenten und Arbeiter), grassierende Korruption und „Unstimmigkeiten" in Militär und Polizei besiegelten im Frühjahr 1960 Rhees Sturz. Am 19. August 1960 begann mit Chang Myons Amtsantritt der kurze „Seouler Frühling". Seine Regierung versprach zwar, die lauthals geforderte Säuberung der mit ihrem Vorgänger liierten Kräfte in der Nationalpolizei, Bürokratie und Verwaltung anzupacken. Auf erste Grenzen stieß die neue Regierung jedoch in einer anderen, weitaus delikateren Frage.

Chang Myons Plan zur Reduzierung der Streitkräfte um 100.000 Mann wurde in Seoul und Washington gleichermaßen sofort abgelehnt. Bereits Ende August gaben südkoreanische Militärs sowie amerikanische Offiziere klipp und klar zu verstehen, daß eine Truppenverringerung abwegig, ja gänzlich auszuschließen sei. General Williston B. Palmer, Militärhilfe-Direktor im Pentagon, lehnte die Ausdünnung des etwa 600.000 Mann starken südkoreanischen Militärs rundweg ab. Er fand sich damit im Einklang mit der Position Carter B. Magruders, der als kommandierender General der 8. US-Armee solche Pläne für prinzipiell verwerflich hielt.

Der Chang-Regierung blieb nichts anderes übrig als zurückzustecken. Die angestrebte Truppenreduzierung verlief im Sande. Bürgerliche Freiheiten und ein demokratischer Neubeginn fanden dort ihre Schranken, wo die im Lande mittlerweile mächstigste Institution den „subversiven, vom Norden gesteuerten Kommunismus" am Werk wähnte — im Militär.

Dem im Mai 1961 inszenierten Militärputsch waren monatelange, öffentlich geführte Diskussionen um Umbesetzungen in der Militärhierarchie vorangegangen. Solche Querelen widersprachen nicht nur dem von der Militärkaste gepflegten Ethos von Pflichterfüllung, Unterordnung und Ehre. Was schwerer wog — sie schienen in Pjöngjang Schwäche und Entschlußunfähigkeit zu suggerieren, woraus es Kapital schlagen und die „nationale Sicherheit" untergraben könne. Der Militärputsch, in dessen Verlauf Generalmajor Park Chung Hee neuer Staatspräsident wurde, unterstrich Washintons Bestreben, einen Machtverlust auf seinem ostasiatischen Brückenkopf unter allen Umständen vorzubeugen. Nach jahrelangem Aufpäppeln des (mit Ausnahme der Präsidialgarde) ihrem Kommando unterstellten südkoreanischen Militärs und geduldeter Kaltstellung von Oppositionellen hatten sich die USA in eben diesem Militär die verläßlichste Stütze geschaffen.



„Öffnung" durch Park (1961 - 1970)

Leutnannt Okamoto Minoru war ein Musterkadett. Während des 2. Weltkriegs hatte er in der Armee des Tenno gedient und nach seiner Ausbildung an der japanischen Militärakademie in Mandschukuo den Schwur geleistet, *„wie eine Kirschblüte im Heiligen Krieg für die Errichtung der Größeren Ostasiatischen Gemeinsamen Wohlstandssphäre und in Verteidigung des odo rakudo (Reich des Rechten) zu fallen".* Die „Größere Ostasiatische Gemeinsame Wohlstandssphäre" war der Schlachtruf und die Vision des japanischen Militarismus, seinen Herrschaftsanspruch über die Völker der gesamten Region zu legitimieren. Hinter Leutnant Okamoto Minoru verbarg sich Südkoreas neuer Präsident Park Chung Hee.

Der alten, von Rhee geführten Elite des Landes war es einzig darum gegangen, ihre nach dem Zusammenbruch der japanischen Kriegsmaschinerie bedrohten Privilegien hartnäckig zu verteidigen und sich dabei ausschließlich auf Bajonette zu stützen. Park und seine Regierung hingegen verkörperten einen neuen Typ (süd)koreanischer Herrscher, deren Konzept von „Ruhe und Ordnung" sich mit einem ehrgeizigen wirtschaftlichen Aufbauprogramm verband. Dies entsprach weitgehend den Interessen Washingtons, nach dem gescheiterten Versuch, ganz Korea in seinen Bannkreis zu schlagen, zumindest das halbe Korea (nämlich die Republik Korea, ROK) militärisch, politisch und wirtschaftlich an sich zu binden. Ganz im Geiste der nunmehr gültigen US-Militärstrategie des „containment" („Eindämmung"), die das spätestens seit dem Ende des Korea-Krieges mißlungene „roll back" — das „Zurückdrängen des Weltkommunismus" also — abgelöst hatte.

Seit 1954 waren von den USA etwa 2,5 Mrd. US-Dollar nach Südkorea gepumpt worden. Dennoch befand sich die Wirtschaft in einem desolaten Zustand, zumal das Land infolge der Spaltung einer nennenswerten industriellen Basis beraubt war. Sie existierte nämlich nur im rohstoffreichen Norden, während der Süden die tradionelle Reiskammer bildete. Zu Beginn der 60er Jahre waren dort gut 25% der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen lag unterhalb der 100-Dollar-Marke. Der durchschnittliche Bauernhaushalt mit sieben bis acht Familienangehörigen bebaute lediglich zwei Morgen Land. Etwa 40% aller Bauernfamilien mußten von den Erträgen eines Morgens oder weniger ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Worauf basierte der von Park eingeleitete Wirtschaftswandel? Die Besonderheit der Nachkriegsbeziehungen zwischen Tokio und Seoul bestand in der für Japan profitablen amerikanischen Interventionspolitik in Korea, während direkte japanisch-(süd)koreanische Verbindungen bis 1965 schmalspurig verliefen. Tokio hatte die schon von Syngman Rhee erhobene Forderung, seiner Regierung mindestens zwei Mrd. US-Dollar an Kriegsentschädigungen zu zahlen, brüsk abgelehnt. Zum Entsetzen der Koreaner pochte es stattdessen auf die Rückgabe seines 1945 hinterlassenen „Besitzes". Noch während des Korea-Krieges beteiligte sich Japan durch die Entsendung von Beratern, Kriegsschiffen und Napalmproduktion am Kriegsgeschehen und erhielt amerikanische Aufträge (vorrangig Konsumgüter) in Höhe von mindestens fünf Mrd. US-Dollar. Der 1965 zwischen beiden Ländern geschlossene Normalisierungsvertrag eröffnete für alle Beteiligten — die USA, Japan und Südkorea — vorteilhafte Perspektiven. Die USA federten ihre durch den eskalierten Indochina-Krieg verursachten negativen Zahlungsbilanzen zum Teil durch ein stärkeres wirtschafts- und finanzpolitisches Einbinden Tokios in ihre Korea-Politik ab. Japanisches Kapital konnte ab 1965 ohne nennenswerte Auflagen und lukrativ im Nachbarland investiert werden. Schließlich zog Seoul über seine politische Aufwertung hinaus (im Artikel 3 des Vertrages anerkannte Tokio dessen Alleinvertretungsanspruch für Korea!) materiellen Nutzen aus dem neuen Aussöhnungskurs. Für seinen 1. Fünfjahresplan (1962-66) erhielt es japanische Kredite von zunächst 800 Mio. US-Dollar. Bis 1980 betrugen allein die in Südkorea getätigten Auslandsinvestitionen ca. 1,2 Mrd. US-Dollar. Japans Anteil machte mit 54% mehr als das Eineinhalbfache des amerikanischen Volumens (20,5%) aus. Dies bewirkte nicht nur in Verbindung mit der verfolgten Exportorientierung, massiver externer Kreditaufnahme und staatlich dekretierten Niedriglöhnen einen Anpassungsprozeß der südkoreanischen Ökonomie an ausländische (in erster Linie japanische) Erfordernisse. (Siehe das Kapitel: Das „Wunder" am Han-Fluß) Tokio war seinerseits in die Pflicht des „katagawari" genommen, worunter man in Washington den notwendigen Lastenwechsel von einer — der amerikanischen — auf die andere — die japanische — Schulter verstand.

Dieser „Lastenausgleich" hatte eine wirtschaftspolitische und eine militärische Komponente. Das seit dem Normalisierungsvertrag regelmäßig tagende Japan-ROK-Kooperationskomitee entwarf die Leitlinien der Wirtschaftspolitik und steckte die Rahmenbedingungen ab, unter denen Seoul neue Darlehen und Investitionen eingeräumt wurden. Ein hervorstechendes Merkmal der damaligen japanischen Geschäftspolitik stellte die Auslagerung obsoleter Technologien und überschüssiger Produktionskapazitäten nach Südkorea dar, was als Privathilfe galt. Japanische Halbprodukte wurden zwecks Endfabrikation in wachsenden Mengen importiert, wobei Park die Japaner lediglich drängte, sich pro forma eines südkoreanischen „Partners" (genauer: eines Strohmanns) zu bedienen. Durch den Einstieg in das Pohang-Stahlkomplex-Geschäft Ende der 60er Jahre festigte Tokio seine wirtschaftli-

eines südkoreanischen „Partners" (genauer: eines Strohmanns) zu bedienen. Durch den Einstieg in das Pohang-Stahlkomplex-Geschäft Ende der 60er Jahre festigte Tokio seine wirtschaftli-

che Schlüsselstellung im Lande. Erleichtert wurde dies durch die 1969 erlassene gesetzliche Regelung, Industrien mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung als „Unternehmen des öffentlichen Interesses" einzustufen. Streiks waren in solchen Firmen grundsätzlich verboten. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft und der Mangel an natürlichen Ressourcen taten ein übriges, um mit einem staatlicherseits massenhaft freigesetzten, im internationalen Vergleich extrem billigen Arbeitskräftereservoir für das Modell der exportgelenkten Entwicklung zu werben. Hierauf basierte in der Folgezeit Seouls Ruf eines mustergültigen Schwellenlandes. Das beachtliche Tempo, in dem seine Exporte (von 1960 bis 1975 von 32 Mio. auf 5,4 Mrd. US-Dollar) und das Bruttosozialprodukt (jährlich 8,7% in den 60er und 8,1% in den 70er Jahren) zunahmen, sollte die Überlegenheit gegenüber dem „kommunistischen Norden" demonstrieren. Zur Staatsideologie des Antikommunismus gesellte sich eine Wachstumsideologie, die im ungebrochenen Boom das Sesam-öffne-dich zu Wohlstand und Reichtum für alle pries.

Washington — Tokio — Seoul Eine Dreierallianz formiert sich

Auf der anderen Seite erforderte die Internationalisierung der südkoreanischen „Frontstaat"-Ökonomie umfassende Sicherheitsgarantien, die es langfristig in einem militärischen Bündnissystem zu verankern galt. Es gab bilaterale Verträge zwischen Washington und Tokio sowie zwischen Washington und Seoul. Aber erst die japanisch-südkoreanische Annäherung im Jahre 1965 schuf die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer alle Beteiligten einbeziehenden konsistenten Allianz.

Da bereits im Juli 1950 der Oberbefehl über die südkoreanischen Streitkräfte dem in Seoul stationierten US-Kommandeur übertragen worden war, bildete Südkorea Amerikas wichtigsten militärischen und strategischen Vorposten im Nordwestpazifik, der wenig später durch die beiden von Ost und West verlaufenden Bündnisse SEATO und CENTO mit der NATO Teil eines globalen „Sicherheits"gürtels wurde.

Durch den Friedensvertrag von San Francisco (September 1951) sicherten sich die USA das Recht, auf japanischem Boden militärische Stützpunkte zu errichten und zu unterhalten. Im Gegenzug für die wiedergewonnene Unabhängigkeit erkannte Tokio Nordkorea als Staatsfeind und den 38. Breitengrad als Grenze zur Republik Korea an. Die von den USA übernommene Sicherheitsgarantie für Japan wurde

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

im Jahre 1960 durch den Pakt für gegenseitige Kooperation und Sicherheit erneuert, der sich 1970 automatisch um weitere zehn Jahre verlängerte.

Am 8. August 1953 war als letztes bilaterales Kettenglied in Seoul der Gegenseitige Verteidigungspakt zwischen der Republik Korea und den USA unterzeichnet worden, der in Artikel 4 die fortgesetzte Stationierung sämtlicher Waffengattungen auf südkoreanischem Boden garantierte.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden amerikanischen Niederlage in Indochina und dem wirtschaftlichen Erstarken Japans markierte das Sato-Nixon-Kommuniqué Ende 1969 Washingtons neue Asienpolitik. In ihm war von der ,,Nachkriegsära'' die Rede, und beide Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung der pazifischen Region, die als ganze eine ,,neue Ära'' betrete. Ministerpräsident Sato wies erstmals auf die Notwendigkeit hin, durch die Sicherheit und Stabilität in Südkorea und Taiwan die eigenen Sicherheitsbelange zu regeln.

In seinem Bericht an den US-Kongreß (18. Februar 1970) sprach Präsident Nixon implizit die schwindende Vormachtstellung der USA als Weltmacht an und forderte eine engere Zusammenarbeit mit Japan, das — so Nixon — ,,eine einzigartige und notwendige Rolle zu spielen'' habe. In der ,,Partnerschaft mit Japan'' erblickte er ,,den Schlüssel zum Erfolg der (1969 auf der Pazifikinsel Guam verkündeten; R.W.) Nixon-Doktrin in Asien''. Kerngedanke dieser Doktrin war es, auf eine massive Präsenz amerikanischer Bodentruppen in künftigen Auseinandersetzungen zu verzichten und stattdessen — auch aus Kostengründen — ,,Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen''.

Daß damit am japanischen Wiederbewaffnungstabu (gemäß Artikel 9 der japanischen Nachkriegsverfassung) gerüttelt wurde, ist von amerikanischer Seite nicht bestritten worden. Der ehemalige Weltbankpräsident Eugene Black schrieb 1969: ,,*(...) Ich bin mir sicher, daß Japan in nicht allzu ferner Zukunft zu einem großen Waffenproduzent aufsteigt. Das wird man in Japan gewiß als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ausgeben. Ich schließe nicht aus, daß eine solche Entwicklung keineswegs den amerikanischen Interessen zuwiderläuft*''. Edwin O. Reischauer, in den 60er Jahren US-Botschafter in Tokio und einer der einflußreichsten Asienexperten im Außenministerium, präsentierte als Verfechter der engeren amerikanisch-japanischen Allianz eine simple Erklärung — gemeinsamer Interessenausgleich.

Dieser nun nahm sehr konkrete Züge an. Im 1. japanischen ,,Weißbuch für nationale Verteidigung'' (1970) waren die ,,drei Grundpfeiler'' der Verteidigungspolitik wie folgt zusammengefaßt:

1) ,,Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung'' — ein nicht näher eingegrenzter Begriff

ren die ,,drei Grundpfeiler'' der Verteidigungspolitik wie folgt zusammengefaßt:
1) ,,Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung'' — ein nicht näher eingegrenzter Begriff

— ,,als Lebensnerv Japans sichern''. Als ein solcher Lebensnerv wurde beispielsweise die einige tausend Kilometer entfernte, Singapur und Indonesien voneinander trennende Wasserstraße von Malakka eingestuft.

2) ,,Die Aggression soll im Anfangsstadium ausgeschaltet werden''. Wann sich nun eine Aggression ,,im Anfangsstadium'' befindet, blieb im dunkeln. Auf der Basis einer solch vagen Formulierung hatte bekanntlich Washington den Krieg gegen Vietnam eskaliert.

3) Desweiteren wurde vom ,,Entgegentreten der indirekten Aggression'' gesprochen, was laut ,,Weißbuch'' den 2. Punkt ergänzte.

Die Brisanz des ,,Weißbuchs'' lag darin, daß es jene Pläne publik machte, die seit der Normalisierung mit Seoul ausgearbeitet und teilweise erprobt worden waren. Als nämlich Mitte der 60er Jahre Tokio die Park-Regierung mit ersten umfangreichen Finanzhilfen


Park Chung Hee

unterstützte, tauchte in Japan nicht zufällig der sog. ,,Drei-Pfeile''-Plan auf. Er trug ausdrücklich strategischen Charakter und ging — um die Terminologie des späteren ,,Weißbuchs'' aufzugreifen — von der Bedrohung des ,,Lebensnervs'' der nächsten ,,Umgebung'' aus. Im einzelnen beinhaltete er drei Etappen — a) Südkorea zu okkupieren; b) in Nordkorea einzumarschieren und c) jeglichen Widerstand in Japan niederzuschlagen. Im März 1969 entsprach dieses Planspiel noch einer Neuauflage des Korea-Krieges. In der Übung ,,Focus Retina'' wurde die gesamte 82. US-Luftlandedivision aus den USA via Okinawa nach Südkorea verlegt, um dort mit südkoreanischen Truppenverbänden Kriegsspiele zu proben, die von einem simulierten Angriff auf Stellungen am 38. Breitengrad ausgingen.

Manöver ähnlicher Art sind seitdem wiederholt durchexerziert worden. Dabei wurde insbesondere die Schlagkraft der japanischen Truppen (aus Verfassungsgründen offiziell ,,Selbstverteidigungsstreitkräfte'' genannt) getestet. Washington und Tokio waren peinlich darauf bedacht, derartige Übungen als Waffenbrüderschaft für die südkoreanische Armee im Falle einer Invasion Nordkoreas auszugeben, um einer Kritik am Wiedererstarken des japanischen Militarismus vorzubeugen.

1967 entsandte Tokio als seinen neuen Militärattaché Tsukamoto Shoichi nach Seoul, der einst zusammen mit Park die Schulbank in der Japanisch Kaiserlichen Militärakademie gedrückt hatte. William Bundy, damals stellvertretender US-Außenminister, ließ an der künftigen Rolle Japans keinen Zweifel, als er in Anspielung auf eine mögliche neuerliche Konfliktsituation in Korea anmerkte, daß ,,dann die japanische Armee gehen muß''. Südkoreanische Politiker verschanzten sich indes hinter die UN, um Japans Rolle im Eventualfall herauszustreichen. In Japan blieben Diskussionen dieser Art unpopulär. Dennoch machten einflußreiche Vertreter der Geschäftswelt aus einem verstärkten militärischen Engagement an der Seite Washingtons keinen Hehl. Japan, so ihr Argument, sol-

Japan blieben Diskussionen dieser Art unpopulär. Dennoch machten einflußreiche Vertreter der Geschäftswelt aus einem verstärkten militärischen Engagement an der Seite Washingtons keinen Hehl. Japan, so ihr Argument, sol-

le für den von den USA aufgespannten Atomschirm Gegenleistungen erbringen, um nicht-nuklear bleiben zu können. Die Chefs der Keidanren (Föderation der Wirtschaftsorganisationen), Toshio Doko und Kogoro Uemura, vertraten ganz offen die Ansicht, umfangreiche Investitionen bedürften der militärischen Absicherung.

Auf der im Sommer 1970 in Hawaii abgehaltenen dritten ROK-US-Gesprächsrunde der Verteidigungsminister unterbreitete Washington zum erstenmal den Plan, die seinerzeit in Korea stationierten 64.000 GIs um 20.000 Mann auszudünnen. Gleichzeitig aber arbeitete man ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm für die südkoreanischen Streitkräfte aus. Es hatte schließlich ein Volumen von 2,2 Mrd. US-Dollar und schloß u.a. die Lieferung von 100 Kampfflugzeugen des Typs F-15 sowie 45 U-Boot-Jäger des Typs Orion P-3C ein. Trotz der schleppenden Reduzierung der amerikanischen Bodentruppen blieben die US-Operations- und logistischen Basen ebenso intakt wie die Nachrichten- und Kommunikationsstützpunkte. Die amerikanische Luftwaffe und Marine wurden verstärkt. Parallel zur Truppenreduzierung wurde auf dem 10. amerikanisch-südkoreanischen Konsultativen Sicherheitstreffen in Seoul (Juli 1977) vereinbart, noch vor Ablauf des darauffolgenden Jahres ein gemeinsames Kommando zu schaffen. Termingerecht entstand es 1978 als ,,Combindes Forces Command (CEC)'', dem einzigen außerhalb der NATO bestehenden USA-Alliierten-Kommando. Durch das CFC ist erklärtermaßen beabsichtigt, ,,*die Streitkräfte der Republik Korea und der USA in eine integrierte Organisation einzugliedern, die zu einer gemeinsam abgestimmten Kriegsführung (coalition warfare) imstande ist.*'' Der ranghöchste CFC-Befehlshaber ist in Personalunion gleichzeitig Kommandeur der US-Streitkräfte in Korea und des UN-Kommandos in Korea, dem zwar noch außer den USA Kontingente Australiens, Kanadas, Neuseelands, der Philippinen, Thailandes und Großbritaniens angehören. Doch nur die USA sind nach wie vor mit Kampftruppen präsent. Zentrale Aufgabe des UN-Kommandos ist es, über die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens von 1953 zu wachen. Praktisch fungiert es als einzige international anerkannte Kommunikationslinie zu Nordkorea. Durch seine Militärische Waffenstillstandskommission in Panmunjom soll es zum Abbau von Spannungen beitragen und im Sinne einer endgültigen Friedensregelung initiativ wirken.

In den Zuständigkeitsbereich des CFC fallen die seit 1976 alljährlich stattfindenden gemeinsamen ,,Team Spirit''-Manöver, den nebst den in Europa durchgeführten ,,Reforger''-Übungen größten ihrer Art. In den vergangenen Jahren nahmen an ,,Team Spirit'' jeweils über 200.000 Soldaten teil, wobei auf amerikanischer Seite außer auf den in Südkorea und Japan stationierten Truppen auch auf Einheiten der 7. US-Flotte sowie der 25. und 7. Infanteriedivision aus Hawaii bzw. Kalifornien zurückgegriffen wurde. Geprobt wurden Landungsmanöver lvon Amphibienfahrzeugen, Luft- und Seebombardements, Anti-U-Boot-Gefechte, der Einsatz von Spezialeinheiten wie der Einsatz von chemischen und Atomwaffen.

Im Juli 1976 hatten Washington und Tokio analog dem CFC die Gründung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses beschlossen, dem die Funktion eines integrierten Generalstabs der US-Armee und japanischerSelbstverteidigungsstreitkräfte zukommt. Da Japan und Südkorea ohnehin in Washingtons Sicht eine strategische Einheit mit einem der US-Kontrolle unterworfenen Luftraumwarnsystem bilden, bekräftigte Präsident Jimmy Carter gleich seinen Vorgängern Richard Nixon und Gerald Ford im Frühjahr 1977 die ,,besondere Rolle Japans in Fernost'' und stufte das bilaterale Verhältnis als ,,fest und unerschütterlich'' ein. Unter ,,Fernost'' wurde und wird jedoch gemeinhin die koreanische Halbinsel verstanden, deren Sicherheit dermaßen hoch veranschlagt war, daß Carters Bekenntnis zur Menschenrechtspolitik Südkorea ausdrücklich aussparte.

Nicht zufällig entstanden zwischen Sommer 1977 und Frühjahr 1983 in Tokio die militärpolitischen ,,Fünf Studien'', worin z.B. im ,,Kriegsfall in Fernost'' vorgesehen ist, den US-Streitkräften bei einer militärischen Intervention auf der koreanischen Halbinsel seine logistischen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Störaktionen gegen die japanischen Nachschub-Einrichtungen durch ein Drittland (gemeint ist Nordkorea bzw. die Sowjetunion) würden gemäß der ,,Studie über den Kriegsfall in Fernost'' von Januar 1982 als Kriegserklärung gegen

Einrichtungen durch ein Drittland (gemeint ist Nordkorea bzw. die Sowjetunion) würden gemäß der ,,Studie über den Kriegsfall in Fernost'' von Januar 1982 als Kriegserklärung gegen

Japan angesehen.

Ergänzt wurde die amerikanisch-japanische Zusammenarbeit durch den Plan einer japanisch-südkoreanischen ,,Sicherheitskooperation'', deren Kernpunkte im Anschluß an den Washington-Besuch (Januar 1983) von Ministerpräsident (und dem früheren Verteidigungsminister) Yasuhiro Nakasone in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Hatte Nakasone der amerikanischen Regierung zugesagt, sein Land zu einem ,,unsinkbaren Flugzeugträger'' an der Seite der NATO aufzurüsten, die Seewege bis auf 1.000 Seemeilen vor der eigenen Küste ohne US-Beistand zu schützen und die sowjetische Pazifikflotte im Kriegsfall durch ,,Einschluß'' im Japanischen Meer vor ihren Nachschubbasen abzuschneiden, so umfaßte die ,,Sicherheitskooperation'' mit Seoul folgende Schlüsselelemente:

1) Unterstützung Japans gegenüber Südkoreas für den Fall einer Krise auf der koreanischen Halbinsel;

2) Wechselseitiger militärischer Informationsaustausch;

3) Blockade der Meerengen um die koreanische Halbinsel durch die japanischen Seestreitkräfte im Falle eines dortigen Krieges;

4) Austausch bei der Offiziersausbildung zwischen den Militärakademien beider Länder;

5) Wechselseitiger Austausch im Armeetraining und die

6) Öffnung der Häfen beider Länder für die jeweiligen Kriegsflotten bis 1986.

Obgleich ein von den Vereinigten Staaten, Japan und der Republik Korea gemeinsam unterzeichneter, rechtsgültiger Sicherheitsvertrag nicht besteht, ist durch das von allen Beteiligten seit 1965 enggeknüpfte Netz bilateraler Sicherheitsgarantien ein faktisches Dreierbündnis entstanden. Diese Allianz festigte die Spaltung Koreas und gleichzeitig Washingtons einziges vorgeschobenes (forward based) Stützpunktsystem auf dem ostasiatischen Festland, definierte Japans Rolle eines ,,ökonomischen Riesen und politischen Zwergs'' neu und wahrte im übrigen mit Hilfe einer ,,Nuklearisierung'' die (militär)strategischen Interessen der USA in dieser wirtschaftspolitisch überaus dynamischen Region (Nordwestpazifik).

Schließlich zeichnete die Dreierallianz ein besonderer Aspekt aus. Während beispielsweise die 15 Mitgliedstaaten der NATO den Anspruch erheben, daß Washington nicht ohne vorherige Konsultation entscheiden darf, ob Atomwaffenstützpunkte auf ihren Territorien errichtet oder gegen welchen Feind Atomwaffen gerichtet werden, verlaufen amerikanische Entscheidungen im Bündnis USA-Japan-Südkorea weitaus unkomplizierter. Gegen die Stationierung von Pershing II, Marschflugkörpern und Neutronenbomben regte sich im diktatorisch regierten Südkorea kaum Widerstand. Die dort stationierte US-Armee, so ist in einem bereits Ende der 70er Jahre dem amerikanischen Repräsentantenhaus vorgelegten Bericht zu lesen, schätzt ,,Korea als das bestmögliche Trainingsgebiet der Welt für amerikanische Bodentruppen'', wo überdies ,,niemand versucht, uns zu vertreiben oder die Miete zu erhöhen''.

Im strategischen Konzept der USA für Korea, so erklärte General Edward Meyer, Stabschef der amerikanischen Armee, im Jahre 1983 gegenüber Reportern in Seoul, würden Atomwaffen eingesetzt, sollte sich ein Krieg mit konventionellen Mitteln allzu lange hinzögern. Falls ein Krieg die Anwendung von Nuklearwaffen erfordere, könne der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen Südkoreas und der USA dies den Präsidenten beider Länder vorschlagen. Zum Glück, so Meyer weiter, verliefe in Korea die Entscheidung über den Atomwaffeneinsatz im Vergleich zur NATO wesentlich flexibler. Die Äußerungen des Generals blieben in Seoul, Tokio und Washington ohne Dementi.

Pulverfaß Südkorea

Der einzige Ort der Welt, an dem Atomwaffen einem Feind ohne Atomwaffen gegenüberstehen, ist Südkorea. Atombomben, Artillerie und Atomminen lagern auf dem Luftwaffenstützpunkt Kunsan und würden beim Ausbruch von Feindseligkeiten auf eine Reihe von militärischen Einheiten verteilt. Korea ist das einzige Land, in dem die amerikanischen Truppen ständig auf der Alarmstufe DEFCON 4 in Bereitschaft sind, eine Stufe höher als normal.

(Aus: W.M. Arkin/R.W. Fieldhouse, Nuclear Battlefields, Frankfurt a.M. 1986, S. 155)

In Memorandum Lean Alejandro

Kommentar von Rainer Werning, Korea-Informationsstelle

Von der ,,friedlichen Rosenkranzrevolution'', die Präsidentin Aquino vor 19 Monaten in den Malacanang-Palast zu Manila trug, sind verwelkte Rosen und ausgerocknete Kränze übrig geblieben. ,,Tötet für den Frieden! Tötet für die Demokratie!'' —lauten heute die Graffiti an öffentlichen Gebäuden und Brückenpfeiern. Hingeschmiert von Mitgliedern paramiltärischer Bürgerwehren oder ,,Vigilanten'', wie die Todesschwadrone auf den Inseln heißen. Die Konterrevoluion macht mobil. Ihr jüngstes Opfer wurde wenige Tage nach dem Putschveruch Nr. 5 (28. August) mit dem Generalsekretär des politischen Bündnisses BAYAN, *Lean Alejandro*, ein weiterer prominenter Linker. Im Hinterland herrscht, wie philippinische Projektpartner westeuropäischen Nicht-Regierungsorganisationen kürzlich schrieben, ,,*ein gewaltsamer Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges gleichkommt*''.

Nach einer kurzen euphorischen Aufruchstimmung und der einsetzenden Konsolidierung einer neualten Elite (den *Cojuangcos, Aquinos* und *Laurels*) verwandelte sich spätestens seit November 1986 die Regierung Aquino in ein *militärisch-ziviles Aufstandsbekämpfungs-Regime.*

Die Königmacher, das Militär, nutzten die Aura der Präsidentin für ihre Zwecke. Um politische Stabilität zu begründen, eine

die Regierung Aquino in ein *militärisch-ziviles Aufstandsbekämpfungs-Regime.*
Die Königmacher, das Militär, nutzten die Aura der Präsidentin für ihre Zwecke. Um politische Stabilität zu begründen, eine

wirtschaftliche Gesundung einzuleiten und in den Genuß ausländischer Finanzhilfen zu kommen, galt, es die Guerilla der *Neuen Volksarmee (NPA)* um jeden Preis zu zerschlagen. Die ,,*interne Subversion*'', so Aquino noch im Sommer 1986, ,,*wurzelt in den krassen sozialen Unterschieden und den ungelösten wirtschaftlichen Problemen*''. Doch bereits im Herbst war all das Schall und Rauch. Die Präsidentin empfahl fortan *ihre* Art der ,,*Sozialhygiene*'' — ,,*die Subversion muß notfalls durch einen drastischen chirurgischen Eingriff wegoperiert erden*''. Die Bajonetts der Militärs wurden gefragt.

Vorprogrammierter Bürgerkrieg

Aktuell kennzeichnet das Aquino-Regime ein Staatsterrorismus auf populistischer Grundlage. Das im Verlauf der ,,Rosenkranzrevolution'' aufgewertete Militär schaltet und waltet freier denn je. Es kann dies tun, weil Aquinos noch ungebrochene Popularität seinem Treiben einen Anstrich der Legitimität gibt. Auch international bleibt Aquino *noch* unterstützenswert, solange sie dem *politischen Zentrismus* — sprich: dem goldenen Mittelweg jenseits von Diktatur *und* Kommuismus — Durchschlagskraft verleiht. *Sozial* beruft sich das Regime auf das tatkräftig von der katholischen Kirchenhirarchie geförderte Programm der *nationalen Versöhnung*. Amnesie, das Wegbeten und Vergessen(machen) weltlicher Misere und vergangener Freveltaten, gilt als Tugend. Zur Freude eines Militärs, dessen Einfluß von Woche zu Woche wächst. Just am 15. Jahrestag des unter Marcos verängten Kriegsrechts (21. September) beglückte es sich mit einem satten Geburtstagsgeschenk; zwei (ex)Generäle, *Manuel Yan* und *Salvador Mison*, übernahmen das Außenministerium und die (pfründenreiche) Zollbehörde! *Wirtschaftlich* verfolgt Manila, stärker als unter Marcos, eine systematische *Entnationalisierung* mit dem Ergebnis, daß ausländischem Kapital nunmehr durch die Umwandlung von Schuldtiteln in Kapitalanteile — das sogenannte ,,dept-to-equity-swapping'' — selbst ein Einnisten in lukrative Staatsunternehmen möglich ist. *Militärisch* ist die ,,Kriegsführung auf niedrigem Niveau'' voll entbrannt. Diese erst unter Präsident Reagan gültige US-Krisenlösungsstrategie in Gestalt der ,,*low-intensity warfare*'' offenbart ein neues, konsistentes Repressionsmuster. Zwei zentrale Merkmale zeichnet diese Strategie gegenüber der älteren *Counterinsurgency* aus: (1) Anstelle des Unterhalts eines eigenen (amerikanischen) gigantischen Militärapparates rücken die aus sämtlichen Waffengattungen rekruierten, flexiblen und mobilen ,,Sondereinheiten'' — *Special Operations Forces SOF)* —, in die auch Kontingente der lokalen Streitkräfte integriert werden, in den Vordergrund. (2) Um den ,,Kommunismus'' offensiv, effektiver *und* kostengünstiger zu bekämpfen, werden notfalls institutionelle Veränderungen in Ländern wie den Philippinen herbeigeführt. Darunter fällt auch das Abtakeln langjährig linientreuer Diktatoren, wenn ihre Politik der Guerilla den Nährboden bereitet.

Eine dieser institutionellen Veränderun-

geführt. Darunter fällt auch das Abtakeln langjährig linientreuer Diktatoren, wenn ihre Politik der Guerilla den Nährboden bereitet.
Eine dieser institutionellen Veränderun-

gen besteht gerade darin, die Regierungs- und Verwaltungsebene der ,,Zombies'' zu durchsetzen und aktiv (vorzugsweise an den *grass-roots*) Todeschwadronen oder vergleichbare antikommunistische Stoßtrupps staatlich aufzubauen bzw. deren Aufkommen zu fördern und somit den Bürgerkrieg vorzuprogrammieren. Aquino hat diese mittlerweile über 50 Vigilanten-Gruppen seit Juni mehrfach als ,,die neue Verkörperung von People Power'' gepriesen. Das sollte selbst jene skeptisch stimmen, die noch immer ihre persönliche Integrität und Lauterkeit idealisieren, sich indes gegenüber der unter ihrer Regentschaft *fakisch* betriebenen Politik wie die drei legendären Affen verhalten — nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Mit der in Washington geduldeten und von der philippinischen Militärspitze kürzlich betriebenen Demontage der liberalen Kräfte, wie Executivsekretär und Menschenrechtsanwalt *Joker Arroyo* sowie Rechtsberater *Teodoro Locsin*, sind die Restposten von ,,People Power'' buchstäblich der General-Inventur zum Opfer gefallen.

Der beredte Macho und opportunistiche Politfuchs ,,*Doy'' Laurel* scharrt in den Startlöchern und empfiehlt sich den Militärs als kompetenter Haudegen, der mit diesen nichts dagegen hat, den Marcos-Loyalisten ein schrittweises Comeback zu ermöglichen. Das Verbot von *noch* legal agierenden fortschrittlichen Organisationen ist lediglich eine Frage er Zeit.

Wie sagte Ronald Reagan am 21. September in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung doch so unschön: ,,*Die Demokratie ist weltweit auf dem Vormarsch — so in den Philippinen und Haiti*''. In Manila werden nicht wenige ,,der Stimme ihres Herrn'' entzückt gelauscht haben...

Auf der Suche nach „glasnost" und „perestroika"

Ein Reisebericht

Leningrad. Moskau. Auf der Suche nach ,,perestroika'' und ,,glasnost'' im Sommer '87. CVJM-Bildungsreise mit 26 Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Staats- und Dienstleistungsbetrieben. Die meisten zum ersten Mal in der UdSSR. Ich bin das sechste Mal dort. Es gibt viel zu berichten: vier Betriebsbegehungen, zwei Begegnungsabende. Touristisches und Kulturelles. Treffen mit Freunden. Aufbruchstimmung und Skepsis. Neues und sehr viel Altes. Diskussionen in der Gruppe. Wo fange ich an?
Es ist wie bei jeder anderen Reise: Ein Kunterbunt von Eindrücken. Aber es ist eben auch wieder mehr. Reisen in die UdSSR sind immer Ausflüge ins andere System, sind immer explizit politisch. Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Antikommunismus sind im Gepäck. Alles und jedes erscheint in politischem Licht. Jeder Bericht darüber sowieso. Wer erzählt, erzählt immer über die eigenen Vorstellungen vom Sozialismus, bzw. über deren Konfrontation mit der Realität. Niemand kommt ohne politische Irritationen davon. Selbst Nur-Touristen politisieren unfreiwillig. In den Reisegruppen trennen sich schnell solche von solchen und bald noch diese von jenen. Diesesmal ist der Sprengstoff noch größer: 70 Jahre Oktoberrevolution im Jahr 1 der ,,perestroika'' nach dem 27. Parteitag! Was tut sich da? Was hat sich geändert? Was hört man im Lande selbst?

F., 15.9.87



unten: Volksvermögen, darüber: Defizit, oben: Bestechung

oben: Festhalten, aufhalten, bestrafen,
mit aller Härte
die Liebhaber der Rubel
und die Drückeberger

Beginnen wir mit den Busfahrten vom Flughafen in die Städte, den Stadtrundfahrten in Leningrad und Moskau: Links und rechts, klotzig wie immer, der offizielle Parteioptimismus. An Stellwänden, auf Häuserdächern, in kleinen Pavillons am Rande der Straße. Mehr noch, überall Trupps, damit beschäftigt, den Überzug rotgoldener Pathetik über die Städte zu erneuern und zu erweitern. Der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution wird durch Putzen der alten und Installierung neuer Parolenfronten vorbereitet. ,,Ah'' und ,,oh'' und ,,Hast du das gesehen'' in der Reisegruppe. Einiges können wir übersetzen. ,,Ruhm der großen Oktoberrevolution'', ,,Die Ideen Lenins werden siegen'', ,,Ruhm dem sowjetischen Volk'', ,,Ruhm der Arbeit'', ,,Ruhm der Partei'', ,,Jugend braucht Optimismus'', ,,Für die Erfüllung der Beschlüsse des 27. Parteitags''. Es ist, wie es war. Die Form der politischen Motivationsversuche hat sich nicht verändert. Das ist der erste Eindruck.

Haus des Buches, dom knigi

Zweiter Eindruck: dom knigi, Haus des Buches in Leningrad. Ebenso andere politische Buchhandlungen. Später entsprechende Geschäfte in Moskau. Dorthin hat mich mein erster privater Weg außerhalb des Gruppenprogramms geführt. Ich will den ersten Eindruck überprüfen. Neues Denken, neue Plakate!?
Man zeigt mir die aktuellen ,,perestroika''-Plakate. Hunderte! Einzeln oder gleich im praktischen Sampler für die Agitprop des Kollektivs xyz, das nicht die Mühe haben soll, selbst auszuwählen. Eine Flut von Gorbatschow-Zitaten in allen Variationen, für ein paar Kopeken, fast umsonst: Gegen Alkohol, Bestechung, Bummelantentum, gegen Vergeudung von Volkseigentum, für effektivere, leistungsbezogene Arbeit. Demokratisierung, d.h. nicht nur mehr Rechte, sondern auch Verantwortung, Pflichten, Disziplin. Machen, machen, machen, das ist die Losung des Tages. Für staatliche Qualitätskontrolle in den Betrieben. Wasser sparen, Heizung sparen, Energie sparen. usw. usf. Wohin man auch schaut, Mahnung: mehr, besser, schneller, disziplinierter! ,,Vorwärts beim Aufbau des Sozialismus'' wurde zu ,,Vorwärts in der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung''.
Alter Wein in neuen Schläuchen? Es will so scheinen. Wer die Sprache nicht versteht, kriegt es über die Ästhetik. Zwar entdecke
Einzeln oder gleich im praktischen Sampler für die Agitprop des Kollektivs xyz, das nicht die Mühe haben soll, selbst auszuwählen. Eine Flut von Gorbatschow-Zitaten in allen Variationen, für ein paar Kopeken, fast umsonst: Gegen Alkohol, Bestechung, Bummelantentum, gegen Vergeudung von Volkseigentum, für effektivere, leistungsbezogene Arbeit. Demokratisierung, d.h. nicht nur mehr Rechte, sondern auch Verantwortung, Pflichten, Disziplin. Machen, machen, machen, das ist die Losung des Tages. Für staatliche Qualitätskontrolle in den Betrieben. Wasser sparen, Heizung sparen, Energie sparen. usw. usf. Wohin man auch schaut, Mahnung: mehr, besser, schneller, disziplinierter! ,,Vorwärts beim Aufbau des Sozialismus'' wurde zu ,,Vorwärts in der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung''.
Alter Wein in neuen Schläuchen? Es will so scheinen. Wer die Sprache nicht versteht, kriegt es über die Ästhetik. Zwar entdecke
ich hier und da durchaus formale Experimente. Satirespritzer, karikative Elemente, gewagte Farb- und Formkombinationen bringen Leben ins Angebot. So vor allem einige Komsomolz-Plakate. Die derbe Direktheit der Anti-Alkohol-Reihe sticht geradezu ins Auge, Volksmund simpel ins Bild gesetzt. Etwa ,,Saufen ist Selbstmord''. Bilder: Flasche als Revolver, Flasche als Grab, Flasche als Träne am Storchenschnabel u.a. Daneben der Kontrast, wie die Partei es sich wünscht: Ein Foto von fröhlichen Menschen beim sportlichen Wettkampf! Seilziehen. Motto: ,,Wir ziehen sie herüber!'' Das reizt schon wieder zum Lachen, gerade weil es so bierernst daherkommt. Trotz ,,perestroika'' fühle ich mich aber vom Ökonomistischen Imperativ der Plakate, insbesondere der zum 70. Parteitag, nach wie vor vergewaltigt. Es dominiert noch immer die klotzigtrutzige Schrift, massenhaft Fahne, pathetische Pose, eben dieser in langen Jahren ästhetischer Stagnation zum parteioffiziellen Aufbaupathos geronnene Futurismus der 20er Jahre. Nach individuellemanzipatorischen Ausbrüchen, gar nach Spuren des im Westen so beliebten produktiven Chaos sucht mensch in der offiziellen Parteipropaganda vergebens.

•

Das ist nicht das, was unsere sowjetischen Menschen denken und fühlen, sagt Galia, meine Begleiterin. Das kommt von oben. Das ist alles offiziell. Das ist wie ein Regen, vor dem man den Schirm aufspannen muß. Es ist auch nicht neu. Nur, früher war alles gut, auch wenn es nicht wirklich gut war. Jetzt muß alles kritisiert werden, selbst wo es nichts zu kritisieren gibt. Zu viele Worte. Wir lieben das nicht. Der Alltag ist anders.
In einem der Geschäfte stoßen wir gleich mehrmals auf Gorbatschow. In Überlebensgröße schaut auf er auf uns herab. Dreimal als gerahmte Zeichnung, nach Größe gestaffelt, Variation: der unterschiedlich gestreifte Schlips. Einmal daneben in Öl nach Art der Offizial-Schinken, wie sie aus früheren Perioden der sowjetischen Geschichte sattsam bekannt sind. Zu beiden Seiten Lenin in diversen pathetischen Posen als Büste und Bild. Das Ganze in klassischer Altaranordnung: Der alte Kult zum neuen Mann! Jetzt müßte ich ein Foto machen und ihm ein Bild davon schicken, meint Galia, damit er sieht, was passiert. Er will das nicht. Er sagt gute Sachen, aber es geht nicht alles so, wie er will.

Voila, das Problem exemplarisch: Gorbatschow über allen! Die mittlere Funktionärsschicht faßt ihn in Öl. Aber auch im Bewußtsein von Menschen wie Galia, skeptisch gegenüber der Bereitschaft der mittleren Funktionärsschicht zu ,,perestroika'' und ,,glasnost'', steht er jenseits der Kritik. Die Kritik von oben kommt der Kritik von unten zuvor. Der Ölschinken hängt übrigens auch im Hamburger Konsulat.

•

Widersprüchliches ansonsten, wo man hinschaut.
So auch mein Wiedersehen mit weiteren Freunden in Leningrad, Intellektuelle mit guter Einsicht ins politische und kulturelle Leben. Skepsis, abwartende Distanz ist Trumpf. Man sarkastelt über die Anti-Alkoholkampagne, über den neuen moralischen Rigorismus: Ist nicht gut für die russische Seele. Was bekommt sie dafür? Mehr Arbeit? Mehr Sport? Mehr Politik? Das sowjetische Volk hat schon viele Versprechungen gehört. Aber nach wie vor Schlange! Überall! Jetzt gibt es z. B. keine frischen Tomaten. Du mußt stundenlang stehen, um was zu bekommen. Es gibt nicht mehr, vielleicht sogar weniger zu kaufen als früher. Und nach wie vor die Reisebeschränkung. Es dauert zu lange. Wann wird es anders sein? Es wird viel diskutiert, aber es geschieht wenig ...




КУРСОМ УСКОРЕНИЯ И ПЕРЕСТРОЙКИ
НУЖНО
ДЕЙСТВОВАТЬ,
ДЕЙСТВОВАТЬ
И ЕЩЕ РАЗ
ДЕЙСТВОВАТЬ —
АКТИВНО, СМЕЛО,
ТВОРЧЕСКИ,
КОМПЕТЕНТНО!
ИЗ МАТЕРИАЛОВ ЯНВАРСКОГО (1987.) ПЛЕНУМА ЦК КПСС

Beim Kurs der Beschleunigung und des Umbaus
muß man
handeln, handeln und nochmal handeln
aktiv, kühn, schöpferisch, KOMPETENT,
aus den Materialien des Januarplenums '87 der KPdSU



Demokratie —
das sind nicht nur Rechte,
das sind auch Pflichten, Verantwortlichkeit, Disziplin

Andererseits erzählen die Freunde von Neuem: Von einem Erlaß, der das Reisen ins Ausland, Comeconländer, vornehmlich DDR, erleichtert. Sascha, der bisher nur allein in die DDR reisen durfte, konnte in diesem Jahr mit ganzer Familie unterwegs sein. Bisher mußte ich meine Familie als Pfand hinterlassen, sagt er, das scheint jetzt vorbei. Ich höre weiter von interessanten Diskussionen in der Presse, im Fernsehen, von neuen Impulsen auf der literarischen und kulturellen Szene. Ich bemerke mit Staunen: Wo sich früher selbst im privaten Rahmen das Gespräch zum Flüstern verengte, geht jetzt das offene Wort. Das gilt übrigens auch für neue Kontakte. Treffen werden auch nach offiziellem Schluß fortgeführt. Adressen werden getauscht, wo in den Jahren zuvor oft bedrückende Sprachlosigkeit einsetzte. Es wird diskutiert. Man wägt Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken der Gorbatschow-Initiativen. Hoffnung verbirgt sich häufig hinter skeptischen Sarkasmen, aber sie ist unüberhörbar. Na, vielleicht können wir ja nächstes Jahr reisen? Vielleicht kann ja mein Sohn, kann unsere Tochter? Eine Identifikation mit Gorbatschows Kurs ist es allerdings nicht. Es ist eine Aktivität derer von oben, mit der man sich arrangiert, aus der man für sich das beste herauszuholen sucht. Passive Akzeptanz, würden unsere Soziologen sagen, nicht aktive Initiative.
Die Tatsache, daß in Leningrad, wie übrigens auch in Moskau, Cafes und Restaurants durch Ausländer eröffnet werden sollen, kommentiert Galia mit der Bemerkung: Warum machen das nicht unsere eigenen Leute? Wir werden nichts davon haben.

Fassaden

Leningrad im übrigen wie immer.
Wer zum erstenmal kommt, sieht ohnehin nur Stadt.
Der Nevski-Prospekt schwarz von Menschen. Nach wie vor pulsieren sie durch die U-Bahnschächte im 45-Sekunden-Takt.
Identifikation mit Gorbatschows Kurs ist es allerdings nicht. Es ist eine Aktivität derer von oben, mit der man sich arrangiert, aus der man für sich das beste herauszuholen sucht. Passive Akzeptanz, würden unsere Soziologen sagen, nicht aktive Initiative.
Die Tatsache, daß in Leningrad, wie übrigens auch in Moskau, Cafes und Restaurants durch Ausländer eröffnet werden sollen, kommentiert Galia mit der Bemerkung: Warum machen das nicht unsere eigenen Leute? Wir werden nichts davon haben.

Fassaden

Leningrad im übrigen wie immer.
Wer zum erstenmal kommt, sieht ohnehin nur Stadt.
Der Nevski-Prospekt schwarz von Menschen. Nach wie vor pulsieren sie durch die U-Bahnschächte im 45-Sekunden-Takt.
Nach wie vor lesen sie auf der Rolltreppe, in der Bahn, im Bus, Bücher, Romane, häufig Fachliteratur.
Signale des Leistungsbewußtseins.
Früher so. Jetzt so. Standard im Polyglott Reiseführer.
Schlangen in den Kaufhäusern, Schlangen am Straßenrand. Dort Oberhemden. Ich sehe jemanden gleich ein Dutzend kaufen. Tomaten. Bücher. Schlangen auch vor den zu wenigen kleinen Cafes. Schlangen an allen Kassen. Zeitvergeudung.
Es sind meist Frauen, die warten.
Nach wie vor.
Über der Neva glänzt das Gold.
Kuppeln, Türme, Fassaden, überladene Interieurs. Die sorgsam restaurierte Pracht der Zarismus wird auch 1987 gepflegt.
Die Gruppe ist überwältigt von Neuem. Mir begegnet Bekanntes. Hier und dort allerdings, auffallend häufig, wird renoviert. Gorbatschow wird zum 70. Jahrestag in Leningrad erwartet.
Es ist wie immer, meint Galia, sie putzen die Fassaden.
Auch anderes kommt mir bekannt vor. Das Wetter in Leningrad, sagt unser Reiseleiter Mischa bei der Stadtrundfahrt, ist wie eine Frau. Jetzt so und dann doch wieder nicht so. Unruhe im Bus, vor allem bei den Frauen. Zurufe. Aber Mischa hat kein Bewußtsein von dem diskriminierenden Charakter seines gutgemeinten Witzchens. Es ist auch nicht allein auf seinem Mist gewachsen. Sprüche wie dieser sind Standard bei Führungen. Selbst von Frauen habe ich sie gehört. In späteren Diskussionen krisisiert Mischa immerhin die öffentliche Diskussion zu AIDS. Zwar werde, erzählt er, ungeschminkt über die Ansteckungswege aufgeklärt, über Sexualität aber werde nicht gesprochen. Nach der Sexualität von Jugendlichen befragt, habe der Moderator der Aids-Sendung unwidersprochen behaupten können, Sexualität sei für die Jugendlichen in der UdSSR kein Thema.
Mischa ist zunächst sehr verschlossen. Die Gruppe macht die offenbar immer noch unvermeidliche Bekanntschaft mit dem Bürokratismus der Reiseorganisation Sputnik und Mischas hilfloser Resignation gegenüber dem realsozialistischen Gang der Dinge. Da kann man nichts machen, ist seine ständige Rede, wenn das Programm nicht vorliegt, Programmpunkte nicht klappen, die Busfahrer sich weigern, einen Extrahalt zum Aussteigen Einzelner zu ma-

Fortsetzung nächste Seite

Realer Sozialismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

chen, weil das nicht auf ihrem Tourenzettel steht usw. Kein Hauch von ,,perestroika''! Weder bei Sputnik, noch bei Mischas Umgang mit deren Bürokratismus. Gewohnheit schlägt durch. Selbst Initiativen zu ergreifen, hat man nicht gelernt. Woher auch plötzlich. Die Situation ist unverändert: Sputnik als Unterabteilung der Jugendorganisation Komsomolz plant, die Reiseleiter führen aus. Sie wohnen zwar mit im Hotel, dürfen sich aber nicht auf zu nahe Kontakte mit den Gruppen einlassen, Adressen offiziell nicht tauschen. Stimmt der Plan nicht, dann nitschewo, kann man nichts machen.

Wir kommen aber dann doch ins Gespräch. Die Busfahrten sind lang und häufig. Vorbehalte lösen sich. So erfahre ich u.a., daß auf dem diesjährigen Komsomol-Kongress über die mögliche Auflösung der Organisation diskutiert worden sei, weil die Organisation im Lauf der Jahre auf rein administrative Funktionen heruntergekommen sei. Statt Auflösung sei aber eine Re-Politisierung der Organisation im Sinne von Initiativen für die ,,perestoika'' beschlossen worden. Es gebe inzwischen auch eine neue, von den Komsomolzen herausgegebene Jugendzeitung ,,Gesprächspartner'', ,,ssobessednik'', in der eine kritische Diskussion um Probleme der Jugend versucht werde. Sie sei lesenswert. Bisher sei das natürlich erst Papier. Ob daraus Wirklichkeit werde, müsse man sehen ...

Heiratspalast

Nach allerlei Touristischem der erste soziale Programmpunkt: Besuch im Heiratspalast, Klartext, Standesamt. Es hilft kein Rütteln und kein Schütteln, Mischa weiß darüber nichts zu sagen. Er lebt bei seiner Mutter, soweit er zuhaus ist. Meist ist er mit den Gruppen unterwegs in Hotels. Er hat eine Freundin, aber von der Ehe halten sie nichts. Jede dritte Ehe, sagt Mischa, wird wieder geschieden. Die Jungen heiraten zu früh, achtzehn-, neunzehnjährig. Mit zwanzig, einundzwanzig sind die Paare wieder auseinander. Mischa mag fünfundzwanzig sein.

In jedem Bezirk gibt es einen Heiratspalast, so wie Pionierpaläste, Sportpaläste, Einkaufspaläste. Was bei uns Zentrum, ist dort der Palast. Die Bezeichnug Palast sagt also in der Regel nichts über Bedeutung oder Qualität eines Bauwerks. Wir allerdings finden uns nun tatsächlich in einem Palast, nämlich in einem der kleineren schloßähnlichen Privathäuser aus der Gründungszeit Leningrads, die das Neva-Ufer im Innenstadtbereich einsäumen. Rokokoprunk, Treppenfluchten, tapezierte Säle, Licht aus Kristalleuchtern, rote Läufer über kostbarsten hölzernen Fußbodenintarsien. Bräute in Kranz und Schleier. Die Männer im feierlichen Schwarzen. Ebenso herausgeputzt die Gruppierungen der Trauzeugen und Verwandten. Pomphafte Feierlichkeit.

Man führt uns in den Hintergrund einer der Säle. Vorn in langem Gewand wie eine Priesterin die Standesbeamtin hinter einem altargleichen Tisch, zu dem ein langer Läufer führt. Brautpaar, Zeugen und Verwandte prozessieren andachtsvoll aus einer Seitentür im hinteren Teil des Saales darüberhin nach vorn, setzen sich links und rechts wie in Kirchenbänke. Das Brautpaar verharrt stehend vor dem Aufbau. Die Beamtin zelebriert salbungsvoll den Trauakt. Hochnotkitschiges Plagiat des kirchlichen Rituals ohne Kirche. Mischa verzieht schmerzvoll das Gesicht. Ich nicht minder. In der Gruppe wird betreten gelacht. Ein bißchen anders hatte man sich Sozialismus schon vorgestellt.

Wollen Sie Fragen an das Paar stellen, werden wir nach Schluß der Zeremonie aufgefordert. Peinliche Stille. Nein, aber von der Standesbeamtin will die Gruppe einiges wissen, nachdem Brautpaar und Verwandte gegangen sind. Die Beamtin ist eine von diesen gestandenen, temperamentvollen Frauen mit Herz, wie sie häufig in der mittleren Bürokratie des Landes anzutreffen sind. 30 Trauungen am Tag mache sie, erklärt sie lachend. Nein, das werde ihr
und Verwandte gegangen sind. Die Beamtin ist eine von diesen gestandenen, temperamentvollen Frauen mit Herz, wie sie häufig in der mittleren Bürokratie des Landes anzutreffen sind. 30 Trauungen am Tag mache sie, erklärt sie lachend. Nein, das werde ihr
nicht zuviel, wenn die Menschen nur glücklich würden. Ja, jedes Paar könne dorthin kommen. Für fünf Rubel könne es diese Zeremonie haben. Wer sich Brautkleid und Anzug und übrige festliche Kleidung nicht leisten könne, könne dies bei ihnen ausleihen. Man könne sich dann auch das Hochzeitsfest arrangieren lassen, Saal, Essen, Musik usw. Nein, Zwang sei die Zeremonie nicht. Es reiche auch die schlichte Unterschrift unter das Heiratsdokument ohne Brautkleid, Zeremonie usw. Das könne auch in jedem beliebigen Palast geschehen. Aber die Zeremonie, besonders auch im Palast an der Neva, sei eben sehr beliebt.

Auf die Frage, bei wem sie beliebt sei, keine Antwort. Auf die Frage, ob es stimme, daß jede dritte Ehe wieder auseinandergehe, lacht die Zeremonienmeisterin, ihre Aufgabe sei, Leute zu verheiraten, nicht die Scheidungen zu zählen. Das sei ein anderes Ressort. Mischa meint später, die meisten jungen Ehen scheiterten an sexuellen Problemen, weil die jungen Leute ziemlich unaufgeklärt in die Ehe gingen, vor allem die jungen Männer. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Geschlechterrollen in der UdSSR auf dem Niveau der 30er Jahre fixiert sind, auch wenn Frauen heute überall in den Berufen stehen. Sowjetische Frauen klagen über Doppel- und — durch das Schlangestehen — Dreifachbelastung. Sowjetische Männer, die ein Bewußtsein darüber hätten, habe ich kaum getroffen. Eine kämpferische Frauenbewegung, wie wir sie kennen, gibt es bisher nicht. Fragen nach neueren Entwicklungen, von denen wir gehört haben, bleiben unbeantwortet. Offiziellen Darstellungen ist im übrigen vor allem zu entnehmen, daß der 17%ige Frauenüberschuß in der UdSSR ein Ergebnis der Opfer des 2. Weltkrieges sei.

Wir verlassen den Palast mit gemischten Gefühlen. Ein realsozialistisches Standesamt als Illusionsfabrik bürgerlicher Romantik, das ätzt. Das provoziert Fragen. Andererseits sind wir alle überwältigt von der naiven Liebe zum Kitsch, der Lebensfreude, dem deftigen Pathos, das dieser Ort, beseelt von der resolut-herzlichen Beamtenpriesterin, trotz allem vermittelt. Wieder so ein ambivalenter Effekt! Von ,,perestroika'' allerdings keine Spur.

Pionierpalast

Am nächsten Tag der nächste Palast: Palast der Pioniere in einem der gewöhnlichen Wohnbezirke. Gespannte Erwartung in der Gruppe: Was ist ein Pionier? Wie sieht ein Pionierpalast aus?



Auf Wache für die Qualität — staatliche Kontrolle



Knittelvers, etwa: Wodka gut — Ehe 'putt

Will man vergleichen, dann am ehesten mit Jugendfreizeitheimen hierzulande: Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche. Wir erfahren: Kindergarten, Schule, Arbeitsleben, Freizeitaktivität sind die sozialen Breitenbereiche des sowjetischen Alltagslebens. Junge Pioniere, Komsomolzen, Partei sind die Hauptorgane, mit denen die KPdSU darin wirkt. Die Jungen Pioniere sind eine politische Freizeitorganisation für Kinder und Jugendliche, die politische und soziale Initiativen in Kindergarten und Schule hineinträgt. 60.000 Kinder gibt es in dem Bezirk, den wir besuchen, zwei Pionierpaläste. In dem einen, den wir besuchen, werden 4.000 Kinder von 60 ganztags dort tätigen Pädagogen oder Pädagoginnen betreut. Die jüngsten Kinder sind zehn, die ältesten 16 Jahre. Für jüngere sind die Kindergärten, für ältere die Jugendorganisation Komsomolz zuständig. Die Anmeldung als junger Pionier oder Pionierin erfolgt freiwillig, wie betont wird, unabhängig von und neben der Schule. Die Kinder sind in unterschiedlichsten Arbeitskreisen tätig, die sie mindestens einmal wöchentlich für vier oder fünf Stunden besuchen.

Wir werden freundlich und stolz herumgeführt: Dreher- und Schlosserkurs, Modellbau, Töpfern, Handarbeiten, Nähen, Fotografieren, Musik, Tanz. Vielfalt und Quantität, üppige Ausstattung, freundliche große Räume auf zwei Etagen. Vor den Fenstern
Wir werden freundlich und stolz herumgeführt: Dreher- und Schlosserkurs, Modellbau, Töpfern, Handarbeiten, Nähen, Fotografieren, Musik, Tanz. Vielfalt und Quantität, üppige Ausstattung, freundliche große Räume auf zwei Etagen. Vor den Fenstern
Bäume. Jede Arbeitsgruppe ist über Patenschaften mit entsprechenden Betrieben verbunden, die die Werkzeuge, Materialien und Ausbildungsmöglichkeiten liefern. Das gilt für den technischen Zweig. Das gilt ebenso für die Theater- oder Musikgruppen, die entsprechend mit Künstlerinnen und Künstlern, mit Bühnen und Veranstaltungsorten kooperieren. Die Pädagogen in unserer Gruppe geraten gegen ihre Erwartungen verhalten ins Schwärmen. Der Pionierpalast erscheint als Alternative zu den dürftigen Verhältnissen im Jugendfreizeitbereich bei uns.

Aber die pädagogischen Prinzipien provozieren: Beim Eintritt der Erwachsenen springen die Kinder auf. Sie tragen Uniform, blaue Röckchen, weiße Schleifen für die Mädchen, kleine blaue Anzüge für die Jungen. In den Kursen für Werken, Nähen, Sticken usw. sieht man fast nur Mädchen, in den technischen Kursen nur Jungen. Im Modellbau werden problemlos Panzer wie Traktoren, Militär- wie Zivilfahrzeuge hergestellt. Das lieben unsere Jungs, sagt der Kursleiter, der kritische Fragen dazu überhaupt nicht versteht.



Im Buchladen: Glückwunschkarten zum 70. Jahrestag

Die Kurse zielen auf Fertigung von Produkten, Initiativen in den Schulen und Austragung von öffentlichen Leistungswettbewerben, für die die Kinder harte Sonderkurse machen müssen. Wer einmal Begabung zeigt, wird auf Bestleistung getrimmt: bester Fotograf, beste Klavierspielerin, beste Sängerin etc. Die auf den regelmäßig stattfindenden Basaren eingenommenen Gelder werden zum größten Teil kollektiv eingesetzt, für politische Veranstaltungen im Viertel, für die Durchführung von Friedenscamps der jungen Pioniere u.ä. Staatserhaltende Pädagogik: Erziehung zu Diszplin, Leistung und Staatstreue, zweifellos auf hohem Niveau. Für kritische Fantasie, persönliche Initiative bleibt nicht viel Raum.

Da kommen die trotz allem antiautoritär verwöhnten Westler ins Rotieren. Da tun sich die Systemschluchten auf. Die Erziehung zu sowjetischem, speziell auch russischem Patriotismus rührt für die Kinder des deutschen Faschismus zu nah an die eigene Geschichte. Er ist zugleich als das historisch Entgegengesetzte nur schwer begreifbar. Rußland, versuche ich zu erklären, später die Sowjetunion war in der neueren Geschichte immer wieder Opfer. Die Geschichte der Roten Armee ist die Geschichte von Verteidigung und Befreiung. Kritik an Erziehung zu militaristischem Patriotismus in der UdSSR muß das bedenken.

Wer ,,perestroika'' und ,,glasnost'' im Pionierpalast erwartet hat, sieht sich getäuscht. Es zeigen sich eher die Grenzen der von Gorbatschow geforderten neuen Entwicklung. Jungen sind Jungen. Mädchen sind Mädchen. Die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung durch Förderung von vaterländischem Leistunsbewußtsein ist das Ziel der Erziehung. Diese Einsicht entläßt uns mit weiteren Fragen.

Kollegen und Kolleginnen

Schließlich der erste Begegnungsabend: Kollegen und Kolleginnen des Werkes ,,Sojus'', in dem allerlei Schreibgeräte hergestellt werden, erwarten uns im großen Pionierpalast auf der ,,petrogradskaja storona'', einem Stadtteil im Norden der Stadt, zum Gespräch. Der Palast ist ein Hochhausturm, Jugend- und Kulturzentrum zugleich. In den unteren Geschossen öffnet sich eine riesige Halle: im Parterre Wintergarten, auf der Empore offener Diskobetrieb, großzügig, angenehm.

Unsere Gastgeber führen uns per Einlaßkarte in einen separaten Veranstaltungsraum oberhalb dieses Stockwerks. Ca. zwanzig Kolleginnen und Kollegen erwarten uns, einige von ihnen, besonders die Frauen, betont zurechtgemacht, gepflegt, in feinstem Zwirn. Die Männer in Anzug und Schlips. Es folgt die unvermeidliche Freundschaftsansprache. Wir übermitteln ihnen unsererseits unsere Frage: ,,Perestroika'', was ist das?

Ich sehe mich umringt von der Leitung der betrieblichen Komsomolzengruppe, Irina, Pjotr, sowie weiteren Aktivisten. Irina ist Lehrling. Pjotr ist Ingenieur und Leiter eines Arbeitskollektivs. Ich wende mich an Irina. Sie ist mir sympathisch, scheint mir auch offener als die Männer. Aber Pjotr, und wenn nicht er, dann einer der anderen Männer, antwortet für sie, läßt sie nicht zu Wort kommen, auch wenn sie ansetzt. Sie läßt es geschehen. Das ärgert mich, aber ich muß mich damit zurechtfinden. Ich frage nach ,,perestroika''. Pjotr greift in die Tasche, holt einen Kugelschreiber aus Plastik hervor, hält ihn zwischen den Spitzen beider Zeigefinger vor mein Gesicht. Dies haben wir vorher gemacht, sagt er, Handarbeit. Dann greift er wieder in die Tasche, hält einen verchromten Schreiber mit beweglichem Innenteil hoch, sagt: Das machen wir jetzt nach der Automatisierung. Perestroika! Irina nickt zustimmend. Ebenso die anderen Kollegen.

Nun bin ich doch verdattert. Ich sage, ja, aber ,,glasnost'' ...

Pjotr gibt mir recht. Natürlich, die Notwendigkeit der Mitverantwortung des Einzelnen sei durch die technische Entwicklung gestiegen. Das neue Betriebsverfassungsgesetz mache das jetzt möglich. Die Arbeitsmoral und Qualität der Arbeit habe sich gebessert, seit
Pjotr gibt mir recht. Natürlich, die Notwendigkeit der Mitverantwortung des Einzelnen sei durch die technische Entwicklung gestiegen. Das neue Betriebsverfassungsgesetz mache das jetzt möglich. Die Arbeitsmoral und Qualität der Arbeit habe sich gebessert, seit
in den Arbeitskollektiven nach Leistung gearbeitet würde. Ich bohre nach. Pjotr bleibt allgemein. Ich könnte genausogut Gorbatschow lesen, da hätte ich es im Original: Beschleunigung der sozialökonomischen Entwickung, Effektivierung, Qualifizierung, Automatisierung durch höhere Mitverantwortung und wachsende Lebensqualität der Bevölkerung ...

Ein Gefühl des déja vue stellt sich bei mir ein! Da saß ich doch vor ein paar Jahren erst in ebensolcher Runde!? Damals allerdings war Breschnjew noch der Stichwortgeber, später Tschernjenkow. Ich frage also noch einmal, was denn nun neu sei? Pjotr springt auf, versucht jetzt, Programm zu machen, Ratespiele, Hüpfespiele und ähnliche Seichtigkeiten. Glücklicherweise will niemand Unterhaltung der Art. So bleibt es bei ein paar vorbereiteten Sketches, Liedern und pantomimischen Szenen.

Danach mühsame Konversation. Zum krönenden Abschluß unseres Gesprächs überreicht mir Irina ein apn-Broschürchen mit dem Titel ,,Die UdSSR in fünf Jahren und an der Jahrhundertwende'', darauf das Zitat: ,,Ziel der ökonomischen Strategie der Partei war und bleibt die ständige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes. Die Realisierung dieses Ziels im kommenden Zeitraum erfordert die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung und Erhöhung der Effektivität der Produktion auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.'' Na bitte, ,,perestroika'' hautnah! Aber war das schon alles?

•

Anschließend im Hotel.

Für die meisten Mitglieder der Gruppe war der erste Kontakt mit Menschen des Landes das Wichtige, Informationen zur Lebensweise, Austausch über alltägliche Fragen des Lebens hier wie dort. ,,Perestroika'' spielte nur eine untergeordnete Rolle, war mangels Vergleich für viele sowieso kaum wahrnehmbar, wurde von den sowjetischen GesprächspartnerInnen von sich aus nicht thematisiert. Allerdings Neugier, was man im Westen zu den neuen Entwicklungen in der Sowjetunion diskutiert. Allerdings eine gewachsene Bereitschaft zur Diskussion, auch an Punkten, wo man sich früher bei solchen Begegnungabenden eher bedeckt hielt. So in der Frage der leidigen Schlangen. So zur Landung von Rust auf dem Roten Platz. So bei Klagen über die Männer. Ein Gespräch wie mit Irina und Pjotr dagegen hatte niemand geführt.

BILD sieht Gorbi

„Ein Frühlingsgruß aus Moskau"

Die „Bild"-Zeitung wird in der Linken oft überschätzt. Vielen erscheint sie als beliebig handhabbares Werkzeug der Massenmanipulation, mit dem die Herrschenden jeden gewünschten Effekt erreichen können. Das von elf Millionen Menschen täglich in Bahnen, Bussen und Betrieben konsumierte Boulevard-Blatt ist jedoch kein Hamburger Trichter, durch den sich heute jede beliebige Jauche in die Köpfe schütten ließe. „Bild" ist nicht nur ein Instrument der Manipulation, dieses Blatt ist bis zu einem gewissen Grade auch ein Spiegel des Massenbewußtseins in diesem Land. Die Grenzen der Manipulationsmöglichkeiten wurden bereits Anfang der siebziger Jahre in der gescheiterten Springer-Kampagne gegen die Ostverträge deutlich. Anders als in den sechziger Jahren erscheint das Blatt heute nicht mehr stacheldrahtumrandet. Ein Blick in die Auftragsbücher der Exportwirtschaft zeigt, daß der sogenannte Staatsratsvorsitzende aus dem Gebilde zwischen Elbe, Ober und zwei Gänsefüßchen empfangen werden muß, obwohl in seinem Staat niemals so freie Wahlen stattfanden wie in der hiesigen Aufsichtsräterepublik.

sichtsräterepublik.

Seit über zwei Jahren macht der neue KPdSU-Generalsekretär Eindruck auch bei „Bild"-Lesern. Selbst manch braver CDU-Wähler findet den Mann vertrauenswürdig. Ihm würde man einen Gebrauchtwagen abkaufen. Wer keine Sektierer-Sendung von Rechtsaußen wie das ZDF-Magazin macht, wird nicht so tun und tuten können als sei der sowjetische Parteichef der wiederauferstandene J.W. Stalin. Wie Goebbels sieht der Gorbatschow irgendwie auch nicht aus. In so einer Situation ist *„aufgeklärter Antikommunismus nicht nur weiterhin erlaubt, sondern noch notwendiger als früher"*, wie der einschlägige Experte Ernst-Otto Maetzke am 9. Januar 1987 in der FAZ schrieb. Hat man den Hinweis auch bei „Bild" verstanden? *„Gewiß, der Vergleich Gorbatschow-Goebbels war mehr als unglücklich"*, fand „Bild" am 6.11.1986, nicht ohne seinen Lesern zu sagen, wo die eigentlichen Bösewichte sitzen: *„die Sowjets wollen den Bundeskanzler demütigen"*.

Die russische Seele

Moskau wolle *„zur Zeit keinerlei gedeihliche Beziehungen mit Bonn, selbst wenn Kohl Gorbatschow die Füße küssen würde"*. Die Landser unter den Lesern wissen noch: Der Russe an sich ist deutschfreundlich, aber: *„Diese sture nachtragende Haltung paßt zum Marxismus, aber so gar nicht zur russischen Seele, von der es heißt, sie sei großzügig."* (1.2.86) Wenn der Führer es doch verstanden hätte, die Ostvölker für sich zu gewinnen! Die Sowjetunion läßt den Multimediahelden Sacharow aus der Verbannung in Gorki frei. *„Schulden wir Gorbatschow dafür Dank? Gewiß nicht."* (20.12.86) Welche Redaktion ist schon dankbar, wenn ihnen ein Dauerthema ausgeht, zumal, da kein brauchbarer Ersatz ge-

boten wird. Daß Enno von Loewen-
wenn ihnen ein Dauerthema ausgeht, zumal, da kein brauchbarer Ersatz ge-

boten wird. Daß Enno von Loewenstern sich eine Horrormeldung über sowjetische Giftgas-Lieferungen an den *„verrückten Diktator Gaddafi"* (24.11.86) aus den Fingern saugt, hilft nicht weiter. Selbst der erhobene „Bild"-Zeigefinger, die Sowjets hätten „aus Tschernobyl nichts gelernt" (17.11.86) muß vorsichtshalber wieder heruntergenommen werden. UdSSR-Ministerpräsident Ryshkow hat sich *„in Finnland für das erste Frühwarnsystem bei Reaktorunfällen (Tschernobyl!) feiern"* lassen (8.1.87). Lehren aus Tschernobyl — das Thema ist „Bild" künftig zu heiß. Die Bundestagswahlen nahen, mit kaltem Krieg sind keine Wahlerfolge mehr hinzukriegen. Wurde noch Ende November 1986 in „Bild" Moskau entlarvt (*„Die ganze Welt kann sehen, wo die kalten Krieger wirklich sitzen."* — 29.11.86) sind jetzt freundlichere Töne angesagt. *„Gorbatschow will sich wieder mit Reagan treffen. Na also — es geht! Die Drohgebärden der letzten Wochen können wir vergessen. Kommunisten machen Politik nicht nach Stimmung, sondern nach Notwendigkeit."* Geht es ihrer Wirtschaft schlecht, *„suchen sie nicht kalten Krieg, sondern guten Kontakt"*. (6.1.87) Wird der Kontakt zu gut und fahren 900 Prominente aus dem Westen zu einem Friedensforum nach Moskau, muß gegen den „großen Propagandaerfolg Gorbatschows" der „Welt"-gewandte Herbert Kremp an die Front, die Stinkbombe des deutschen Leitartikels: *„Während man den Gästen Krimsekt und Friedensparolen verpaßt werden drei Straßen weiter Regime-Kritiker und Journalisten verprügelt."* Wo der Notstand ausbricht (*„Schauspieler, Wissenschaftler und Industrielle sind auf Gorbatschow abgefahren"*) darf an Reste von Klassenbewußtsein appeliert werden. Wer war denn da in Moskau und soff Krimsekt? *„Gregory Peck, Maximilian Schell, Claudia Cardinale, Wolff von Amerongen — die Scheckbuchträger des Westens."* (16.2.87)

Peter Boenisch für Glasnost

Doch nicht einmal „Bild" hält der roten Flut stand. Der Damm bricht, Deichgraf Peter Boenisch wechselt die Stellung und gibt alten Kämpfern einen Tritt in den Hintern: *„Verteidigungsminister Wörner wird wg. Gorbatschow keinen Luftsprung vor Freude machen und sein amerikanischer Kollege Weinberger auch nicht. Es gehört zu ihrem Geschäft, vornehmlich der eigenen Stärke zu vertrauen und nicht den Schachzügen und angekündigten Schachzügen der Russen."* Gorbatschows Angebot zur Abrüstung sei *„ein weiterer Schritt in die richtige vertrauensbildende Richtung"*. Sein Vorschlag sei „ein Frühlingsgruß aus Moskau". Schüchtern war Peter Boenisch noch nie, und so legt der neue Gorbi-Freund einige Wochen später noch mal nach: *„Ultra-Konservative im Westen werden warnen, daß dieser Russe, ohne bisher viel dafür getan zu haben, einen grundlegenden Sympathiewandel herbeiführt ... Die Welt von gestern ist in Bewegung gekommen."* (10.6.87)

BILD-Kommentar

Das Wort hat:

Peter Boenisch

Staatssekretär a.D. 1983-1985 Regierungssprecher von Bundeskanzler Kohl



Gorbatschow hat recht ...

Es tut fast weh, das zu schreiben, aber Gorbatschow hat recht, wenn er Westeuropäern vorwirft, daß sie mit immer neuen Forderungen die Abrüstung bremsen.

Tatsächlich mißtrauen wir mit unseren Einwänden nicht nur den Russen, sondern auch den Amerikanern, die auf unseren Wunsch ihre Pershing II-Raketen hier stationiert haben und seitdem zäh mit Moskau verhandeln.

Die Amerikaner verdienen unser Vertrauen und die Russen zumindest unsere Bereitschaft, ihr „neues Denken" ernst zu nehmen. Die Abrüstungspolitik – wenn man sie überhaupt so nennen will – die zur Zeit in Paris und von einigen Leuten in Bonn betrieben wird, ist konzeptionslos, kleinlich und überängstlich.

22.5.1987

„Neues Denken" bei „Bild"? Ist Boenisch von den „Stahlhelmern" zur Friedensbewegung übergelaufen und will Regierungssprecher der Koalition der Vernunft werden? Oder hat er sich nur überlegt, daß der Kapitalismus auch mit ein paar Raketen weniger und ein paar Ost-Aufträgen mehr gut zurecht und zu Profit kommt? Auch ohne Pershings in Mutlangen wird Boenischs Villa in Kampen auf Sylt noch kein FDGB-Ferienheim. Nach der Landung des Flugabenteurers Rust in Moskau bringt „Bild" einen offenen Brief an Gorbi: „Lieber Genosse Gorbatschow!" und bittet ihn, „unseren netten Mathias Rust" nicht in den Knast zu stecken. Gorbatschow solle ihn in den Kreml einladen und seine „bezaubernde Frau Raissa" möge ihm dort den „berühmten russischen Tee bereiten". Dann könnte der Generalsekretär mit Rust einen gemeinsamen Stadtrundflug" über „dem schönen Moskau" machen. (1.6.87) Der Stilgaukler klebt an gehäuften Adjektiven, wie die Fliege am Misthaufen.

Fortsetzung nächste Seite

BILD-Kommentar

Raus aus Afghanistan!

Sacharow sieht Anzeichen für eine Wende zum Besseren in der UdSSR. Sacharow sagt aber auch etwas zum Thema Afghanistan: „Was wir brauchen, ist ein rascher Rückzug der sowjetischen Armee."

Vor genau sieben Jahren war sie einmarschiert. 1,5 Millionen Afghanen (geschätzt) sind seitdem ums Leben gekommen, fünf Millionen mußten fliehen. Noch immer sterben Kinder, weil sie ahnungslos mit Sprengstoff-Spielzeug hantieren, das Sowjet-Soldaten aus Flugzeugen abgeworfen haben.

Wenn Gorbatschow seine Truppen abzieht, wird die Welt seinen Versprechungen eher trauen. e.v.l.

29.12.1986

BILD-Kommentar

Raffinierter Gorbatschow

Alle „fremden" Truppen raus aus Europa: Dieser Gorbatschow-Plan ist so raffiniert, daß er den Westen gewaltig durcheinander wirbeln wird. Er will die Sowjet-Truppen abziehen, die seine Vasallen in Ost-Europa im Griff halten.

Der Mann versteht es, ein Risiko einzugehen – wenn es ihm genug Gewinn verspricht. Denn die Amerikaner mußten ja ihre Soldaten aus der Bundesrepublik über den Atlantik zurückverlegen.

Ohne sie aber wäre Deutschland militärisch geschwächt, politisch von der Supermacht des Westens abgekoppelt, die in den letzten vier Jahrzehnten seine Sicherheit garantiert hat. Es wäre praktisch schutzlos dem östlichen Giganten ausgeliefert. pol.

11.5.1987

Neues von Gorbatschow

Dokumentation

Umgestaltung — das ist unsere, eine innere Angelegenheit. Sie ist aus den inneren Bedürfnissen unseres Landes erwachsen. Das ist keine Erfindung, kein schlau ausgedachter Plan einer Gruppe von Menschen, die plötzlich erleuchtet wurden, die plötzlich den Entschluß faßten, daß irgendeine Umgestaltung erforderlich sei. Nein, uns hat das Leben zur Umgestaltung gedrängt.
(...)

Es gibt Probleme im politischen Prozeß, in der Entwicklung unserer Demokratie. Probleme gibt es auf sozialem Gebiet und in der Wirtschaft. Probleme gibt es auch auf geistigem Gebiet, auf dem Gebiet der Ethik und Moral. Die Umgestaltung soll diese angehäuften Probleme und Widersprüche lösen und sie beseitigen. Sie soll dem Sozialismus neue Kraft geben, und zwar im Interesse des Volkes und auf der Basis der sozialistischen Werte. (...)

Wir verzichten nicht auf den Sozialismus. Wir wollen ihn besser machen. Deshalb sagen wir: mehr Sozialismus. Wir verzichten nicht auf unsere Demokratie. Es geht aber um die Nutzung der Möglichkeiten eben der sozialistischen Demokratie.

Die sozialistische Demokratie muß sich vor allem dadurch auszeichnen, daß sie den Werktätigen, dem Demos, dem Volk das entscheidende Wort garantiert. Und das ist es, was wir gerade jetzt für unzureichend halten. Deshalb entfalten wir die Prozesse der Demokratie und der Offenheit, Prozesse, die sowohl die Partei, als auch das ganze politische System, die gesellschaftlichen Organisationen und die Wirtschaft einschließen. Wir möchten, daß sich die Werktätigen im Betrieb wie wahre Hausherren fühlen, daß sie die Leiter wählen, vom Meister des Bereichs bis zum Betriebsdirektor; daß sie sich zu einem Rat zusammenschließen und Fragen der Planung lösen, Perspektiven ihrer Entwicklung festlegen und an der Verteilung des Gewinns teilhaben; daß sie soziale Fragen lösen. Das ist es, wohin wir den Prozeß der Demokratie bringen, wie wir ihn vertiefen und ausbauen wollen.

Wenn man uns fragt, welche Hindernisse es für die Umgestaltung, welche Hindernisse es für die Offenheit, welche Hindernisse es für die Demokratie im Rahmen des von uns entfalteten Prozesses gibt, dann sagen wir: Alles, was den Sozialismus festigt, darunter Offenheit und Demokratie, muß unterstützt und begrüßt werden, besonders aber das, was den Sozialismus festigt. Wenn jedoch irgend jemand innerhalb des Landes oder im Ausland, und damit sind wir bereits konfrontiert worden, unsere Offenheit und Transparenz ausnutzen will, um extremistische und antisozialistische Elemente aufzuwiegeln — und die gibt es, obwohl diese Erscheinung nicht allzu verbreitet ist und kein allzu großes Ausmaß hat — dann sagen wir sofort offen: Nein, wir erlauben es keinem, sich gegen den Sozialismus zu stellen. Es wird alles getan werden, um den Sozialismus zu festigen. Diejenigen, die die Hoffnung haben, daß Demokratie und Umgestaltung zu einer sozialen und politischen Wende in der Sowjetunion führen, irren sich. Erwartungen in dieser Richtung sind vergeblich.

Es geht hier nicht darum, welche Führung wir haben, ob eine radikale oder weniger radikale, eine revolutionäre oder weniger revolutionäre. 90 Prozent unserer Menschen sind im Sozialismus geboren und aufgewachsen. Sie werden seine Errungenschaften nicht preisgeben. Sie werden sehen, wie sie auf die Durchsetzung der Offenheit, auf die Entfaltung der Demokratie achten! Wie sie darauf achten, daß individuelle Erwerbstätigkeit nicht zur Raffgier, zur Privateigentumsmentalität führt, daß mit der Verbreitung von Genossenschaften nicht Habsucht entsteht und der Arbeiterklasse über hohe Preise für genossenschaftliche Erzeugnisse das Geld aus der Tasche gezogen wird. Sie möchten nicht, daß diejenigen, denen der Sozialismus nicht gefällt, denen er nicht nach ihrem Geschmack ist, den demokratischen Prozeß zur Verunglimpfung unserer Ordnung mißbrauchen. Mit derartigen Versuchen haben wir es nämlich zu tun. Gegen sie wird der Kampf geführt. Ebenso gegen jene, die die Demokratie behindern wollen, da sie die Privilegien angreift, die sie sich angemaßt haben, gegen jene, die sich daran gewöhnt haben, Macht zu besitzen und das Volk zu kommandieren.

Die Umgestaltung ist ein sehr komplizierter, tiefgreifender Prozeß, in den sich die Partei, die ganze Gesellschaft, alle ihre Schichten eingeschaltet haben. In dem mächtigen Kessel der Umgestaltung wird unsere gesamte Gesellschaft umgeschmolzen. Sie erlangt eine neue Qualität in wahrhaft menschlicher Dimension, im Interesse der Werktätigen. Die Interessen der Werktätigen sind das Hauptkriterium der gesamten Umgestaltung. Das sind unsere Absichten. Alles übrige sind Details. Geht bei uns alles glatt? Bei weitem nicht alles. Geht alles leicht und einfach vonstatten? Nein. Oft wird gefragt, gibt es eine politische Opposition gegen die Umgestaltung? Eine politische Opposition gibt es in der Sowjetunion nicht. Opposition und Hemmschuh, der Bremsmechanismus sitzen in uns selbst. Ich nehme mich dabei nicht aus. Ganz entschieden für die Umgestaltung sind die Werktätigen, die Arbeiterklasse. Sie drängen uns, und zwar stark. Die ganze Zeit halten sie diesen Prozeß wie auch die Position der Führung unter ihrer Kontrolle. Ständig erreicht uns der Impuls, nicht zurückzuweichen, im Tempo nicht nachzulassen, nicht aufzuhören voranzuschreiten, wie schwer es auch sein mag. Die revolutionärste Stimmung in der Sphäre der Umgestaltung ist beim Volk, bei den Werktätigen, in der Arbeiterklasse zu verzeichnen. Darin liegt die Stärke unserer Politik.

Würden wir eine Politik vorschlagen, auf die das Volk und vor allem die Arbeiterklasse nicht reagieren, wäre diese Politik zum Scheitern verurteilt. Gute Wünsche kann man in die beste propagandistische Verpackung stecken — die Kunst der Rhetorik entwickelt sich in unserem Jahrhundert schnell, oft, in der Tat, lediglich mit dem Ziel, die Wahrheit zu verbergen, sie nicht aufzudecken, und nicht um ehrlich die Wahrheit zu sagen. Doch keinerlei Rhetorik, keinerlei politische Winkelzüge können das Volk betrügen. Das Volk steht auf der Seite der Umgestaltung. Das ist die entscheidende Garantie.

Wir machen uns darüber Gedanken, warum früher in bestimmten Etappen die Prozesse der Vervollkommnung der sowjetischen Gesellschaft ins Stocken gerieten. Die ganze Zeit über hat sich die sowjetische Gesellschaft entwickelt. Im Sinne des sozialen Fortschritts, des politischen Fortschritts, des kulturellen Fortschritts und des wirtschaftlich-technischen Fortschritts hätte sie jedoch ein höheres Niveau erreichen können. Warum sind die Vorhaben, große Vorhaben, ins Stocken geraten? Das war sowohl in der Vorkriegs- als auch in der Nachkriegszeit der Fall, insbesondere nach dem XX. Parteitag. Es wurden doch damals nicht geringe Anstrengungen unternommen. Sie wurden jedoch nicht bis zu Ende, wurden halbherzig durchgeführt. Warum war das so? Diese Frage beschäftigt uns sehr. Die Geschichte muß doch auch gerade deswegen studiert werden, um aus ihr bestimmte Lehren zu ziehen. Die Hauptlehre besteht darin, daß die in der Vergangenheit eingeleiteten Prozesse und unternommenen Reformversuche, die sowohl die politische, die ökonomische als auch die soziale Sphäre betrafen, nicht durch den Ausbau und die Entwicklung der Demokratie, nicht durch die Einbeziehung der Werktätigen selbst, der ganzen Gesellschaft mit Hilfe der Mechanismen der Demokratie in diese Prozesse untermauert wurden. Das ist der Hauptgrund für die Mißerfolge in der Vergangenheit.

Der Sozialismus — das ist eine Gesellschaftsordnung, in der die handelnde Hauptperson der Werktätige sein muß. Als die unternommenen Initiativen, Reformen, Pläne, Programme nicht durch die weitere Entwicklung und Vertiefung der Demokratie untermauert wurden, sind sie ins Stocken geraten. Gerade deshalb sind wir so aufmerksam gegenüber den Prozessen der Offenheit, der Demokratie. Umgestaltung ohne Demokratie und Offenheit ist zum Scheitern verurteilt. Die Formel „Mehr Sozialismus, mehr Demokratie" bringt das Wesen unserer Plattform zum Ausdruck.

(Ansprache vor „Vertretern der französischen Öffentlichkeit", 29.9.87; Text nach „Neues Deutschland", 1.10.87)

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wer solche Texte auf dem Niveau von Schülerzeitungen der Jungen Union in Druck gibt, steht unter Druck.

Da fällt den Verfassern von „Bild"-Kommentaren nicht mehr ein, als ihren Kollegen von der Abteilung für Horoskope: Nutzen sie alle Chancen, aber vermeiden sie jedes Risiko.

Da geht einem schon mal die Puste aus, denn es ist „atemberaubend, was Gorbatschow schon alles vorgeschlagen hat". Was kann man dagegen tun? *„Der Westen, Bonn vor allem, muß die Chance nutzen, die Gorbatschow bietet — und die Gefahren vermeiden. Blockieren reicht nicht mehr, Phantasie ist gefragt — eine eigene Vision von der Zukunft Europas."* (12.5.87) Bei dieser abendländischen Vision stört nicht zuletzt die DDR, der man nun mit dem Gorbi-Poster in der Hand an der Schandmauer die Zunge rausstreckt. Heiner Geißler fordert die Verkabelung der DDR, damit *„,DDR'-Bürger auch unsere TV-Programme per Kabel kriegen. Auch ein guter Vorschlag. Die Antwort wird zeigen, wieviel ,Glasnost', wieviel Offenheit die ,DDR' sich schon zutraut."*

Kommentar

Pershing, Moskau und wir

Moskau ist schon wieder unzufrieden. Außenminister Schewardnadse und Gorbatschow-Berater Falin schimpfen: Bonn wolle die Abrüstung „umgehen", Raketen seien die „nationale Religion" der Deutschen.

Grund für die Schelte: Die 72 Pershing-1A-Raketen, die Bonn bei einer Null-Lösung als Schutz vor den sowjetischen Panzerarmeen behalten möchte.

Bisher waren diese Raketen nicht Verhandlungsgegenstand in Genf. Ebensowenig wie z.B. die Britischen.

Außerdem: Wenn die Sowjets bereit sind, ihre gewaltige konventionelle Übermacht abzubauen, sind die Pershings für uns sicher kein Thema mehr.

Warum also jetzt die Aufregung? Was hat Moskau vor? **(pol)**

22.6.1987

(1.8.87) Dresden wird erst durch Dallas schön. Der Altbolschewik und Steuerrebell Peter Boenisch mahnt die SED exklusiv in „Bild": *„Glasnost ist nicht nur an der Moskwa, sondern auch an der Spree vonnöten."* (19.6.87) Und bei Helmstedt: *„Das ,DDR'-Lager für Atomabfälle bei Morsleben gilt als durchlässig. Bei einem Unfall könnte Helmstedts Trinkwasser strahlenverseucht werden."* (3.8.87) Da hilft nur „Glasnost" — oder die Übereignung des Atommülls an Nukem/Alkem? Fein, wenn man den Vasallen Moskaus in der sogenannten DDR mal ein Glas Nost vor sie Füße kippen kann, aber viel hilft es nicht. Gorbatschow gewinnt Sympathien.

Hitchcock im Politbüro

Doch wer ist er schon, der Gorbatschow. *„Wie stark ist der 1. Mann im Kreml?"* fragt „Bild"-Trainer Herbert

Doch wer ist er schon, der Gorbatschow. *„Wie stark ist der 1. Mann im Kreml?"* fragt „Bild"-Trainer Herbert

Kremp. (7.11.86) Gibt's nicht vielleicht eine „mächtige Opposition gegen Gorbatschows Reformkurs" (Herbert Kremp 3.4.87). Es wäre zu schön. Ach, wie war es doch vor dem mit Leonid noch so bequem. Herbert Kremp hat's nicht leicht. Nicht mal auf die Moskauer Hardliner ist noch Verlaß. Kremp macht sich Mut: *„Gerüchte über zunehmenden Widerstand gegen Gorbatschows Reformpläne"* lassen sich von Zeit zu Zeit aufwärmen. Es bleibt auch die Hoffnung auf einen Putsch: *„Reformer leben im Kommunismus gefährlich."* (13.4.87) Anders als in Chile, wo ihnen ab September 1972 das gefährliche Leben im Kommunismus und dem Kremp manche Sorge erspart blieb. „Bild"-Leser müssen bei Laune gehalten werden, ein monotoner Arbeitstag verlangt Abwechslung. Wie im Sportteil bei Boris gilt auch beim Kommentar zu Gorbi: Schafft er's oder schafft er's nicht? *„Gorbatschow ist in Schwierigkeiten, seine Falken steuern Gegenkurs zu seiner neuen Offenheit."* (27.4.87) Und im Politbüro geht's zu wie in Hitchcocks „Die Vögel". Der Kreml-Krimi sorgt für Spannung: *„Im Kreml tobt hinter den Kulissen offenbar ein dramatischer Machtkampf. Am Ende könnte sogar der Sturz des populären Parteichefs Michail Gorbatschow stehen ..."* (29.9.87) Am selben Tag tritt Gorbatschow *„nach sieben Wochen ,Urlaub'"* (haben die sowas?) wieder öffentlich auf. Der „Bild"-Leser gebe sich keinen Illusionen hin, *„die Gerüchte um den Machtkampf deuten an: Der Kreml-Führer sitzt nicht (mehr) fest im Sattel ... Schlimm, wenn Gorbatschow jetzt kippt"*. Er ist wieder da, aber wie sieht er aus: Braungebrannt, noch etwas müde" (30.9.87) Wenn auch deutlich frischer als manch westlicher Ministerpräsident.

Gerd Eggeling

Sowjetgeschichte

Immer mehr Glasnost?

Im letzten AK habe ich versucht, den Stand der Auseinandersetzung der sowjetischen Politiker und Historiker mit den „weißen Flecken" in der eigenen Geschichte zu bilanzieren und bin dabei zu einer eher skeptischen Bewertung gekommen. Gerade zu diesem Thema hat es aber in den letzten Wochen viele neue Mitteilungen gegeben, die darauf hindeuten, daß die Dinge vielleicht doch schon lebhafter in Bewegung geraten sind, als im letzten AK vermutet wurde, zugleich aber auch — besonders in der Beurteilung Trotzkis — Grenzen der bisherigen Debatte markieren. Im Folgenden eine Übersicht, beginnend im August.

— Die Regierungszeitung „Iswestija" sprach sich zugunsten der Millionen sowjetischen Soldaten aus, die im Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren. Die aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Überlebenden waren nach dem Krieg in übler Weise als „Verräter" und „unzuverlässige Elemente" sozial diskriminiert worden. In der „Iswestija" kamen nun auch Betroffene zu Wort, die damals aus der Partei ausgeschlossen wurden und keinen Arbeitsplatz mehr bekommen hatten.— Das Dissidentenbulletin „Glasnost" behauptet, daß die Bestände der sowjetischen Justizarchive aus den 30er, 40er und 50er Jahren seit einiger Zeit „planmäßig vernichtet" werden. Angeblich aus Platzmangel werde monatlich der Inhalt von 5000 Aktenordnern verfeuert. Gegenwärtig seien die Archivare des Militärgerichts dabei, die Dokumente der 40er Jahre zu vernichten; dabei würden einige Akten an die KGB-Archive überstellt. (Frankf. Rundschau, 22.8.)

— Die „Moskowskije Nowosti", eines der konsequentesten Medien der Reformkräfte, berichtet über die Rehabilitierung von 15 sowjetischen Ökonomen und Agrarwissenschaftlern, die 1930 verhaftet und Anfang bis Mitte der 30er Jahre abgeurteilt worden waren. Ihnen war vorgeworfen worden, einer konterrevolutionären Organisation namens „Partei der werktätigen Bauernschaft" angehört zu haben. Diese Partei sei, so „Moskowskije Nowosti" jetzt, eine reine Fiktion gewesen. Nichtsdestotrotz seien in den Jahren 1930-32 rund 1000 Menschen unter der Beschuldigung verhaftet worden, dieser Partei anzugehören. „Moskowskije Nowosti" erinnert auch an zwei weitere ähnliche Prozesse, gegen die „Industriepartei" Ende 1930 und gegen die „Menschewistische Konterrevolutionäre Organisation" 1931. *„In*

„Industriepartei" Ende 1930 und gegen die „Menschewistische Konterrevolutionäre Organisation" 1931. *„In*

unserem Bewußtsein sind Massenrepressionen mit den Jahren 1937/1938 verbunden, im wirklichen Leben aber war das ,nur' die Zeit ihres Höhepunkts." (taz, 29.8.)

— In einer Enzyklopädie, die zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution erscheinen soll, werden nach Angaben eines zuständigen sowjetischen Funktionärs erstmals wieder Stichworte über Trotzki und Bucharin enthalten — über deren Inhalt damit allerdings noch nichts ausgesagt ist. Diese und andere prominente Mitgestalter der sozialistischen Revolution wurden bisher einfach totgeschwiegen. (Frankf. Rundschau, 9.9.)

— Professor Alexander Galkin, Prorektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU, sagt in einem Interview mit der „taz": *„Meines Erachtens wurde mit dem Inhalt der Prozesse* (der 30er Jahre) *schon nach dem 20. Parteitag* (1956) *aufgeräumt. Es war klar, daß die Moskauer Prozesse gestellte Prozesse waren, die mit der Wahrheit nichts zu tun hatten. Die Urteile wurden deshalb zurückgezogen. Komplizierter war es mit der parteilichen Rehabilitierung, und darum handelt es sich zur Zeit."* Trotzki sei, unbeschadet unterschiedlicher Einschätzungen zu seiner Person, auf jeden Fall ein maßgeblicher Führer der Partei und der Oktoberrevolution gewesen. Stalin habe, so Galkin, eigentlich die Hauptgedanken von Trotzkis Politik durchgesetzt, etwa mit der „überstürzten Industrialisierung auf Kosten der Bauern" oder in der Gewerkschaftsfrage. („taz", 10.9.) — Anzumerken ist: öffentlich und offiziell sind die Urteile der Moskauer Prozesse bisher durchaus nicht verworfen worden.

— Die polnische KP-Zeitung „Polityka" berichtet mit vielen Details über den Einmarsch sowjetischer Truppen in Polen in der zweiten Septemberhälfte 1939, faktisch in Absprache mit Nazi-Deutschland. Hervorgehoben wird der militärische Widerstand der polnischen Truppen. (Frankf. Rundschau, 19.9.) — Bisher war der ganze Vorgang tabuisiert gewesen. Es ist davon auszugehen, daß es für derartige polnische Veröffentlichungen eine prinzipielle Zustimmung von sowjetischer Seite gibt.

— In der „Literaturnaja Gaseta", einem weiteren Organ der Reformkräfte, vergleicht der Historiker Dimitri Lichatschew die sozialpsychologischen Folgen der Stalin-Jahre mit der zaristischen Leibeigenschaft, nach deren Abschaffung im 19.Jahrhundert immer



Opfer der Moskauer Prozesse: Kamenew

noch eine „Sklavenpsychologie" nachgewirkt habe. So paralysiere auch die Angst, die Stalin den Menschen „bis in Fleisch und Blut eingejagt hatte", immer noch das Bewußtsein. Es gehe jetzt nicht mehr bloß um die persönlichen Fehler Stalins, die schon Chruschtschow kritisiert hatte, sondern um die Ursprünge des in den 30er Jahren aufgebauten Staats- und Wirtschaftssystems. — Ebenfalls in der „Literaturnaja Gaseta" behauptet der Philosoph Fjodor Burlatzki, Stalins Fehler hätten nicht erst mit dem Terror der 30er Jahre begonnen, sondern bereits mit dem Abbruch der Neuen Ökonomischen Politik, der erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft, der forcierten Industrialisierung und der Ausschaltung der gesamten Parteiopposition in den 20er Jahren. (Neue Zürcher Zeitung, 23.9.)

— Die sowjetische Zeitschrift „Kommunist" veröffentlicht einen Artikel des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski, der sich in beispiellos kritischer Weise mit der Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen beschäftigt. Jaruzelski erwähnt kritisch die von der sowjetischen Führung angeschobene Zerschlagung der polnischen KP 1938 (als „trotzkistisch" usw.), die grundlos gewesen sei und zur Vernichtung vieler Kader geführt habe. Jaruzelski kritisiert außerdem die sowjetische Rolle bei der Liquidierung Polens im September 1939 und die Repressalien, denen die Bevölkerung Ostpolens nach der Annektion durch die UdSSR ausgesetzt war. ("Neue Zürcher Zeitung", 23.9.)

— Die „Sowjetskaja Rossija" und die Gewerkschaftszeitung „Trud" widersprechen der u.a. vom „Spiegel" kolportierten Behauptung, in der UdSSR stehe eine Rehabilitierung Trotzkis bevor. Der Trotzkismus sei schon zu Lebzeiten Lenins von der KPdSU zurückgewiesen und ideologisch zerschlagen worden. (Frankf. Rundschau und Neues Deutschland, 29.9.)

— In der neuerschienen sowjetischen Enzyklopädie findet sich unter dem Stichwort Trotzki ein rein negatives Persönlichkeitsbild. Trotzki sei 1929 „wegen antisowjetischer Tätigkeit" ausgewiesen worden und habe danach im Ausland seinen „aktiven Kampf gegen die Partei, die UdSSR und die Komintern" fortgesetzt. (Frankf. Allgemeine, 6.10.)

— Der führende sowjetische Historiker Afanasjew spricht sich in der polnischen Zeitschrift „Polityka" dafür aus, die Untersuchung und Darstellung der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Von der Suche nach der historischen Wahrheit könne nichts ausgenommen werden; vor allem Tatsachen und Dokumente müßten berücksichtigt werden. Afanasjew erwähnt in diesem Zusammenhang insbesondere das Massaker von Katyn (siehe letzter AK) als eine der Fragen, mit denen sich sowjetische und polnische Historiker — gemeinsam oder auch jeder für sich — beschäftigen müßten. (Frankf. Rundschau, 6.10.) — Afanasjew hat damit eines der hartnäckigsten und kompliziertesten Tabus der sowjetischen Geschichtsschreibung berührt.

— Auf einer internationalen Pressekonferenz in Moskau macht der Historiker Juri Poljakow erstmals eine öffentliche Angabe über die Zahl der Opfer der Zwangskollektivierung und des Terrors in der Stalin-Ära. Die Zahl der Menschen, die in dieser Zeit Repressionen unterworfen waren, betrage „auf



Opfer der Moskauer Prozesse: Sinowjew

jeden Fall mehr als eine Million". Genauere Zahlen sollten in den kommenden Jahren erarbeitet werden. Bisher hätten die Historiker keinen Zugang zu den entsprechenden Archiven, nicht einmal — wie ausdrücklich gesagt wurde — zu den Dokumenten des 20. Parteitags von 1956. Die Archive würden in den kommenden Jahren geöffnet werden. (Frankf. Rundschau, 10.10., und Frankf. Allgemeine, 12.10.) — Veranstalterin der Pressekonferenz war die Nachrichtenagentur „Nowosti", die unter ihrem Chef Valentin Falin auch sonst als besondere Förderin der Reformkräfte in Erscheinung tritt.

lentin Falin auch sonst als besondere Förderin der Reformkräfte in Erscheinung tritt.

— In Polen wird in einem Artikel des Historikers Wlodzimierz Kowalski in der Zeitschrift „Zycie Literackie" erstmals für den gesamten realsozialistischen Bereich die geheime Zusatzklausel zum deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 — es geht dort u.a. um die Aufteilung Polens — im Wortlaut dokumentiert. Kowalski erwähnt, daß die Zusatzklausel weltweit in der Fachliteratur bekannt ist, von sowjetischer Seite aber bisher nicht publiziert wurde. (Frankf. Allgemeine, 12.10.)

— Der Schriftsteller Gabrilowitsch spricht sich in der „Moskowskije Nowosti" für eine positive Neubewertung Chruschtschows aus. Dieser sei ein „Mann des Volkes" gewesen, der „Millionen von Menschen auf freien Fuß gesetzt" habe. (Frankf. Allgemeine, 12.10.)

— Der SEW-Zeitung „Wahrheit" (Westberlin) veröffentlicht einen Artikel des sowjetischen Historikers Wolubujew, der sich mit der Aufklärung der „weißen Flecken" in der Sowjetgeschichte befaßt. Bisher sei zur Geschichte der Oktoberrevolution ein „pseudo-heroisches Bild" geschaffen worden, das „nur wenig mit der Wirklichkeit gemeinsam" habe. Wolubujew geht besonders auf die Rolle der „kleinbürgerlichen Demokraten" (Menschewiki u.a.) ein, die bisher „einseitig" negativ nach dem „stalinschen Schema" bewertet worden sei. Man habe die „kleinbürgerlichen Demokraten" in der Geschichtsschreibung zum Hauptfeind der Revolution gemacht. Die Neubewertung der Rolle der „kleinbürgerlichen Demokraten" sei auch für die aktuelle Politik eine zentrale Frage. (Frankf. Allgemeine, 16.10.)

Kt.,Hamburg

* *

Moskau funkt wieder

Ein Gedicht vom DKP-Hofschreiber Peter Schütt

Nach Jahrzehnten
der Funkstille —
der rote Stern sendet
wieder Signale.
Durch die stahlgeschweißten
Mauern des Kreml,
durch den Eisernen Vorhang
enttäuschter Hoffnungen,
durch den Nebel abgestandener
Propaganda
dringen die Sendezeichen
eines neuen Programms:

Moskau funkt wieder!
Noch haben wir Mühe,
die Funksprüche zu entziffern
und in unsere eigene Sprache
zu übersetzen:
Glasnost, Perestroika ...
Unser Parteichinesisch
sträubt sich noch
gegen die unbekannten Worte.
Wir werden wieder,
wie zu Lenins Zeiten,
lernen müssen, das Wort
„Freiheit"
russisch zu buchstabieren
statt amerikanisch.

Denen auf der anderen Seite
haben die Signale aus Moskau
das Feindbild gründlich
verwackelt,
aber ich kenneauch Genossen,
die über Nacht
am Großen Bruder zweifeln
und tschechische, polnische
und französische Abweichungen
im Moskauer Programm
entdecken.

Manche schalten einfach ab
und halten sich die Ohren zu,
wenn Moskau auf seiner neuen
Frequenz funkt:
„Völker, hört die Signale ..."

Andere, die sonst auf jeden Piep
aus Moskau aus den Sesseln
aufgesprungen sind,
verstehen plötzlich nur noch
„Bahnhof".
Und es gibt auch Genossen,
die solange
die Hände vors Gesicht
gehalten haben,
daß sie es verlernt haben,
die neuen Funksprüche zu
verstehen.

Und ich, werdet Ihr fragen,
was mache ich?
Ich, der es gelernt hat,
demonstrativ Beifall zu spenden,
applaudiere leiser als sonst,
mit dem Herzen mehr
als mit den Händen,
und ohne mich umzuschauen,
ob einer sieht,
daß ich klatsche ...

Peter Schütt

Geröntgte Wahrheit

W. Jaworiwski in der „Neuen Zeit" zum Tschernobyl-Prozeß

So, das ist wohl alles.

Selbst heute, wo wir erst lernen, alles zu Ende zu führen, erst nach unseren heutigen Umgestaltungsmaßstäben kann man hinter die Geschichte von Tschernobyl den Schlußpunkt setzen. Sie kündigte sich seit mehr als 10 Jahren an und hatte ihren tragischen Höhepunkt, der von der Nacht im April, als der vierte Block explodierte, bis zu dem Tag dauerte, an dem der Sarkophag, in den der Block gebettet wurde, fertiggestellt war.

Und weiter? 100 000 ehemalige Einwohner von Tschernobyl haben sich an ihren neuen Wohnorten eingelebt, umgeben von ihren mitgebrachten Büchern, Fotos und Familienandenken. Der Stadtsowjet von Pripjat und das Bezirksexekutivkomitee von Tschernobyl existieren nicht mehr (es ist niemand da, der sie neu wählen könnte). Der Aufenthalt in der Gefahrenzone ist bereits etwas Alltägliches. Dorthin fahren nicht mehr mutige Freiwillige, sondern Dienstreisende verschiedener Instanzen (bei der Miliz eines Kiewer Stadtbezirks sagte man mir, daß viele dorthin wollen, denn auch eine kurze Dienstreise verlängert den Urlaub, und ein Tag in der Zone gilt als drei Arbeitstage).

Auch unsere Justiz hat den Schlußpunkt gesetzt. Der aufregende Prozeß in Tschernobyl, dem nicht viele Beobachter beiwohnen konnten, wie sie es gern gewollt hätten, weil die Zone abgesperrt war und besonders streng auf Zulaßgenehmigung geachtet wurde (nicht einmal Juri Stscherbak, Autor einer dokumentarischen Erzählung über Tschernobyl, noch ich, Schreiber eines Romans zum selben Thema, konnten dabei sein) — dieser Prozeß hat stattgefunden, und die TASS-Meldung über seinen Ausgang ist weltbekannt. Die Schuldigen sind direkt, die Personen, die die Evakuierung der Einwohner aufhielten, indirekt bestraft worden.

Neulich war ich in Slawutitsch, der jüngsten Stadt unseres Landes, deren Entstehen keine einzige Instanz voraussehen konnte. Dort ist noch niemand für ständig angemeldet, die vorläufigen Einwohner sind die Bauleute, aber bald wird das Personal der beiden funktionierenden Kraftwerksblocks seinen Einzug halten.

Schluß. Man kann sich entspannen, um so mehr, als die Stadtbehörde von Slawutitsch verspricht, daß es dort nach denen benannte Straßen geben wird, die beim Löschen des Brandes und bei der Behebung der Explosionsfolgen den Tod fanden.

Einige Dokumentarfilme sind gedreht, Tausende Artikel, Reportagen und Essays sind geschrieben worden. Die Katastrophe ist bis ins Detail geschildert, der zeitliche Ablauf rekonstruiert, die Helden ebenso wie die Schurken mit Namen genannt.

Und doch läßt unser Bewußtsein Tschernobyl nicht der Vergangenheit anheimfallen. Erstmalig haben wir hautnah erfahren, wie das Nuklearzeitalter aussieht, und das in einem unlängst noch weltabgeschiedenen Winkel des ukrainischen und bjelorussischen Polesje-Gebietes, wo noch altslawisch gesprochen wird, wo es in en Dörfern noch Quacksalber, Wahrsager und Jäger gibt, wohin der Fortschritt in Wissenschaft und Technik wohl zuletzt kam und die Gegend für einen Zeitraum, dessen Länge selbst der Wissenschaft unbekannt ist, leblos zurückließ. Noch jetzt habe ich das verwilderte selbstgesäte Korn vor Augen, das ich dieses Jahr auf den Feldern des Bezirks Tschernobyl sah.

Wie kam das alles?

Wieso gerade bei uns, obwohl es in der ganzen Welt Atomkraftwerke gibt?

Wieso gerade in Tschernobyl, obwohl es doch ältere Reaktoren gibt?

Wieso haben die Ortsbehörden, von denen die Evakuierung und der Schutz der Bevölkerung abhing, in den ersten Stunden und Tagen so vieles falsch gemacht?

Wieso geben sich manche Offizielle noch heute den Anschein, als sei nichts Besonderes geschehen?

Eine Kette von Fragen, aus der kein Glied ausfallen kann. Jeder ehrliche Mensch, der aus den Geschehnissen vom April und Mai v.J. — einem Warnsignal für die Menschheit im Augenblick ihrer Allmacht — eine Lehre ziehen möchte, legt sich diese Fragen vor.

Das fällt schwer, aber noch schwerer lassen sie sich ehrlich beantworten.

Ich will nicht behaupten, daß alles, was ich sah, was ich im Mai und Juni erlebte und von anderen Augenzeugen hörte, absolut wahr ist, aber da ich lange dort war, als die Wunden noch bluteten, als die Menschen noch nicht zur Besinnung gekommen waren und in ihrer Aufregung redeten, was ihnen gerade einfiel, habe ich ein Recht auf meine eigene Ansicht über Tschernobyl von 1987.

Einst rühmten wir uns der Dneprkraftwerke. Selbst ein Künstler wie Dowshenko erblickte in seinem Film „Poem vom Meer" im Stausee von Kachowka das Werden einer neuen Ästhetik und einen Sieg über die launische Natur. Schon nach einem Jahrzehnt wußte man, daß der so teuer erkaufte Sieg die Bitternis einer Niederlage in sich birgt. Dörfer wurden zu tausenden unter Wasser gesetzt, doch auch Hunderttausende Hektar fruchtbarer ukrainischer Schwarzerde, Viehweiden und Pflanzungen mit Frühgemüse. Der Dnepr hat sich von Kachowka bis zum Dnepr-Kraftwerk mit Algen bedeckt; die künstlichen Ufer wurden ständig unterspült, und das ökologische Gleichgewicht wurde gestört. Wir bauten aber weiter, und es entstanden die Stauseen von Kiew, Kanew, Krementschug ... Das Land brauchte Strom, und man baute mit Feuereifer. Schüchterne Einwände von Wissenschaftlern blieben ungehört. Man brauchte Strom. Je größer der Stausee, desto lauter die Jubelmeldungen.

Und nun die Atomenergie! Mächtige Reaktoren, rauchlos, ohne die ebenso sinnlosen wie riesigen Stauseen. Das



Räumtrupps in Strahlenschutzanzügen vor dem Einsatz in Tschernobyl

war die ersehnte Rettung. Die Konstrukteure beteuerten, ein Reaktor sei „ungefährlicher als der Nachttopf unterm Bett". Der Glaube an das friedliche Atom ergriff schnell vom Denken der Öffentlichkeit Besitz. Hiroshima und Nagasaki waren weit, und die friedliche Atomenergie schien das genaue Gegenteil der Bombe zu sein. Kein Zweifel regte sich. Unser Glaube war fast unerschütterlich, ja narkotisch. So blieb er bis zum April v.J. Der junge Atomingenieur Antropow, heute Instrukteur beim Kiewer Gebietsparteikomitee, wiederholte nach der Katastrophe betroffen ein übers andere Mal: „Das konnte nicht geschehen. Wir wissen es aus unserer Studienzeit. So hat man uns erzogen! Es ist unglaublich! Hätte ich es nicht selbst gesehen, ich würde es noch jetzt nicht glauben."

Ich zweifle nicht an der Fortentwicklung der Atomenergiewirtschaft. Ich frage mich nur, wieso Wissenschaftler, Konstrukteure, Kraftwerkspersonal und Bauleute, die die Einzelheiten kannten, in Selbstbetrug verfielen. Wieso haben sie nicht nur uns Unwissende, sondern auch sich selbst betrogen? Sie hätten nicht gerade Schreckensszenen auszumalen brauchen, aber nicht einmal Kraftwerksingenieuren war die Schwere der Gefahr bekannt.

Heute schieben wir die Schuld für vieles auf die Jahre der Stagnation. Warum nicht auch die Schuld für Tschernobyl? Nein. Allzuleicht erteilen wir uns Sündenablaß. Lieferten die Saporosher-Stahlwerke früher schlechten Stahl, dann vergaßen wir das gern, wenn heute erstklassiger geliefert wird. Tschernobyl aber hat erstklassigen Strom geliefert und war in der „friedlichen Atomenergetik" führend. Der zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilte Kraftwerksdirektor Brjuchanow klimperte mit seinen Auszeichnungen, und Bauleiter Kysyma trug den Goldenen Stern des Helden der sozialistischen Arbeit und das Abgeordnetenabzeichen des ukrainischen Parlaments. Alles war in schönster Ordnung.

Jetzt kann man bereits sagen, daß nur eine Person, die man beinah aus Pripjat verbannnt hätte — die eigensinnige, haarscharf urteilende Journalistin Lubow Kowalewskaja von der dortigen Zeitung „Tribuna energetika" — die Öffentlichkeit in der ukrainischen Literaturzeitung warnte, im blühenden Pripjat spüre man kaum merklich die Bitternis eines möglichen Unglücks. Nichts dergleichen sagten die Wissenschaftler, die von Berufs wegen dazu verpflichtet waren, die nötigen Kenntnisse besaßen und es ihrem Gewissen schuldig waren, auf alle Fälle eine Katastrophe ins Auge zu fassen und einen entsprechenden Plan für das Personal zu erarbeiten. Mindestens! Den Mut zu diesem Kassandraruf fand nur die provinzielle Journalistin, die beinahe daran zerbrochen wäre. Es ist bitter, aber die Katastrophe war ihre Rettung. Lubow Kowalewskaja berichtete unlängst in der selben Literaturzeitung offen über das moralische Klima bei den Oberen der Stadt und bei der Kraftwerksdirektion. Sie berichtete über deren Auseinandersetzungen, über den Hochmut des Kraftwerksdirektors, des ersten Sekretärs des Stadtparteikomitees und des Bauleiters. In diesen Kreisen fürchtete man nicht etwa eine Katastrophe, sondern die geringste Kritik an ihnen selbst. Das Atomkraftwerk ernährte sie, machte sie berühmt und geehrt und einstweilen unverwundbar; es hob sie in ihren eigenen Augen. Die imaginäre Straflosigkeit und Allmacht stieg ihnen zu Kopf, um sich plötzlich mit der Explosion im vierten Block zu rächen.

Selbst als radioaktiver Dampf über der Stadt hochschoß und das Kraftwerk Stücke Urangraphit ausspie, als Menschen auf diese Trümmer, die Hunderte Röntgen ausstrahlten, traten und der Block loderte, selbst da glaubten sie noch, die „Oben" würden sie decken und die „Unten" wie immer schweigen. Auf Pripjat senkten sich höchstgefährliche radioaktive Nuklide, Kinder und Erwachsene atmeten bereits radioaktives Jod ein, diese Herrschaften aber überlegten noch, wie sie das totschweigen könnten. Um fünf Uhr morgens, als schon feststand, *was* im vierten Block passiert und *welchen Umfang* die Katastrophe hatte, antwortete Brjuchanow auf die Anfrage eines Leiters der Zivilverteidigung des Gebiets Kiew, es brenne nur auf dem Dach, man werde das Feuer sofort löschen.

Jetzt behaupten sie, daß sie eine Panik in der Stadt befürchtet und den Einwohnern von Pripjat die Wahrheit nur zu ihrem Besten verschwiegen hätten. Ich aber erinnere mich an die erste Parteiversammlung des Kraftwerkspersonals nach der Katastrophe. Sie tagte in der Zone, im ehemaligen Ferienlager „Märchen", wohin diejenigen zurückgekehrt waren, denen das Schicksal des Kraftwerks nicht gleichgültig war. Erschüttert verschafften sich diese Menschen Zugang zu dem noch lodernden Block und warteten sehnlich auf eine Nachricht von ihren evakuierten Frauen und Kindern. Sie wußten schon, daß ihre Lieben nicht so bald zurückkehren werden. Die Versammlung fand unter freiem Himmel statt. Auch alle noch anwesenden Urlauber aus dem Ferienlager waren gekommen. Man sprach heiser (die Luft war noch von radioaktivem Jod geschwängert und schmeckte metallisch). Im Präsidium saßen nach altem Brauch Malomush, Sekretär des Gebietsparteikomitees, und Gamanjuk, erster Sekretär des Stadtparteikomitees von Pripjat, ferner Brjuchanow und Paraschin, Sekretär des KKW-Parteikomitees. Die Versammlung verlief schleppend, solange die „gewohnten" Redner sprachen. Als dann aber Leute aufstanden, die früher selten ans Rednerpult traten, platzte das Szenario des Parteisekretärs. Ich weiß noch, wie Tribuschenko mit erstickter Stimme sagte:

„Ich bleibe im Kraftwerk, bis ich eine doppelte oder dreifache Dosis abbekommen habe, und bleibe in der Zone, solange mich meine Beine tragen. Aber mein ganzes übriges Leben will ich daransetzen, herauszubekommen, wer unsere Frauen und Kinder in der verseuchten Stadt festgehalten hat. Warum hatte man Angst, uns die Wahrheit zu sagen? Warum vertraute man uns nicht?"

Im Präsidium ließen viele die Köpfe hängen, damit man ihre Augen nicht sehen konnte. Die Redner nannten die Fahnenflüchtigen, die ihnen noch gestern vorschrieben, wie sie zu leben hätten, aber sich selbst aus dem Kuchen des Lebens ein möglichst großes Stück herausschnitten. Das war ein Ausbruch nicht des Zornes, sondern der Wahrheit, die diese Menschen wie die Atemluft brauchten. In der Stadt wäre keine Panik ausgebrochen, wenn man ihnen die Wahrheit gesagt hätte. Vielleicht hätten manche ihre Sachen gepackt und wären geflohen. Als ich aber diesen Rednern zuhörte, erkannte ich, daß das Volk standgehalten hätte.

Untersucht man die Tatsachen vor und nach der Katastrophe in Pripjat und Tschernobyl, so muß man sagen, daß sie (wenn auch nur rein theoretisch) eine Frage der Zeit war. Sie lauerte in der von vielen ehrlichen Menschen erkannten Kluft zwischen Wort und Tat, zwischen einer zur Schau gestellten und einer alltäglichen Moral. Sie verlief bei vielen verantwortlichen Personen quer durch Herz und Gewissen. Sie rühmten sich, auf dem Gipfel des wissenschaftlichen und tchnischen Fortschritts zu stehen, und vergaßen die schlichte Volkswahrheit, daß, je höher der Berg, desto tiefer der Fall ist.

Jetzt behaupten Wissenschaftler (die Brüder Grodsinski aus Kiew), der Bau eines Atomkraftwerks in Tschernobyl sei ein schwerer Fehler gewesen. Dort treffen sich drei ukrainische Ströme (Dnepr, Desna und Pripjat), die die ganze Republik mit Wasser versorgen; Grundwasser und Sandstein liegen nahe an der Oberfläche, und schließlich bläst der Wind ständig in Richtung Kiew. Es heißt, auch Paton und andere Wissenschaftler hätten die Regierung der Ukraine gewarnt, seien aber auf taube Ohren gestoßen. Viele von denen, die damals den Beschluß faßten, leben nicht mehr oder führen ihre Enkel spazieren. Auch sie haben die Katastrophe auf dem Gewissen. Ihre bürokratische Willkür ist das Land teuer zu stehen gekommen, wie teuer, das läßt sich gar nicht errechnen. Die von der nuklearen Katstrophe Vertriebenen sind nicht einfache Umsiedler, denen man schöne Häuser, viel schönere als die zurückgelassenen, gebaut hat. Sie sind restlos entschädigt worden, aber ihr Gedächtnis ist verbrannt und wird sich noch auf ihre Enkel auswirken. Sie haben nicht nur eine aufregende Woche nach der Katastrophe in ihren Dörfern zugebracht, sondern haben die ihnen heiligen Gräber ihrer Vorfahren zurückgelassen. Ich war im Bezirk Baryschew bei Kiew in Dörfern, die im Laufe eines Sommers für die Tschernobyler gebaut wurden. Alles funkelnagelneu: Häuser, Straßen, Wasserleitung, Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten. Abends sitzen die Leute auf Bänken an Zäunen zusammen und gedenken ihres Lebens vor der Katastrophe. Es war nicht ideal, vielleicht nicht so gut wie hier, aber das Heimweh ist unvergänglich. Der Schmerz der Alten läßt selbst hier, Hunderte Kilometer von der toten Zone entfernt, Tschernobyl aufleben.

Ich denke an Großmutter Lesja Kosak aus dem Dorf Salesje bei Tschernobyl, die ich im Mai v.J. bei Evakuierten kennenlernte. Junge Milizionäre fingen sie im menschenleeren Dorf mitsamt ihrer Kuh ein und brachten sie fast mit Gewalt aus der Gefahrenzone in den Bezirk Makarowski. Die ganze Familie besteht aus ihr, der Kuh und einem Kalb. Den LKW-Fahrern kam die Kuh, die die Großmutter ernährt hatte, abhanden. Die Alte, die zum ersten Mal so weit von zu Hause fort war, wanderte zu Fuß über Kiew und Wyschgorod zurück, sie umging Militär- und Milizposten, erreichte auf nur ihr bekannten Pfaden ihr Heim, fand im Wald ihre verwilderte Kuh, bepflanzte ihren Garten und tünchte die Hütte. Ohne das alles war ihr Leben sinnlos. So lebte sie noch einige Tage, bis sie von einem diensthabenden Milizposten gesehen wurde. Vorigen Herbst bekam sie im Bezirk Makarowski die Hälfte eines neuen Hauses und einen Stall für die Kuh. Sie war aber den ganzen Sommer in Salesje und sagte, wenn jemand sie fand: „Jungens, laßt mich, hier werde ich länger leben als dort. Das Heimweh ist schlimmer als die Strahlung."

Wer könnte die Nervenqualen der Kiewer in den ersten Tagen und Nächten nach der Katastrophe ermessen? Ermeßbar sind nur die Tatenlosigkeit und die Angst vieler für Nachrichtengebung und für die Gesundheit von Menschen verantwortlicher Personen, es den Vorgesetzten nicht recht zu machen und die Stellung zu verlieren. War es nötig, in Kiew am 1. Mai zu demonstrieren und dazu noch Kinder mitzunehmen? Die kargen Informationen in Presse und Fernsehen gaben Schreckensgerüchten Raum, und die Reportagen über „Nachtigallen bei Pripjat" ließen befürchten, daß man uns etwas verschweigt. Wieviel Geld unseres Volkes ist für die Zivilverteidigung in Stadt und Land vertan, wieviel schmetternde Berichte über abgehaltene Übungen sind geschrieben worden, und selbst in Pripjat, in der Stadt des Kraftwerkspersonals, wußten viele nicht, wie sie sich vor der Strahlung zu schützen hatten (ein Abteilungsleiter vom Stadtkomitee des Komsomol ging den ganzen ersten Tag nach der Katastrophe mit seinem Kleinen in der Stadt spazieren). Unerschrockene Krankenschwestern verteilten Kaliumjodidpulver in den Wohnungen. Der Chefarzt der Sanitätsstation faßte den Beschluß ohne Absprache mit der Stadtbehörde und wäre beinahe als Panikmacher verschrien worden.

Tschernobyl hat vieles bloßgelegt. Das dort Geschehene hat viele Lügen gebrandmarkt und die Wahrheit, die Tapferkeit unseres Volkes, seine Opferbereitschaft, Standhaftigkeit und hohe Sittlichkeit ans Licht gebracht, mit der es all das Schwere ertrug.

Die jetzt ihre Haftstrafe verbüßen (unser Strafgesetzbuch scheint mir für derart schwere Verbrechen unangemessen zu sein), können jetzt über ihre Schuld nachdenken. Aber auch Menschen, die nicht mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, sollen daran denken. Die Schuld eines jeden von uns ist ein Gradmesser für unser Gewissen und unsere staatsbewußte Einstellung. Wir haben den Brjuchanows nicht gewehrt, haben ihre Ränge und ihre Verhaltensweisen respektiert. Wir alle haben das Klima geschaffen, in dem sie gedeihen und ungestraft bleiben konnten. Wenn wir diese Schuld nicht auf uns nehmen, wenn wir nicht lernen, uns und anderen die Wahrheit zu sagen, dann kann sich Tschernobyl wiederholen, nicht unbedingt in einem Atomreaktor, sondern in Gruben und Ziegeleien, auf Bahnstrecken und in einem Fernheizwerk bei grimmigem Frost.

Deshalb kann man Tschernobyl nicht als vergangen ansehen. Haben wir übrigens aus der Tragödie schon alle Lehren gezogen?

Darf man Atomkraftwerke bei Großstädten oder in dichtbesiedelten Gebieten unseres Landes bauen? Darf man bei Bauarbeiten sparen, sind die vielen Städte für Kraftwerkspersonal dicht bei Atomkraftwerken notwendig? Was für Menschen sollen Reaktoren bewirtschaften oder solche Belegschaften leiten? Sind wir ethisch immer darauf vorbereitet, die neuesten Erkenntnisse des menschlichen Geistes zu nutzen?

Anm d. AK-Red.: Ein Übersetzungsfehler im obigen Text wurde stillschweigend bereinigt.

„Ihr müßt verstehen, Genossen, daß das Werk eines Künstlers mannigfaltig ist“

Nachdem im 1. Teil im AK 286 Eislers musikalische Entwicklung und sein künstlerisches und theoretisches Wirken in der Weimarer Republik dargestellt wurden, geht es in diesem 2. Teil um die Zeit des Exils und Eislers Leben und Schaffen im „real existierenden Sozialismus".

Von einer Reise nach Wien im Januar 1933 konnte Eisler nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Er hatte erfahren, daß nach der Machtübernahme der Nazis seine Wohnung von den Faschisten durchsucht worden war und er auf der Schwarzen Liste stand.

Zu Konzertaufführungen und um Filmmusik zu machen, zog er nach einiger Zeit um nach Paris. Dort traf er den Filmregisseur Joris Ivens, mit dem er nun erstmals zusammenarbeitete.

Musik und Einheitsfront

Von Paris fuhr er mehrere Male für längere Zeit zu Brecht nach Skovsbostrand auf die Insel Fünen (Dänemark), wohin dieser geflüchtet war. Die beiden nahmen ihre gemeinsame Arbeit gleich wieder auf; es entstand u.a. das Bühnenstück „Die Rundköpfe und die Spitzköpfe", in dem sie die faschistische Rassenhetze in Deutschland demaskierten. Außerdem schrieben sie zusammen neue Arbeiterlieder, darunter die „Resolution" und das „Einheitsfrontlied", die als Beitrag zur aktuellen politischen Aufgabe, der Bildung der Einheitsfront gegen den Faschismus, entstanden.

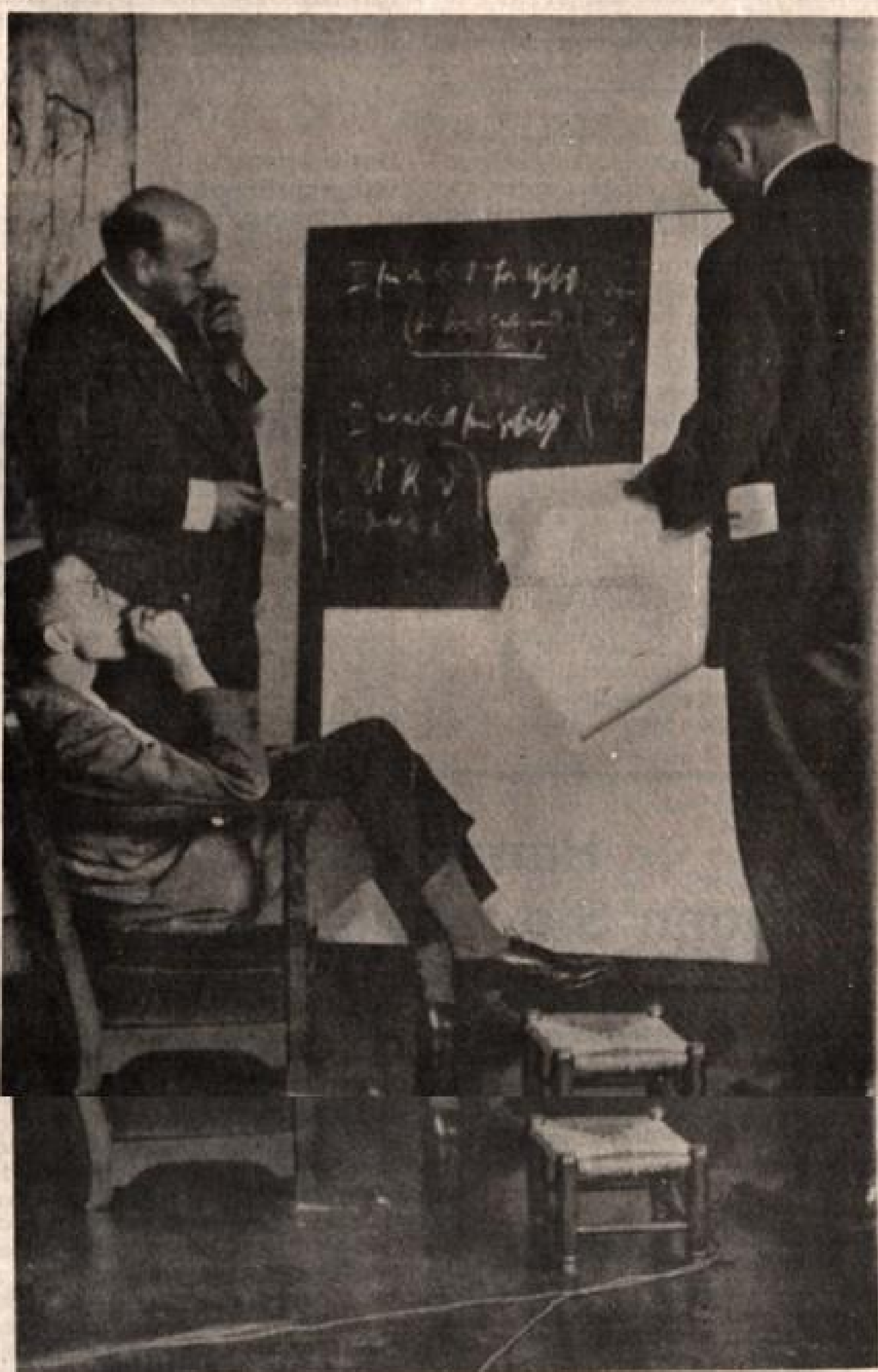
In den nächsten Jahren stand bei Eisler das Vorhaben, auch die fortschrittlichen Musiker zur gemeinsamen Front gegen den Faschismus zusammenzuführen, absolut im Vordergrund. Politischer Bezugspunkt war für Eisler die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Internationale und der KPD. (1)

Wegen seiner vielfältigen Beziehungen zur Avantgarde und seiner Kenntnis des Musikbetriebs der 20er Jahre war er eine der zentralen Persönlichkeiten für diese drängende Aufgabe. Eisler versuchte, die verschiedensten Musikorganisationen bzw. Einzelpersönlichkeiten zu vereinen und hielt auf zahlreichen bedeutenden Musikveranstaltungen Vorträge. Im Februar 1935 begann Eisler eine Veranstaltungsrundreise durch die USA mit über dreißig Auftritten. Er nutzte die Veranstaltungen, um bei den amerikanischen Musikern und bei der amerikanischen Arbeiterbewegung Unterstützung für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen. (2) Nach seiner Rückkehr nach Europa trat Eisler als Vertreter des Internationalen Musikbüros (3) auf mehreren Musikertreffen auf. Die beiden Arbeitermusikfeste 1935 in Straßburg und im nordböhmischen Reichenberg (Liberec) waren wichtige Schritte zur Bildung der Einheitsfront der Arbeitersänger.

termusikfeste 1935 in Straßburg und im nordböhmischen Reichenberg (Liberec) waren wichtige Schritte zur Bildung der Einheitsfront der Arbeitersänger.

Vor 1933 war das Lager der Arbeitermusikbewegung in DASB (Deutscher Arbeitersängerbund) und KdAS (Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger) gespalten. Die KdAS mit Eisler bekämpfte die bürgerliche Musikpraxis des DASB und war für revolutionäre Musik und für die Politisierung des Arbeitersängers und -musikers. (4) Nach der „Machtergreifung" des Faschismus war für Eisler klar, daß die bisherigen Differenzen zwischen beiden Seiten gegenüber dem notwendigen gemeinsamen Kampf gegen die gemeinsame Bedrohung in den Hintergrund treten müssen. Im September 1935 war Eisler beim 13. Festival der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik in Prag, wo die bedeutendsten Avantgarde-Musiker ihre Werke darstellten. (5)

Die Bemühungen Eislers, die bürgerlichen, parteiungebundenen Avantgarde-Musiker und -Komponisten für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen, finden sich v.a. in seinen Vorträgen und Schriften wieder. Darin analysierte er die Musikpolitik der Faschisten sowie die Gründe, warum die moderne, bürgerliche Musik wie jede fortschrittliche Musik für den Faschismus unakzeptabel ist und deshalb verfolgt wird. Auf der Grundlage dieser Analyse versuchte er, „den fortschrittlichen, bürgerlichen Komponisten und Musikern klarzumachen, wo und wie die Fronten verlaufen, und sie aus ihrer Passivität als Musiker herauszulocken". (6) In dem Aufsatz „Avantgarde-Kunst und Volksfront" (7) stellte er die Grundlagen der Einheitsfront heraus: „Die Volksfront verteidigt die künstlerische Freiheit und liefert den Künstlern ehrliche, wahrheitsgemäße Stoffe. Die Künstler brauchen also die Volksfront, damit sie nicht ins Leere hinein produzieren.



Bei der Arbeit an dem Film „Kuhle Wampe": Brecht, Eisler und Dudow (1931)

Die Volksfront hingegen braucht die fortschrittlichen Künstler, weil es nicht genügt, die Wahrheit zu besitzen, sondern weil es nötig ist, ihr den zeitgemäßesten, präzisesten, farbigsten Ausdruck zu erleihen." Damit spricht er auch das Problem der Fortschrittlichkeit an, nämlich daß fortschrittliches Bewußtsein im gesellschaftlichen, politischen Denken und fortschrittliches Bewußtsein in er künstlerischen Produktion unbedingt miteinander verbunden werden müssen.

Die Lösung dieses Problems versuchte Eisler auch in seinen kompositorischen Werken in dieser Zeit vorzuführen. Er versuchte einen neuen Stil zu entwickeln, der „sowohl Einfaches als auch Kompliziertes darstellen kann", und in dem Text und Musik in einem engen gegenseitigen Interpretationsverhältnis standen. In den Jahren 1932 bis 1935 erprobte er in einer Reihe von Kompositionen (u.a. „Klavierstücke für Kinder op. 31", „Präludium und Fuge über B-A-C-H für Streichtrio op. 46"), „ob mit der Zwölftonkompositionsmethode ein relativ leicht verständliches Musizieren möglich ist."

In dem 1936 beendeten Chorstück „Gegen den Krieg" — mit Texten aus der „Deutschen Kriegsfibel" von Brecht (8) — brachte er zum erstenmal die Zwölftontechnik mit einem politischen Stoff zusammen. Um die Verbindung von Zwölftontechnik, Faßlichkeit und Agitation bemühte er sich auch in einer Serie von neun Kantaten aus dem Jahr 1937, in denen er Erkenntnisse über die Herrschaftsverhältnisse und insbesondere über den Faschismus vermitteln wollte. Für sieben dieser Kantaten zog Eisler Textstellen aus den in den dreißiger Jahren erschienenen Romanen „Fontamara" und „Brot und Wein" von Ignazio Silone (Gründungsmitglied der italienischen KP, 1931 aber ausgeschlossen) heran. Mit der abendfüllenden „Deutschen Sinfonie" legte Eisler ein künstlerisches Zeitdokument über den deutschen Faschismus und seine Wurzeln vor.

Als er das Werk im Frühjahr 1935 während seiner ersten Reise in den USA begann, sollte es noch „Konzentrationslagersinfonie" heißen. Zwei Gedichte Brechts („An die Kämpfer in den Konzentrationslagern", „Begräbnis des Hetzers im Zinksarg") sollten als Chorstücke in das Orchesterwerk eingefügt werden. Später wurde es immer mehr zu einem Werk zwischen Symphonie und Oratorium, indem Eisler weitere Texte — über die Lage der Arbeiter und über die Lage der Bauern — einfügte. 1936 reichte Eisler zwei Sätze der „deutschen Sinfonie" bei der Jury der „Internationalen Gesellschaft für Neue Musik" ein, die sie als die beste der eingegangenen Kompositionen bezeichnete und eine Aufführung auf dem 15. IGNM-Fest im Juni 1937 anläßlich der Weltausstellung in Paris vorsah. Kurz vor Beginn des Festes befürchteten die Veranstalter jedoch eine Intervention der Nazi-Regierung und schlugen Eisler vor, die Stimmen mit den Anstoß erregenden antifaschistischen Liedtexten durch Saxophone zu ersetzen. Dieser Vorschlag war für Eisler unannehmbar, und er zog das Werk zurück.

Zwei weitere bedeutende Werke Eislers, die in dieser Zeit (1937) entstanden, sind das „Lenin-Requiem" und die „Elegien", beide nach Gedichten von Brecht. Im Januar 1937 war Eisler in Spanien, um die Volksfront im Krieg mit Auftritten und Kompositionen zu unterstützen; anschließend arbeitete er wieder mit Brecht in dessen schwedischem Exil.

Die Bemühungen, die Einheitsfront unter den fortschrittlichen Musikern und Komponisten aufzubauen, hatten zwar einige gute Ansätze hervorgebracht — wie z.B. bei den Arbeitermusikfesten 1935, wo es „gelang, (...) die besten Vertreter linksbürgerlicher Intellektueller und Komponisten auf der Grundlage eines gemeinsamen antifaschistischen Programms zu vereinigen" (9) — ein Durchbruch gelang jedoch nicht.

Exil in den USA

Ab Januar 1938 lebte Eisler in den USA. Dort war es für ihn nicht mehr möglich, die Kontakte zu den möglichen Bündnispartners und zur deutschen Arbeiterbewegung in dem Maße aufrechtzuerhalten und so die Einheitsfront zu unterstützen.

Er hatte — wie schon 1935/36 — eine Gastprofessur an der „New School for Social Research" erhalten. Diese Art Volkshochschule hat vielen exilierten deutschen Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Künstlern geholfen und Arbeitsmöglichkeiten geboten. Eisler gab Kompositionsunterricht und hielt Lektionen, z.B. zur „Sozialgeschichte der Musik", in denen er den Einfluß gesellschaftlicher Strukturen auf musikalische nachwies. (10)

In der Folgezeit bekam er erhebliche Schwierigkeiten mit dem Visum. Er hatte nur ein Besuchsvisum, und die Erteilung eines Einwanderungsvisums wurde ihm trotz einflußreicher Intervention, u.a. von der Frau des Präsidenten, Eleanor Roosevelt, verweigert. 1939 wurde sogar sein Besuchsvisum nicht verlängert und er am 2. März ausgewiesen. Eisler begab sich nach Mexiko und erhielt einen Lehrauftrag am Konservatorium von Mexico-City. Im Herbst war er wieder mit begrenztem Besuchsvisum in New York und blieb dann illegal dort. Im Juli 1940 erging Haftbefehl gegen ihn. Eisler flüchtete nach Mexiko. Schließlich bekam er von den USA doch noch ein Visum zugesichert und konnte, nach

ging Haftbefehl gegen ihn. Eisler flüchtete nach Mexiko. Schließlich bekam er von den USA doch noch ein Visum zugesichert und konnte, nach

langwierigen Verhören an der Grenze, einwandern.

Einen Schwerpunkt seiner künstlerischen Arbeit in den USA bildete die Filmmusik. An der „New School for Social Research" bekam er 1940 einen Auftrag, wissenschaftliche Studien über das Verhältnis von Musik und Film zu machen. Zwei Jahre lang sollten Untersuchungen über die Funktion der Musik im Film angestellt und deren Ergebnisse in der Praxis geprüft werden. Eisler betrachtete auch hier die Musik als eigenwertigen Kommentar: Sie wurde nicht in den Hintergrund verwiesen, sondern sollte sehr wohl auffallen, mit ihren Mitteln etwas zum Bilde „sagen".

Nach Abschluß der praktischen Arbeiten entstand von 1942 bis 1944, gemeinsam mit Theodor W. Adorno, das Buch „Kompositionen für den Film". „Das Buch ist weder eine Geschichte der Filmkunst noch auf praktizistische Anweisungen beschränkt; vielmehr werden die Beziehungen von Musik und Gesellschaft überhaupt diskutiert, vor allem auch die Gefahren, die aus einer Vermarktung von Musik als profitbringender Ware erwachsen." (11)

Als das Filmmusikprojekt auslief, mußte Eisler nach neuen Verdienstmöglichkeiten Ausschau halten. Mitte 1942 bekam er Kompositionsaufträge von der Hollywooder Filmindustrie und lehrte an der University of Southern California in Los Angeles als außerordentlicher Professor. Das war die „Brotarbeit". Seine unabhängige künstlerische Arbeit in dieser Zeit war geprägt von der Nähe zu Brecht, der ebenfalls nach Hollywood umgesiedelt war: „Der kaukasische Kreidekreis", „Furcht und Elend des Dritten Reiches" und „Das Leben des Galilei" entstanden als Theaterstücke mit Eislers Musik.



Eislers Hauptwerk in den Hollywooder Jahren ist eine Sammlung von 50 Liedern, die „Hollywood-Elegien". Eisler hat diese Lieder, in denen er die Erfahrungen des Exils mitteilt, auch sein „Hollywood-Tagebuch" genannt.

1947 wurde Eisler vor einen Ausschuß des „Committee of Unamerican Activities" zitiert. Man versuchte ihm nachzuweisen, daß er Mitglied der KPD gewesen sei bzw. mit kommunistischen Organisationen in der Sowjetunion und in den USA zusammengearbeitet und damit gegen das Einwanderungsgesetz der USA verstoßen habe, das jedem die Einreise verweigerte, der für den gewaltsamen Sturz der amerikanischen Regierung eintrat. Er wurde als „Karl Marx des Kommunismus auf dem Gebiet der Musik" bezeichnet. Prominente Kollegen bildeten ein „National Committee for Justice for Hanns Eisler", dem u.a. Aaron Copland, Leonard Bernstein, Charlie Chaplin und Thomas Mann angehörten. Weitere Aktivitäten wie Solidaritätskonzerte folgten. Eine Ausreise aus eigenem Entschluß wurde Eisler verweigert, er sollte schuldig gesprochen und ausgewiesen werden, und er wurde auch als „schuldig" befunden. Im März 1948 kehrte Eisler zurück nach Europa.

Zurück nach Berlin

Eisler ließ sich zunächst in Wien nieder, machte allerdings kein Geheimnis daraus, daß er am liebsten nach Berlin ginge. Nachdem seine Hoffnung, eine Professur an der Wiener Musikakademie zu bekommen, an der reaktionären Bürokratie gescheitert war, entschied er sich nach Gesprächen mit Johannes R. Becher und Brecht, im Juni 1949 fest nach Berlin überzusiedeln.

1950 konstituierte sich dort die Deutsche Akademie der Künste. Eisler übernahm die Meisterklasse für Komposition. Als Lehrer lehnte er es ab, die Werke der Wiener Schule zu unterrichten: „Da wollen wir erstmal fünfzig Jährchen warten." (12) Auch in sei-

Werke der Wiener Schule zu unterrichten: „Da wollen wir erstmal fünfzig Jährchen warten." (12) Auch in sei-

nem musikalischen Schaffen setzte er nun ganz andere Prioritäten. Für ihn war es selbstverständlich, daß die durch die Existenz der DDR gegebene neue gesellschaftliche Situation auch eine Veränderung seiner Kompositionsmethoden erforderte. Er hatte den Anspruch, breiteste Hörerschichten zu erreichen. Er konstatierte, daß den Arbeitern und Bauern, die er ansprechen wollte, die materiellen und sozialen Vorbedingungen zur Aneignung musikalischer Bildung fehlten: „Im allgemeinen kann der Arbeiter mit der klassischen Musik weniger anfangen als die Bourgeoisie und ist gezwungen, einen mehr oder weniger verständnislosen, unkritischen Hörer abzugeben." (13) Da es unmöglich sei, daß ein „Besitzloser Musikkenner wird", sei der Genuß von komplizierten Kunstwerken „dem größten Teil der Menschen von heute verschlossen." (14) Und die Hörermassen, die es zu erreichen galt, waren nicht nur mangelhaft vorgebildet, sondern durch die faschistische Kulturpolitik und den zunehmenden Einfluß der Unterhaltungsindustrie außerordentlich verdummt. Eisler ging davon aus, daß eine neue Musikkultur und ein neues Musikpublikum auch in einer sozialistischen Gesellschaft erst allmählich, in einem langandauernden Prozeß materieller und sozialer Veränderung entstehen kann.

Er versuchte daher, in seinem musikalischen Werk mehr auf Volksmusik und klassische Musik zurückzugreifen. 1950 komponierte er neunzehn Lieder zu Texten von Becher, die unter dem Titel „Neue deutsche Volkslieder"

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

veröffentlicht wurden. Die Balladen, deren Hauptthemen das Erleben der gesellschaftlichen Veränderungen, Gedanken an die Opfer und ein neues Heimatgefühl waren, wurden zu einem großen Erfolg in der DDR. Sie wurden über Radio und Schallplatten verbreitet und überall von Schulchören und „Volkskunstgruppen" aufgeführt. „Alle Lieder", schrieb Eisler, „sind auf leichte Faßlichkeit angelegt. Jeder kann sie mit wenig Mühe erlernen, deshalb heißen sie Volkslieder." (15) Zugleich aber sollten diese Lieder den „musikalischen Analphabetismus" beseitigen und Lehrstücke für musikalisch unausgebildete oder verbildete Sänger und Hörer sein.



Eisler und Brecht in Berlin (1951)

Über Eisler als Sänger

Ende 1934 fand in Paris eine Demonstration gegen den Terror der Faschisten in Deutschland statt. Nach dem Ende der Demonstration, die auch Eisler miterlebte, saß der Komponist in einem kleinen Restaurant und trank einen Kaffee. An der Theke des Lokals standen französische Arbeiter, unter denen es bald einen heftigen Streit zwischen Kommunisten und Sozialisten gab. Das, was sie einigte, war der Haß gegen die Faschisten, und so stimmte man schließlich Lieder an: nach der Internationale auch das Lied vom „Roten Wedding". Einer der Arbeiter entdeckte den still in seiner Ecke sitzenden Hans Eisler. Er ging auf ihn zu und sagte: „Und du, Bourgeois, du wirst jetzt auch mitsingen!" — Nun waren Eislers Französichkenntnisse recht dürftig, und er kannte die französische Fassung des „Roten Wedding" nur ungenau. Das empörte die Franzosen erst richtig: „Was denn, erst sitzt du still in der Ecke, und dann singst du auch noch falsch und kennst nicht einmal das Lied vom Roten Wedding!" Mit Geringschätzung wandte man sich von diesem „Bourgeois" ab. (25)

ding!" Mit Geringschätzung wandte man sich von diesem „Bourgeois" ab. (25)

Eisler war jedoch selbst sehr unzufrieden mit diesen Arbeiten. Becher notierte: „Ich habe nach wie vor das Gefühl, daß Eisler die wirklich volkstümlichen Melodien mit einem Anflug mindestens von schlechtem musikalischen Gewissen geschrieben hat, und es reizt ihn jedesmal, um keine Sentimentalität aufkommen zu lassen, mit einer unerwarteten Tonpeitsche dazwischenzufahren." (16)

Debatte um „Johann Faustus"

„Ich entwickle mich zum musikalischen Hypochonder, es ist zum schlechte Laune kriegen", beklagte sich Eisler in einem Brief an Brecht 1952. Er war nicht nur unzufrieden mit der ihn unterfordernden Volksmusik, die er komponiert und für die er im Osten so großen Beifall bekommen hatte. Er war auch verärgert, weil sein übriges kompositorisches Werk mit Ausnahme der Kampflieder aus der Weimarer Republik und der Theatermusik zu Brecht-Stücken überhaupt nicht gewürdigt wurde. So schrieb er 1953 an das ZK der SED: „Genossen, (...) viele meiner Werke liegen in der Schreibtischlade, darunter mehr als 500 Lieder, Kantaten, Orchester- und Kammermusik. Ich fühlte, daß keinerlei Bereitschaft bestand, diese Werke (...) zu akzeptieren. Musiker, die Werke von mir ausführten oder rezensierten, wurden als Vertreter einer überholten Kunstrichtung behandelt. Ihr müßt verstehen, Genossen, daß das Gesamtwerk eines Künstlers mannigfaltig ist und daß jeder Musiker neben Werken, die sofort verstanden werden, auch komplizierte produzieren muß, um die Kunst vorwärts zu bringen." (17)

Zu den Auseinandersetzungen mit der Partei war es wegen der geplanten Aufführung der Oper „Johann Faustus" gekommen. Für Eisler sollte die Oper sein wichtigstes Werk werden. Nach etwa zweijähriger Arbeit hatte er den Text fertig und veröffentlichte ihn. Eisler siedelte die Geschichte von Faust zur Zeit der Bauernkriege an. Faust ist hier ein Wissenschaftler, der angesichts der Revolution die Sache des Volkes verrät und den utopischen Anspruch seiner Wissenschaft zurücknimmt. Eisler wollte damit die schwankende Haltung der Intelligenz, die er aus der Zeit des Ersten Weltkrieges und den Jahren des Faschismus noch überaus deutlich in Erinnerung hatte, zur zentralen Thematik einer Oper machen.

Sein Pech war es allerdings, daß er den Text zu einer Zeit veröffentlichte, in der zum einen die gerade begonnene „Bündnispolitik der SED mit den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten in beiden Teilen Deutschlands" (18) Kritik am (auch geschichtlichen) Verhalten der bürgerlichen Intellektuellen verbot. Zum anderen, und darauf bezogen sich alle Angriffe, war soeben die Bedeutung des humanistischen Erbes für die sozialistische Kultur entdeckt und gefeiert worden.

Das Faust-Stück wurde trotz heftiger Widersprüche sowohl von Eisler als auch von Brecht als Goethe-Revision aufgefaßt und verurteilt. Den Anfang

und darauf bezogen sich alle Angriffe, war soeben die Bedeutung des humanistischen Erbes für die sozialistische Kultur entdeckt und gefeiert worden.

Das Faust-Stück wurde trotz heftiger Widersprüche sowohl von Eisler als auch von Brecht als Goethe-Revision aufgefaßt und verurteilt. Den Anfang

hatte ein Artikel im „Neuen Deutschland" mit einer vernichtenden Kritik am Text gemacht. Danach gab es in der Kulturdiskussion in der DDR nur noch das eine Thema. In der Deutschen Akademie der Künste wurden Diskussionen veranstaltet, die immer nur auf eine Anklage Eislers hinausliefen. Zuletzt schaltete sich Walter Ulbricht höchstpersönlich ein. In einer Ansprache vor Angehörigen der Intelligenz im Mai 1953 sagte er: „Sie sehen, daß wir uns nicht nur um wissenschaftliche Fragen streiten, sondern neuerdings auch um eine ganze Reihe Fragen der Kultur, indem wir nicht zulassen, daß eines der bedeutendsten Werke unseres großen Dichters Goethe formalistisch verunstaltet wird (...) wie das in einigen Werken, auch in der DDR, geschechen ist, zum Beispiel in dem sogenannten Faust von Eisler und in der Inszenierung des 'Urfaust'." (19)

Lion Feuchtwanger und Thomas Mann, der ja auch das Faustthema bearbeitet hatte, hatten sich begeistert zum Operntext geäußert. Ansonsten stand nur noch Brecht Eisler zur Seite. Brecht faßte das undialektische Denken der Kritiker zusammen: „Es ist ein großes Unglück unserer Geschichte, daß wir den Aufbau des Neuen leisten müssen, ohne die Niederreißung des Alten geleistet zu haben. Das haben, indem sie den Faschismus besiegten, die Sowjetrussen für uns getan. Wahrscheinlich deshalb sehen wir jetzt den Aufbau so undialektisch." (20)

Neues mit Brecht

Eisler gab schließlich auf und schrieb nur zu wenigen Fragmenten die Musik. In Wien, wohin er sich 1953 nach diesen heftigen Angriffen für einige Zeit zurückgezogen hatte, schrieb er in sein Tagebuch: „Erlöschende Kraft. Die Gräue des Alterns. Freudlosigkeit an der Arbeit. Keine Perspektive. Erschlaffung aller Fähigkeiten. Gleichgültigkeit." Und dann heißt es noch: „Aber noch habe ich die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht endgültig aufgegeben. Man muß sich bekämpfen und Hoffnungslosigkeit und Lethargie sich nicht erlauben." (21)

Brecht schaffte es, Eisler wieder nach Berlin zurückzuholen und ihn für neue Aufgaben zu begeistern. Er vertonte nun hauptsächlich Theaterstücke Brechts, u.a. „Die Tage der Commune" und „Schweyk im zweiten Weltkrieg". Die Musik zum „Schweyk" bezeichnete Eisler selbst als „die wichtigste aller Musiken zu den Stücken von Brecht". Er weist darauf hin, daß die Musik „nach mehreren Methoden des musikalischen Ausdrucks geschrieben" sei und unterscheidet vier: „die Musik der höheren Regionen" als deformierte Oper mit reichlich Wagner-Zitaten zur Charakterisierung der Nazi-Clique; die Lieder des Volkes, „deren Musik einfach und unmittelbar ist"; Tänze sowie Pantomimen; schließlich die symphonischen Intermezzi und Zwischenaktmusiken. (22) Damit gab Eisler ein bezeichnendes Beispiel über die Zuordnung von Stilen zu gesellschaftlichen Funktionen.

Auch in den beiden Kantaten zu den Brecht-Gedichten „Die Teppichweber von Kujan-Bulak" und „Legende von der Entstehung des Buches Taoteking", die 1957, ein Jahr nach Brechts Tod, entstanden, wendet sich Eisler wieder seinen früheren künstlerischen Ausdrucksmitteln zu. Sein Schaffen hatte nun nichts mehr mit der „neuen Volkstümlichkeit" gemein. In den beiden Kantaten verwendet Eisler musikalische Dissonanzen als Mittel textlicher Deutung. Ende der fünfziger Jahre komponiert Eisler auch wieder agitatorische Musik. Vier Majakowski-Lieder treffen den Stil der Kampfmusik. Auch die Kommentare zu Brechts 'Kriegsfibel', zu denen die zugehörigen Zeitungsbilder projiziert werden müssen, sind Agitationsstücke. Satirische Elemente werden ebenfalls wieder eingebaut.

Die letzte abgeschlossene Komposition sind die „Ernsten Gesänge". Eisler wendet hier wieder sein eigenwilliges Montageverfahren an. Ein Thema der Gesänge ist die Stellung des Künstlers in der Gesellschaft, und Eisler meint dabei die sozialistische. Er weist auf mögliche Widersprüche hin. Ein anderer Gesang trägt den Titel „XX. Parteitag". Die Musiksprache drückt bei allen Liedern einen freundlichen, hoffenden Zug aus.

Der Umgang mit Widersprüchen

„Materialien zu einer Dialektik der Musik" ist der Titel eines Buches von Eisler, in dem er Aufsätze und Notizen veröffentliche. Dialektisches Umgehen mit der Musik ist auch das wesentliche Merkmal seines Werkes. Für Eisler ging es immer darum, sowohl die Musik selbst weiterzubringen als auch mit der Musik politisch etwas zu bewirken. Und gerade darin liegt schon der entscheidende Widerspruch: die Masse der Musikhörer ist, da ihr die Vorbildung fehlt, kaum fähig, auf komplizierte und avantgardistische Stile einzugehen. Eislers Werk ist folglich geprägt von Sprüngen und den Versuchen, beide Extreme, fortschrittliche und massenwirksame Musik zu vereinen. „Es ist die Dialektik von Eislers Musik, daß sie, aus der von ihm erkannten historischen Notwendigkeit heraus, von den gesellschaftlichen Zuständen ihrer Zeit ausgeht und auf sie einwirkt, mit der Absicht der Veränderung, und daß sie andererseits, traditionsbewußt und avanciert zugleich und mit hohem technischen Standard, einen Vorschein auf die Zukunft wirft." (23)

Eislers Vorstellungen von einer Politisierung der Kunst, von einer Kunst, die sich mit der Gegenwart auseinandersetzt, sowohl vom Inhalt als auch vom Stil, sind heute out. Was zählt, sind Zeitgeist, gutes feeling, Schwulst, plattester Agitprop. Im Westen zählt Eisler nur als Schüler Schönbergs und als Zwölftonmusiker. Im Osten ist gerade diese Seite ausgeklammert, dort gelten nur die agitatorischen Songs aus der Weimarer Republik, die Vertonung von Brechts Theaterstücken und die „neue Volksmusik".

Es gibt nur noch ganz wenige Musiker, die mit Eislers Musik so umgehen, wie er es vom Umgang mit vergangener Musik immer gefordert hat: „Ohne lebendige, dialektisch wache Zeitgenossenschaft erstarrt auch die kulturelle Vergangenheit; sie wird zu einem Stapelgut von Bildungsware, aus dem abstrakte Rezepte gezogen werden. Entscheidend bleibt die Wechselbeziehung: kritische Beachtung der Gegenwart, dadurch produktiv ermöglichter Erbantritt der Vergangenheit." (24)

Eislers Musik heute zu spielen heißt nach seiner Anleitung, sie mit heutigen Mitteln und Stilen zu interpretieren. Die einzigen (zumindest unter den Bekanntgewordenen), die sich ernsthaft und zugleich gekonnt in der BRD versucht haben, Eislers Musik zu aktualisieren, sind Heiner Goebbels und Alfred Harth. Auf ihren Platten „Vier Fäuste für Hanns Eisler" (1976) und „Vom Sprengen des Gartens" (1979) spielen sie Stücke von Eisler auf ihre Art. Auf der Platte „Zeit wird knapp" (1981) werden Texte von Brecht vertont, wobei die Musik die Eislerschen Forderungen nach Kommentierung, Widersprüchen oder Verstärkung von Aussagen erfüllt.

a.s. und hk

Anmerkungen

(1) Die KI legte auf dem 7. Weltkongreß 1935 in Moskau die Herstellung der Einheitsfront als drängendste Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung fest; die KPD schloß sich auf der sogenannten Brüsseler Konferenz den Einheitsfrontforderungen der KI an.
(2) Eislers Rede in: H. Eisler, Schriften I 1924-48, München 1973, S. 266 ff.
(3) Das Internationale Musikbüro wurde 1932 im Rahmen des Internationalen Theaterbundes (IRTB) in Moskau gegründet. 1935 wurde Eisler zum Vorsitzenden des IMB gewählt.
(4) Über die Entwicklung in der deutschen
(2) Eislers Rede in: H. Eisler, Schriften I 1924-48, München 1973, S. 266 ff.
(3) Das Internationale Musikbüro wurde 1932 im Rahmen des Internationalen Theaterbundes (IRTB) in Moskau gegründet. 1935 wurde Eisler zum Vorsitzenden des IMB gewählt.
(4) Über die Entwicklung in der deutschen
Arbeitersängerbewegung s. 1. Teil des Artikels in AK 286.
(5) Die IGNM war die wichtigste Organisation der Avantgarde-Komponisten. Die Festivals der IGNM waren die Tribüne für die Aufführungen der bedeutendsten Avantgarde-Musik.
(6) Dorothea Kolland, Eislers Beitrag zur antifaschistischen Bündnispolitik, in: Argument-Sonderband (AS 5), H. Eisler, S. 116.
(7) HES I, S. 397 ff.
(8) Ursprünglich: „Svendborger Gedichte".
(9) HES I, S. 296.
(10) Eisler, Schriften, Addenda, Leipzig 1983, S. 65-119.
(11) F. Hennenberg, H. Eisler, Hamburg 1987, S. 70.
(12) HES I, S. 541.
(13) H. Eisler, zitiert in „Sinn und Form", Sonderheft H. Eisler, Berlin 1964, S. 142.
(14) a.a.O., S. 133.
(15) H. Eisler, Materialien zu einer Dialektik der Musik, Westberlin 1987.
(16) Becker, Auf andere Art so große Hoffnung, Tagebuch 1950, zitiert nach F. Hennenberg, H. Eisler, S. 91.
(17) zitiert nach Argument-Sonderband 5 (AS 5), S. 252.
(18) AS 5, S. 236.
(19) zitiert nach AS 5, S. 251.
(20) B. Brecht, Gesammelte Werke, Ffm., Bd. 17, S. 1154.
(21) HES I, S. 307 f.
(22) H. Eisler, Materialien ..., S. 277.
(23) F. Hennenberg, H. Eisler, S. 112.
(24) H. Eisler im Dialog mit E. Bloch, Die Kunst zu erben, 1938 veröffentlicht, in: HES I, S. 411.
(25) gekürzt aus: H. A. Brockhaus, Biographie H. Eisler, Leipzig 1961, S. 102 f.

Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht

Hanns Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht

„Aber ich schwöre, daß ich künftig mit niemandem mehr über Ästhetik diskutieren werde, der dieses Buch nicht gelesen hat".(M. Altenburg in ‚konkret', 3/87)

Eislers ursprüngliche Absicht war es, Gespräche mit Zeitgenossen über Brecht zu sammeln. Hans Bunge wurde diese Aufgabe übertragen. Mit dieser Absicht begannen auch die Gespräche zwischen Bunge und Eisler 1958, zogen sich aber dann bis kurz vor Eislers Tod 1962 hin und hatten längst nicht mehr nur Brecht zum Thema. Der etwas irreführende Titel ist dennoch geblieben. Vierzehn dieser Gespräche wurden mit Tonband aufgenommen und, nachdem sie schon einige Male im Rundfunk in der DDR und der BRD gesendet wurden, in unkommentierter Fassung 1971 in der BRD, in kommentierter Fassung 1975 in der DDR veröffentlicht. Diese Ausgabe brachte Rogener & Bernhard 1976 in der BRD heraus — zehn Jahre später, 1986, ist sie auch als Taschenbuch erhältlich.

Eisler schildert in den Gesprächen ausführlich die Zeit des Exils, die er mit Brecht in den USA verbrachte. Die Begegnungen mit Feuchtwanger, Kisch, Th. Mann, K.Mann, Steinbeck, Huxley, St. Zweig, Korsch, Weigel, Weill, Heartfield, Chaplin, Adorno, Bloch, Lucàs und vielen anderen werden offen und amüsant geschildert. Im Gegensatz zu Eisler, der immer versuchte, eine möglichst breite Einheitsfront der Exilanten zu erreichen, konnte Brecht nie seine harte Kritik an den bürgerlichen Künstlern und Philosophen zurückhalten. Eisler war es immer unwohl, wenn er mit Brecht bei anderen zu Besuch war, weil es manchmal mit einem Eklat endete: „Mißtrauen, Renitenz bis zu bösartigen lauten Bemerkungen machten ein Zusammensein von Thomas Mann und Brecht ziemlich unangenehm." (S.20) Vor einem gemeinsamen Besuch bei Schönberg drohte Eisler Brecht mit dem Bruch der Freundschaft, falls Brecht sich nicht beherrsche. (S.20)

Darüberhinaus geht es in den Gesprächen immer wieder um Eislers Musikverständnis, was meistens mit dem Versuch einer Definition der „Dummheit in der Musik" endet. In den Gesprächen kommt auch heraus, daß Eisler sehr seltsame Ansichten über Boogie Woogie und Jazz hatte, die nicht gerade von seiner sonst so konsequenten dialektischen Denkweise zeugen. (S.162 ff.) Eisler kann mit der neuen Tanzmusik nichts anfangen. Er begreift auch nicht die gesellschaftliche Dimension bestimmter Jugendkulturen im Westen. Vielleicht hätte er andere Ansichten gehabt, wenn er in den USA gelebt hätte. So aber macht er sich nur Sorgen um die staatliche Disziplin: „Man muß gewisse Arten von Massenhysterie, wie der amerikanische Jazz, auch wie gewisse amerikanische religiöse Sekten sie betreiben, gewiß einfach verbieten. Hier bin ich einfach für polizeiliche Maßnahmen." (S.163) Dabei war Eisler selbst ein Opfer der Parteiborniertheit, die ihm vorschrieb, welche Musik nicht opportun ist (s. Faust-Diskussion). Allerdings setzte sich Eisler auch für mehr Verständnis gegenüber dem Verhalten der DDR-Jugend und deren Interesse für amerikanische Musik bei der Partei ein, die noch viel engstirniger war als er selbst in diesem Punkt.

Eislers Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen sind gewagt und manchmal widersprüchlich. Er selbst bezeichnete allerdings Ergebnisse in Diskussionen stets als vorläufige Ergebnisse.

In dem umfangreichen Kommentar zu den Gesprächen wird ausführlich über erwähnte Personen, geschichtliche Ereignisse, Werke etc. pp. informiert, was nicht allein die Gespräche erst eigentlich verständlich macht, sondern auch eine Fundgrube für Eisler- und Brecht-Interessierte ist.

Hans Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht — Gespräche mit Hans Bunge, Sammlung Luchterhand (SL 4278), 1986, DM 18,80

Buchempfehlungen:

Zumindest auf dem Buchmarkt hat sich in letzter Zeit einiges in Bezug auf Eisler getan.
— H. Eisler: Fragen Sie mehr über Brecht, Sammlung Luchterhand, 1986, 18,80 DM.
— F. Hennenberg: H. Eisler, rowohlts monographien, Hamburg 1987, 9,80 DM.
— Das Argument, Sonderband 5, H. Eisler, 1987 (aktualisierte Ausgabe).
— H. Eisler, Materialien zu einer Dialektik der Musik, das europäische buch, Westberlin 1987, 19,80 DM.

DKP-Streit: War's das schon?

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Das Hamburger Bezirkssekretariat der DKP wird selbst nicht geahnt haben, welche Wellen ihr eher maßvoller „Diskussionsbeitrag" — die wichtigsten Aussagen dokumentierten wir im letzten AK — auslösen würde. Eigentlich nur für die parteiinterne Debatte in Hamburg gedacht, geriet der Text in allzu viele falsche Hände. Aufmerksam wurden der "Spiegel", die FAZ und die FR, die das Papier zur allgemeinen Rebellion der kritischen Basis gegen die dogmatische Führung hochstilisierten und damit das Problem zumindest arg vereinfachten.

„Wehret den Anfängen!", sagte man sich im Düsseldorfer Parteivorstand und sprach ein Machtwort. Als Nr.2 der eigens für solche Zwecke neugeschaffenen „DKP-Informationen" wurde an alle Mitglieder eine Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstands gegen die Hamburger verschickt. (Wir dokumentieren den Text in diesem AK). Angehängt war im vollen Wortlaut der Stein des Anstoßes selbst. Somit konnten alle Mitglieder auch die authentische Meinung der Kritisierten lesen. Ein absolutes Novum in der DKP. Neu war auch, daß der Parteivorstand seine Stellungnahme mit den Vorsitzenden aller Bezirke abgesprochen hatte.

Inhaltlich ist der Vorstandstext allerdings noch völlig vom *alten* Denken geprägt. Da wird beispielsweise rundheraus verkündet, daß selbst in der parteiinternen Diskussion außer dem Parteivorstand in Düsseldorf niemand in der DKP kompetent und legitimiert ist, eine Meinung über den politischen Zustand und die Perspektiven der Gesamtpartei zu äußern. Aber selbst über die Lage im eigenen Bezirk darf ein Bezirksvorstand nach Ansicht der Düsseldorfer nicht einfach diskutieren, ohne sich vorher beim Parteivorstand abzusichern. Das nennt der Parteivorstand dann *„hochentwickelte innerparteiliche Demokratie"*. Totale Entmündigung wäre ein weitaus zutreffendender Begriff.

Besonders geärgert hat man sich in Düsseldorf über das Wort vom „krisenhaften Zustand der Partei" im Hamburger Diskussionspapier. Das darf nicht wahr sein, denn erstens hat Gorbatschow nur von einem „*vor*krisenhaften Zustand" gesprochen — daß er sich nicht zur DKP, sondern zur UdSSR geäußert hat, scheint man in Düsseldorf übersehen zu haben — und zweitens hat der Bierausschank beim UZ-Pressefest wieder einmal alle Rekorde gebrochen. *„Eine Partei, die sich in einem krisenhaften Zustand befindet, wäre außerstande, ein so massenwirksames Fest zu organisieren."* Der Partei geht es wie immer prima, nur in Hamburg gibt es *„hausgemachte Probleme"*. Sollen die Hamburger also gefälligst vor der eigenen Haustür kehren, statt mit ihrem *„ungesunden Avantgardismus"* der Gesamtpartei zeigen zu wollen, wo's langgeht. Von der Hamburger Leitung wird „erwartet" (gefordert), daß sie endlich eine *„kämpferische Auseinandersetzung"* gegen *„falsche Positionen"* vor Ort aufnimmt. Dabei soll es nun auch eine direkte Intervention der Parteizentrale geben: *„Mit dem Sekretariat in Hamburg ist ein Plan zu entwickeln, mit welchen geeigneten Schritten der Diskussionsprozeß in Hamburg mit dem Ziel der Stärkung der Einheit der Partei geführt werden kann."* — Mit anderen Worten: die Hamburger Kritiker sollen auf Linie gebracht werden.

Die „taz", der die Stellungnahme des Parteivorstands alsbald vorlag, widmete den Vorgängen am 6. Oktober eine ganze Seite. Der Clou war ein vorstandskritisches Interview mit Andreas Müller-Goldenstedt („Mügo"), DKP-Mitglied seit 1970, als Betriebsratsmitglied bei den Hamburger Aluminiumwerken von einwandfreier proletarischer Herkunft. „Mügo" war als Hamburger Delegierter schon auf dem 8. DKP-Parteitag im Mai vorigen Jahres aufgefallen: er hatte mit allen geheiligten Traditionen gebrochen und auf dem Parteitag statt der erwarteten braven Platitüden („Wie steigern wir den UZ-Verkauf") einen echten kritischen Diskussionsbeitrag geliefert. Dafür wurde er kurz darauf vom Parteivorsitzenden Herbert Mies in der UZ (21.6.86) öffentlich angeprangert: er habe *„verantwortungslos, selbstherrlich und parteischädigend"* gehandelt. Der Hamburger Bezirksvorstand distanzierte sich prompt von dem Frechdachs und bezichtigte sich auch gleich selbst, *„im Verhältnis zur Gesamtpartei eine gewisse Tendenz zur Überbewertung eigener Erfahrungen, der Überheblichkeit"* zu haben. (Ausführliche Darstellung des damaligen Konflikts in AK 272).

„Mügo" hatte also schon die Gelbe Karte gezeigt bekommen. Er, der in früheren Jahren selbst zu den ganz harten Parteifanatikern gehörte und auch schon mal gern die schwieligen Arbeiterfäuste gegen maoistische und sonstige ultralinke Störenfriede schwang, wird gewußt haben, daß man ihm sein Interview in der "taz" nicht durchgehen lassen würde. Am 10. Oktober schlug das Imperium in der UZ hart zurück: *„Wer in einem antikommunistischen orientierten Presseorgan die Politik der DKP angreift, der schadet der Partei und stellt sich außerhalb der Solidargemeinschaft der DKP."* — Das kann doch wohl nur heißen: Platzverweis? — An gleicher Stelle gab die UZ eine Stellungnahme des Hamburger Bezirksvorsitzenden Wolfgang Gehrcke wieder, der sich von „Mügo" schärfstens distanzierte. Das war nicht anders zu erwarten. Gehrcke geht in diesem Text auch auf die Polemik des Parteivorstands gegen die Hamburger ein: diese Kritik sei *„verbindlich und gültig"*, für die ganze Partei und *„selbstverständlich"* auch für die Hamburger. Mit anderen Worten: hier diskutieren nicht Gleichberechtigte miteinander, sondern die Stellungnahme der Parteizentrale kommt einem unanfechtbaren Befehl gleich. Die vom Hamburger Bezirksvorstand eher leichtsinnig als bewußt angestoßene Debatte ist damit beendet, noch ehe sie richtig begonnen hat. Es gibt keinen „krisenhaften Zustand" der DKP. Die DKP hat keinen Nachholbedarf in Sachen innere Demokratie. — (Die UZ publizierte eine gekürzte Fassung der Erklärungen Gehrckes und des Parteivorstands. Der volle Wortlaut wurde intern als „DKP-Information" Nr 3 verbreitet. Siehe Dokumentation in diesem AK).

DKP-Verlautbarungen der letzten Zeit lassen generell die Tendenz erkennen, sich wieder betont markig und selbstgefällig zu artikulieren und keinen Zweifel an der eigenen Gottähnlichkeit aufkommen zu lassen. Statt „Nabelschau" (Diskussion) ist „Aktionsorientierung" angesagt. Die Grenzen der parteiinternen Debatte sind wieder einmal abgesteckt worden. Für *neues Denken* bleibt da kaum noch Raum. Und immerhin: das UZ-Pressefest 1988 wird sicher wieder alle Mühen lohnen. Ist das denn nicht die Hauptsache?

Kt., Hamburg

Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP zum Diskussionsbeitrag des Hamburger Bezirkssekretariats

Zur Vorbereitung des Tages der Gruppenvorstände am 6.9. 87 hat das Bezirkssekretariat Hamburg einen Diskussionsbeitrag veröffentlicht und den Gruppen als Vorbereitungsmaterial übermittelt. Der Beitrag trägt den Titel: „Überlegungen zum krisenhaften Zustand der Partei". Er hat inzwischen über Hamburg hinaus auch in anderen Bezirken und Kreisorganisationen Verbreitung gefunden und wird diskutiert. Der Diskussionsbeitrag des Hamburger Bezirkssekretariats entwickelt sich dadurch — unabhängig davon, ob man das gewollt hat oder nicht — zu einem bundesweiten Diskussionsgegenstand. Dazu beigetragen haben auch gegen unsere Partei gerichtete Veröffentlichungen des „Spiegel" vom 7.9. und der „Frankfurter Rundschau" vom 19.9.87, in denen auf dieses Papier Bezug genommen wird.

Das Präsidium des Parteivorstands hat sich in seiner Sitzung am 22.9. mit dem Diskussionsbeitrag des Hamburger Sekretariats befaßt und dazu seine Mißbilligung zum Ausdruck gebracht. Diese bezieht sich nicht auf die Tatsache der Veröffentlichung einer Diskussionsgrundlage zum Tag der Gruppenvorstände. Solche Materialien haben auch andere Bezirkssekretariate in Übereinstimmung mit entsprechenden Empfehlungen des Sekretariats des Parteivorstands zu diesem Tag herausgegeben. Das Präsidium des Parteivorstands ist für eine offene, kritische und selbstkritische Diskussion der Lage in der Partei mit dem Ziel, die bestehenden ernsten Mängel der Arbeit auf allen Ebenen zu überwinden und die Partei zu stärken. Eine solche Diskussion entspricht der Orientierung der 3. Parteivorstandstagung, die sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Parteientwicklung und Organisationspolitik beschäftigt hat, und der 7. PV-Tagung zur Aktionsorientierung der DKP im Herbst '87.

Entsprechend dieser Orientierung befinden sich Präsidium und Sekretariat des Parteivorstands selbst in einem Prozeß der kritischen und selbstkritischen Aufarbeitung der Lage und Probleme in der Partei, ihrer Erfolge und Mißerfolge, ihrer Stärken und Schwächen, des richtigen Herangehens und der Fehler in unserer Führungsarbeit. Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses sind zum Beispiel auch in die 7. Parteivorstandstagung eingeflossen, auf der im Referat des Parteivorsitzenden festgestellt wurde:

„Sicherlich befindet sich die Partei auch innerparteilich in einer schwierigen politischen, ideologischen und organisationspolitischen Situation, in einer Situation, in der sie eine Reihe von inneren Widersprüchen überwinden muß. Das hat sicherlich objektive Ursachen, die sich in einer Zeit des Umbruchs, aus den objektiven Veränderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, aus der Suche nach Antworten auf neue Fragen, insbesondere nach der erfolgreichen Entwicklung, der Rolle und Perspektive der Partei in einer sich verändernden Zeit, ergeben. Unübersehbar sind die Veränderungen im Bereich der Produktivkräfte mit ihren Wirkungen auf die Arbeiterklasse, ihre Kampferfahrungen, ihre Lebens- und Verhaltensweisen, und somit auch auf unsere Partei. Unübersehbar sind die Wirkungen des Umgestaltungsprozesses in der Sowjetunion mit den neuen Impulsen, aber auch den vielen Fragen. Unübersehbar ist eine sich in ihrer Zusammensetzung, ihrem Verständnis für die Rolle und Aufgaben der Partei, ihrem Drang nach Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie verändernde Partei. Unübersehbar sind auch die neuen Anforderungen und Erwartungen, die die Partei an die Führung und die Rechtfertigung des Vertrauens in sie stellt. Unübersehbar ist die Unterschiedlichkeit, mit der die Thesen des Hamburger Parteitages und die 3. Parteivorstandstagung in der Partei aufgearbeitet worden sind und werden. Vor allem aber ist auch eine Ursache — und das müssen wir mit aller Klarheit sehen — in der starken Unterschiedlichkeit, mit der die Führungen der Partei und die ihnen angehörenden Genossinnen und Genossen ihre Führungsarbeit verstehen und praktizieren."

Diese Aussagen werden in Vorbereitung der 8. Parteivorstandstagung vertieft und erweitert werden, vor allem mit Blick auf die notwendigen Schlußfolgerungen, die daraus zu ziehen sind.

Wenn das Präsidium des Parteivorstands den Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats Hamburgs mißbilligt, so vor allem aus folgenden Gründen:

1. Das Hamburger Bezirkssekretariat betont, daß es seine Absicht war, entsprechend der besonders schwierigen Lage in Hamburg nach den Auseinandersetzungen um die Wahlpolitik zu den Bürgerschaftswahlen zur Aufarbeitung der dort entstandenen Probleme beizutragen. Der Diskussionsbeitrag des Sekretariats erfüllt nach Ansicht des Präsidiums diese Aufgabe nicht. Er vermengt und verdeckt die örtlichen Probleme mit Fragestellungen, die die ganze Partei betreffen, auf eine so unsorgfältige Weise, daß der Beitrag — ob gewollt oder ungewollt — als Grundlage für eine allgemeine Parteidiskussion verstanden wird. In Kenntnis der Tatsache, daß sowohl gegnerische Kräfte als auch Mitglieder der DKP, die auf eine ganz andere Partei drängen, immer wieder auf Hamburg als ein zweites Führungszentrum der Partei orientieren, hätte das Bezirkssekretariat in seinem Diskussionsbeitrag aber gerade ganz besondere Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, daß der Eindruck einer allgemeinen Diskussionsgrundlage vermieden wird.

2. Der Diskussionsbeitrag des Sekretariats geht nicht, wie es unbedingt erforderlich wäre, von den kollektiven politischen Einschätzungen der gewählten Organe der Gesamtpartei, des Parteitags und der Parteivorstandstagungen, aus. Er orientiert sich nicht an den für die gesamte Partei beschlossenen Aufgabenstellungen, sondern formuliert ohne diese Verbindung Feststellungen allgemeiner Art, zu denen eine Bezirksorganisation ohne offene und ehrliche Diskussion und Rücksprache mit der zentralen Führung nicht befugt ist. Wer Feststellungen, wie die im Diskussionsbeitrag des Sekretariats vorliegenden, bis hin zur Feststellung eines „krisenhaften Zustands der Partei" und der Aufgabenstellung einer „Demokratisierung der DKP" formuliert, müßte erkennen, daß der Gesprächskontakt, die Diskussion und Absprache mit dem Sekretariat des Parteivorstands notwendig gewesen wäre.

Da der Bezirksvorsitzende Mitglied der zentralen Führung ist, kennt er sowohl den Stand der Diskussion neuer Fragen als auch das Herangehen der Führung an diese Probleme. Er kennt die im Präsidium diskutierte Analyse der Partei, den Stand der Diskussion über unser Herangehen an die Entwicklungen in der Sowjetunion, über unsere Vorstellungen für die Weiteentwicklung unserer innerparteilichen Demokratie und die konkreten Schritte, die es dabei gibt. Der Bezirksvorsitzende hat in der Vergangenheit im Präsidium und Sekretariat durchaus die Probleme der Hamburger Bezirksorganisation zur Diskussion gestellt. Um so unverständlicher ist es, warum dem Kollektiv der Parteiführung so weitgehende, die ganze Partei tangierende Feststellungen, wie sie im Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats getroffen worden sind, nicht vorgestellt wurden. Weil kollektive Absprachen und eine Ableitung des Beitrags aus der Politik der gesamten Partei nicht erfolgten, wird objektiv der Eindruck vom „Vordenkertum" einer Bezirksorganisation erweckt bei gleichzeitiger „Unbeweglichkeit" der zentralen Führung.

3. Entschieden zurückgewiesen werden muß der verantwortungslose Umgang mit politischen Begriffen im Diskussionsbeitrag des Hamburger Sekretariats. Mit politischen Begriffen muß man sorgfältig umgehen. Sie dürfen gerade von Kommunisten nicht beliebig verwandt werden. Das trifft auch auf die Begriffe „krisenhafter Zustand der Partei" und „Demokratisierung der Partei" zu.

Die Anwendung des Begriffs „krisenhafter Zustand" oder „Krise der Partei" beschränkt sich in der Geschichte der kommunistischen Bewegung auf äußerst zugespitzte Situationen, in denen in der Regel die Einheit der Partei akut gefährdet war, und die Gefahr der Spaltung bestand. Darum ist es kein Zufall, daß trotz der großen Probleme, die sich Ende der 70er Jahre in der Sowjetunion aufgestaut haben, in den Dokumenten der KPdSU zwar von einem vorkrisenhaften Zustand im Lande, nicht jedoch von einem krisenhaften Zustand der KPdSU gesprochen wird. Und dies zu Recht, denn die Einheit der Partei war und ist nicht gefährdet, und sie hat die Kraft aufgebracht, die Probleme des Landes selbstkritisch aufzuarbeiten und das Konzept zur Überwindung der Probleme, zur revolutionären Erneuerung zu erarbeiten.

Dadurch, daß die These vom „krisenhaften Zustand" der Partei im Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats Hamburg mit so allgemeinen Entwicklungsprozessen wie den Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse, den Umbruchprozessen in den Produktivkräften, sowie neuen Anforderungen an das Herangehen an die Problematik Reform und Revolution verbunden wird, muß der Eindruck entstehen, sie beziehe sich auf die Gesamtpartei. Eine solche Charakterisierung steht aber im Widerspruch zu den Thesen des 8. Parteitages, zum Rechenschaftsbericht an diesem Parteitag und zu den Aussagen der nachfolgenden Parteivorstandstagungen, in denen die Lage der Partei anders eingeschätzt wird. Die These vom „krisenhaften Zustand" der Partei ist falsch. Dies wird durch die erfolgreiche Arbeit der DKP auf verschiedenen Gebieten belegt, nicht zuletzt durch das gerade hinter uns liegende Pressefest mit dem aktiven Engagement tausender Genossinnen und Genossen. Eine Partei, die sich in einem krisenhaften Zustand befindet, wäre außerstande, ein so massenwirksames Fest zu organisieren.

Selbst wenn eine so gewichtige Charakterisierung, wie ein „krisenhafter Zustand" der Partei, nur mit Blick auf eine Bezirksorganisation vorgenommen wird, muß das mit der zentralen Parteiführung diskutiert werden. Das Präsidium des Parteivorstands ist trotz der Probleme in der Hamburger Bezirksorganisation, die weit über die Schwierigkeiten in der Gesamtpartei hinausgehen, der Ansicht, daß die pauschale Feststellung, daß es einen „krisenhaften Zustand" der Partei gibt, auch für die Hamburger Bezirksorganisation zu undifferenziert ist.

Auf vielen Feldern hat sich auch die Partei in Hamburg erfolgreich entwickelt, in der Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und anderen linken Kräften, in ihrem Beitrag zur Friedensbewegung, zu den Klassenauseinandersetzungen und zur antiimperialistischen Solidarität, in der zunehmenden Verankerung von Kommunistinnen und Kommunisten als Interessenvertreter ihrer Kolleginnen und Kollegen in Betriebsräten und gewerkschaftlichen Gremien, in der Studenten- und Schülerbewegung, in der erfolgreichen Arbeit vieler Betriebs-, Wohngebiets- und Hochschulgruppen. Einen krisenhaften Zustand gibt es dagegen offensichtlich in der Führungsarbeit des Bezirkssekretariats, was unter anderem

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

darin zum Ausdruck kommt, daß bei den beiden letzten Bürgerschaftswahlen jeweils beträchtliche Teile der Partei den von den höchsten Führungsorganen des Bezirks beschlossenen Orientierungen nicht gefolgt sind.

4. Darum hätte die Aufgabe des Diskussionsbeitrags des Bezirkssekretariats darin bestehen müssen, die speziellen Ursachen für die besonders zugespitzten Probleme in bestimmten Bereichen der Hamburger Bezirksorganisation herauszuarbeiten und schonungslos die eigenen Fehler aufzudecken. Das geschieht nicht. Stattdessen werden durch die Konzentration auf allgemeine, die ganze Partei betreffende Fragestellungen die Fehler verallgemeinert und damit — gewollt oder ungewollt — an die zentrale Parteiführung weitergereicht.

Die zentrale Parteiführung stellt sich mit dieser Feststellung nicht gegen Kritik an ihrer Arbeit. Sie ist für die Beachtung jedes kritischen Beitrags, der mithelfen kann, die Partei voranzubringen. Sie ist jedoch dagegen, damit eigene Fehler zu überdecken. Der Diskussionsbeitrag vermischt in unkorrekter Weise die hausgemachten Hamburger Probleme, die vor Ort eine längere und besondere Geschichte haben, mit Fragen der internationalen Diskussion, mit Problemen, die sich aus der Entwicklung in der Sowjetunion ergeben, mit Fragestellungen, die die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse betreffen, mit Anforderungen an die Parteientwicklung und Führungsarbeit im allgemeinen, so daß der Eindruck entsteht, die in Hamburg existierenden besonders gravierenden Schwächen in der Führungsarbeit seien das naturnotwendige Ergebnis des Auftauchens neuer Fragen in der Politik.

5. Die wenigen selbstkritischen Bemerkungen im Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats über seine „kurzatmige", „nicht in eine Gesamtkonzeption für Hamburg zusammenfließende", „nicht gruppenbezogene" Politik sind sicherlich richtig, aber reichen nicht aus als Erklärung dafür, daß es in bestimmten Bereichen zu besonders zugespitzten, weit über die Schwierigkeiten in der Gesamtpartei hinausgehenden Problemen kommen konnte. Als eine weitere Ursache sieht das Präsidium des Parteivorstands insbesondere auch die ungenügende kämpferische Auseinandersetzung mit falschen Positionen.

Im Hamburger Bezirkssekretariat
dersetzung mit falschen Positionen.

Im Hamburger Bezirkssekretariat und unter seinem Einfluß bei Teilen der Hamburger Parteiorganisation ist in den letzten Jahren ein offensives Vorwärtsdrängen, ein konstruktiver Wettbewerbsgeist umgeschlagen in einen ungesunden Avantgardismus, den man unter die Devise stellen könnte: „Wir werden es der Partei und der Parteiführung mal zeigen, wie Politik gemacht werden muß." Das wird vor allem in folgenden Fragen deutlich:

* Bei der Orientierung auf Mitgliedergewinnung war das Drängen des Hamburger Bezirks an sich positiv, hat in der Tat die Partei angestoßen. Die subjektivistische, unrealistische Zielstellung der Verdoppelung der Mitgliederzahl und der Versuch, dieses Ziel der ganzen Partei zu stellen, hat jedoch für die Gesamtpartei und besonders für die Hamburger Bezirksorganisation selbst Schaden angerichtet. Schon damals begann die schädliche Diskussion von den Hamburgern als „Neuerern" und der Zentrale und anderen Bezirkssekretariaten als „Bremsern". Und für Hamburg wurde infolge der unrealistischen Zielstellung aus einem Erfolg bei der Mitgliedergewinnung praktisch ein Mißerfolg. Die alleinige Ausrichtung an Scheinen und die ungenügende Verbindung mit Anstrengungen zur politisch-ideologischen Bindung der neuen Mitglieder ist zudem eine wesentliche Ursache dafür, daß wir heute in Hamburg die größten Mitgliederverluste von allen Bezirken haben, worin sicherlich auch ein Grund für Resignation und Pessimismus liegen.

* Der Hannoversche Parteitag hat die Hamburger Bezirksorganisation ermutigt, bei dem Bemühen um Wahlbündnisse Pionierarbeit zu leisten. Dafür wurden große Anstrengungen unternommen. Als die gewünschten Erfolge nicht eintraten — wofür niemand dem Hamburger Sekretariat einen Vorwurf macht und machen kann — wurde allerdings Taktik durch Taktiererei ersetzt, bis hin zu der falschen Wahlorientierung, die Partei und ihre Anhänger aufzurufen, die GAL zu wählen, und das auch noch, obwohl die DKP selbst zur Wahl anstand. In dieser falschen Politik, liegt ein ganz wesentlicher Grund für die Misere in bestimmten Teilen der Partei.

* Der jetzt kursierende Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats ist wiederum ein Ausdruck dieses ungesunden Avantgardismus. Jetzt soll der ganzen Partei gezeigt werden, wie die neuen Fragen aufgearbeitet werden sollen und wie die Partei „demokratisiert" werden muß. Jedenfalls drängt sich dieser Eindruck auf. Wie ist es sonst zu erklären, daß der Diskussionsbeitrag bei solchen neuen Fragen, wie den Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse oder den neuen Anforderungen, die sich für uns aus der veränderten Politik der SPD und der Existenz der Grünen ergeben, an den Thesen des Hamburger Parteitages vorbeigeht und die dort getroffenen weitgehenden Aussagen ignoriert. Auch was unsere Schlußfolgerungen aus den Entwicklungen in der Sowjetunion betrifft, stehen wir nicht am Punkt Null. Wir haben dazu auf dem Hamburger Parteitag, auf mehreren Parteivorstandstagungen, in der UZ und in einer speziellen Broschüre „Die Umgestaltung in der Sowjetunion und die DKP" unseren Standpunkt formuliert. Und was die „Demokratisierung" oder richtiger die Weiterentwicklung unserer innerparteilichen Demokratie betrifft, so haben wir dazu auf der 3. Parteivorstandstagung Vorstellungen entwickelt, die viel konkreter sind und weit über das hinausgehen, was im Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats gesagt wird. Warum gibt es da keinen Bezug? So muß der Eindruck entstehen, in Hamburg müsse das alles erst einmal für die ganze Partei entwickelt werden.

Eine ungenügend kämpferische Auseinandersetzung mit falschen Positionen wird auch darin deutlich, daß es keine Zurückweisung von Versuchen gibt, einen Spalt zwischen das Bezirkssekretariat einerseits und Sekretariat und Präsidium des Parteivorstands andererseits zu treiben. Bekannt sind die Diskussionen bei einer Reihe von Genossinnen und Genossen in Hamburg, das Bezirkssekretariat möchte ja Neuerungen, aber die Zentrale bremst. Das war auch die Diskussion im Zusammenhang mit der Orientierung, GAL zu wählen. Schweigen dazu reicht nicht aus. Das muß man entschieden zurückweisen, wenn man diese schädliche Position nicht begünstigen will.

Und schließlich gibt es auch keine entschiedene Zurückweisung der Fehlinterpretation, ja des Mißbrauchs der sowjetischen Entwicklungen zur Begründung falscher Positionen. Denjenigen, die glauben, die Entwicklungen in der KPdSU gegen unsere Organisationsprinzipien ins Feld führen zu können, muß mit Bestimmtheit entgegengetreten werden. Der Parteiteil des Berichts

an den XXVII. Parteitag der KPdSU, das
muß mit Bestimmtheit entgegengetreten werden. Der Parteiteil des Berichts

an den XXVII. Parteitag der KPdSU, das Januar-Plenum und die anderen Dokumente der KPdSU zeigen unmißverständlich, daß die KPdSU sich keineswegs in eine liberale oder basisdemokratische Organisation verwandelt, sondern Demokratie und Zentralismus in ihrer dialektischen Einheit gleichzeitig gestärkt werden.

Im übrigen muß man sich gegen jede schematische Übertragung der Entwicklungen in der Sowjetunion und der KPdSU auf unsere Partei wenden. Wenn Gorbatschow deutlich macht, daß es ein solches Übertragen nicht für die Bruderparteien der anderen sozialistischen Länder geben kann, daß man die Geschichte, den Entwicklungsstand, die Traditionen und die konkreten Bedingungen dieser Länder berücksichtigen muß, dann gilt das natürlich erst recht für eine Partei, die unter kapitalistischen Bedingungen kämpft. Das heißt nicht, daß wir nicht aus den Entwicklungen in der Sowjetunion und der KPdSU lernen sollen. Ganz im Gegenteil. Aber wir müssen als Marxisten auf marxistische Weise daraus lernen, das heißt, die Entwicklungen für unsere konkreten Bedingungen aufarbeiten. Die einfache Übernahme von Begriffen aus der dortigen Entwicklung hilft uns dabei nicht weiter.

6. Das gilt auch für den Gebrauch des Begriffs „Demokratisierung der DKP" im Diskussionsbeitrag des Hamburger Sekretariats. Dieser Begriff erweckt bei uns im landläufigen Sprachverständnis den Eindruck, als sei die Partei heute undemokratisch und müsse erst demokratisiert werden. Darum sprechen wir in den Dokumenten der Partei bewußt von der „Weiterentwicklung unserer innerparteilichen Demokratie". Die DKP ist eine demokratische Partei mit einer hochentwickelten innerparteilichen Demokratie. Ausdruck hierfür ist unser Statut. Ausdruck dafür ist auch unsere Parteipraxis.

Ein Beispiel dafür ist die Erarbeitung unserer Grundsatzdokumente. Unser Parteiprogramm, die Thesen des Düsseldorfer oder Hamburger Parteitages sind nicht im stillen Kämmerlein entstanden und der Partei aufgedrückt worden. Sie sind vielmehr in einem langen, die ganze Partei einbeziehenden demokratischen Diskussionsprozeß entstanden. Es wurden jeweils viele Hundert — beim Programm eineinhalb Tausend — Abänderungsvorschläge aus der Partei zu den Entwürfen des Parteivorstands erarbeitet. Und diese Parteidiskussionen waren keine formalen demokratischen Spielwiesen. Wer den jeweiligen Entwurf dieser Grundsatzdokumente mit dem dann vom Parteitag beschlossenen Dokument vergleicht, der wird nicht bestreiten können, daß unsere Grundsatzdokumente, die das Fundament für die Politik der Partei darstellen, die Handschrift der ganzen Partei tragen.

Ein breiter demokratischer Diskussionsprozeß findet bei uns auch dann vor Parteitagen und Delegiertenkonferenzen statt, wenn keine so gewichtigen Dokumente wir Programm oder Thesen erarbeitet werden. Allerdings spiegelt sich dieser Prozeß noch zu wenig auf den Parteitagen oder Delegiertenkonferenzen selbst wider. Hier gibt es noch zu viel Formales, Demonstratives, zu viel eingefahrene Gleise. Darüber müssen wir in Vorbereitung unserer nächsten Parteitage und Delegiertenkonferenzen ernsthaft nachdenken und Veränderungen herbeiführen.

Ein breiter demokratischer Diskussionsprozeß findet bei uns in den höchsten gewählten Organen zwischen den Parteitagen und Delegiertenkonferenzen, im Parteivorstand, in den Bezirks- und Kreisvorständen sowie im Präsidium und den Sekretariaten statt. Das Problem besteht allerdings darin, daß dieser Prozeß für die ganze Partei noch zu wenig nachvollziehbar ist. Gerade darum hat das Präsidium beschlossen, nunmehr über den wichtigsten Inhalt der jeweiligen Präsidiumssitzungen in der UZ zu informieren und einen Parteiinformationsdienst herauszugeben, in dem u.a. alle auf den Parteivorstandstagungen gehaltenen Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden. Der Hauptweg, die von den Vorständen erarbeitete Politik für die ganze Partei durchschaubarer, nachvollziehbarer zu machen, wird allerdings darin bestehen müssen, daß sich die Vorstandsmitglieder aller Ebenen stärker in den Parteigruppen zur Diskussion stellen. Das wird auch dazu beitragen, daß die Parteigruppenabende lebendiger werden, daß sie stärker von ihren Rechten und Möglichkeiten zur Mitarbeit an der Politik der Partei Gebrauch machen.

Diese stärkere Mitarbeit soll auch dadurch erreicht werden, daß größere Teile der Partei bereits in die Vorbereitung der durch die gewählten Vorstände zu fassenden Beschlüsse einbezogen werden. So finden zum Beispiel zur Vorbereitung der nächsten Parteivorstandstagung, die sich mit den Schlußfolgerungen aus den Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse für unser Parteiarbeit befassen wird, eine Vielzahl von Gesprächen der Präsidiums- und Sekretariatsmitglieder mit Betriebsgruppen oder Betriebsgruppenvorständen statt, und in der UZ wird seit einigen Monaten eine Diskussion zur Thematik der PV-Tagung geführt. Eine solche Diskussion hatten wir ja bekanntlich auch im Vorfeld der 6. PV-Tagung Anfang dieses Jahres, auf der wir unsere weitere Wahlpolitik beschlossen haben.

Wenn wir nachdrücklich feststellen, wir sind eine demokratische Partei, übersehen wir also keineswegs die Notwendigkeit, unsere innerparteiliche Demokratie weiterzuentwickeln. Ein umfassendes Konzept dazu hat die 3. PV-Tagung der Partei vorgelegt. Es kommt darauf an, die dort beschlossene Politik konsequent umzusetzen. Wenn im Unterschied zu dem dort verwendeten Begriff der Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie im Diskussionsbeitrag des Hamburger Sekretariats von der „Demokratisierung der Partei" gesprochen wird, muß sich der Eindruck aufdrängen, man will etwas anderes.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, muß in diesem Zusammenhang nachdrücklich betont werden: Der Vorwurf des Präsidiums des Parteivorstands an das Hamburger Sekretariat besteht nicht darin, daß dieses bei der Entwicklung der innerparteilichen Demokratie zu weit gegangen sei. Es besteht u.a. darin, daß die innerparteiliche Demokratie in eklatanter Weise verletzt wurde. Das gilt sowohl mit Blick auf die gewählte zentrale Parteiführung wie auf den Bezirksvorstand.

Zur innerparteilichen Demokratie gehört die demokratische Legitimation durch die Wahl auf der entsprechenden Ebene. Die Legitimation, so weitgehende, die ganze Partei tangierende Einschätzungen zu treffen, wie das im Diskussionsbeitrag des Bezirkssekretariats geschieht, hat die gewählte zentrale Parteiführung.

Auch wenn man von der unrichtigen Auffassung ausgeht, das Papier beträfe nur Hamburger Angelegenheiten, liegt eine Mißachtung der innerparteilichen Demokratie vor. In diesem Falle hätten so grundlegende Einschätzungen wie die vom „krisenhaften Zustand der Partei" oder der „Schlüsselaufgabe der Demokratisierung der Partei" nur nach Konsultation mit der zentralen Parteiführung vom gewählten höchsten Organ der Bezirksorganisation zwischen den Bezirksdelegiertenkonferenzen, dem Bezirksvorstand, und nicht vom Bezirkssekretariat getroffen werden können.

Das Präsidium der DKP, das sich nach Rücksprache mit den Bezirksvorsitzenden in seiner Sitzung am 22.9. mit der durch den Diskussionsbeitrag des Hamburger Bezirkssekretariats entstandenen Lage befaßt hat, erwartet, daß die Hamburger Parteiorganisation sich kritisch und selbstkritisch damit auseinandersetzt. Wie die Gesamtpartei ist auch die Hamburger Parteiorganisation durch die 7. Parteivorstandstagung auf die Aktionen im Herbst '87 orientiert und befindet sich in der Aktion. Die notwendige Diskussion und Lösung von innerparteilichen Problemen darf von dieser Orientierung nicht ablenken. Mit dem Sekretariat in Hamburg ist ein Plan zu entwickeln, mit welchen geeigneten Schritten der Diskussionsprozeß in Hamburg mit dem Ziel der Stärkung der Einheit der Partei geführt werden kann.

Das Präsidium, das zu dem Hamburger Diskussionsbeitrag einen Meinungsaustausch mit allen Bezirkssekretariaten geführt hat, wurde von diesen auf die Notwendigkeit der weiteren Verbesserung der zentralen Führungsarbeit verwiesen. Die Bezirkssekretariate erwarten eine konsequente Umsetzung der von der 3. und 7. Tagung des Parteivorstandes gegebenen Orientierung zur Weiterentwicklung der Partei. Die mit der Aktionsorientierung der Partei auftretenden und weitergehenden Fragen müssen beantwortet werden. Notwendige Diskussionen sind bewußt zu organisieren. Widersprüche dürfen nicht verdeckt, Probleme nicht unter den Tisch gekehrt, sondern müssen offengelegt werden, nicht, um sie stehen zu lassen, sondern um sie zu lösen. Auch das lehrt die Auseinandersetzung mit dem Diskussionsbeitrag des Hamburger Bezirkssekretariats. Der Wille zur Einbeziehung der Partei in die Erarbeitung der Politik und Beschlüsse muß spürbarer gemacht werden. Die Bezirkssekretariate erwarten eine wesentlich bessere innerparteiliche Informationspolitik. Sie verweisen auf die Notwendigkeit von mehr Konsequenz in den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen mit falschen Auffassungen in der Partei. Es geht um mehr Verbindlichkeit, mehr spürbare Führung und eine klarere Orientierung in den Einzelbereichen unserer Tätigkeit.

Dokumente zur DKP-Krisendebatte

Erklärungen und Materialien zu einem Artikel in der „taz"

Erklärung des Bezirksvorsitzenden der DKP-Hamburg zu einem Artikel der taz

Daß Kommunistinnen und Kommunisten engagiert und streitbar über das diskutieren, was notwendig ist und wie sie besser arbeiten wollen, ist eine Sache — unsere Sache. Was andere daraus machen, ist eine andere — gegen unsere Sache gerichtete Absicht. Da fällt vieles auf: Gräben müssen her — so tief wie möglich.

In diesem Sinne sind sie sich einig: Die FAZ und die taz, die Frankfurter Rundschau, der Spiegel und der Arbeiterkampf. Da wird eine Kluft ausgemacht zwischen einer „Stahlfraktion" und „Reformern", zwischen „KPdSU und SED" und zwischen „beiden und der DKP", zwischen „Basis und Führung", zwischen „oberer und unterer Funktionärsschicht und der mittleren", zwischen den Generationen, „Beweglichen und Starren", und was für Klischees sonst noch denkbar sind.

Daß sich die bürgerliche Presse auf das stürzt, was in unserer Partei diskutiert wird, ist angesichts der wachsenden Bedeutung kommunistischer Politik eine Seite. Daß es nicht ihre Absicht ist, die Leser wahrheitsgemäß über das zu informieren, was die DKP leistet und will, gehört zum Pressemechanismus dieses Landes. Daß man aber ihre Absichten erkennen muß, das ist Sache der Kommunistinnen und Kommunisten selbst. Und ihre Absicht ist und bleibt, die Tätigkeit der Kommunisten zu bekämpfen und zu entstellen. Ob frontal oder hinterrücks. Daran hat sich nichts geändert, ob in alten oder neuen Medien. Es geht diesen Medien um Mißtrauen und Schwächung der DKP.

Die DKP wird sich nicht von außen und erst recht nicht von der bürgerlichen Presse vorschreiben, einflüstern oder behindern lassen, das zu diskutieren, was für sie wichtig ist, und es da zu diskutieren, wo es notwendig ist: in der Partei, ihren Gruppen und Vorständen. Über innerparteiliche Demokratie brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht und über Glasnost und Perestroika keine Belehrung.

„Endlich klar Schiff machen" überschreibt die taz ein Interview mit unserem Genossen Andreas Müller-Goldenstedt: „Keine Diskussion in der DKP" (als ob nicht gerade eine solche läuft und in der UZ nicht nur über die Wahlfrage und jetzt über Strukturfragen der Arbeiterklasse diskutiert wird), „nichts darf nach draußen dringen" (als ob nicht gerade die Auseinandersetzung um den Diskussionsbeitrag des Hamburger Sekretariats öffentlich geführt wird), Meinungsblöcke werden ausgemacht und die DDR muß für unser Abschneiden bei Wahlen herhalten.

Wie auch immer solche Interviews zustandekommen, widersprechen sie elementar der Kultur einer Parteidiskussion.

Was wir brauchen, ist eine scharfe, solidarische, nach vorne gerichtete Diskussion in unserer Partei. Einer solchen schlägt es ins Gesicht, wenn Meinungen in dieser Diskussion nicht mehr in der Partei ausgetauscht, sondern in der bürgerlichen Presse verlautbart werden. Wo bleibt die notwendige Solidarität, wenn aus Diskussionspartnern Interviewpartner werden und man sich in dieser Art und Weise gemeinsamen Verbindlichkeiten: — in einer Partei, in einem Vorstand zu sein, entzieht.

Die Mannschaft eines Schiffes, die sich bei stürmischem Wetter auf einen solchen Kurs begeben würde, liefe Gefahr, plötzlich bei einem anderen Reiseziel anzulanden.

Diskussionen ohne „Schlips und Anzug" fordert Mügo — nun gut, es geht auch hemdsärmelig: Genosse, Du hast Scheiße gebaut! Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Mit dem, was in der Hamburger Bezirksorganisation diskutiert wird, hat das, was von taz und anderen suggeriert wird, nichts zu tun. Uns ging und geht es darum, wie wir die Lage unserer Partei verbessern. Wo die Ursachen zu suchen sind, daß wir bei günstiger gewordenen Umfeldbedingungen es mit neuen Problemen zu tun haben. Wir wollen durchsetzen, daß Fehler, die bei uns liegen, gesehen und verändert werden. Wir wollen das in politische Praxis bringen, was wir in Programm und Thesen, auf Parteivorstandstagungen, in Diskussionen in unserem Bezirksvorstand als Aufgabe festgehalten haben. Das sind Fragen, um die es geht und über die sich Tausende Genossinnen und Genossen den Kopf zerbrechen. In Hamburg ebenso wie an anderen Orten.

Wem es ernst ist um solche Fragen, der läßt sich nicht zum „Zentrum" von irgendwas — schon gar nicht einer „zweiten Linie" machen, der läßt den „Spiegel" mit seinem Gerangel von Fraktionen abfahren, der stellt sich für die Einheit der Partei und leistet seinen Beitrag dazu; nicht indem Meinungsverschiedenheiten ausgespart werden, sondern indem sie auf kommunistische Art und Weise ausdiskutiert werden. Daran muß man sich unterm Strich messen lassen.

Das Präsidium hat in seiner Stellungnahme das Hamburger Bezirkssekretariat scharf kritisiert, und das nicht hinter verschlossenen Türen, sondern in der Öffentlichkeit der Partei. Schmerzhaft für die Kritisierten, denn Kritik wird ernstgenommen und muß ernstgenommen werden. Es ist eine Kritik unter Gleichgesinnten und sie ist nachprüfbar. Das macht ihre Bedeutung aus. Sie wird in diesen Wochen überall in der Partei diskutiert — das ist demokratisch. Sie ist verbindlich und gültig — wie für die ganze Partei — selbstverständlich auch für die Hamburger Bezirksorganisation. Das entspricht dem Charakter unserer Partei. Und Aufarbeitung von Kritik und Fehlern ist ein Prozeß, den sich keiner

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

leichtmacht und leichtmachen sollte. Letztlich aber wird genau das unsere Partei stärken und die Arbeit verbessern. Und darum geht es uns — besser zu arbeiten und zu kämpfen — und genau jene Herrschaft zu überwinden, deren herrschaftssichernde Teile jene Organe sind, die uns heute Offenheit und Demokratisierung lehren wollen.

Aber sicher: Sie werden ins Leere laufen, weil sie mit ihren Kategorien an unsere Diskussion herangehen. Sie werden ins Leere laufen, weil die Partei weiß, was sie will, sich auf ihre Kraft besinnt, ihre Einheit hütet und ihre Kampffähigkeit erhöht. Und darum geht es auch den Hamburger Kommunistinnen und Kommunisten im Aktionsherbst 1987.

Hamburg, den 6. Oktober 1987

* * * * * * * * * * * * * * * *

taz-Interview mit Andreas Müller-Goldenstedt, Mitglied des Bezirksvorstands Hamburg der DKP

taz: Der Parteivorstand meint, ihr hättet gar kein Recht zur Diskussion eures umfassenden Kritikpapiers.

Andreas Müller-Goldenstedt: Halte ich für ungerechtfertigt. Wir kommen eben nicht vorbei an einer Demokratisierung des inneren Zustandes der Partei. Wir müssen wieder mehr unseren Kopf gebrauchen, statt gläubig zum Vorstand zu gucken. Wir brauchen Verhältnisse, wo keiner mehr untergebuttert wird.

Gibt es Diskussionsverbote?

Diskutiert wird ja viel, nur darf es nicht nach außen dringen, beispielsweise nicht in die „UZ". Hin und wieder gibt es mal einen kritischen Leserbrief, sonst nichts.

Wie groß sind die Lager?

Es gibt keine Fraktionen, aber Meinungsblöcke. Es gibt einen starken Meinungsblock, der die Veröffentlichungen im „Spiegel" und der „FR" für schädlich und vom Verfassungsschutz lanciert hält.

Und du?

Ich finde gut, daß der Vorstand auf diese Weise gezwungen wurde, die Sachen mitgliederweit zu veröffentlichen. Am besten wäre es in der „UZ".

Kommt das?

Ich habe angefragt. Das wurde verneint.

Sind sich die 4.000 Hamburger Genossinnen relativ einig?

Sind sich die 4.000 Hamburger Genossinnen relativ einig?

Glaub' ich nicht. Aber viele sind doch der Meinung, daß wir uns, ausgelöst durch die Vorgänge in der SU, endlich auch mit unserer eigenen Vergangenheit beschäftigen müssen.

An welche Fragen wollt ihr 'ran?

Zuerst müssen wir begreifen, daß wir eine kommunistische Politik nur für unser Land machen müssen. Dann Ökologie. Wir haben immer Ausreden gehabt, was den Dreck in der DDR betrifft. Ich denke, wir müssen an unsere Bruderpartei rantreten und sagen, was ihr mit Elbe und Werra macht, das können wir in keiner Weise billigen.

Bricht jetzt nicht für einige GenossInnen die Welt zusammen?

Die Genossinnen, die jetzt lesen, daß es in der Sowjetunion Kriminalität gibt, Mangelerscheinungen, undemokratische Verhältnisse im Justizbereich, Schlamperei in den Betrieben, die fragen sich natürlich, was sie all die Jahre einfach geglaubt und behauptet haben. Da gibt es jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder jemand sagt, ich finde mich überhaupt nicht mehr zurecht oder aber: Jetzt will ich aber klar Schiff machen.

Das geht ja bis an die Grundfesten, Personalfragen?

Es muß nach meiner Meinung eine Enttabuisierung von Personalentscheidungen geben. Jeder muß in Zukunft das Gefühl haben, daß seine eigene Delegiertenstimme auch wirklich zählt.

Wie betrifft dich eure relative Erfolglosigkeit?

Mich schmerzt eben am meisten, daß wir nach 17 Jahren immer noch eine 0,3 Prozent-Partei sind. Wir müssen deutlich machen, daß wir in erster Linie für unser Land da sind und den GenossInnen in der DDR auch klarer sagen, das und das wollen wir hier nicht.

Ist das nur die Frage der Ökologie?

Nein, auch Ökonomie, kulturelle Fragen. Wir müssen davon wegkommen, die brennenden Fragen unter uns weiterhin wie Diplomaten in Schlips und Anzug zu behandeln.

* * * * * * * * * * * * * * * *

Erklärungen und materialien zu einem Artikel in der taz vom 6.10.87

Zum Interview Andreas Müller-Goldenstedt in der taz vom 6.10.87 erklärt das Sekretariat des Parteivorstandes:

Die taz ist eine Zeitung, in der sich sicherlich in einem gewissen Maße die Anliegen demokratischer und antiimperialistischer Bewegungen widerspiegeln, die jedoch zugleich stets darum bemüht war und ist, die anderen bürgerlichen Medien in der Hetze gegen die Sowjetunion und die DDR sowie gegen die kommunistische Partei unseres Landes, die DKP, noch zu übertreffen. Sie zeichnet sich dabei durch eine besonders primitive Variante des Antikommunismus aus. Ein erneuter Beleg dafür ist die Ausgabe vom 6.10.87, in der sie versucht, den Diskussionsbeitrag des Hamburger Bezirkssekretariats der DKP zum Tag der Gruppenvorstände in Hamburg und die daran geübte scharfe Kritik des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP für ihre antikommunistischen Zwecke zu mißbrauchen. Sie ist bemüht, einen Spalt in die DKP zu treiben. Dabei scheut sie auch nicht davor zurück, die Lüge des Verfassungsschutzes von der Finanzierung der DKP durch die DDR dadurch „weiterzuentwickeln", daß sie behauptet: „Die einmalige Chance der Partei, im hellen Glanz des Gorbatschowschen Charisma aus ihrem bisherigen 0,5%-Getto auszubrechen, wird von Funktionären verhindert, die um ihren Scheck aus Ostberlin fürchten."

Diesem antikommunistisch orientierten Blatt stellt sich das Mitglied des Bezirksvorstandes Hamburg der DKP Andreas Müller-Goldenstedt mit Verleumdungen der DKP und Angriffen auf ihre Politik zur Verfügung; wenn er behauptet: „Wir müssen wieder mehr unseren Kopf gebrauchen, statt gläubig zum Vorstand zu gucken", so beleidigt er Tausende Mitglieder unserer Partei, die ihren aktiven Beitrag zur Erarbeitung der Thesen unseres 8. Parteitages geleistet haben, die in der Diskussion unserer Wahlpolitik vor der 6. Parteivorstandstagung ihre Vorschläge unterbreitet haben, die in die gegenwärtigen Diskussionen um die Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Arbeiterklasse und die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen ihre Gedanken einbringen, die in der tagtäglichen Parteiarbeit schöpferisch die Politik unserer Partei umsetzen. Die genannten Beispiele für die Diskussion in

danken einbringen, die in der tagtäglichen Parteiarbeit schöpferisch die Politik unserer Partei umsetzen. Die genannten Beispiele für die Diskussion in

unserer Partei zeigen auch die Unhaltbarkeit der Behauptung Andreas Müller-Goldenstedts, daß Diskussionen bei uns nicht „nach außen dringen" dürfen, beispielsweise „nicht in die UZ".

Wenn Andreas Müller-Goldenstedt erklärt: „Zuerst müssen wir begreifen, daß wir eine kommunistische Politik nur für unser Land machen müssen", so unterstellt er, daß wir bisher keine Politik für unser Land machen. Das steht in krassem Gegensatz zu Theorie und Praxis der Partei, in deren Mittelpunkt stets das konsequente Eintreten für die Gegenwarts- und Zukunftsinteressen des arbeitenden Volkes des Bundesrepublik stehen. Zugleich steht die Äußerung Andreas Müller-Goldenstedts im Widerspruch zu dem in unserem Parteiprogramm formulierten Grundsatz des proletarischen Internationalismus. Dort heißt es: „Die DKP handelt stets im Geiste des proletarischen Internationalismus. In ihrer Politik vebindet sich das konsequente Eintreten für die Sache des werktätigen Volkes im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt." Zum proletarischen Internationalismus gehört dabei für uns unverzichtbar die enge Kampfgemeinschaft mit den Kommunistinnen und Kommunisten, mit den arbeitenden Menschen der Sowjetunion, der DDR und der anderen sozialistischen Länder.

Das Sekretariat des Parteivorstandes stellt fest: Der Platz für die Diskussion der Politik der DKP und das Austragen von Meinungsverschiedenheiten in der DKP sind die Publikationen der Partei, vor allem aber die Versammlungen der Grundorganisationen der Partei, die Tagungen der Vorstände auf allen Ebenen, Delegiertenkonferenzen und Parteitage, sowie die weiteren Diskussionszusammenhänge der Partei. Wer jedoch in einem antikommunistisch orientierten Presseorgan die Politik der DKP angreift, der schadet der Partei und stellt sich außerhalb der Solidargemeinschaft der DKP.

Leserbriefe im Arbeiterkampf!

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Sabotage

Betr.: Artikel von ‚uh' „Mit Sabotage ins Reich der Freiheit?" (AK 286)

Aller theoretischen Kritik vorgreifend weiht ‚uh' seine Leser gleich von Anfang an augenzwinkernd in die tieferen Beweggründe ein, die die GAL-Fachgruppe dazu brachten, mit ihrer Broschüre über Sabotage eine „Diskussion um neue betriebliche Kampfformen an(zu)schieben." Es ist eigentlich ganz einfach: Die Fachgruppe ist ernüchtert von den Jahrhundertkämpfen der Gewerkschaften, genervt von deren Ja/aber-Positionen, obendrein sauer auf die GAL wegen deren Fixierung auf die Parlamentsarbeit. Kurzum, allgemein gefrustet von der tagtäglichen Kleinarbeit. Was dann aus Frust gepaart mit Weltuntergangsstimmung normalerweise resultiert ist den Lesern hinreichend bekannt: Entweder man gibt auf und „privatisiert", oder aber — na?? — richtig, man dreht ab, läßt seinen Frust raus und haut mal gründlich auf die Kacke, schreit dann nach Sabotage nach dem Motto: „Jeder kann anfangen." Zu letzterem hat sich die Fachgruppe entschieden und — sie kann es halt nicht lassen — sich schnell noch eine Theorie drumherum gebastelt. Woran es dieser Theorie am meisten mangeln muß, ist unter dieser Voraussetzung sonnenklar: Sie schert sich kein Stück darum, ob die Bedingungen überhaupt gut sind. „Stattdessen werden Allgemeinplätze hochgehalten". So wird von Anfang an eingestimmt und belehrt, daß es eigentlich überflüssig ist, überhaupt weiterzulesen, da die Kritik an solcher „Theorie" zwangsläufig zum Ritual gerät. Dann stört es auch nicht, daß — wenn ‚uh' in der nächsten Zeile aus der Fachgruppen-Broschüre zitiert: „In einer Situation massenhafter Arbeitsplatzvernichtung, wo nur wenige Kollegen/innen (...) offen gegen den Bau von Fregatten oder Panzern auftreten" — offensichtlich doch Überlegungen über die Bedingungen stattgefunden haben müssen.

Möglicherweise ist ‚uh' deswegen so verwirrt, weil er offenbar völlig ver-

Bedingungen stattgefunden haben müssen.

Möglicherweise ist ‚uh' deswegen so verwirrt, weil er offenbar völlig ver-

rannt ist in die Vorstellung, man dürfe über bestimmte Dinge nur dann reden, wenn das möglichst alle tun. Was sonst soll der Vorwurf, daß die Situation nicht da sei, „auf breiterer (er meint wohl breiter, d.V.) Ebene über Sabotage zu diskutieren, geschweige denn diese zu betreiben". Er kann es deshalb nicht fassen, daß wir seine Einschätzung der möglichen Breite offensichtlich teilen und dann mit einer Verneigung vor den schwierigen Verhältnissen nicht schleunigst kehrtmachen. Aus diesem Dilemma hilft er sich, indem er einfach behauptet, wir hätten solche Überlegungen überhaupt nicht angestellt, was ihn nicht daran hindert, die Ergebnisse dieser Überlegung genau dort zu verwenden, wo er glaubt, daß sie ihm nützen. So ist es für uns recht amüsant, wenn ‚uh' uns um die Ohren haut: „Die handelnden Subjekte von Maschinenstürmerei und Sabotage entstammten mit Ausnahme (...) nicht den Kerntruppen,sondern den Randgruppen des Proletariats." Er zeigt uns damit nämlich lediglich, daß er die Broschüre dort, wo sie seinem Denken entgegenkommt, auf Anhieb versteht. Nichts lag uns ferner als das Gegenteil seiner Erkenntnis zu behaupten. Gerade weil Sabotage über weite Strecken ein Kampfmittel der noch nicht integrierten Randschichten des Proletariats war, rückt sie heute in den Blick derjenigen Produzenten, die ihre Integration in Frage stellen. Derjenigen, die sich nicht nur um Lohn und Arbeitszeit Gedanken machen, sondern sich auch um die gesellschaftlichen Wirkungen ihres Produzierens kümmern. Wenn „breitere Schichten des Proletariats" ihre Integration in den Kapitalverwertungsprozeß nicht in Frage stellen, heißt das doch nicht, daß sie gut darin aufgehoben sind und sich weitere Nachfragen verbieten. Wir sind allerdings der Ansicht, daß es allerhöchste Zeit ist, die bestehende Produktion und deren Produkte als Produzenten konkret in Frage zu stellen, wenn die Kenntnis der aus ihr resultierenden katastrophalen Auswirkungen heute schon Grundschülern abverlangt wird.

Der „schlichte" (‚uh'-) Verweis auf die „Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus", daß „die Ausbeutung schon immer schlimm war", reicht dazu ebensowenig aus wie „die Tatsache, daß bei immer mehr Produktionsbereichen der Mißbrauch immer deutlicher wird" durch die — im anschließenden Engels-Zitat hervorgehobenen — periodischen Überproduktionskrisen erklärt werden kann. Diese Erklärung ist allerdings schlicht. Hätte ‚uh' unsere Broschüre nicht mit der eisernen Entschlossenheit gelesen, daß als Ergebnis seiner Lektüre folgen muß, wir hätten aus Frust alle Vernunft über Bord geworfen, wäre ihm vielleicht aufgegangen, was wir auch sagen wollten: Gerade das Ausbleiben der Überproduktionskrisen (die ‚uh' offenbar als einziger periodisch erlebt), ihre gelungene Zähmung in konjunkturelle Zyklen verrät mehr über das angewachsene Destruktionspotential als alle Überproduktionskrisen zusammen. Über die gelungene Abschaffung der Überproduktionskrisen ist entschieden an dem Punkt, wo schlicht gesagt nicht mehr der Markt bestimmt, was produziert wird (wie noch zu Lebzeiten Engels), sondern die Produktion, was konsumiert wird. Genau hier liegt auch die Ursache für den Übergang „der ökonomisch sachlichen Herrschaft der Kapitalisten in die Herrschaft von übermächtigen Sachen" (dessen Existenz ‚uh' abstreitet) und nicht etwa in der ungeheuren Ausdehnung des fixen Kapitals (wie uns ‚uh' fälschlich unterstellt), die ja dem Kapitalismus zu all seinen Zeiten immanent war. Daß durch die Steuerung des Marktes Überproduktionskrisen nicht mehr wie früher erscheinen ist ein Ergebnis. Ein anderes ist die tendenzielle Verabschiedung jeglicher qualitativen Bestimmung der Produktion, die sich zuvor der Produktion nur von außen, über den Markt vermittelt, mitteilen konnte. Was heute gut für die Menschen ist, bestimmen kleine Cliquen in Staat, Banken und Monopolen, die mit ihren Entscheidungen die Kapitalbewegung oftmals für Jahrzehnte im voraus festlegen. Daß sie menschliches Bedürfnis

Banken und Monopolen, die mit ihren Entscheidungen die Kapitalbewegung oftmals für Jahrzehnte im voraus festlegen. Daß sie menschliches Bedürfnis

ausschließlich als Akzeptanzproblem behandeln, meint Herrschaft von Sachen. Unbestritten ist, daß die Bewegung des Kapitals nicht unabhängig von menschlichem Bewußtsein sich vollzieht. Entscheidend aber ist, daß dieses Bewußtsein letztlich auf das einzige sachliche Kriterium sich zusammenzieht: verwertet sich das eingesetzte Kapital effizient. Nichts anderes meinen auch die von ‚uh' sogenannten „scheinbaren Sachzwänge", mit denen Sozialdemokraten ihre Wähler „hinter's Licht führen". Die Verantwortung der Sozialdemokratie beginnt im übrigen nicht erst, wo sie unernst „Ausstiegspläne entwirft und verwässert", sondern schon viel früher — nämlich wo sie auf der Suche nach Möglichkeiten der Kapitalverwertung ständig neue Einstiegsszenarien mitentwirft und -gestaltet (ob AKW, ISDN oder Dohnanyis Standortpolitik, an Beispielen fehlt es nicht). Der immer schon so vorgefundene „Sachzwang" wird vom Bewußtsein der Planer stets akzeptiert und erneut vollzogen, quasi als Karikatur des Ersetzens „der Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion (...) durch planmäßige und bewußte Organisation." (Engels) Daß in der so planmäßig produzierten und anwachsenden gegenständlichen Welt die zerstörerischen Potenzen zunehmen, sieht auch ‚uh' schon, wenn er uns, mit der Bitte konstruktiv zu werden, hoffentlich nicht ernst gemeint, auffordert, Angaben darüber zu machen „was davon in eine neue Gesellschaft übernommen werden kann, was modifiziert werden muß und was so destruktiv ist, daß es nur abgeschafft werden kann." Mit der Aufstellung eines vollständigen Katalogs, der kritisch geprüft die Gebrauchswerte für das „Reich der Freiheit" enthält, fühlen wir uns überfordert. Mit dem Propagieren des schnellen Sprungs ins Reich der Freiheit durch die einfache Besitzergreifung der Produktionsmittel fällt ‚uh' am Ende seines Artikels allerdings wieder hinter seinen Katalogvorschlag zurück, der immerhin beinhaltet, daß nicht alles Substanz der neuen Gesellschaft sein kann.

Michaela Stomberg, GAL-Fachgruppe Betrieb und Gewerkschaft

ETA

Betr.: Baskenlandartikel von Pipo Surber in Ak 285, Seite 27

Der Artikel von Pipo Surber aus dem fernen Donostia zu den Reaktionen auf die jüngsten ETA-Anschläge verdient in zentralen Punkten schärfsten Widerspruch. Der Autor gibt m.E. sehr unkritisch die Position der radikalnationalistischen Linken wieder. Dies scheint offensichtlich jedoch nur aufgrund entsprechender Deutung der Realität zu gelingen. Worum geht's?

Eine zentrale Behauptung des Autors lautet: die ETA beweise nun seit zwei Jahren, daß sie fähig sei ihr Aktionsgebiet auf ganz Spanien auszudehnen und den Krieg bis zum Zustandekommen einer politischen Lösung weiterzuführen.

Für diese Behauptung bedarf es m.E. mehr als der Auflistung einiger Anschläge. In Wahrheit handelt es sich bei dieser Behauptung ohnehin lediglich um die Wiederholung der gleichlautenden ETA-Programmatik, nicht jedoch um eine politische Bilanz, wie der Autor vorgibt.

Weiter ist es durchaus nichts Neues, daß ETA ihren Aktionsradius nicht innerhalb der Grenzen Euskadis festlegt. Auch wird bestritten, daß mit Anschlägen außerhalb Euskadis überhaupt eine neue Qualität im Sinne eines militärischen Konzepts durch die von ETA in Spanien gelegten Bomben, Attentate u.ä. erreicht wurde. Spezialdemokrat Gonzalez und seine faktischen Mächte scheinen die Lage jedenfalls bzgl. ETA einigermaßen im Griff zu haben.

Nicht zuletzt sind zahlreiche Anschläge der ETA außerhalb Euskadis so menschenfeindlich wie der auf das Kaufhaus Hipercor in Barcelona. Wer würde in diesem Zusammenhang noch

schläge der ETA außerhalb Euskadis so menschenfeindlich wie der auf das Kaufhaus Hipercor in Barcelona. Wer würde in diesem Zusammenhang noch

vom Fortschritt des Konzepts des bewaffneten Kampfes sprechen wollen?

Entgegen der Prophezeiungen des Pipo Surber hat ja wohl die Bombe bei Hipercor zu einer Isolierung von ETA und HB geführt, wie es bislang nicht der Fall war. Meines Wissens war es das erste Mal, daß sich die z.T. verbündete spanische Linke gezwungen sah, sich deutlich und offen von einer ETA-Aktion zu distanzieren.

Auch die jüngste Verhaftungswelle im französischen Nordeuskadi läßt darauf schließen, daß die französische Regierung diesen Moment nutzt, in dem ETA international auch sehr diskreditiert ist.

Der Autor zeigt auch ein merkwürdiges Verständnis von politischer Solidarität, wenn er eine vermeintlich desolate katalanische Linke dafür verantwortlich macht, wie die Regierenden in Madrid die Situation zu Lasten der linken baskischen Radikalnationalen ausnutzen. Er fordert von ihnen, sie hätten eigentlich die Pflicht über die politischen Hintergründe der ETA-Aktionen in Barcelona und Umgebung aufzuklären.

Nun ist es wohl grundsätzlich so, daß es Sache der ETA allein und selbst ist, ihre Aktionen, wenn sie welche durchführen, so zu gestalten, daß sie zu vermitteln sind.

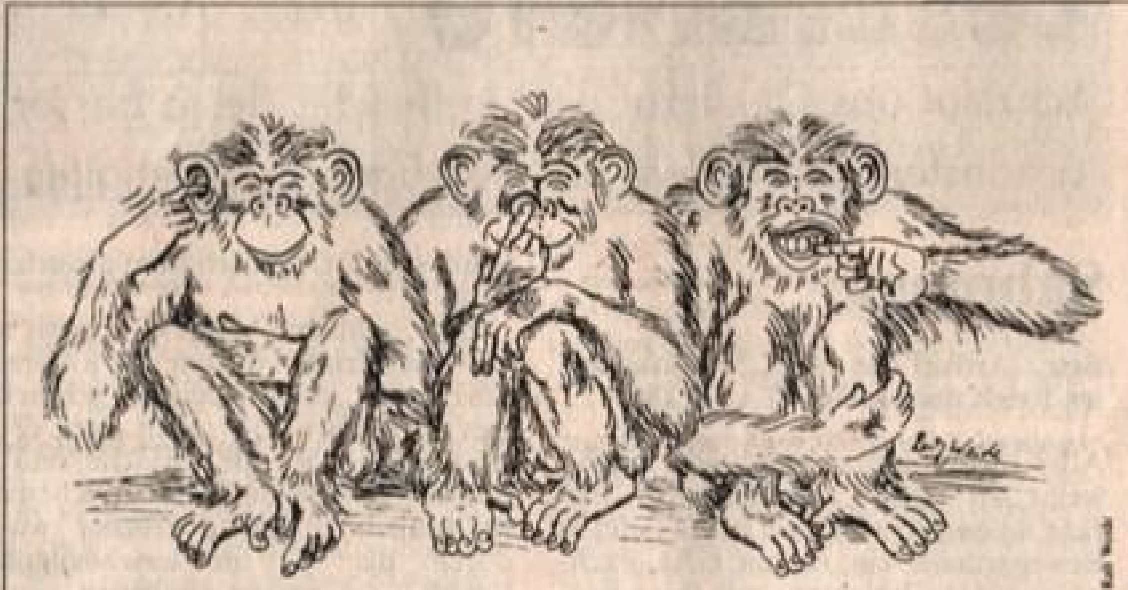
Im übrigen hätte sich diese Aktion in Barcelona genausowenig in Euskadi vermitteln lassen, unterstellt die Bombe wäre im Supermarkt „Corte Ingles" in Bilbao hochgegangen. Auch wenn dort keine olympischen Spiele geplant sind.

Im Prinzip steht ja auch noch derjenige AK-Artikel aus, der nach bewährtem Vorgehen „hic Rhodus, hic salta!" das politische Konzept der linken baskischen Radikalnationalen (ETA, HB etc.) gerade in Abgrenzung zur anderen revolutionären Linken (EMK, LKI etc.) darlegt. Vielleicht kann uns da ja auch ganz kompentent Pipi Surber aus Donostia weiterhelfen.

H.G., Nürnberg

Der zweite Beweis

Peter Gatters politisches Porträt der GRÜNEN



In der Not frißt der Teufel Fliegen.

Er hat eine Vorliebe für sinkende Schiffe. 1980/81 hat er als ARD-Korrespondent in Polen Aufstieg und Scheitern von Solidarnosc verfolgt. Im Herbst 1987, rechtzeitig zum Abstieg der grünen Partei, bringt er ein Buch auf den Markt. Titel: „Die Aufsteiger. Ein politisches Portrait der Grünen“. Peter Gatter mag die Grünen. Wie einst in Polen gilt sein Interesse aber mehr Personen als Programmen. Mit Petra Kelly, Waltraud Schoppe, Joschka Fischer, Otto Schily, Antje Vollmer, Thea Bock, Jutta Ditfurth und Thomas Ebermann hat er Schwätzchen gehalten. Wem Politik als Personality-Show gefällt, dem bietet Gatter ein breites Panorama. Man erfährt, daß es in Petra Kellys Bonner Büro aussieht „wie bei Hempels unterm Sofa“, daß Waltraud Schoppe sich trotz erheblicher politischer Differenzen bei Thomas Ebermann einhakt und mit ihm in die Kneipe geht, daß Ebermann Pferde mag und die Stimmung an der Rennbahn.

Ergänzt sind die Portraits grüner Prominenter um Reden im Bundestag oder auf Parteitagen. Es ist kein Zufall, daß die stärksten Texte aus den Jahren 1982 bis 1984 stammen, in denen sich bei den Grünen hin und wieder noch provokative Energie bemerkbar machte: Thomas Ebermann verlor seine traditionelle, seinerzeit in vielen KB-Zellen geschätzte Gelassenheit, als CDU'ler in der Hamburger Bürgerschaft den faschistischen Putsch in Chile rechtfertigten. Waltraud Schoppe hob den Adrenalin-Spiegel von CDU/CSU-Abgeordneten im Bundestag mit einer Rede gegen den §218 und den alltäglichen Chauvinismus.

Joschka Fischer verscheißerte im Januar 1984 Kohl und Wörner anläßlich der Kießling-Affäre, auch wenn in seinem Redetext schon eine gänzlich unironische Ehrerbietung gegenüber der „bundesrepublikanischen Demokratie“ erkennbar wurde. Bald meinten die meisten der kessen Debattenredner, linke „Besserwisserei“ führe ins „Ghetto“ (Waltraud Schoppe), weshalb man zur Erörterung von Frauenfragen um eine Audienz bei Kardinal Höffner nachsuchte. Joschka Fischer fand, die Partei müsse sich die „grünen Hörner abstoßen“, um sich als Minister von den Herrschenden andere aufsetzen zu lassen. Otto Schily reichte bald das beim Flickskandal vorgebrachte Plädoyer für den sauberen Staat nicht mehr aus. Der Schwur des gesamten Vereins auf das staatliche Gewaltmonopol muß es sein. Da scheinen aber noch nicht alle Grünen ihr Pensum geschafft und die NATO-Reifeprüfung bestanden zu haben.

Gatter bemängelt, daß *„für eine Reihe von Grünen offenbar noch drin-*

Pensum geschafft und die NATO-Reifeprüfung bestanden zu haben.
Gatter bemängelt, daß *„für eine Reihe von Grünen offenbar noch drin-*

gender Bedarf an Nachhilfeunterricht im Fach ‚Funktionieren des Rechtsstaats‘“ bestünde. Als störend empfindet der Autor bei aller Sympathie für die grüne Partei die „Betonfraktion“ in der Hamburger GAL, die jene „zweifelhaften Gestalten“ in der Hafenstraße unterstütze, über die Peter Gatter bei seiner täglichen Zeitungslektüre schon viel Unerfreuliches lesen mußte. Thea Bock hat ihm beruhigenderweise die gute Nachricht übermittelt, daß Grün-Alternative, „die aus kommunistischen Gruppen kommen“, in der GAL „auf eine relative Größe zusammengeschrumpft“ seien. Selbst ihre „Wortführer“ hätten in der parlamentarischen Arbeit „gelernt, zurückzustecken und ideologischen Ballast abzuwerfen“.

Idologisch ballastfrei analysiert Gatter die Welt. Als ein Motiv für die Entstehung der Grünen sieht er den „Hunger in den Entwicklungsländern mit den Profiten der Mafia“. Ist Sizilien das Hauptland des Imperialismus? Die „Multis“ ersticken „mit Hilfe von CIA und KGB jeden Hoffnungsschimmer im Keim“. Hat der sowjetische Geheimdienst Allende gestürzt? Das schillernde Weltbild von den beiden Supermächten, die ausgewogen zu je 50% schuld am Elend der Welt sind, teilt Peter Gatter mit der Mehrzahl seiner grünen Gesprächspartner, die der „Blocklogik“ den Kampf angesagt haben. Auf diese Weise kann man selbst die SPD kritisieren, ohne als Russenknecht im Ghetto zu landen. Petra Kelly nahm es H.J. Vogel übel, daß er bei einem Besuch in Polen 1984 weder ein Rendezvous mit Solidarnosc hatte noch das Grab des von kriminellen Sicherheitsleuten ermordeten Pfarrers Popieluszko besuchte. Was als Aufbruch gegen die „Blocklogik“ angekündigt wird, realisiert in diesem Falle lediglich den einseitigen Bruch mit der Logik. Es ist nicht bekannt, daß Petra Kelly etwa Erich Honecker vorgeworfen hat, er habe sich bei seinem Besuch in der BRD nicht getraut, das Grab von Ulrike Meinhof aufzusuchen.

Peter Gatter vergleicht die Grünen mit Solidarnosc, weil beide als spontane Bewegungen mit vielfach improvisierten Strukturen entstanden. Solche Vergleiche lassen sich nur durch den Verzicht auf eine Analyse der Inhalte eine Weile strapazieren. Auf die schönsten Zitate von Lech Walesa über die katholische Kirche, den Papst und

Verzicht auf eine Analyse der Inhalte eine Weile strapazieren. Auf die schönsten Zitate von Lech Walesa über die katholische Kirche, den Papst und

Reagan hat Gatter in diesem Zusammenhang zweckmäßigerweise verzichtet. Das Zitieren liegt ihm anscheinend ohnehin nicht besonders. Da wird beispielsweise Willy Brandt mit der These zitiert, es gäbe eine *„Mehrheit links von der Mitte“*. Tatsächlich hatte Brandt lediglich mal (in einer „Bonner Runde“) eine *„Mehrheit diesseits der Union“* konstatiert.

„Wie werde ich ein(e) erwachsene(r) Grüne(r), dazu ist Peter Gatters kompakter Überblick ein nicht genug hochzuschätzender Beitrag“, freute sich ein Rezensent in der „taz“ (2.10.87). Solch Lob hat sich Gatter mit folgender These verdient: *„Den ersten Beweis ihres Funktionierens hat die deutsche Demokratie geliefert, als der Machtwechsel zwischen den etablierten Parteien möglich wurde. Der zweite Beweis ist der Aufstieg der Grünen. Eine vierte Partei, die das Parteienspektrum der Bundesrepublik dauerhaft verändert hat“*. Der Autor illustriert seine These mit einem Hinweis auf die Rolle der Grünen nach der Raketenstationierung 1983: Was ausgesehen habe wie eine politische Niederlage, sei *„in Wirklichkeit ein demokratischer Sieg der Grünen“* gewesen. *„Sie hatten agiert, protestiert, demonstriert, argumentiert, doch nachdem der Bundestag mit Mehrheit beschlossen hatte, fügten sie sich der Entscheidung. Niemand redete gewaltsamen Aktionen das Wort, der Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung blieb aus, die Sicherheit des Bundes und der Länder blieb ungefährdet, antiamerikanische Exzesse waren nicht zu beobachten. Deutlicher hätten die Grünen nicht klarstellen können, daß sie eine demokratische Partei sind, die sich an ihren Grundsatz der Gewaltfreiheit hält“*. An „Verbalradikalismus“ (Gatter) hatte es die Partei dabei nicht fehlen lassen. Nach der Stationierungsdebatte im Bundestag riefen die Grünen *alle Bürger der Bundesrepublik auf, sich der verantwortungslosen Entscheidung des Parlaments nicht zu beugen, sondern sich den vielfältigen Formen und Möglichkeiten der Verweigerung und des zivilen Ungehorsams anzuschließen. Nutzen wir unsere Freiheit zum Widerstand! Keine Stimme, keine Mark, keine Hand für den Krieg!“*

Die Grünen haben ihre eigene Einschätzung von der drohenden Gefahr

me, keine Mark, keine Hand für den Krieg!“
Die Grünen haben ihre eigene Einschätzung von der drohenden Gefahr

durch die Raketen keineswegs nicht so ernst genommen. Es ist eine schwacher Trost, daß es in der neueren Geschichte nicht nur ihnen so ging. Der Reiz der Grünen für Freunde des dritten Weges und des dritten Programms bestand darin, daß sie an der Tür zur Vorratskammer des Systems schnuppern, ohne ans Eingemachte zu gehen. Ein schönes Spiel, das jedoch in letzter Zeit beim Publikum etwas an Attraktivität zu verlieren scheint.

Gerd Eggeling

Peter Gatter: Die Aufsteiger. Ein politisches Portrait der Grünen, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg. 320 Seiten, 36 DM

INHALT

Kultur

„Ihr müßt verstehen Genossen, daß das Werk eines Künstlers